

10. Sitzung

Donnerstag, den 10. November 1983

Mainz, Deutschhaus

Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz	490
Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags	
— Drucksache 10/268 —	
<i>Auf Vorschlag der Fraktion der CDU wird Professor Dr. Dr. Detlef Merten zum ordentlichen nichtberufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs gewählt.</i>	
Regierungserklärung	
Thema: Frieden nach innen und außen	490
<i>Die Regierungserklärung wird von Ministerpräsident Dr. Vogel abgegeben. Anschließend Aussprache</i>	
Fragestunde	
Kernkraftwerk Cattenom	528
Mündliche Anfrage der Abg. Kutscheid und Rocker (CDU)	
— Drucksache 10/276 — (Anlage)	
Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1981	531
dazu:	
a) Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1981	531
Antrag der Landesregierung	
— Drucksache 9/2539 —	
b) Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1981	531
Antrag des Rechnungshofs	
— Drucksache 9/2731 —	

- c) Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1981 531
 Unterrichtung durch den Rechnungshof
 – Drucksache 9/2850 –
- d) Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1981 (Drucksache 9/2850) 531
 Unterrichtung durch die Landesregierung
 – Drucksache 9/2890 –
- dazu:
- Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses** 531
 – Drucksache 10/260 –
- Die in der Drucksache 10/260 enthaltene Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.* 541
Der Landesregierung und dem Rechnungshof werden damit für das Haushaltsjahr 1981 einstimmig Entlastung erteilt. 541
- Staatsorchester Rheinische Philharmonie** 541
 Antrag der Fraktion der SPD
 – Drucksache 10/197 –
Der Antrag ist aufgrund der Berichterstattung gemäß § 106 Abs. 2 GOLT erledigt. 547
- Maßnahmen zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz** 547
 Antrag der Fraktion der SPD
 – Drucksache 10/205 –
Der Antrag ist aufgrund der Berichterstattung gemäß § 106 Abs. 2 GOLT erledigt; er wird dem Haushalts- und Finanzausschuß als Material überwiesen. 557

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel; die Staatsminister Prof. Dr. Bickel, Böckmann, Geil, Dr. Göltner, Holkenbrink, Meyer und Dr. Wagner; Staatssekretär Schleyer.

Entschuldigt fehlte:

Abgeordneter Brandt.

Rednerverzeichnis:

Präsident Martin	534, 539, 541, 543, 546, 547, 549, 552, 553, 554, 556, 557
Vizepräsident Schweitzer	490, 495, 502, 508, 509, 514
Vizepräsidentin Frau Büttner	514, 517, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 528, 529, 530, 531
Diller (SPD)	529, 530, 531
Gerster (SPD)	508, 522, 525, 526
Götte, Dr. (SPD)	526, 554
Goß (SPD)	541
Grimm (SPD)	530
Helzer (SPD)	547, 552
Hoppe (CDU)	539, 553
Koggel (CDU)	546
Kutscheid (CDU)	529
Martin (CDU)	523
Müller (SPD)	524, 531
Preuss, Prof. Dr. (SPD)	534
Rothley (SPD)	517, 524
Scharping (SPD)	495
Volkert, Dr. (CDU)	514
Wilhelm (CDU)	502, 510
Wittkowsky (CDU)	556
Vogel, Dr., Ministerpräsident	490, 509, 521
Göltner, Dr., Kultusminister	543, 549
Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr	528

10. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 10. November 1983

Die Sitzung wird um 9.34 Uhr von Vizepräsident Schweitzer eröffnet.

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 10. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz und heiße Sie recht herzlich willkommen. Zu Beisitzern berufe ich die Herren Abgeordneten Fink und Dr. Langen. Die Rednerliste führt der Herr Abgeordnete Dr. Langen.

Für die heutige Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Brandt entschuldigt.

Die Tagesordnung ist Ihnen rechtzeitig zugegangen. Es ist im Ältestenrat vereinbart worden, in der morgigen Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 8 zu beginnen.

Es liegen zwei Mündliche Anfragen vor. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kutscheid und Rocker (CDU) – Drucksache 10/276 – , das Kernkraftwerk Cattenom betreffend, wird nach der Regierungserklärung beantwortet. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Diehl, Diller, Grimm, Klein und Lais (SPD) – Drucksache 10/285 – , den Vergleich IBH/Zettelmeyer (Konz) betreffend, wird entsprechend den Fristen nach der Geschäftsordnung morgen zu Beginn der Plenarsitzung behandelt.

Erheben sich gegen die Tagesordnung Einwände? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung als angenommen.

Wir haben ein Geburtstagskind mit einem runden Geburtstag unter uns. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Dr. Volkert zu einem halben Jahrhundert herzlich gratulieren.

(Beifall im Hause.)

Herr Kollege Dr. Volkert, wir wünschen Ihnen lange Gesundheit und ein langes Leben.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Wahl eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Wahlvorschlag des Ältestenrates des Landtags

– Drucksache 10/268 –

Dazu erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kutscheid.

Abg. Kutscheid, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Wahl eines Mitglieds zum Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz schlage ich für die CDU-Fraktion Herrn Professor Dr. Dr. Detlef Merten vor.

Vizepräsident Schweitzer:

Es ist Herr Professor Dr. Dr. Merten für die Wahl vorgeschlagen worden. Wer für die Wahl von Herrn Professor Dr. Dr. Detlef Merten ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Herr Professor Dr. Dr. Detlef Merten einstimmig gewählt.

Ich rufe nun Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

Thema: Frieden nach innen und außen

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Dr. Vogel das Wort.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion dieser Wochen und Monate ist mehr denn je von dem Thema „Frieden“ geprägt. Es geht um den sichersten Weg, Frieden und Freiheit zu bewahren. Es geht um das Vertrauen unter den Staaten und darum, bei aller Bedrängnis der Gegenwart nicht den Mut zu verlieren, Schritt auf eine gerechte Weltfriedensordnung hinzuarbeiten.

In meiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode im Mai habe ich die Grundlagen und Ziele der Politik dieser Landesregierung dargelegt. Über die richtigen Schwerpunkte, vor allem über die richtigen Maßnahmen, ist danach hier in diesem Hause kontrovers debattiert worden. Wir waren uns aber einig, daß schwierige Aufgaben in Bund und Land vor uns liegen, und daß wir vor allem Frieden brauchen, Frieden nach außen und Frieden unter uns. Es gibt, wie ich meine, vielfältigen Anlaß, heute an diesen Satz anzuknüpfen.

Es geht um den Frieden im Innern. Wir ringen um den richtigen Weg, unsere Überzeugungen durchzusetzen und politischen Einfluß zu nehmen. Trägt der Konsens, der zunächst in der Landesverfassung und ein paar Jahre später auch im Grundgesetz verankert wurde? Tragen die vereinbarten Regelungen zur friedlichen Konfliktlösung? – Das ist eine Frage, die vor allem an die politischen Parteien gestellt ist, denen das Grundgesetz besondere Verantwortung zuweist. Es ist aber auch eine Frage an jeden einzelnen Abgeordneten in jedem deutschen Parlament. Es ist eine Frage an die beiden Verfassungsorgane Parlament und Regierung.

Weil wir uns dieser Mitverantwortung stellen, gebe ich heute vor diesem Landtag eine Erklärung zu diesem Thema ab. Ich tue das aus diesen grundsätzlichen Überlegungen heraus. Ich tue das aber auch, weil wir nicht ausschließen können, daß je nach dem Verhandlungsverlauf in Genf, geographisch bedingt, auch in Rheinland-Pfalz ein Teil der neuen Waffensysteme stationiert wird. Wir respektieren natürlich die verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber wir tragen auch hier bundespolitische Mitverantwortung.

In meiner Regierungserklärung im Mai habe ich gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – :

Die Landesregierung wird es nicht jedermann recht machen können. Aber wir nehmen uns in die Pflicht, durch sorgfältiges Abwägen aller Argumente, durch Bemühen um eine gerechte Lösung und schließlich durch eine klare Begründung allen Bürgern die innere Annahme unserer Entscheidung zu erleichtern.

Soweit das Zitat.

Die Landesregierung geht bei der Beurteilung der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Grundsätzen aus:

1. Der Einsatz von Waffen und Gewalt ist kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

(Beifall der CDU.)

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

2. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

(Beifall der CDU und bei der SPD.)

3. Wir wollen – wie die Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses – die demokratischen Ideale, die Grundwerte und die Menschenrechte achten und schützen.

(Beifall der CDU.)

4. Das Bündnis dient ausschließlich der Verteidigung; keine Waffe wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.

(Beifall der CDU und bei der SPD.)

5. Das durch das Bündnis garantierte System militärischen Gleichgewichts hat den westeuropäischen Demokratien über Jahrzehnte ihre politische Unabhängigkeit und ihren Bürgern die Freiheit bewahrt.

(Beifall der CDU.)

6. Dieses Gleichgewicht ist zugleich die Grundlage, auf der sich die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit auch mit den Staaten Osteuropas entfaltet. Wir wollen allen Völkern in Europa gute Nachbarn sein.

(Beifall der CDU und bei der SPD.)

7. Wir arbeiten für weltweite Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung und für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung, eine Friedensordnung, die vom ganzen deutschen Volk ersehnt und die vom ganzen deutschen Volk getragen wird.

Meine verehrten Damen und Herren, bei einer Analyse der Sicherheitslage in Europa kam die Bundesregierung Mitte der siebziger Jahre zu dem Ergebnis, das Gleichgewicht sei durch die einseitige Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen – mit den Worten des damaligen Bundeskanzlers – „fundamental gestört“. Diese Beurteilung entsprach der Einschätzung nicht nur der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, sondern der Einschätzung im Bündnis. Und die Antwort auf diese Lagebeurteilung war der sogenannte Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979.

In diesem Beschuß wurde der Wille zu einem „Gleichgewicht bei weniger Waffen“ zum Ausdruck gebracht. Es wurden neue Verhandlungen vorgeschlagen, es wurde aber auch die nachdrückliche Entschlossenheit erklärt, bei einem unbefriedigenden Ergebnis nach vier Jahren der durch die sowjetische Vorrüstung gewachsenen Bedrohung mit der Aufstellung gleichwertiger Waffen zu begegnen.

Allein und ausschließlich darum geht es: Die Verteidigungsbereitschaft des Westens glaubhaft zu machen, um Krieg und politische Erpreßbarkeit zu verhindern.

Die Sowjetunion hat nach diesem Doppelbeschuß weitergerüstet. Die gegen uns gerichtete Bedrohung ist weiter gewachsen. Das Bündnis hat vier Jahre gewartet, und auch jetzt noch bleibt Hoffnung, daß die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolg führen, zumindest zu einem Zwischenergebnis.

Aber auch nach dem stufenweisen Beginn einer Nachrüstung bleibt es bei der Verhandlungsbereitschaft des Westens: Das Bündnis wäre bei einem entsprechenden Ergebnis bereit, die zwischenzeitlich eingeleiteten Schritte wieder rückgängig zu machen. Das ist der Hintergrund, meine Damen und Herren, vor dem ich die Bereit-

schaft der Landesregierung erklärt habe, bei einem erfolglosen Ausgang der Genfer Verhandlungen die im Doppelbeschuß vereinbarten Schritte politisch mitzutragen. Ich stehe zu dieser Zusage und zu der mit dieser Zusage verbundenen Hoffnung: Durch den Zusammenhalt und durch die Entschlußkraft des Bündnisses in Genf zu einem Verhandlungserfolg zu kommen, alsbald oder in einer nächsten Runde.

Die Partei, die die Mehrheit in diesem Parlament und die die Regierung trägt, die CDU von Rheinland-Pfalz, hat auf ihrem Landesparteitag am 8. Oktober diese Haltung einstimmig bestätigt.

Ich habe im Mai angekündigt, daß wir mit der Bundesregierung darüber sprechen werden, ob sie – wie alle ihre Vorgängerinnen – daran festhält, Stationierungsstandorte nicht zu veröffentlichen. Wir haben Verhandlungen geführt; sie sind noch nicht abgeschlossen, sondern werden fortgesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will ihre endgültige Haltung in dieser Frage – ich meine, in der Frage Nachrüstung – in der nächsten Woche festlegen. Die rheinland-pfälzische SPD hat bereits Anfang Oktober die Vereinigten Staaten von Amerika aufgefordert – ich zitiere –: „keine Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und die Vorbereitungen dazu einzustellen“.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Und sie hat diesen Beschuß verbunden mit einem Abrüstungsappell an die Sowjetunion. Ich zitiere erneut ein Wort, das Helmut Schmidt vor einigen Wochen in der ZEIT geschrieben hat:

Wer die im Notfall notwendig werdende Nachrüstung vorweg aufgäbe, der würde schließlich gezwungen, den jetzt erreichten Rüstungsstand und die davon ausgehende politische Bedrohung hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bitte die Opposition dieses Hauses um ihre Stellungnahme dazu, ob dieser Satz seine Aussagekraft verloren hat, und wenn ja, warum? Und wie es sich erklärt, daß unsere Bündnispartner am Doppelbeschuß festhalten, wie z. B. der französische Präsident Mitterrand und der italienische Ministerpräsident Craxi erst in diesen Tagen ausdrücklich bestätigt haben und wie es auch Frau Premierministerin Thatcher getan hat? Wie steht es – so frage ich – in Zukunft mit der Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit des westlichen Bündnisses, wenn gemeinsame Beschlüsse nicht mehr vollzogen werden?

Und was soll folgen, wenn sich die SPD für ein Nein zu jeder Nachrüstung entscheidet? Wird der Frieden in Europa dadurch sicherer? Hält man es für unzumutbar, daß die Sowjetunion auch nach Beginn einer möglichen Nachrüstung ernsthaft weiterverhandelt?

Und ich stelle die Frage: Wie steht es mit der Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis? Niemand sollte den Verlust unseres Sicherheitskonsenses in dieser Frage leichtfertig herbeireden. Auch der Doppelbeschuß ist auf einem SPD-Bundesparteitag im Jahr 1979 mit überwältigender Mehrheit begrüßt worden. Deswegen fragen wir, ob das politische und militärische Engagement der Amerikaner in Europa als Garant unserer Freiheit angesehen wird oder ob wir von einer Aufkündigung der bisher gemeinsamen Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik ausgehen müssen.

Die Abrüstungspolitik des Bündnisses ist in der Sache überzeugend, und sie ist nach meiner Meinung auch moralisch und ethisch gerechtfertigt.

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Nie ist die Bergpredigt – jedenfalls ein Satz aus ihr – so oft zitiert worden wie in diesen Monaten. In diesem einen Satz werden jene seliggepriesen, die Frieden stiften. Frieden stiften heißt aber nicht, nur den Frieden zu wollen und friedlicher Gesinnung zu sein, sondern zum Frieden-Stiften gehört außer dem Willen und der Gesinnung auch das Handeln, damit Frieden erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich, meine Damen und Herren, bedeutet es schon sehr viel, wenn wir es im täglichen Leben fertigbringen, miteinander friedlich umzugehen. Aber ich glaube, daß diejenigen, die politische Verantwortung für viele andere tragen, für die jetzt Lebenden und für die zukünftigen Generationen, sich vor dem Maßstab der Bergpredigt nicht damit begnügen können, nur friedfertiger Gesinnung zu sein. Sie, meine ich, müssen daran arbeiten, der Welt mit den Mitteln der Politik einen dauerhaften Frieden abzurufen, notfalls auch durch die bisweilen sogenannte „Paradoxie der Abschreckung“.

Wir fühlen uns durch das eindrucksvolle Bischofswort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ in dieser Ansicht bestärkt, nach dem angesichts der Unvollkommenheit der Welt auch nukleare Abschreckung noch zu tolerieren ist, soweit sie bestimmten Kriterien entspricht und nachweislich der Kriegsverhütung dient. Meine Damen und Herren, es war hilfreich, daß der Rat der EKD formuliert hat:

„Das Bekenntnis zu Jesus Christus wird mißbraucht, wenn es zur Entscheidung über offene politische Wege verwendet wird.“

Wenn wir in diesen Sätzen der beiden Kirchen übereinstimmen, dann sollte es uns leichter fallen, in diesem Hause, aber auch draußen mit engagierten Christen im Land über die richtigen Wege zum Frieden zu sprechen. Wir überhören nicht die zahlreichen Stimmen von evangelischen Pfarrern in Rheinland-Pfalz, die auf eine klare Ablehnung der Nachrüstung hinauslaufen. Aber wenn sie etwa die Friedenserklärung des Rates der EKD vom September dieses Jahres beiziehen, daß der Friede vor allem mit politischen Mitteln zu sichern sei, dann frage ich: Was ist der Doppelbeschuß denn anderes als ein politisches Mittel, um endlich Gleichgewicht mit weniger Waffen zu erhalten und Europa vor politischer Bedrohung zu sichern? –

(Beifall bei der CDU.)

Ich zitiere noch einmal aus der Erklärung der katholischen Bischöfe: „Ein einseitig erklärter Verzicht auf Verteidigung kann, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, als Schwäche, möglicherweise als Einladung zur politischen Erpressung verstanden werden. Ein solcher Verzicht kann gerade das begünstigen, was verhindert werden soll, daß Unschuldige unterdrückt werden, daß ihnen Leid oder Gewalt angetan wird.“

Meine Damen und Herren, auch Mut, auch Geduld und Zähigkeit auf dem Weg zu einer wirksamen Abrüstung sind ethische Werte. Es wäre unchristlich, Schutzlose schutzlos der Bedrohung zu überlassen. Wir wollen Frieden, aber wir wollen ihn nicht um den Preis der Freiheit, weil Unfreiheit die Quelle neuen Unfriedens ist.

(Beifall bei der CDU.)

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Friedenssicherung durch Stabilität gibt die Chance, konkrete Bausteine einer gemeinsamen Grundordnung dieser Welt zu setzen. Solche Ziele sind hochgesteckt und die Wege dorthin sind lang und steinig. Aber es sind Ziele und Hoffnungen, die über alle Raketendebatten dieser

Wochen hinausweisen. Der Friedenschutz durch Abschreckung muß durch eine politische Ordnung ersetzt werden, die den Frieden schützt durch wirtschaftliche Verflechtung, durch Interessengleichheit der Staaten, durch Verhandlungen und Verträge und durch Instrumente zur Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln.

(Beifall bei der CDU.)

Wir können auf Abschreckung derzeit zwar nicht verzichten, aber wir müssen die gewonnene Zeit nutzen, alle nur denkbaren Gespräche und Verhandlungsstränge zum Thema Abrüstung und Vertrauensbildende Maßnahmen auszuschöpfen. Wir unterstützen ausdrücklich die Politik, auf den Folgekonferenzen der KSZE, im Rahmen der Vereinten Nationen und in bilateralen Kontakten zu allen Staaten der Welt sich um dieses Netz vertrauensbildender Maßnahmen zu bemühen.

Wir glauben nicht, daß es in überschaubarer Zeit eine Welt ohne Interessenskonflikte geben wird. Aber wir haben die Hoffnung, daß es der Menschheit insgesamt möglich wird, womit wir in Europa vor einigen Jahrzehnten begonnen haben: Den Krieg abzuschaffen und sich auf unblutige Formen des Interessenausgleichs zu verständigen.

Für diese Erwartung gibt es Ansätze, die zur Hoffnung berechtigen: Jahrhundertelang wurde der Streit um den richtigen Glauben mit dem Schwert ausgetragen. Welche belebende und friedensstiftende Kraft geht heute vom Gedanken der Ökumene aus! Das ist ein Fortschritt.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben binnen weniger Jahrzehnte die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Staaten von der Erbfeindschaft zur Verständigung geführt! Das ist ein Zeichen der Ermutigung für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU.)

Ich denke an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ich nenne die KSZE-Experten-Konferenz, die im nächsten Frühjahr ergänzende Methoden zur Konfliktbeilegung beraten soll. Ich denke an die Arbeitsgruppe, welche im Auftrag der Vereinten Nationen – unter deutschem Vorsitz – Leitlinien für Vertrauensbildende Maßnahmen erarbeitet und möglicherweise schon in absehbarer Zeit einen ersten Entwurf vorlegen kann.

Aber ich erinnere nicht nur an Konferenzen, sondern ich erinnere an viel weitergehende Hoffnungen. Immanuel Kant hat die Frage aufgeworfen, ob das menschliche Geschlecht in beständigem Fortschreiten zum Besseren sei. Er nennt als wichtigste Voraussetzung, Krieg zu verhindern und den Weg zu einer Verfassung einzuschlagen, die auf Rechtsprinzipien gegründet ist. Meine Damen und Herren, Kriege zu verhindern durch eine Verfassungsordnung, die auf Rechtsprinzipien gegründet ist – weil ohne Rechtsprinzipien die Bändigung des Krieges nicht gelingen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Ich erinnere an die Appelle der Kirchen, eine anerkannte Weltautorität auf der Basis eines gemeinsamen Grundkonsenses einzurichten.

Friedensförderung bedeutet für uns konkret, das Gespräch zu suchen, wo es sich bietet. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meinen Besuch in Polen. Meine Damen und Herren, wir müssen miteinander sprechen, und die Zeit ist günstig wie nie, das auch über Blocksysteme hinweg zu tun. Ich verweise auf Schritte für

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, ich denke etwa an unser Beispiel Ruanda: letztlich Mittel, die auf einen Zustand des Friedens hinwirken, in dem die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zur Entfaltung kommen.

Meine Damen und Herren, dies ist alles eine sehr mühselige Sache. Es ist ein mühseliger Weg, und unser Beitrag ist nur gering. Aber ich glaube, es ist wichtig, das anzusprechen, um eine Friedensdebatte nicht auf die Sicherheitspolitik zu begrenzen und eine Friedensdebatte nicht zum Anlaß von Pessimismus, sondern zum Zeichen der Hoffnung werden zu lassen.

Bundestagspräsident Barzel hat auf dem Hambacher Schloß vor ein paar Wochen diesen Gedanken mit seinen Worten so formuliert:

Staat und Kultur beginnen, wo der innere Frieden anfängt, weil das Faustrecht weicht und endet.

Mit dem äußeren Frieden verhält es sich nicht anders. So müssen wir nach mehr suchen als nach Abschreckung und Abrüstung: Nach einer europäischen Friedensordnung . . .

Meine Damen und Herren, denkt man trotz der Bedrängnis dieser Zeit in solchen langfristigen politischen Hoffnungen, dann wird bewußt, daß diese Zukunftsvision nur einen Zustand beschreibt, den wir in unserem Staat schon wie ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen. Unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung ist nicht von selbst entstanden, und sie erhält sich auch nicht von selbst; sie muß immer wieder bestätigt und mit Leben erfüllt werden. Die innere Stabilität unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung beruht auf Grundvoraussetzungen, die wir gerade im Blick auf eine zukünftige Rechts- und Friedensordnung anstreben.

Ich möchte einige dieser Grundvoraussetzungen nennen:

1. Die friedensstiftende Funktion unserer Rechtsordnung, die durch freigewählte Parlamente in Bund und Ländern gestaltet und durch unabhängige Gerichte kontrolliert wird;
2. die Grundlage eines Konsenses über zentrale Grundwerte und einen Grundrechtskatalog, der persönliche Entfaltung und Gemeinschaftsbezogenheit verknüpft;
3. die Anerkennung geregelter Verfahren zur Wahl der Volksvertretung und zur politischen Entscheidungsfindung, einschließlich der Möglichkeit, durch Wahlen zu bestätigen und Vertrauen zu verlängern oder politische Korrekturen anzubringen;
4. die uneingeschränkte Anerkennung, daß allein der Staat – und zwar zum Schutz der Rechtsordnung – notfalls Gewalt anwenden darf;
5. die besondere Verantwortung der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Tarifpartner, im Zusammenwirken für die Ziele des sozialen Rechtsstaates;
6. die vielfältigen Möglichkeiten zur Ausübung von Meinungsfreiheit und Meinungsbekundung in politischen Parteien, im vorpolitischen Raum und nicht zuletzt in der Freiheit von Presse und Rundfunk;
7. das fortlaufende Bemühen um eine politische Kultur, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist und die weiß, daß Frieden im Inneren wie nach außen den Verzicht auf Gegnerschaft und Haß voraussetzt, die Würde des Andersdenkenden wahrt und dies, meine Damen und Herren, nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Sprache zum Ausdruck bringt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, unsere demokratische Ordnung beruht auf dem zeitlich begrenzten, aber bindenden Entscheidungsrecht von Parlament und Regierung. Dieses Entscheidungsrecht ist nicht absolut. Der Bürger ist berechtigt, seinen Widerspruch anzumelden, allerdings im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Wer aber die demokratisch legitimierte Autorität des freiheitlichen Staates in Frage stellt, der will der Gesellschaft seine eigenen Gesetze aufzwingen. Es geht also vor allem darum, durch Sicherung unserer Rechtsordnung die Freiheit aller gegen die Willkür weniger in Schutz zu nehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung bedarf in dieser Haltung einer breiten Unterstützung. Wir brauchen das Bekenntnis zur gemeinsamen Verteidigung der Rechtsordnung. Unsere Rechtsordnung ist nicht irgendeine Ordnung; sie ist das wichtigste Werk der in freien Wahlen berufenen Legislative in Bund und Ländern.

Ich habe Respekt vor jedem, der für den Frieden demonstriert, aber es muß bitte mit den Mitteln geschehen, die den Frieden nicht gefährden; sonst wird seine Aussage unglaubwürdig. Zu diesem Frieden gehört auch der Rechtsfrieden, dessen Verletzung dort beginnt, wo das Gesetz übertreten wird.

Deswegen, meine Damen und Herren, wird die Polizei unseres Landes auch weiterhin situationsgerecht handeln und mit Besonnenheit, aber auch mit Entschlossenheit ihre Pflicht erfüllen – in dem Bewußtsein, daß es viele Meinungen geben kann, daß diese Vielfalt aber nur Bestand hat, wenn die Achtung vor dem Gesetz nicht in Frage gestellt wird.

Recht, meine Damen und Herren, sichert die Freiheit aller Bürger. Und wer bereit ist, das Recht mit Entschiedenheit zu verteidigen, der schützt zugleich auch die Autorität dieses Parlaments. Ich sage das aus der Erfahrung der letzten Jahre, und ich sage das im Blick auf die Wochen und Monate, die vor uns liegen. Die Großveranstaltungen im Oktober waren ein eindrucksvoller Nachweis für die Freiheit der Meinungsäußerung und ein freiheitliches Versammlungsrecht. Auch das sollte von allen anerkannt werden. Wer bei uns friedlich für seine Meinung werben will, braucht dazu keine Vermummung und keine passive Bewaffnung; er kann frei demonstrieren, mit offenem Blick und mit dem Mut zum aufrechten Gang.

(Beifall der CDU.)

Die Menschenkette zwischen Stuttgart und Ulm hat Ziele auf den Asphalt geschrieben, die allen Menschen guten Willens aus dem Herzen sprechen. Und doch bin ich überzeugt, daß eine große Mehrheit der Deutschen zu unterscheiden weiß zwischen dem Wunsch nach Friedensordnung und Abrüstung einerseits und dem Weg der Vernunft, der uns diesen Zielen tatsächlich näher bringt.

Unsere Wege dorthin habe ich beschrieben. Wir müssen daran arbeiten, sie immer wieder auch Kritikern und Zweiflern verständlich zu machen. Wir haben gute Gründe, und wir werden sie offensiv, aber friedlich vertreten.

Wir müssen bei unseren Gesprächen im Land zugleich vor allem junge Leute davor warnen, sich drei Dinge einreden zu lassen:

- sich einreden zu lassen, diese oder jene Form von Gewalt sei eigentlich gar keine oder doch eine erlaubte Gewalt;
- sich einreden zu lassen, dies sei die Stunde eines Widerstandsrechtes;

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

- oder sich einreden zu lassen, unsere parlamentarische Demokratie und das Mehrheitsprinzip seien nicht mehr in der Lage, den gegenwärtigen Problemen gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, es geht in diesen Monaten um sehr wichtige Entscheidungen, und man kann natürlich verschiedener Meinung über den Weg sein. Es wird auch in Zukunft Differenzen, Interessengegensätze, politische Konflikte geben, und die Friedendiskussion wird mit diesem Winter nicht abgeschlossen oder beendet.

Demokratische Ordnung heißt nicht: Konflikte leugnen oder wegre-den, demokratische Ordnung heißt: den Konflikt in jenen Formen und Verfahren austragen, die in Verfassung und Rechtsordnung verankert sind. Wer diese Wege zur friedlichen Konfliktbeilegung in Frage stellt, der nimmt die letzten Jahrhunderte europäischer Rechtsgeschichte nicht zur Kenntnis und gefährdet die Grundlage dessen, was wir brauchen, um daraus eine Weltfriedensordnung bauen zu können.

(Beifall der CDU.)

Wir treten jenen entgegen, die das allein dem Staat vorbehaltene Recht auf Gewaltausübung in Zweifel ziehen, um es anschließend selbst zu besetzen. Mit dem Anspruch, die Wahrheit zu verwalten und dem Gewissen folgen zu müssen, allein ist das nicht zu rechtfertigen. Ich stelle die Gegenfrage: Was wäre etwa, wenn andere davon ausgingen, daß es zum Beispiel Teile der Friedensbewegung wären, die in Wirklichkeit den Frieden gefährdeten, und wenn diese einen gleich hohen moralischen Anspruch anmeldeten – verbunden mit demselben Gewaltbegriff? Wer mit dem Gedanken an Gewaltanwendung spielt oder gar zum Mittel der Nötigung greift, mag dieses bitte einmal zu Ende denken. Das „Gewaltmonopol“ des Staates bleibt die wichtigste äußere Voraussetzung jeden inneren Friedens in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich warne davor, von einer Stunde des Widerstandsrechtes zu reden.

Die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 – auf den Tag genau heute vor 45 Jahren – ist in die Geschichte als „Reichskristallnacht“ eingegangen. Wir sprechen in der Bundesrepublik Deutschland mit Hochachtung von den Männern und Frauen des Widerstandes gegen Hitler, und ich sage ganz aktuell: Es steht sich leichter in Auschwitz, wenn man weiß, daß es Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler gegeben hat. Sein Regime der Diktatur, der Unfreiheit und der Gewalt stand vor Augen, als das Recht auf Widerstand im Grundgesetz verankert worden ist. Aber, meine Damen und Herren, wer will unser Land am 10. November 1983 mit den Tagen der „Reichskristallnacht“ von 1938 vergleichen? Ja, wir kennen das Recht zum Widerspruch, zum lebhaften, engagierten und leidenschaftlichen Widerspruch. Die Wormser Synode hat dies sehr deutlich herausgestellt. Aber das Recht auf Widerstand meint ganz etwas anderes: Es dient allein einem letzten Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch seine Bürger gegen Kräfte der Gewalt und des Chaos, nicht aber politischen Pressionen gegen diesen Rechtsstaat.

Das Recht auf Widerstand kann sich nicht gegen in freien Wahlen bestätigte Parlamente richten,

(Beifall bei der CDU)

schon gar nicht, solange in so ausgeprägtem Maße Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und schließlich eine Verfassungsgerichtsbarkeit jedermann in diesem Lande zur Verfügung stehen.

Vergessen wir bitte folgendes nicht: Auch der von manchen verharmloste sogenannte „bürgerliche Ungehorsam“ ist Aufleh-

nung gegen die Rechtsordnung und kann ein erster Schritt zur mißbräuchlichen Inanspruchnahme des in unserer Verfassung verankerten, allein ihrem Schutz dienenden Widerstandsrechtes sein.

(Beifall bei der CDU.)

Wir bekennen uns bei dieser Debatte eindeutig zur parlamentarischen und zur repräsentativen Demokratie. Das bedeutet wahrlich nicht, den Bürger auf den alle vier Jahre angesetzten Wahlakt zurückzudrängen. Wir sprechen doch gerade in diesem Hause immer wieder von den vielfältigen Wegen der Bürgerbeteiligung und der Mitverantwortung. Aber die Väter des Grundgesetzes haben gewollt, daß die Abgeordneten entscheiden, als gewählte Vertreter des ganzen Volkes, frei und nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen. Es liegt in hohem Maße an den Parlamenten in Deutschland selbst, plebiszitären Bestrebungen durch eine überzeugende Politik zu begegnen.

Meine Damen und Herren, nichts hindert uns daran, die politische Diskussion in die Parteien und Parlamente zu holen. Kommen wir als gewählte Parlamentarier, als Regierung und Opposition in Bund und Ländern, unserer ureigensten Aufgabe nach, die Fülle der emotionalen Fragen im Land nicht nur anzuhören, zu sammeln und hier vorzulesen, sondern sie in Rede und Gegenrede politisch aufzuarbeiten, damit sie mit den Mitteln und Instrumenten der Politik lösbar werden und nicht immer mehr Menschen als unlösbar erscheinen.

Das ist die Aufforderung und Anforderung, die, wie ich meine, an die gewählten Vertreter des ganzen Volkes gestellt wird. Je besser dies gelingt, um so weniger brauchen wir uns um die innere Autorität der parlamentarischen Demokratie Sorge zu machen. Parlamente, Regierungen und Gerichte haben in besonderer Weise zu den Voraussetzungen des inneren Friedens beizutragen.

Aber der Gedanke der freiheitlichen Demokratie geht darüber hinaus. Er zielt auf ein hohes Maß immer wieder neuer Zustimmung ab, auf das, was wir jenseits aller unverzichtbaren Gesetzes-treue als „innere Annahme“ unserer Staats- und Gesellschaftsordnung bezeichnen. Die Erhaltung dieser Vertrauensbasis ist ein Auftrag an alle, denen an unserem sozialen Rechtsstaat gelegen ist. Parlament und Regierung wirken daran mit, wenn sie sich um eine möglichst überzeugende, in jedem Fall aber glaubwürdige Politik bemühen.

Der Bundespräsident hat in Worms anlässlich des Luther-Jahres sehr persönlich gesagt – ich zitiere ihn –: Wir vergessen oft, daß die wirkliche Bedrohung des Menschen und seiner Menschlichkeit andere und tiefere Ursachen hat. Die Krise, in der wir stehen, ist vor allem eine Krise des Geistes, eine Krise des geduldrigen Hinhörens auf die zuversichtliche Botschaft des Glaubens. – Meine Damen und Herren, das heißt, wirklicher Friede geht über das hinaus, was wir gegenwärtig diskutieren, und er geht auch über das hinaus, was Politik leisten kann: Frieden heißt auch, Frieden mit sich selbst, Frieden mit dem Mitmenschen und – als Christ füge ich hinzu – Frieden mit Gott. Dies soll nicht von einer engagierten Diskussion ablenken, aber es soll in dieser Stunde nicht ungesagt bleiben, denn dies ist für viele ein Grund wahrer Hoffnung.

Wir wenden uns gegen eine Politik der Hoffnungslosigkeit und der Angst. Hier trifft sich unser Verständnis von Friedenssicherung und Friedensförderung im Innern und nach außen: Meine Damen und Herren, Angst ist ein schlechter Ratgeber.

Wir müssen denen begegnen, die Angst als Mittel der politischen Pression einkalkulieren. Zukunftsangst hilft uns nicht, im Innern die Probleme der Zukunft zu bewältigen, und Angst nach außen bewältigt keines der drängenden Weltprobleme.

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Wir werden denjenigen verständnisvoll begegnen, die persönlich in großer Sorge sind, uns aber wieder und wieder um nüchterne Analyse und politische Aufklärung bemühen. Carl Friedrich von Weizsäcker hat ein deutliches Wort dazu gesagt – ich zitiere ihn –: Das wichtigste, wenn wir die Krise bestehen wollen, ist, ihr ruhig ins Auge zu sehen. Der Dämon hält den menschlichen Blick nicht aus. Blicken wir ruhig und unverwandt, so verzieht sich der Nebel, und wir bekommen etwas zwar Gefährliches, aber Verständliches zu sehen. Wir sehen Wege in der Gefahr. – Ich bitte, daß wir die Diskussion so führen, daß wir die Wege nicht vernebeln, sondern daß wir die Wege sichtbar machen, damit sich jeder ein Urteil bilden kann.

Frieden heißt, für eine Ordnung einzutreten, in der die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Frieden heißt, realistisch zu bleiben und den Mut zu notwendigen politischen Entscheidungen nicht zu verlieren, nach außen hin den langen Weg zu einer gerechten Friedensordnung offen zu halten und sie im Innern gegen Rückschritte zu schützen. Frieden heißt, alle Verhandlungsstränge zu nutzen, neue Wege und Verfahren friedlicher Konfliktlösung zu suchen, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten am friedlichen Austausch von Meinungen, Besuchen und Waren teilzunehmen.

Lassen Sie mich noch einmal Carl Friedrich von Weizsäcker zitieren: Wir verteidigen die Freiheit vor allem, indem wir sie gebrauchen. Freiheit ermöglicht Vernunft. Die Vernunft findet viel zu tun in der heutigen Welt. –

Meine Damen und Herren, diese Überlegung hat mich bestimmt, zu diesem Thema heute morgen zu Ihnen zu sprechen. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall der CDU.)

Vizepräsident Schweitzer:

Ich bedanke mich für die Abgabe der Regierungserklärung. Herr Ministerpräsident, aus Gerechtigkeitsgründen gegen jedermann in diesem Hause weise ich darauf hin, daß alle Zitate der Genehmigung des Präsidenten bedürfen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Ich eröffne die Aussprache. Zuvor begrüße ich auf der Gästetribüne Schülerinnen und Schüler des Erich-Klausener-Gymnasiums in Adenau und Redakteure von Schülerzeitungen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause.)

Ich weise darauf hin, daß beide Fraktionen für die Aussprache Redezeit für alle ihre Redner beantragt haben.

(Zurufe im Hause: Redezeitverlängerung! Redezeit haben wir sowieso!)

– Entschuldigung, Redezeitverlängerung. Ich erteile Herrn Abgeordneten Scharping das Wort.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte schon jetzt den Präsidenten vorab um die Genehmigung aller Zitate, die ich verwenden werde.

Ich sage zu dieser Regierungserklärung zuerst, daß im Oktober dieses Jahres Hunderttausende von Bürgern zu Demonstrationen zusammengekommen sind. Sie haben dabei ihre Sorgen um die Erhaltung des Friedens zum Ausdruck gebracht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion begrüßt das ernsthafte Engagement vieler Bürger, der Kirchen und der Gewerkschaften, der karitativen Organisationen und vieler anderer.

(Beifall der SPD.)

Sie empfindet dieses Engagement als einen Appell und zugleich als Unterstützung bei der Suche nach politischen Wegen zur Sicherung des Friedens und bei dem Versuch, diese Wege zu beschreiben und auch wirklich gangbar zu machen. Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich in Deutschland Bürger für den Frieden engagieren und demonstrieren. Es ist in Deutschland schon aus schlechteren Anlässen demonstriert worden. Deshalb stimmen wir Sozialdemokraten auch zu, wenn gesagt wird: „Was Hunderttausende in den Bonner Hofgarten geführt hat, ist weit elementarer. Die Sorgen und Sehnsüchte, die dort zum Ausdruck kamen, sind existentieller Natur. Sie betreffen staatliche und gesellschaftliche Grenzsituationen und die Weigerung, sie als Dauerzustand zu akzeptieren. Die Aufhebung der Existenz der Gattung oder die Aufhebung der Natur als Ganzes sind Grenzen, deren auch nur mögliche Überschreitung nicht konsensfähig ist. Technologische Optionen, die solche Möglichkeiten begründen, sind gesellschaftlich nicht auf Dauer integrierbar.“

(Beifall der SPD.)

Das heißt: Solche Grenzsituationen sind, aus objektiven Gründen, nicht dauerhaft konsensfähig.

In ihrem Kern hat die Bonner Demonstration auf diese Grenzsituation hingewiesen und ihr öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Dieses Anliegen ist berechtigt.“

Diese differenzierte Beurteilung war am 30. Oktober 1981 in der Wochenzeitschrift „DIE ZEIT“ zu lesen. Der Artikel stammt von Kurt Biedenkopf.

(Beifall bei der SPD.)

Er unterscheidet sich wohltuend von vielem, was aus den Reihen der Union neben notwendiger Diskussion an angst- und – wie ich finde – auch haßerfüllter Diffamierung ausgeschüttet wurde; nicht mit dieser Regierungserklärung. Aber ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir im Saal des Parlaments anders reden als auf den Plätzen draußen im Land.

(Beifall der SPD.)

Die Demonstrationen vom Oktober waren gewaltfrei und friedlich. Sie haben eine gefestigte demokratische Kultur unseres Landes unter Beweis gestellt. Das ist geschehen entgegen mancher Befürchtung, vor allen Dingen aber entgegen dem unverantwortlichen Hochreden eines angeblich „heißen Herbstes“.

(Beifall der SPD.)

Herr Ministerpräsident, wir haben nicht nur einen Beweis für die Festigkeit unserer demokratischen Kultur erlebt, sondern auch einen Hinweis darauf, wie innerer Frieden in unserem Land gefestigt werden kann: Durch Toleranz gegenüber anderen Auffassungen, durch das Respektieren anderer Meinungen und durch das offene Austragen von unterschiedlichen Argumenten und vor allen Dingen dadurch, daß man jede andere Meinung auch dadurch ernst nimmt, daß man sie nicht von vornherein mit Unterstellungen und bösen Motiven belastet.

(Scharping)

Es dient dem inneren Frieden nicht, wenn in dieser Diskussion auch von der Union nach einem billigen parteipolitischen Jakob gesucht wird. Es werden da alte Traditionen belebt.

(Geimer, CDU: Was heißt das?)

Vor wenigen Tagen war in diesem Haus die Rede von der angeblich „schlechten Gesellschaft“, in der man sich befinde. Als der Deutsche Bundestag 1958 über die Frage der Möglichkeit einer denkbaren atomaren Bewaffnung der Bundeswehr diskutierte, hat es in dieser Debatte ein Zitat gegeben. Es lautet: „Sie haben es auch zu vertreten, daß es einem Außenstehenden nicht mehr möglich ist, abzugrenzen, was Ihr Wollen ist“ – ihr, der Sozialdemokraten Wollen – „und was dann daraus wird. Sie haben es auch“, sie, die Sozialdemokraten, „zu vertreten, daß Sie in einer Lage sind, in der die SED Ihnen pausenlos Beifall spendet.“ Zitat des Abgeordneten Dr. Barzel am 24. April 1958 im Deutschen Bundestag.

Das war derselbe Abgeordnete, der 1972 bei den Sorgen der Bevölkerung um die Ratifizierung der Ost-Verträge meinte, er müsse vor dem angeblichen „Druck der Straße“ warnen.

(Klein, SPD: So ist das!)

Diese Kontinuität setzt sich fort. Der Bundeskanzler spricht am 14. Oktober 1983 in der ihm eigenen Sprache vor der Industrie- und Handelskammer in Ludwigshafen wie folgt: „So wichtig das Recht auf Demonstrationsfreiheit ist mit friedlichen Mitteln, ebenso klar ist, daß nicht auf der Straße die deutsche Politik entschieden wird. Wir schreiben das Jahr 1983 und nicht das Jahr 1932. Ich sage das“, so der Bundeskanzler,

(Beifall bei der CDU)

„mit vollem Bedacht an diesem Freitag vor der nächsten Woche.“

Wenn Sie warten könnten, bis das Zitat Ihres Kanzlers zu Ende ist, wäre das nicht schlecht.

(Zurufe von der CDU.)

Ich will Sie darauf hinweisen, daß solche Vergleiche von einer erstaunlichen historischen Einfalt zeugen.

(Beifall der SPD.)

Wer das angesichts des Engagements der Bürger ausspricht und eine Parallele wenigstens ermöglicht, wenn er sie denn schon nicht herstellt, in der Situation des Jahres 1983 mit der des Jahres 1932 und das auch noch mit „Bedacht“ ausspricht, der geht über die Beschreibung eines vielleicht ernst zu nehmenden Risikos hinaus und unternimmt den gezielten Versuch, eine offensichtliche Mehrheit in der Bevölkerung mit ihren Hoffnungen und Sorgen in eine Ecke zu stellen. Ich füge hinzu, er provoziert damit das Risiko, daß wenige unter dem damit verbundenen Druck eine Situation entstehen lassen könnten, in der sich das dumme Geschwätz dann im nachhinein als richtig herausstellen würde.

(Beifall der SPD.)

Die Parteien wirken, so heißt es im Grundgesetz, an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Wenn wir den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes ernst nehmen, dann müssen viele Politiker – unbeschadet einer klaren eigenen Meinung – ihre Arroganz ablegen, die suggeriert, nur in einer bestimmten politischen Partei offenbare sich verantwortungsbewußtes politisches und staatliches Handeln.

(Zurufe von der CDU. – Keller, CDU: Denken Sie an die SPD!)

Meine Damen und Herren, die parlamentarische Entscheidung ist ungeteilt, und niemand bestreitet das. Es ist überflüssig, hier solche Fragen an Parlamentarier zu richten. Ich füge hinzu: Zuhören und handeln, argumentieren und entscheiden, begründen und getroffene Entscheidungen wieder revidieren, alles das gehört zusammen und bedarf großer Sorgfalt. Ich füge aus aktuellem Anlaß die Frage hinzu: Meinen Sie wirklich, es sei ein Ausdruck der Souveränität und des inneren Friedens gewesen, daß bestimmte Politiker den Versuch machten, diese notwendige ausführliche Debatte des Bundestages mit Stationierungsterminen zu koppeln und dadurch die Debatte zu begrenzen? Glauben Sie wirklich, daß das dienlich war?

(Wilhelm, CDU: Beim Schmidt hätten wir die Raketen schon!)

Meine Damen und Herren, wir wenden uns gegen das Ausgrenzen einer großen Zahl von ernsthaften Bürgern. Wir stimmen nicht mit jeder Gruppe und mit jeder Meinung in dieser heterogenen Friedensbewegung überein. Aber wir verstehen das Ziel, teilen die Hoffnungen, verstehen die Sorgen und versuchen, daraus einen realistischen politischen Weg zu machen.

In der Formulierung dieses langfristigen Zieles sind wir einig. Von der jetzt sehr knapp gefaßten Feststellung soll auch nicht auf die mangelnde Solidität in der Einigkeit in diesem Ziel geschlossen werden. Aber die Einigkeit im langfristigen Ziel und in seiner verbalen Beschreibung ist noch keine Politik, genausowenig wie für sich genommen ein gutes Motiv oder ein moralisches Ethos alleine schon Politik wäre.

In diesem Zusammenhang frage ich, ob es wirklich der Ernsthaftigkeit einer Debatte dient, wenn der Kultusminister als pfälzischer Bezirksvorsitzender fragt oder formuliert, daß es schwerwiegend sei, daß sich die pfälzische SPD Positionen der Sowjetunion zu eigen mache.

Ich frage weiter, ob es wirklich notwendig ist – der Kollege Kutscheid ist nicht da – , wenn er sich die arrogante Sprache seines Pressesprechers aufzwingen läßt und von der inneren Zerrissenheit der rheinland-pfälzischen SPD redet und als Beweis der inneren Zerrissenheit einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß anführt.

Glauben Sie wirklich, Herr Kollege Wilhelm, daß es der Sache dient, wenn Sie ausgerechnet aus Amerika auch vor dem Druck der Straße warnen und dann, kaum zurückgekehrt, nichts Besseres zu tun haben, als diese heutige Debatte im Pressedienst Ihrer Fraktion mit Formulierungen nach dem Motto ankündigen: Wir müssen jetzt einmal die Sozialdemokraten vorführen? Glauben Sie wirklich, daß das Zeichen für die Ernsthaftigkeit dieser Diskussion sind? Ich meine, das sind ziemlich kümmerliche Begründungen für eine solche Regierungserklärung. Es wäre besser, Sie setzten sich nicht dem Verdacht aus, mangelnde landespolitische Phantasie und Kompetenz solcher Erklärungen vertuschen zu wollen.

(Starker Beifall der SPD.)

In dieser Legislaturperiode sind nach der ersten bis jetzt weitere vier Regierungserklärungen abgegeben worden. Es war keine darunter, die sich mit der sozialen Lage der Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz beschäftigt hätte.

Wilhelm, CDU: Das ist falsch!)

Es gibt zu denken, daß Sie die Realität wachsender Arbeitslosigkeit, einer schwierigen sozialen Situation vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien, die wachsende Zahl von Konkursen, die Zusammenbrü-

(Scharping)

che von Firmen, daß Sie das alles nicht für einen ausreichenden Anlaß zu einer Regierungserklärung halten.

(Starker Beifall der SPD.)

Dies soll auch klar sein: Wir Sozialdemokraten können uns eine Politik des Friedens nach außen nicht vorstellen, wenn sie nicht gegründet ist auf eine Politik des Friedens im Innern.

(Starker Beifall der SPD.)

Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, und sozialer Abbau aber sind eine massive Störung des Friedens im Innern.

(Beifall bei der SPD.)

Wer die Verbindungslinien der Arbeitsmarktpolitik und der Jugendarbeitslosigkeit, der Sozialpolitik und der Rechtspolitik als entscheidende Elemente des inneren Friedens nicht sieht, als Grundlagen für die Sicherung einer Politik auch des äußeren Friedens, der verdrängt eine wichtige historische Erfahrung.

Sie müssen sich vor dem Risiko hüten, die Diskussion in unserem Lande über Friedenspolitik als Ablenkung von den gestörten Grundlagen des inneren Friedens zu mißbrauchen.

(Beifall der SPD.)

Ich will hier nicht im einzelnen auf die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Arbeitslosigkeit, Rüstung und Not in der Dritten Welt, dem Entzug der materiellen Möglichkeiten der Industriestaaten für wirksame Hilfen nach draußen eingehen, aber der Herr Ministerpräsident hat ja auch noch von anderen Grundlagen des inneren Friedens gesprochen. Und da möchte ich doch an einen Vorgang erinnern, der auch eine historische Parallellität deutlich macht: nämlich den, daß der damalige CDU-Abgeordnete Dr. Bucerius, ein Verleger, wie man weiß, im Jahre 1958 durch einen Anruf in der entsprechenden Druckerei der Illustrierten „stern“ einen fünfseitigen Artikel unter der Überschrift „Atomtod – Atomnot“ verhindert hat.

Als in diesem Herbst der Intendant des Südwestfunks den Versuch unternahm, einen engagierten Journalisten mit einer dezidierten Meinung vom Bildschirm zu verbannen, da hat die CDU, die ansonsten von Pressefreiheit redet und das ebenso wie wir auch für eine Grundlage des inneren Friedens hält, diesen Vorgang mit politischem Beifall bedacht.

(Beifall der SPD.)

Es ist, meine Damen und Herren, genau diese Haltung des Abdrängens und des Verdrängens von mißliebigen Meinungen, die unter dem Deckmantel der Bewahrung des inneren Friedens Konflikte leugnet, statt an ihrer Lösung zu arbeiten, und die genau damit selbst zu einer Gefahr für den inneren Frieden wird. Was am Ende steht, ist kein innerer Friede, sondern eine sogenannte „Ruhe“, eine Ruhe, die aber keine Bürgerpflicht ist, sondern nur „demokratische“ Stille.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Wir sind verpflichtet, in einer solchen Situation der Bevölkerung Rechenschaft zu geben und zu sagen, was wir denken, wohin wir wollen und was wir tun, um unseren Willen zu verwirklichen. Ich will das gründlich machen, nicht nur wegen des Anspruchs der Bürger, sondern auch wegen Ihrer Neigung, bestimmte Positionen der Sozialdemokratie mit Verdächtigungen zu überziehen.

Freiheit – Herr Ministerpräsident, hier stimmen wir Ihnen zu – hat viele Facetten. Sie enthält auch die Freiheit von Angst, die Freiheit von der Befürchtung materieller Not. Freiheit und Frieden gehören zusammen; auch da stimmen wir Ihnen zu.

Für sozialdemokratische Friedens-, Entspannungs- und Sicherheitspolitik gibt es feste Grundlagen. Eine Grundlage ist die Freiheit und ihre Bewahrung. Sie gibt uns die Möglichkeit, unsere Überzeugung nach bestem Wissen und Gewissen zu formulieren und mit den Möglichkeiten unserer Demokratie für den Frieden einzutreten. Umgekehrt gilt: Der Frieden ist die Voraussetzung unserer Existenz und damit auch die Voraussetzung aller unserer Freiheit.

(Beifall der SPD.)

Im atomaren Zeitalter gibt es keine Prioritätenfolge mehr. Frieden und Freiheit gehören zusammen. Und wir warnen jene Politiker ausdrücklich, die denken, man könne die Freiheit aggressiv verbreiten.

(Beifall der SPD.)

Ich füge in die andere Richtung hinzu: Man kann die Idee der Freiheit und des Friedens vielleicht unterdrücken, man kann diese Ideen aber nicht vernichten, und deshalb bekunden wir von dieser Stelle aus auch unsere Solidarität mit all den Menschen, die unter wesentlich schwierigeren Bedingungen in der DDR, in Polen, in vielen anderen Ländern für Frieden und Freiheit eintreten. Man kann Friedensbewegungen nicht aus seinen Ländern herauschmeißen und gleichzeitig glaubwürdig für den Frieden in der Welt eintreten.

(Beifall der SPD.)

Ich füge weiter hinzu: Man kann die Verbreitung der Freiheit in der Welt auch nicht mit Rüstung betreiben. Es ist nicht nur zweifelhaft, sondern falsch, den wirksamsten Schutz unserer Freiheit hinter einem möglichst hochgerüsteten Schutzwall zu suchen. Die Wagenburg ist ein Bild, das vielleicht für Reden in Texas taugt, aber nicht für eine international konstruktive Politik.

(Beifall der SPD.)

Eine zweite Grundlage ist das Bemühen um Abrüstung und kontrollierte Schritte einer Begrenzung der Rüstung. Wir gehen dabei von einem Gleichgewicht aus, ohne in eine schematische oder statische Betrachtung zu verfallen.

Eine dritte Grundlage ist unsere Fähigkeit zur Landesverteidigung. Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm ja zur Landesverteidigung gesagt; dieses Ja gilt uneingeschränkt. Es wäre deshalb auch ein Fehler, „die unumgängliche Diskussion um den Inhalt der Sicherheitspolitik auf dem Rücken unserer Soldaten auszutragen. Die Bundeswehr, als Armee im demokratischen Staat, hat den Auftrag, den Frieden sichern zu helfen. Ihre Angehörigen haben, wie wir anderen, ein vitales Interesse daran, daß nicht der Vernichtung preisgegeben wird, was wir gemeinsam sichern wollen.“

(Beifall der SPD und bei der CDU.)

Diese mutigen Sätze stammen von Willy Brandt; sie wurden auf der Kundgebung am 22. Oktober 1983 in Bonn gesprochen.

Verstehen Sie es bitte auch als einen Hinweis darauf, daß Sie, wie es Helmut Schmidt im Bundestag 1958 zu sagen versucht hat, den Versuch aufgeben sollten, den wiederholten und immer wieder wiederholten Versuch, die Bundeswehr zu einem parteipolitischen Instrument oder zu einem Instrument einer Regierung zu machen.

(Beifall der SPD.)

(Scharping)

Alle drei Elemente, die Sicherung der Freiheit, die Begrenzung der Rüstung und die Fähigkeit zur Landesverteidigung, alles dies gehört zusammen.

Es hat lange gedauert, bevor diese Überlegungen Eingang in die Strategie der NATO fanden. Ich sage an dieser Stelle auch: Diesem Bündnis gehören wir an, neben allem anderen auch deshalb, weil sonst – wie Hugo Brandt es in der Aussprache über die Regierungserklärung formuliert hat – ein gefährliches Vakuum in Europa, aber mit Sicherheit nicht mehr Sicherheit entstünde.

Schon Mitte der fünfziger Jahre war man in der NATO zu der Überzeugung gekommen, daß das Bündnis seine Politik und damit auch seine militärische Strategie nur in Konsultationen und nur unter Berücksichtigung der Interessen aller Partner der Allianz formulieren könnte. Dies war ein Jahr nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn. Auch damals stand man an einem politischen Scheideweg. Es hat fünf Jahre gedauert, bevor der amerikanische Präsident Kennedy diese Überlegungen im Bündnis selbst durchsetzte.

Dazu gehört auch, daß im Jahre 1967 der Harmel-Bericht ein doppeltes Konzept der Allianz beschrieb. Er koppelte ausreichende Verteidigungsfähigkeit und politische Solidarität der westlichen Staaten mit der Suche nach Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und damit mit der Suche nach Entspannung.

Diese Politik des Bündnisses ist von Willy Brandt wesentlich formuliert und betrieben worden. Ich sage hier an dieser Stelle: Wir Sozialdemokraten sind stolz auf die Entspannungspolitik, die gegen viele Widerstände in Deutschland und auch bei den Bündnispartnern durchgesetzt wurde.

(Beifall der SPD.)

Wir sind stolz auf die Ergebnisse dieser Entspannungspolitik, vor allem darauf, daß Berlin kein internationaler Zankapfel mehr ist und daß wir vielfältige Erleichterungen für die Menschen und Verbesserungen im Handel und Wandel zwischen den Staaten und den Völkern erreicht haben.

(Beifall der SPD.)

Dieser Stolz ist ungeteilt. Vor allem aber: Eine nüchterne Betrachtung der Entspannungspolitik selbst führt zu der zwingenden Forderung, ihre Grundlagen neu zu beleben und nach geeigneten Wegen zur Sicherung des Friedens zu suchen. Was heißt das?

Mit dem Harmel-Bericht kam der Begriff der „Entspannung“ zum erstenmal in die offizielle Sprache des Bündnisses, dem wir angehören. Auch unter militärischen Gesichtspunkten hat diese Entspannungspolitik zu positiven Ergebnissen geführt. Der erste Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung, der Vertrag über das Verbot der Entwicklung bzw. der Begrenzung von antibalistischen Raketen, der zweite Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind die Stichworte dafür.

Ich will Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nicht vorhalten, welchen wütenden Widerstand es gegen diese Politik aus Ihren Reihen gegeben hat.

(Beifall der SPD.)

Der Scheideweg des Harmel-Berichtes war in der Union schon umstritten, seine praktischen Auswirkungen wurden heftig bekämpft. Es ist Ihre Sache – ich erinnere an KSZE; daran hat der Herr Ministerpräsident auch erinnert –, wenn Sie sich bei der

Verabschiedung, bei der Ratifizierung der Schlußakte wohl gefühlt haben mit Ihrer splendid isolation mit Albanien.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, heute stehen wir erneut an einem Scheideweg. Wir betonen deshalb unsere Festigkeit und Standfestigkeit in unserer Mitgliedschaft zum westlichen Bündnis, unsere Festigkeit, unsere Bejahung in unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und die Bejahung unserer Möglichkeiten zur Landesverteidigung durch die Bundeswehr. Aber das sind noch keine Ziele der Politik, das sind erst einige Grundlagen.

Wir würden uns dem Prozeß von immer mehr Rüstung und immer mehr Gefahren aus der Rüstung nicht entziehen können, wenn wir die Ideale und Ziele der Entspannungspolitik nicht neu beleben würden.

Es ist das schwerste Versäumnis dieser amtierenden Bundesregierung, daß sie es in einem ganz entscheidenden Jahr für die Politik des Bündnisses und für die Entwicklung in Europa versäumt hat, auf diesen Grundlagen aufzubauen und den notwendigen Druck auf die Politik der Großmächte und die Verhandlungen zwischen ihnen aufrechtzuerhalten.

(Beifall der SPD.)

Es ist auch notwendig, auf die Geschichte jenes Vorganges einzugehen, mit dem Sie uns so gern und offensichtlich mehr aus eingeschränkt zu akzeptierenden Motiven konfrontieren. Viele beziehen sich auf jene Rede, die Helmut Schmidt 1977 vor dem International Institut for Stratetic Studies in London gehalten hat. Es heißt dort – ich zitiere –:

„Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nuklear-taktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West. Man könnte auf der Seite des westlichen Bündnisses massiv aufrüsten und die Zahl der Soldaten und der Waffensysteme hochtreiben. Man könnte aber auch sowohl auf der Seite der NATO wie des Warschauer Paktes die Streitkräfte reduzieren, um so zu einer niedrigeren Gesamtstärke auf beiden Seiten zu kommen. Meine“ – Helmut Schmidt's – „Präferenz hat die Reduktion.“

(Beifall der SPD.)

Heute ist die Frage der Mittelstreckenwaffen in Europa ein zentrales Thema der Friedenssicherung. Ich schicke voraus: Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht nur vorhandene Raketensysteme modernisiert hat, sondern daß sie einen neuen Bomber eingeführt hat, vor allem aber mit der Stationierung der SS 20 und deren neuen technischen Fähigkeiten ein Übermaß an Rüstung in diesem Bereich verwirklicht hat. Es ist auch müßig zu diskutieren, ob dies durch eine Präzisierung der Verhandlungsgegenstände früherer Runden hätte vermieden werden können.

Es gibt aber zwei weiterführende politische Fragen in diesem Zusammenhang. Die eine ist die Frage nach den auslösenden Gründen für diese Überrüstung. Da Sie sich gern auf Helmut Schmidt beziehen, will ich Ihnen auch zitieren, was er in einem Vortrag am 3. Oktober 1983 vor der Bundeswehrhochschule in Hamburg gesagt hat. Er sagte, dies hänge auch damit zusammen, daß es einen Verfall der Konsistenz und der Kontinuität der westlichen Politik und damit ihrer Berechenbarkeit gegeben habe; daß es nicht reiche, das nur zurückzuführen auf expansionistische Bestrebungen in der Sowjetunion, sondern daß man hinzufügen müsse die Elemente eines übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses dieses Landes und zugleich seines Gefühles der ökonomischen und der wirtschaftlichen und der militärischen Unterlegenheit.

(Scharping)

Erst wer diese Komponenten in sein eigenes politisches Kalkül mit einbezieht, wird zu einer realistischen Einschätzung der Lage kommen. Und erst diese Einschätzung bietet die Grundlage, nach gemeinsamen Sicherheitsinteressen zu suchen. Wir sind überzeugt davon, daß wir in diesen Jahren keine Sicherheit mehr gegeneinander, sondern nur, wenn wir sie gemeinsam suchen und gemeinsame Interessen formulieren, noch miteinander erreichen, bei allen Gegensätzlichkeiten.

(Beifall der SPD.)

Herr Ministerpräsident, daran besteht gar kein Zweifel. Die Sowjetunion hat gegen den Geist der Vertragspolitik verstoßen, sie hat gegen das Kommuniqué vom Oktober 1978 verstoßen, das beim Besuch des Generalsekretärs Breschnew gefaßt wurde, in dem beide Seiten formuliert haben, sie gingen von einem ungefähren Gleichgewicht in Europa aus. Ich nenne das Kommuniqué, weil es für die Beurteilung der später begonnenen Verhandlung von erheblicher Bedeutung ist; ich nenne das Kommuniqué und das Jahr.

Aber die ursprünglich gedachte Antwort der Politiker und der Militärstrategen im Bündnis war unbestreitbar zu kurz gegriffen. Sie bestand nämlich in dem simplen Konzept einer entsprechenden Aufrüstung. Ich sage hier: Es ist das Verdienst der Deutschen Bundesregierung und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, daß die NATO eine Rüstungsdrohung mit einem Verhandlungsangebot gekoppelt hat.

Ich will das Kommuniqué im einzelnen nicht zitieren, aber ich will sagen, was in seiner letzten Ziffer steht: „Erfolgreiche Rüstungskontrolle, die den sowjetischen Aufwuchs begrenzt, kann die Sicherheit des Bündnisses stärken, den Umfang des TNF-Bedarfs – ein sehr seltsamer Begriff für das, was damit nacher verbunden sein könnte – „der NATO beeinflussen und im Einklang mit der grundlegenden NATO-Politik von Abschreckung, Verteidigung und Entspannung – wie sie im Harmel-Bericht niedergelegt wurde –, Stabilität und Entspannung in Europa fördern. Der TNF-Bedarf der NATO wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden.“

Wichtig daran ist für die heutige Diskussion, daß im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse der Stationierungsbedarf, das Ob und das Wie der Stationierung geprüft werden sollten. Das hat die damalige Bundesregierung auch bekräftigt. So sehen auch die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus.

Im Jahre 1979 beschlossen wir – ich zitiere –: „Die nächsten Jahre werden auch darüber entscheiden, ob der nukleare Rüstungswettlauf gebremst werden kann oder die Gefährdungen für die Welt weiter steigen werden. Deshalb darf es keine Automatismen geben. Der Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse müssen es den Politikern der NATO jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren.“

Ich will das nicht mit vielen Zitaten deutlich machen – ich könnte das gerne tun –; es gibt eine klare Kontinuität in der Beschlussfassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bis heute.

Wir haben nie einem Automatismus der Stationierung das Wort geredet; es darf ihn auch nicht geben. Wir waren immer der Auffassung, daß im Lichte der konkreten politischen Situation entschieden werden muß.

Die CDU – der Bundeskanzler – reklamiert für sich die kontinuierliche Fortsetzung der Außenpolitik von Helmut Schmidt. Helmut Kohl hat offensichtlich keine Schwierigkeiten,

sich in eine jeweilige parteipolitisch passende Kontinuität zu stellen.

Er erklärt sich zum politischen Sohn und zum politischen Enkel, wann auch immer und von wem auch immer. Das mag ja unter taktischen Gesichtspunkten nützlich sein, aber eine ernsthafte politische Position wird daraus nicht.

Ich glaube, es ist am besten, ich zitiere auch hier wieder Helmut Schmidt:

„In diesem Zusammenhang hat er – Helmut Kohl – abermals behauptet, in Sachen der Sicherheit unseres Landes vor dem Raketenwettlauf setze er doch nur die Politik fort, die ich eingeleitet hätte. Wo es ihm – Helmut Kohl – paßt, wird also Stetigkeit vorgeführt, wo es ihm anders paßt, läßt man uns verunglimpfen. Ich muß den Bundeskanzler – so fährt Helmut Schmidt fort – an den Text des Beschlusses des Bündnisses vom Dezember 1979 erinnern. Es heißt dort wörtlich: Das unmittelbare Ziel der Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte Mittelstreckenraketen sein. Jede vereinbarte Begrenzung muß mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein.“

Helmut Schmidt fährt wie folgt fort: „Ich zitiere den letzten Satz jenes bedeutsamen Textes: Der Bedarf der NATO an eigenen Mittelstreckenwaffen wird im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden. Wer sich seine eigene Urteilskraft bewahrt hat, wird aus diesem Text erkennen“

– Herr Ministerpräsident – ,

„daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Übereinstimmung mit dem Bündnisbeschluß lebt, wenn sie erst am Ende der Verhandlungszeit ihr endgültiges Urteil über die Stationierung fällen will.“

So Helmut Schmidt am 21. Januar 1983.

(Beifall bei der SPD.)

Wer die heutige Lage und den Gang der Verhandlungen beurteilt und mit uns fürchtet, daß es kein Ergebnis geben könnte – der Bundeskanzler fürchtet das auch, wie ich gestern Abend gehört habe –, wer den veränderten Umständen der internationalen Situation nachgeht, der wird im Lichte dieser Entwicklung sein Urteil fällen müssen.

1. Die Sowjetunion hat mit ihrem Einmarsch in Afghanistan die internationale Lage verschärft. Die Vereinigten Staaten waren zu Beginn des Jahres 1980 zu Verhandlungen nicht bereit. Der Olympia-Boycott tat ein übriges. Der amerikanische Wahlkampf hat im Herbst des Jahres 1980 die Aufnahme von Verhandlungen verhindert. Die Wahl des amerikanischen Präsidenten Reagan bedeutete eine erhebliche Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik. Es bestand längere Zeit bis weit in das Jahr 1981 kein Interesse an Verhandlungen.

2. Im Sommer 1980 fuhr Helmut Schmidt nach Moskau. Sein Ziel war, trotz des einfrierenden internationalen Klimas die Sowjetunion zu Verhandlungen zu bewegen. Heute kann es über den Erfolg dieser Reise keinen Streit mehr geben. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte damals:

„In diesem Sinne gilt, daß Schmidt die Sache und die Sorge der Deutschen, des Westens und vieler anderer in Moskau so vertreten hat, wie es Politikern nicht immer bescheinigt werden kann: würdevoll.“

Diese Reise ist vielfältig von Herrn Strauß und von Herrn Kohl und vielen anderen kommentiert worden; ich kann das im einzelnen

(Scharping)

nicht wiederholen. Aber denjenigen, die sich auch heute auf das Zustandekommen der Verhandlungen stützen, muß wiederum mit einem Zitat folgendes gesagt werden:

„Es ist trotzdem deprimierend, mit welcher Hemmungslosigkeit Oppositionspolitiker die Gespräche des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Moskau kaputtzureden versuchen, noch bevor das oder ein Ergebnis auch nur annähernd abzusehen ist.“

Da war die Rede von den trojanischen Eseln, zu denen man Helmut Schmidt, die Bundesregierung und die Sozialdemokraten im Bündnis machen wollte, und zwar ganz im Sinne einer historischen Kontinuität. Nun zitiere ich wieder:

„Das mit den trojanischen Eseln ist Gewäsch, aber mit Hintersinn.“

Die Frankfurter Rundschau schrieb am 2. Juli 1980 weiter:

„In immer neuen Variationen versucht die CDU/CSU regelmäßig alle vier Jahre, ihre politischen Gegner als Erfüllungshelfen Moskaus zu diffamieren, immer in der Hoffnung, daß immer etwas hängenbleibt.“

(Beifall der SPD.)

Wenn überhaupt, dann gibt es die beanspruchte Kontinuität auch in dieser politischen Diffamierungsformel.

3. Die Ausgangslage hat sich seit 1979 erheblich verändert. Für die Verhandlungen sind rund eineinhalb Jahre verlorengegangen. Die aggressive Rhetorik der Sowjetunion und ihr aggressives Verhalten gegenüber Afghanistan und Polen sind fortgesetzt worden. Aber es kam auch ein aggressives Verhalten und eine aggressive Rhetorik vieler Politiker in den Vereinigten Staaten hinzu. Die veränderte amerikanische Politik und ihre Auswirkungen für die militärischen Optionen der Vereinigten Staaten werden noch zu erörtern sein. Aber es kann nicht so sein, daß in einem Bündnis gleichberechtigter Partner der jeweils Stärkste die anderen zu Ja-Sagern seiner Politik degradiert.

(Beifall der SPD.)

Schlimmer noch, das muß gefährliche Auswirkungen haben. Das ist ein weiterer Umstand, der sich verändert hat. Diesem Umstand hat die neue Bundesregierung gefährlichen Auftrieb gegeben. Wer im Bündnis keine eigenständige Position vertritt, vermindert das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis und gegenüber der Sowjetunion. Auf diese gefährliche Folge ist von vielen Sozialdemokraten hingewiesen worden. Es ist eben doch so – so hat es Egon Bahr einmal formuliert –, daß es sich mit der Puppe des Bauchredners weniger interessant als mit dem Bauchredner selbst reden läßt.

4. Zu den veränderten Umständen gehört die neue US-Heeresdoktrin – sie nennt sich „Airland-battle 2000“ – mit ihrer neuen Bestimmung der Rolle atomarer Waffen. Auch das wird genauer zu diskutieren sein. Diese Doktrin beinhaltet die Gefahr, daß die einmal einvernehmlich definierte Funktion atomarer Waffen als politische Abschreckungswaffen zu Waffen einer begrenzten Kriegsführung umdefiniert wird. Das ist so erheblich, daß man nicht ohne weiteres darüber hinweggehen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Ich wiederhole den Satz, den Hugo Brandt in diesem Landtag sagte:

Nur Idioten können vom Krieg träumen.

Ich füge hinzu: Die irrsinnigen Überlegungen von den Möglichkeiten eines führbaren oder begrenzten Atomkrieges sind es, die die Grundlagen eines Bündnisses zerstören, und nicht die Überlegung manches Politikers, was angesichts solcher idiotischer Überlegungen eine mögliche politische Antwort wäre.

(Erneut Beifall bei der SPD.)

Damit verteidige ich das Recht auf solche Überlegungen, nicht ihren Inhalt. Wir sind der Auffassung, daß Überlegungen zum Ausscheiden auch aus der militärischen Integration der NATO nicht sinnvoll sind, im Gegenteil.

5. Zu den veränderten Umständen gehört die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe, die positive Entscheidung über den Bau der strategischen Bomber B 1, die ständigen Bemühungen der amerikanischen Administration zur Produktion neuer Giftgaswaffen oder auch eine interventionistische Politik in Mittelamerika. All das hat die Situation verändert, den Gang der Verhandlungen beeinflußt. Das gibt einer möglichen Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa Ende des Jahres 1983 einen neuen Stellenwert!

Wir sagen: Es ist angesichts der verlorenen Zeit besser, nachzuverhandeln als nachzurüsten.

(Beifall der SPD.)

Wir verlangen von den Großmächten die Fortsetzung der Verhandlungen.

Ich sprach von 1978. In den letzten Wochen sind viele Vorschläge gemacht worden, sicher auch propagandistisch gemeinte. Wir verlangen aber, daß man die UdSSR auf ihre eigenen Vorschläge festnagelt und den Vorschlag aufgreift, militärisch auf die Situation des Jahres 1978 zurückzugehen. Das muß ernsthaft aufgelotet werden!

(Erneut Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir sind gegen ein Signal des Einfrierens der Verhandlungen und der Gespräche. Ich weiß nicht, ob später wieder Tauwetter käme, aber es ist offensichtlich so, daß es erst einmal mit der Stationierung und dem darauffolgenden Abbruch der Verhandlungen ein Einfrieren gäbe.

Wir sind für ein Signal des Einfrierens der atomaren Rüstung. Deshalb sagen wir nein zur Stationierung immer neuer Mittel der Massenvernichtung. Wir sagen nein zu immer neuen Atomraketen in Europa. Wir sagen ja zur Forderung nach einer Fortsetzung der Verhandlungen.

All unsere Bemühungen sind in einem breiten politischen Kontext eingebettet. Er besteht nicht nur aus der Forderung nach einem Einfrieren der atomaren Rüstung und einem Nein zur Stationierung immer neuer Massenvernichtungsmittel in Europa.

Es hat für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine lange Tradition, ein atomwaffenfreies Europa zu fordern. Wir erneuern diese Forderung an dieser Stelle. Wir halten es für notwendig, daß die Bundesregierung auf einer Konferenz für Abrüstung in Europa – sie ist Ergebnis des KSZE-Prozesses und seiner Fortsetzung in Madrid – auch den Vorschlag der Idee eines atomwaffenfreien Korridors in Europa aufgreift. Wir wollen eine Gesamtschau der Probleme und deshalb eine Verbindung der verschiedenen Verhandlungsebenen, und zwar START und IMF.

Wir wollen vor allem eine Belebung des Entspannungsprozesses. Wir stimmen, Herr Ministerpräsident, darin überein, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Daran ist dann

(Scharping)

aber auch zu messen, was an Waffentechnik verantwortlich ist und was nicht,

(Beifall der SPD)

damit die Politik nicht zum Gefangenen der Technik wird.

Wir stimmen auch überein mit der Formulierung, daß wir in dieser Welt auf Abschreckung nicht verzichten können. Aber wir fügen hinzu: Es muß auf das unabdingbar notwendige Maß begrenzt werden, was an militärischen Mitteln dazu aufgehäuft wird.

Mit unserer Forderung nach dem Einfrieren befinden wir uns im Einklang mit jener Zweidrittelmehrheit im amerikanischen Kongreß, die für ein „Freeze“ eingetreten ist. Es liegt auf der Linie der Verdächtigung und Diffamierung, wenn dieser Forderung das Etikett des Antiamerikanismus angeklebt wird.

Es ist ganz klar, wir haben Amerika viel zu verdanken. Aber das selbstbewußte Auftreten und Vortreten deutscher Interessen im Bündnis darf nicht als Antiamerikanismus herabqualifiziert werden.

(Beifall der SPD.)

Wir sind im übrigen auch für Verhandlungen. Aber es soll niemand von uns verlangen, daß wir zu ideen- und ziellosen Bejublern jedes möglichen Ergebnisses werden.

(Beifall der SPD.)

Freundschaft, meine Damen und Herren, gründet sich besser auf die Entwicklung gemeinschaftlicher Überzeugung und auf die gemeinschaftliche Suche nach Wegen und Chancen für diese gemeinsame Überzeugung. Ich weiß nicht, ob Komitees oder Orden da hilfreich sind. Aber ich weiß, daß wir im Einklang mit vielen Menschen in der Welt sind, wenn wir das Einfrieren der Atomrüstung und eine Fortsetzung der Verhandlungen fordern und unser Nein zur Stationierung heute klar und deutlich formulieren.

Es ist die Position vieler Kirchenmänner und in zunehmendem Maß der Kirchen selbst. Es ist die Position der Gewerkschaften, insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es ist die Position vieler kirchlicher Jugendorganisationen, darunter des BDKJ. Es ist die Meinung vieler Wissenschaftler. Ich erinnere an einen, der in seinem persönlichen Leben das am glaubwürdigsten und am deutlichsten ausgedrückt hat, Robert Oppenheimer, und sage: Es gibt offensichtlich Politiker, die ihr Oppenheimer-Erlebnis noch vor sich haben. Es ist die Position des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers McNamara, des ehemaligen amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Paul Warnke oder des ehemaligen Chefs der CIA, William Colby.

Soll ich unter dem Stichwort des inneren Friedens jetzt alle diese Organisationen und Personen als Mitglieder der Fünften Kolonne begrüßen?

(Beifall der SPD.)

Ich bin ja schon der Auffassung, man soll in der Politik nicht zartbesaitet sein und auch nicht besonders pingelig.

Ich habe auf Traditionen hingewiesen. Es ist ein peinliches Indiz für die Geschichtslosigkeit der Union, was an einem empörenden Höhepunkt der Kollege Geißler formuliert hat. Er hat – und da schließt sich der Kreis zum Ausgangspunkt – am besten vorgeführt, wie die Diskussion um die Wege zum äußeren Frieden umfunktioniert werden kann zu einem innenpolitischen Schlagstock. Im Juli des Jahres hat er sich zu der Behauptung verstiegen,

der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht. Und im September dieses Jahres hat er die SPD beschimpft, sie werde wegen ihrer sicherheitspolitischen Position immer mehr zu einer Fünften Kolonne der anderen Seite, zu Handlangern und Wegbereitern der Sowjetunion.

Herr Geißler hat einmal – gerichtet an die Sozialdemokraten – gesagt, daß, wer die Wahrheit wisse, sie aber Lüge nenne, ein Verbrecher ist. Er soll diesen Maßstab an sich selber anlegen.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, Herr Geißler ist ja kein politischer Triebtäter, der außer Kontrolle geraten wäre. Im Gegenteil. Er ist ein mit Vorsatz handelnder, die Unanständigkeit der Formulierung berechnender Politiker. Er mag als Parteimanager der CDU brauchbar sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm, CDU.)

Als Bundesminister für Jugend und Familie ist er unverantwortlich.

(Starker Beifall der SPD.)

Ich nenne diesen Punkt deshalb, weil er in eklatanter Weise deutlich macht, wie man den inneren Frieden zerstören kann.

Herr Ministerpräsident, wir warten auf die Antwort auf den Brief, den unser Vorsitzender Hugo Brandt Ihnen in dieser Sache geschrieben hat. Wir kommen nicht weiter, wenn Sie auch solche Gelegenheiten nicht nutzen, eindeutig zu sagen, daß es im Interesse der Solidarität der Demokraten und der Bewahrung ihrer gemeinsamen Auffassung ist, wenn man solche Äußerungen zurückweist, auch als CDU-Politiker.

(Beifall der SPD.)

Es ist die Fortsetzung jener Intoleranz, die Meinungen aus der Öffentlichkeit, engagierte Journalisten vom Bildschirm und andere Auffassungen aus der Politik verdrängen will. Anders ist ja nicht zu erklären, daß der rheinland-pfälzische Kultusminister ein vorrangig militärisch geprägtes Bild von Friedenserziehung hat

(Zuruf des Abgeordneten Schmalz, CDU)

und andere Vorstellungen an den Schulen nicht zulassen will.

Es war Rheinland-Pfalz, das aus der Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung ausgetreten ist. Und wir erinnern uns gut der Debatten in diesem Haus und der Art des Umgangs, den die CDU in diesem Land mit Andersdenkenden pflegt. Es ist schon bemerkenswert, daß nur in diesem Bundesland Politiker anderer Auffassung polizeilich beobachtet und registriert werden;

(Beifall der SPD)

daß nur in diesem Land die Auseinandersetzungen um Flugtage und Flugplätze in massenhaften Ermittlungsverfahren eskaliert wurden. Richtig, Herr Dr. Vogel, zum Rechtsstaat bekennen wir uns. Aber zum Rechtsstaat gehört auch die Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

(Beifall der SPD.)

Wir sagen nichts gegen die Polizei, aber gegen die politische Führung dieser Polizei. Es ist schon bemerkenswert, daß in diesem Land, nur in diesem Land, Gottesdienste der Kirchen zum Thema Frieden auf Mißfallen der sich christlich nennenden Partei stoßen.

(Beifall der SPD.)

(Scharping)

Es ist leider so.

(Zurufe von der CDU.)

Es ist leider so.

Es wäre – und damit komme ich zum Schluß – der Ausfluß der Ernsthaftigkeit einer demokratisch formulierten und öffentlicher Argumentation zugänglichen Sicherheitspolitik, wenn diese Landesregierung nicht nur verhandelte, sondern dafür einträte, öffentlich, daß die Standorte der Stationierung auch bekanntgegeben werden, denen, die in dem Land leben. Es ist doch nicht hinzunehmen, daß militärische Bürokraten in Brüssel und möglicherweise auch der sowjetische Geheimdienst wissen, was die Menschen in diesem Land nicht wissen dürfen oder wissen sollen.

(Beifall der SPD.)

Es wäre im Interesse der Ernsthaftigkeit einer Argumentation über Sicherheitspolitik, wenn die Landesregierung dafür einträte, daß die militärisch sinnlose, zur Verteidigung unbrauchbare, nur die Zivilbevölkerung bedrohende Giftgasrüstung endlich aus diesem Land herauskäme.

(Beifall der SPD.)

Ich will Ihnen nicht vorhalten, was ich in einer Zeitung gelesen habe. Es stand dort „Kampf dem Atomtod“.

(Glocke des Präsidenten.)

– Ich komme zum Ende, Herr Präsident!

„Es geht bei den Anstrengungen der NATO nur um eins: Die Erhaltung des Friedens. Atomare Mittel- und Langstreckenraketen werden weder an Rhein und Ruhr noch sonstwo in der Bundesrepublik stationiert.“ Und so weiter. Datum: 4. Juli 1958. – Unterschrift, unter anderem: Konrad Adenauer, Franz-Josef Strauß, Richard Stücklen, die weiteren Mitglieder der damaligen Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt eine doppelte Kontinuität. Ich fordere Sie auf, Ihren Beitrag zur Sicherung des inneren Friedens auch dadurch zu leisten, daß Sie unsere Position nicht diffamieren. Wir, die Sozialdemokraten, bekennen uns zu der Tradition, zu den Grundlagen und zu den Erfolgen der Friedens- und Entspannungspolitik, nicht nur unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Wenn es eine historische Kraft und eine einheitliche Kraft für die Zukunft aus der Vergangenheit der Sozialdemokratie zu schöpfen gibt, dann die der selbstbewußten Überzeugung, daß diese Partei ungebrochen und uneingeschränkt immer für den inneren und für den äußeren Frieden gerungen hat.

(Anhaltend starker Beifall der SPD.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich habe zunächst Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Pfeifen als Mittel der Willensbekundung nach unserer Geschäftsordnung in diesem Hause nicht vorgesehen ist.

Ich begrüße als Gäste auf der Zuschauertribüne Mitglieder der Kreishandwerkerschaft Altenkirchen und Unteroffiziere aus Koblenz – herzlich willkommen.

(Beifall im Hause.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wilhelm.

Abg. Wilhelm, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Heute früh hat in einer Tageszeitung ein von mir sehr geschätzter Journalist die Frage aufgeworfen, ob es denn sinnvoll sei, daß ein Landtag über das Thema „Frieden nach innen und außen“ spräche. Der Kollege Scharping hat zumindest partiell diese Frage aufgegriffen.

(Bojak, SPD: Im Gegensatz zum Ministerpräsidenten!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung – ich übernehme eine Formulierung meines Vordedners –, daß wir genötigt, gezwungen sind, daß wir das wollen, Rechtfertigung über unser Tun, über unser Handeln und unser Reden zu geben. Es gab wohl kein Thema – jeder wird das sicher bestätigen –, das streitiger, engagierter, leidenschaftlicher diskutiert wurde als das Thema, über das wir heute unter anderem reden. Am Ende einer solchen Diskussion, am Ende des drohenden Scheiterns der Genfer Verhandlungen haben die Bürger dieses Landes Anspruch darauf, daß die gewählten Repräsentanten und die Landesregierung ihre Meinung zu dieser unser Volk fast spaltenden Frage zum Ausdruck bringen. Deswegen bin ich uneingeschränkt der Meinung, daß dies auch, unabhängig von formalen Erwägungen, ein landespolitisches Thema ist, dem wir uns stellen müssen. Deswegen begrüße ich auch die Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich will beim Präsidenten um Generalerlaubnis für das eine oder andere Zitat erbitten. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir das zugestehen würden. – Er hat es getan. Ich bedanke mich.

Ich verspreche auch, daß ich die Zitate in vollem Umfang zitiere.

(Beifall bei der CDU.)

Ich verspreche auch, daß ich vor Beginn des Zitats und nicht danach sage, von wem es ist.

Ein solches Beispiel von Unzulänglichkeit in der Zitierung – offenbar ein beliebtes Mittel – ist in der Darstellung des Kollegen Scharping im Zusammenhang mit dem Communiqué der Sonder-sitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO vom 12. Dezember 1979 erfolgt. Er hat den Punkt 11 b zitiert. Aber den Buchstaben a, der den Buchstaben b logischerweise einleitet, hat er nicht genannt; denn in dem steht, daß ein Modernisierungsbeschuß einschließlich einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierung erforderlich ist, um den Abschreckungs- und Verteidigungsbedürfnissen der NATO gerecht zu werden, um in glaubwürdiger Weise auf die einseitigen TNF-Dislozierungen der Sowjetunion zu reagieren und um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen.

Ich finde, dies hätte das Ganze erheblich verändert, wenn das dazugesagt worden wäre.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte mit zwei Zitaten aus der Sozialdemokratie meine Ausführungen zum Thema einleiten, eines aus der jüngsten Geschichte der Sozialdemokratie, weil ich es in dem Zusammen-

(Wilhelm)

hang für gerechtfertigt und auch für nötig halte, besonders das in Erinnerung zu rufen, was den letzten Teil des Zitats anbelangt. Dieses Zitat stammt von Fritz Erler.

Fritz Erler sagt: „Es hat sich in Europa eine neue Gewaltherrschaft aufgetan, der ein großer Teil unseres eigenen Heimatlandes unterworfen ist. Wir würden den Kampf für die Freiheit in der Vergangenheit entehren, wenn wir ihn nicht auch für die Zukunft weiterführten.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD.)

Die neue Gewaltherrschaft bemüht sich, wie auch die alte Zeit es tat, ihrer Umwelt gegenüber möglichst harmlos zu erscheinen. Zwischen Freiheit und Gewaltherrschaft gibt es keinen Kompromiß. Man muß den Trägern der Gewaltherrschaft zeigen, daß man ihren freundlichen Worten nicht glauben kann, solange die Taten eindeutig dagegen sprechen.“

(Beifall im Hause.)

– Mit Ihrem Applaus haben Sie offenbar „nur“ – ich sage das in Anführungszeichen – das Andenken Fritz Erlers geehrt, aber nicht den Inhalt der Ausführungen.

(Widerspruch bei der SPD. – Zurufe von der SPD:
Nein, nein!)

Ein weiteres Zitat aus der gegenwärtigen aktuellen Situation der Sozialdemokratie, und zwar von Frau Professor Dr. Gesine Schwan, lauter: nur wer die Augen vor der sowjetischen Bedrohung verschließt, kann die Politik des Doppelbeschlusses so mühelos verlassen, wie uns dies von maßgeblichen Teilen der SPD zur Zeit vorgeführt wird.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf des Abgeordneten
Gerster.)

Wer dies tut, dem bedeutet die Erhaltung der westlichen Freiheit nicht viel. Der so eingeschlagene Kurs führt geradewegs dahin, die im Zeichen der Freiheit angetretene deutsche Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen und in eins damit – wenn auch politisch dazu widersprüchlich – später möglicherweise nicht mehr zähmbare nationalistische Kräfte zu mobilisieren, die sich in Zukunft ohne große Mühe mit einem Chauvinismus von rechts vereinigen könnten.“

Frau Schwan ist Mitglied Ihrer Partei und hat Funktionen in Ihrer Partei. Deswegen muß man auch diesen Teil in Ihrer Partei, der sich hier gemeldet hat, zitieren.

(Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD.)

Frau Schwan fährt fort: „Wer also will, kann die Bedrohung der Freiheit durch die Sowjetunion erkennen. Wer sich um diese Erkenntnis nicht bemüht und über die schleichende Bedrohung der Freiheit nicht beunruhigt ist, hat kein echtes Interesse an ihr.“

Bevor ich mich weiter mit der Haltung der SPD in dieser Frage beschäftige,

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, daß Ihnen das weh tut,

will ich noch verdeutlichen, welcher Nährboden, gewollt oder ungewollt, hier für Viren mit bereitet wird, die das Immunsystem unserer parlamentarischen Demokratie sehr großen Belastungsproben aussetzen.

Die Beteiligung der SPD, die Beteiligung von SPD-Prominenz an sogenannten gewaltfreien Widerstandsaktionen der Nachrüstungsgegner zerstört die politische Kultur. Daran ändern auch nichts die dazu immer spärlicher werdenden mahnenden Äußerungen und Bitten von SPD-Prominenz um Gewaltfreiheit. Der entscheidende Punkt dieses Widerstandes gegen Nachrüstung ist doch der folgende: Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreiheit oder ein bißchen Gewalt sollen Hebel sein, Entscheidungen, die nach den Regeln unserer parlamentarischen Demokratie zustande gekommen sind, umzukehren. Als Rechtfertigung wird darauf hingewiesen, man müsse die Öffentlichkeit und ihre Repräsentanten aufrütteln, man müsse allgemeines Bewußtsein schaffen, das bisher noch nicht vorhanden sei. Das ist schon merkwürdig. Haben die Argumente der Nachrüstungsgegner bisher nicht alle Möglichkeiten gehabt und genützt, der Öffentlichkeit bekannt zu werden? Sind die Auffassungen der Nachrüstungsgegner nicht immer wiederholt, ergänzt, weit und überall hin verbreitet worden?

Es kann also jetzt beim sogenannten Widerstand doch eigentlich nur noch darum gehen, ein Argument, das sich im politischen Meinungsstreit nicht durchgesetzt hat, weil es offenbar das schwächere Argument ist, mit anderen Mitteln durchzusetzen. Das sind Mittel, meine Damen und Herren, wie sie in unserer politischen Kultur nicht vorkommen und nicht vorkommen dürfen.

(Beifall bei der CDU.)

Vor allem ist eine solche Haltung, meine Damen und Herren, undemokratisch. Wenn ein Widerstand gerechtfertigt ist, so ist das der Widerstand gegen solchen zivilen Ungehorsam und gegen solche sogenannte Gewaltfreiheit, die als trojanisches Pferd die friedliche Demokratie, die vom friedlichen Austausch der Argumente lebt, aus den Angeln heben will.

Diese Haltung ist insbesondere dann undemokratisch, wenn es um existenzielle Fragen der demokratischen Gemeinschaft geht. Friede ist unverzichtbare Bedingung für unsere Freiheit und für ein Leben, das der Würde des Menschen gerecht wird. Freiheit ist Wesensmerkmal des Friedens.

Nur wer nachweist, daß es keine militärische Bedrohung von außen gibt, kann die Regierenden von der Pflicht entbinden, militärischen Schutz herbeizuführen. Wer deshalb den ausreichenden Schutz unserer Ordnung für überflüssig hält, der soll dies deutlich sagen. Weder die Friedensbewegung noch die immer mehr in der Friedensbewegung aufgehende SPD können die notwendige Rechtfertigung für ihre Verweigerungshaltung erbringen.

Die SPD sollte sehr wohl bedenken, worauf sie sich dabei, meine Damen und Herren, einläßt, und wie sie ihre tragende Rolle aus meiner Sicht pervertiert, wenn sie ihre Haltung zum Doppelbeschluß der NATO so radikal verändert wie seit dem Verlust der Regierungsmacht in Bonn.

(Beifall der CDU.)

Auf dem Sonderparteitag der SPD am 18. und 19. November in Köln, wo es angeblich – ich betone: angeblich – um die Entscheidung gehen soll, wird es wohl lediglich noch um die Modalitäten eines Nein zu den Raketen geben. Der Mann, der das Eingangsreferat halten soll, wird in seinen entscheidenden Schlußfolgerungen fast isoliert dastehen. Helmut Schmidt, wenn er den NATO-Doppelbeschluß weiterhin vertritt, wenn er sagt, daß Westeuropa ohne die neuen Raketen und Marschflugkörper vom Osten erpreßbar werden wird, wenn er die Gefahr des Zerfalls der NATO andeutet, wenn er frühere Beschlüsse seiner Partei in Erinnerung ruft, wenn er, meine Damen und Herren von der SPD, auf die Notwendigkeit der Einhaltung von Verträgen hinweist,

(Wilhelm)

wird einer Mehrheit von Delegierten gegenüberstehen, die sich längst anders entschieden haben.

(Zuruf von der CDU: Wie der Herr Scharping!)

Und die ständigen Hinweise meines Vorredners auf Aussagen Helmut Schmidts, meine Damen und Herren, sind heute von Helmut Schmidt selbst eindeutig in eine ganz bestimmte Richtung festgeschrieben worden. In einer Erklärung des Südwestfunks von 11 Uhr wird folgendes mitgeteilt:

Helmut Schmidt bekräftigt sein Ja zur Nachrüstung, falls es in Genf nicht zu einem Verhandlungsergebnis kommt. Bei einer Veranstaltung des Goethe-Instituts in Singapur sagte Schmidt: Der Westen solle mit der Aufstellung von Pershings und Cruise Missiles beginnen. „Wir müssen daran denken, das Gleichgewicht wiederherzustellen.“ Er verwies darauf, daß die Sowjets mit den SS-20-Raketen jeden Punkt in Europa und Asien erreichen könnten, mit Ausnahme von Singapur, Teilen der Philippinen und benachbarte Inselgruppen. Schmidt hob hervor, er teile nicht die Angst in der Welt vor einer atomaren Vernichtung. Die Atomwaffen schreckten ja nicht nur den Gegner ab, sondern auch einen selbst.

Helmut Schmidt ist nach wie vor – nach dieser Aussage – Anhänger seiner eigenen Politik, und ich kann nur sagen: Hut ab vor diesem Mann, der vor diesem Kreuzdruck seiner eigenen Partei seine Linie hält! Ich kann nur jeden aus der Godesberger Partei ermuntern, seinem Beispiel zu folgen, um auf dem Kölner Parteitag möglicherweise doch noch eine Mehrheit für die Politik der SPD von damals herbeizuführen.

(Lebhafter Beifall der CDU.)

Die Gegenposition wird von Bahr und anderen, auch aus den Ländern, vertreten. Er hat schon lange die Genfer Verhandlungen für aussichtslos erklärt und daraus den merkwürdigen Schluß gezogen, daß für die SPD nur noch ein Nein in Frage kommt. Dabei wird ihm sicherlich in Köln, wie bereits beim Landesparteitag der SPD in Mainz geschehen, auch der Nachweis wieder gelingen, daß die Ablehnung des Doppelbeschlusses Ende 1983 die konsequente Folge der vor vier Jahren getroffenen gegenteiligen Entscheidung ist. Mit Logik hat solch ein Salto wenig zu tun, dafür um so mehr mit Opportunismus und Parteitaktik. Jetzt müssen die absoluten Nachrüstungsgegner innerhalb und außerhalb der SPD zufriedengestellt werden, die immer wieder, aus Gründen der Machterhaltung der SPD, zum Stillschweigen bereit waren, in der Hoffnung, daß letztlich nur auf seiten der NATO nicht nachgerüstet werde, die Null-Lösung also „einseitig“ durchgesetzt werden könnte.

Völlig undiskutabel ist in dem Zusammenhang für mich die Haltung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der nach eigenem Bekenntnis seine Verneinung des NATO-Doppelbeschlusses seinerzeit nur zurückgehalten hat, um die Kanzlerschaft Schmidt zu erhalten. Um mit Brandts Worten von heute zu sprechen, bedeutet dies ja denklogisch überhaupt nichts anderes, als daß der Frieden in Frage gestellt wurde, und ein hohes Kriegsrisiko, ja ein atomares Kriegsrisiko in Kauf genommen wurde, nur um der SPD die Macht zu erhalten.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Wenn dies verantwortliche Politik ist, so frage ich mich, so frage ich Sie, die Sozialdemokraten, wie Sie die utilitaristische Moral eines Machiavelli „Erlaubt ist, was mir nutzt“ bewerten? Ist das der Maßstab, nach dem der Vorsitzende der SPD Politik macht? Wieso erlauben Sie ihm, daß er eine solche Haltung vertritt?

(Beifall der CDU.)

Genauso schlimm ist aber, daß mit der sich immer mehr veränderten Haltung zum NATO-Doppelbeschluß eine veränderte Haltung zu den Grundlagen unseres Gemeinwesens einhergeht. Als Schmidt an entscheidender Stelle den NATO-Doppelbeschluß mitformulierte, gingen er und – so nehme ich jedenfalls an – der weitaus größte Teil der SPD mit ihm davon aus, daß es gleichzeitig um die Verteidigung der westlichen Freiheit und eine beiderseitige Abrüstung gehe. Wenn in der Rede Brandts im Schoße der Friedensbewegung in Bonn tendenziell, Herr Kollege Scharping, von nationalem Neutralismus und von Lockerungen der eindeutigen Westbindung mehr oder weniger klar ausgesprochen die Rede ist, so wird doch deutlich, daß der Ost-West-Konflikt lediglich als der Konflikt zwischen zwei Supermächten, sozusagen technisch gesehen wird. Und was auch immer Sie heute dazu sophistisch verbrämt in dieser Sache gesagt haben – wir hören genau zu, welche Signale in dem Zusammenhang aus Teilen Ihrer Partei kommen. Warum stellt denn beispielsweise Herr Eppler vorige Woche in der Presse „besorgt“ fest, daß er sich vorstellen könne, daß in absehbarer Zeit auch die Frage der Westintegration und des Bündnisses angesprochen werden könnte? Er will sie doch ansprechen, er und die Lafontaines in Ihrer Partei! Und offenbar ist niemand von den alten Sozialdemokraten dabei, die diesen Leuten in den Arm fallen.

(Beifall der CDU.)

Unsere europäische Welt, meine Damen und Herren, hat ihre Entwicklung meines Erachtens entscheidend der Tatsache zu verdanken, daß sie die menschliche Vernunft entdeckt hat.

Es ist bedauerlich, daß die SPD nach nur einem Jahr Fortentwicklung ihrer Position zum NATO-Doppelbeschluß Arm in Arm mit Träumern dasteht, die den Beweggründen eines Helmut Schmidt blind gegenüberstehen und nicht mehr erkennen wollen, was die Motive zum NATO-Doppelbeschluß waren: die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts als Friedensgarantie in einer unvollkommenen Welt.

Politik ist das Feld, wo sich menschliche Vernunft bewähren muß. Vernunft muß verhindern, Träumen nachzulaufen und so zu tun, als seien die Menschen besser, als sie nun einmal sind, und als würde ein totalitäres kommunistisches Regime auf seine machtpolitischen Zielsetzungen verzichten, die immer noch Weltrevolution heißen.

Die ethische Gesinnung eines Pazifisten, meine Damen und Herren, ist anerkennenswert. Die Haltung der Pazifisten ist auch begreiflich, wenn sie die unmenschlichen Folgen eines Krieges, gar eines Atomkrieges darstellen.

Manès Sperber, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, hat zu dieser Frage, meines Erachtens hervorragend, folgendes formuliert:

Doch es geht nicht nur um die vernichtende Kraft der Waffen – in jedem Krieg geht es um legalisierten, ja anbefohlenen Mord an unschuldigen Menschen, ob man sie nun mit Hieb- und Stichwaffen, mit Hinterladern oder Repetiergewehren tötet, mit Kanonen oder mit Bomben, mit Gasen oder mit Kernwaffen vernichtet. Es kommt darauf an, unermüdlich zu erforschen: Warum, wozu Krieg?

Wer,

– so Sperber –

anstatt über die Quellen und die Gründe der Kriegsgefahr nachzudenken, seinen leidenschaftlichen Protest nur auf die Waffen, und wären es die mörderischsten, reduziert, vermeidet, bewußt oder unbewußt, die Suche nach dem Feuerherd,

(Wilhelm)

unterliegt der heute weitverbreiteten Neigung, Mittel mit den Zielen zu verwechseln.

Ende des Zitats.

(Beifall der CDU.)

Genau wie Sperber verurteile ich die Naivität eines Politikers, wenn er glaubt, die nach militärischer Machtentfaltung süchtige Sowjetunion sei durch demütige Unterwerfungsgesten zu entzähnen. Ich behaupte, bereits die sich jetzt abzeichnenden Ergebnisse oder besser die Nichtergebnisse der Genfer Verhandlungen sind auch darauf zurückzuführen, daß die SPD Schritt für Schritt die Verhandlungsposition des Westens mit ausgehöhlt hat. Politik in der Demokratie, die auf das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Kräfte angewiesen ist, kann nur dann aktiv stattfinden, wenn die wichtigen politischen Kräfte, wie die SPD, nicht mit dem Verlust der Regierungsmacht Ethik und praktische Politik voneinander trennen, weil sie die Menschen für vollkommener halten, als sie es sind.

Schon Luther wußte, daß der, der die Welt statt mit Vernunft mit dem Evangelium regieren will, einem Chaos zutreibt. Max Weber hat formuliert, daß Politiker, die Handlungsethik durch Gesinnungsethik ersetzen, handlungsunfähig werden. Um so etwas profaner auszudrücken: Wer nicht die Schwäche und Unzulänglichkeit der Menschen einkalkuliert, ist unfähig zur Toleranz und zum Kompromiß, begünstigt totalitäre Entwicklungen im Innern und handelt verantwortungslos nach außen, weil er realitätsbezogene Verhandlungen durch die gefährliche Preisgabe eigener Positionen zunichte macht. Nichts anderes ist es, wenn die Nachrüstung im Mittelstreckenbereich, die eine Lücke im Konzept der flexiblen Verteidigung darstellt, verweigert wird, obwohl der Verhandlungspartner keinen Millimeter nachgegeben hat.

Es ist Träumerei, wenn die Illusion genährt wird, eine Politik ohne eigenes Interesse sei machbar. Kein russischer Politiker wird gerührt von seinen Absichten lassen, nur weil ihm von unserer Seite grenzenloses Vertrauen begegnet.

Alles in allem bleibt der Eindruck, daß leider Gottes nicht nur von denen, die für sich den Begriff Friedensbewegung in Anspruch nehmen, sondern auch von Teilen der SPD, die die Politik in diesem Lande eigentlich aktiv, realistisch und interessenbezogen mitgestalten müßten, verdrängt wird, daß gerade eine erfolgreiche Politik für den Frieden nur betrieben werden kann, wenn wir nüchtern und frei von Angst, die blind macht, Schritt für Schritt durchprüfen, wo unsere Interessen liegen, wo die Interessen der Gegenseite liegen und wie die Interessen beider Seiten zum Nutzen aller einander angenähert werden können.

Unser aller Interesse ist der Frieden. Weder wir noch unsere Verbündeten wollen einen Krieg. Die Diskussion dreht sich nur um die Frage, auf welchem Weg wir den Frieden am besten bewahren.

Tatsache ist, daß uns in Europa im Warschauer Pakt ein zahlenmäßig weit überlegener militärischer Faktor gegenübersteht. Ohne Angriffsabsichten zu unterstellen, ist es ein berechtigtes Interesse, wenn wir über die zahlenmäßige Überlegenheit und die zunehmende Gleichwertigkeit der Technik der Waffen des Warschauer Paktes in Sorge geraten. Ein mangelndes Gleichgewicht hat nämlich nicht nur militärische, es hat auch politische Auswirkungen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Entscheidend kommt hinzu, daß die sowjetische militärische Aufrüstung genau in den Zeiten stattgefunden hat, in denen wir

und der gesamte Westen durch eine Politik der militärischen Zurückhaltung und Entspannung – den Frieden sicherer machen, meine Damen und Herren – den Versuch unternommen haben, die Probleme in Europa zu entschärfen und die Sicherheit auf einem niedrigen Rüstungsniveau zu gewährleisten.

Aus dieser Situation ergeben sich Gefahren. Dabei denke ich weniger an die Gefahr einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung als vielmehr an die strategische Niederlage des Westens mitten im Frieden. Die Strategie ist eine psychologisch operierende. Sie sät Angst. Sie will den Zerfall der NATO ernten. Das westliche Verteidigungskonzept versucht der Gefahr auf dreierlei Weise zu begegnen: Wir verzichten auf Gewalt, wir sind verhandlungsbereit, aber wir sind auch verteidigungsbereit.

Gerade wir Deutschen haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis anderer Nationen. Wir Deutsche besitzen keine Atomwaffen, wir wollen auch keine anwenden. Wie alle anderen westlichen Demokratien haben wir ausdrücklich auf Gewalt als Mittel der Politik verzichtet. Dies gehört zum Wesen unserer Demokratien, die gerade den Zweck haben, Konflikte und Interessensgegensätze friedlich zu lösen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben diesen Gewaltverzicht der Gegenseite angeboten. Moskau war bisher nicht bereit, sich in dieser Weise zu binden. Die Sowjetunion hat lediglich versucht – das hinterläßt große Spuren in der aktuellen Diskussion –, den Westen dadurch zu überrumpeln, daß sie eine vertragliche Festlegung auf den Verzicht des Erstgebrauchs von Atomwaffen wollte. Wir haben erklärt, wir verzichten auf die Anwendung aller Waffen, auch der konventionellen Waffen. Die Sowjetunion verzichtet auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, weil sie weiß, daß sie dann konventionell unbelastet handeln könnte. Deswegen können wir in dieser Weise auf den Leim der Sowjetunion, der psychologisch geschickt gelegt wurde, nicht gehen, wenn wir unsere Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft nicht gefährden wollen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, unser Wille zum Gleichgewicht ist also geradezu unser Wille zur Gewaltlosigkeit. Denn Frieden herrscht nicht automatisch, er ist eine Folge des Gleichgewichts der Macht, ob wir das sehen wollen oder nicht, es ist so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich behaupte geradezu, einseitige Vorleistungen wären ein Verzicht auf Gewaltlosigkeit, weil der Verlust des Gleichgewichtes Gewalt provozieren würde bzw. eher provozieren könnte.

Das NATO-Bündnis ist vom Bekenntnis zu gemeinsamen, verpflichtenden Werten geprägt. Über allem steht die Einsicht, daß Freiheit ein Wesensmerkmal unseres friedlichen Zusammenlebens ist und daß die Menschenwürde ein kostbares Gut darstellt, das von allen zu achten ist. Zur Menschenwürde gehört die Möglichkeit, selbstverantwortlich sein Leben führen zu können. Aufgabe einer freiheitlichen Politik ist es, die Bedingungen zu schaffen und zu sichern, welche es den Menschen erlauben, ihre persönliche Identität zu bewahren. In totalitären Systemen gibt es solche Möglichkeiten nicht. Es gibt weder Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, es gibt keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit; es gibt kein Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, keine Freizügigkeit, kein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Die europäische Wirklichkeit ist gekennzeichnet von der großen Überlegenheit der Militärmacht des Warschauer Paktes an einsatz-

(Wilhelm)

bereiten Streitkräften und Kernwaffen. Die Bundesrepublik ist in besonders exponierter und damit gefährdeter Lage. Sie ist deshalb aus gutem Grund Partner in der Risikogemeinschaft, die NATO heißt und die die gemeinsame Bedrohung in gleicher Weise bewertet und die Lasten der Risikogemeinschaft gemeinsam trägt. Die Führerschaft der USA in diesem Bündnis ist eindeutig, alleine schon deshalb, weil die USA mit ihrem nuklearen Potential die Voraussetzungen für die erfolgreiche Kriegsverhinderungsstrategie geschaffen haben. Die geltende Strategie ist eine gemeinsame Strategie des Bündnisses, die keinem Bündnispartner etwas vorschreibt, sondern die in einem Beratungs- und Entscheidungsprozeß unter Mitwirkung aller Partner zustande kommt.

(Frau Dr. Götte, SPD: Wie in Grenada!)

Von daher ist die immer häufiger erhobene Forderung – der Vergleich hinkt doch erkennbar, Sie können doch an der Stelle nicht Grenada sagen, um Gottes Willen –

(Zuruf von der SPD)

nach einem sogenannten Vetorecht der Bundesregierung, wenn es um Atomwaffeneinsatz geht, nur dann verständlich, wenn denen, die dieses Vetorecht anfordern, unterstellt wird, sie wollten die NATO ihres Charakters als Bündnispartnerschaft entkleiden. Weitergedacht münden solche Gedanken dann in die chauvinistische Argumentationskette – wir haben heute einen Teil davon gehört –, die mit fehlender Souveränität beginnt und in Neutralismus endet,

(Beifall bei der CDU)

eine Gedankenwelt, die dem einen oder anderen in der SPD nicht mehr fremd ist.

Die westlichen Mittelstreckenraketen, wenn sie aufgestellt werden, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, binden die Amerikaner in besonderer Weise in die Verteidigungsgemeinschaft des Westens.

(Rothley, SPD: Absolut nicht!)

Der Krieg mit den Mittelstreckenraketen ist nicht führbarer geworden, ganz im Gegenteil. Niemand kann sich der Illusion hingeben, daß eine atomare Auseinandersetzung auf Europa beschränkt bliebe. Die Amerikaner stehen mit ihrem eigenen Land zur Disposition, wenn es hier zu einer atomaren Auseinandersetzung käme.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD.)

John-F. Kennedy hat im Zusammenhang mit der Kuba-Krise darauf hingewiesen, daß jede Rakete, die von Kuba abgefeuert werde, für ihn als aus der Sowjetunion abgefeuert gelte. Genauso sieht es umgekehrt die Sowjetunion jetzt im Verhältnis zu dieser Diskussion.

Kriegsverhütung durch Abschreckung und Friedensbewahrung durch glaubwürdige Verteidigungsbemühungen sind das gemeinsame Interesse aller NATO-Partner. Als militärische Mittel taugen dazu die strategisch-nuklearen und die nuklearen Mittelstreckenwaffen der USA, die noch nicht aufgestellt sind, ebenso wie die konventionellen Streitkräfte des Bündnisses, weil sie auf allen Ebenen die Fähigkeit der Abschreckung gewährleisten. Ziel dieser unserer Strategie ist die Abschreckung jedes Angriffes, ebenso wie der Schutz vor politischer Erpressung.

Dies ist keine Kriegsführungsstrategie. Noch weniger dient sie der Vorbereitung eines Angriffskrieges, wie Gegner des Bündnisses oft

behaupten. Das Gegenteil ist der Fall. Die gemeinsame Strategie soll den Krieg geradezu verhindern.

Genausowenig kann es aber Ziel sein, einseitige Abrüstung auf westlicher Seite – oder auch nur bei den Staaten Westeuropas – durchzusetzen, in der utopistischen Hoffnung auf Wohlverhalten der sowjetischen Militärmacht. Dies würde – meine Damen und Herren, ich bin zutiefst davon überzeugt – politische Unterwerfung Europas und Unfreiheit seiner Völker bedeuten.

Folglich kann der bewaffnete Frieden nur durch beiderseitig vereinbarte und nachprüfbar Abrüstung auf einem Niveau mit weniger Waffen abgelöst werden. Bis dahin ist es weit. Bis dahin bedarf es fairer und von gutem Willen aller Beteiligten getragener Verhandlungen.

Wir sind, wie Sie wissen, zu diesen Verhandlungen bereit! Vor dem erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen gilt es aber, geeignete Sicherheitsvorkehrungen zu ergreifen und gleichzeitig den Weg zu immer weniger Waffen zu suchen.

Meine Damen und Herren, es wäre eine Utopie, wenn man von diesen Verhandlungen erwarten wollte, daß der Zustand voratomarer Unschuld wieder hergestellt werden könnte. Selbst die völlige Verschrottung aller Nuklearwaffen würde nichts am Wissen um diese Waffen ändern. Die Vernichtung dieser Waffen würde den Frieden auch nicht sicherer machen, sondern eher den Ausbruch eines Krieges mit konventionellen Mitteln erleichtern. Auch dies darf nicht geschehen. Die Diskussion um das atomare Inferno hat uns leider vergessen lassen, daß ein konventioneller Krieg genauso schrecklich sein kann.

(Beifall der CDU.)

Im übrigen bin ich der Überzeugung, und die europäische Geschichte der letzten 30 Jahre hat dies bestätigt, daß die atomare Abschreckung sowohl den atomaren als auch den begrenzten und konventionellen Krieg letzten Endes verhindert hat.

Wir haben den Verhandlungswillen, und wir wollen der Sowjetunion, soweit vertretbar, auch entgegenkommen. Dies wird von vornherein schon dadurch deutlich, daß die NATO das militärische Übergewicht in der europäischen Region zugunsten der Sowjetunion nicht vollständig ausgleichen will. Dies würde beispielsweise bedeuten, zusätzlich in Europa etwa 50 weitere Heeresdivisionen aufzustellen. Dies ist unrealistisch! Uns geht es vielmehr darum, das globale Gleichgewicht zu erhalten und in Europa zur Verteidigung fähig zu bleiben.

Zum Testfall für unseren Verteidigungswillen wird die Fähigkeit werden, der neuen sowjetischen Bedrohung entgegenzuwirken. Mit ihrer von langer Hand geplanten und ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Staaten durchgeführten Aufrüstung im Mittelstreckenbereich hat die Sowjetunion eine zusätzliche Bedrohung völlig neuer Qualität geschaffen. Dabei geht es den Russen sicherlich nicht um Krieg, vielmehr um Kriegsdrohung. Nicht um bewaffneten Kampf, sondern darum, Kriegsanzug zu schüren und die bewaffnete Macht als Instrument politischer Pressure zu nutzen. Helmut Schmidt hat deshalb völlig zu Recht von „Waffen der Nötigung“ gesprochen. Diese Nötigungswaffe ist vor allem die Mittelstreckenrakete SS 20.

Die Sowjetunion hat trotz aller Gleichgewichtsbeteuerungen seit 1977 – der Herr Kollege Scharping hat darauf hingewiesen –, dem Einführungsjahr der SS 20, deren Zahl ständig erhöht, während auf Seiten der NATO noch keine einzige Mittelstreckenrakete in Dienst gestellt wurde. Im Oktober 1979 hat Breschnjew – Sie haben darauf hingewiesen – formuliert: „Ein Gleichgewicht

(Wilhelm)

existiert bereits jetzt.“ Zu diesem Zeitpunkt gab es 800 sowjetische Mittelstreckensprengköpfe. Der NATO-Doppelbeschluß wurde 1979 gefaßt. Im Oktober 1979 sprach der UdSSR-Unterhändler davon, daß „ein Gleichgewicht bereits existiert“. Die Russen hatten 900 nukleare Mittelstreckenköpfe, die NATO hatte immer noch keine. Im Februar 1981 waren es fast 1000 russische Sprengköpfe, und erneut der Satz Breschnjews, daß „bereits ein ungefähres Gleichgewicht besteht“. Im August 1982 hatten die Russen 1200 nukleare Gefechtsköpfe, die NATO hatte immer noch keine, und wieder formulierte der Verteidigungsminister der Sowjetunion, daß „jetzt ein ungefähres Gleichgewicht besteht“.

Diese Definition des Gleichgewichtszustandes ist offenbar unserer Logik nicht zugänglich. Wir haben kein einziges Mittelstreckensystem eingeführt. Im Gegenteil, wie im Doppelbeschluß verankert, hat der Westen 1000 nukleare Gefechtsköpfe aus seinen Arsenalen in Europa abgezogen.

Die Wirklichkeit sowjetischer Weiterrüstung zeigt, welche moralische und politische Kraft einseitige Abrüstungsschritte haben, wie sie zum Beispiel von Eppler und Lafontaine gefordert werden.

Politische Traumtänzeri in unserem Lande hat also keine positive Wirkung auf den Abrüstungswillen der Sowjetunion. Im Gegenteil: Unsere Position wird geschwächt und führt dazu, daß die Nulloption verhandlungstaktisch von der Sowjetunion nicht als unverzichtbare Bedingung anerkannt wird. Allerdings zeigt die klare und unerschütterliche Position offenbar doch politische Wirkungen: Denn Andropow hat mit dem Angebot, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf 162 Stück zu verringern, zumindest die Gleichgewichtshypothese seines Vorgängers beiseite gelegt.

Alles in allem, meine Damen und Herren, läßt sich der NATO-Doppelbeschluß wie folgt begründen:

- Er ist demokratisch zustande gekommen und im Bündnis einvernehmlich unter Beteiligung der Sozialdemokraten beschlossen worden.
- Er liegt im deutschen und europäischen Interesse. Er geht auf die Forderungen der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Staaten zurück.
- Er hält die auf nukleare und auf konventionelle Abschreckung beruhende Strategie der flexiblen Reaktion glaubwürdig, indem er verdeutlicht, daß das NATO-Gebiet eine Verteidigungseinheit bildet.
- Er koppelt Europa mit der nuklearen Schutzmacht Amerika eng zusammen und läßt keine Territorien unterschiedlicher strategischer Qualität zu.
- Er unterwirft die Sowjetunion qualitativ der gleichen Bedrohung, wie diese sie gegen Westeuropa zum Tragen bringen kann.
- Der Nachrüstungsumfang ist weder nach Quantität noch nach Qualität destabilisierend. Er stellt keine neuartige Bedrohung für die Sowjetunion dar, sondern greift angesichts eines weiter wachsenden sowjetischen Mittelstreckenpotentials auf frühere Stationierungsmuster zurück.
- Der Nachrüstungsteil wird zur Disposition gestellt. Er wird vom Rüstungskontrollpolitischen Verhalten der Sowjetunion abhängig gemacht.
- Der NATO-Doppelbeschluß enthält neben der Aufforderung zu gegenseitiger Rüstungskontrolle einen signifikanten einseitigen Abrüstungsschritt. Die Vorleistung liegt im Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen.

- Er macht das künftige eigene Verhalten vom Verhalten der Sowjetunion abhängig.
- Die Sowjetunion hat in der Zeit der Diskussion, der Konzipierung und Billigung des Doppelbeschlusses weder die einseitige NATO-Reduzierung von Gefechtsköpfen noch die zweiseitigen Gespräche zum Anlaß genommen, ihre SS-20-Produktion einzustellen. Sie hat allein in der Zeit von September 1979 bis heute die Zahl der SS-20-Raketen fast verdreifacht.

Meine Damen und Herren, wir wollen diese Nachrüstung, wie sie der NATO-Doppelbeschluß formuliert, nicht. Aber wir wollen vor allem auch die sowjetische Vorrüstung nicht. Niemand soll sich täuschen: In Genf wird der Westen nur dann Erfolg haben, wenn alle Bündnispartner fest und entschlossen hinter diesem einmal gefaßten Beschluß stehen und ihn auch entschlossen verwirklichen.

(Beifall der CDU.)

Nur dann, und ich glaube zutiefst daran, wird die Sowjetunion von der tatsächlichen Ernsthaftigkeit des Doppelbeschlusses überzeugt sein. Und nur dann können wir das Gleichgewicht wieder herstellen, das zur Erhaltung unserer Sicherheit nötig ist, und nur dann kann Rüstungskontrolle mit dem Ziel der Abschmelzung von Waffen eine Realität werden. Wer aber den Doppelbeschluß – leichthin, aus Furcht oder sogar vorsätzlich – aufgibt oder in Frage stellt, der verurteilt die Abrüstungsverhandlungen in Genf zur Erfolglosigkeit. Er dient, im Gegenteil, der fortschreitenden Rüstungsspirale und gefährdet so Sicherheit und Frieden.

Die gewaltigen Anstrengungen der NATO-Partner, die sich aus dem NATO-Doppelbeschluß ergeben, und die damit verbundenen Belastungen, ja Zerreißproben im Innern der einzelnen Staaten, sind nicht allein damit zu rechtfertigen, daß Souveränität von Territorien gewährleistet wird. Entscheidend geht es um die Souveränität, um die Freiheiten der einzelnen Bürger in den einzelnen Gesellschaften des Bündnisses. Diese persönlichen Freiheiten müssen nach zwei Richtungen gesichert werden, nach außen und nach innen. Die Freiheitssicherung nach außen ist für den Bürger nur erlebbar, wenn sie eng gekoppelt ist an die Freiheitssicherung nach innen. Dies setzt in demokratischen Staaten voraus, daß der demokratische Rechtsstaat nach innen auf soliden Fundamenten steht.

Natürlich hat der Wille zur Behauptung nach außen auch etwas mit der Überzeugung von den Werten, die unserem Gemeinwesen zugrunde liegen, zu tun.

Wer Freiheit nicht hoch einschätzt oder mangels Erfahrung nicht einschätzen kann, wird eher dem fatalistischen Satz zuneigen „Lieber rot als tot!“. Wer eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht für fähig hält, die dringenden Probleme unserer Zeit zu lösen, wird eher bereit sein, diese Ordnung durch Druck von außen untergehen zu lassen. Wer keine Vorstellungen vom Wert des Menschen als Individuum hat, wird leichter einer menschenverachtenden und utilitaristischen Ideologie, die Gleichheit und Brüderlichkeit verspricht, anheimfallen.

Aber darüber hinaus geht es darum, die Substanz unserer Werte vor denen zu schützen, die nach außen den Krieg ächten und ihn im Innern führen. Der Friede nach außen muß durch den Frieden nach innen vervollständigt werden.

Die Aufkündigung der Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, die Verfälschung des Widerstandsrechts, kurz die Manipulation von Begriffen, führen zu Unfrieden im Innern und zur Instabilität.

(Beifall der CDU.)

(Wilhelm)

Dies führt letztlich zu Einschränkungen der persönlichen Rechte des Menschen. Es hat Auswirkungen auf den Frieden, wie ihn der einzelne Bürger erfährt. Es hat Auswirkungen auf die Verhandlungsfähigkeit zum Nutzen des äußeren Friedens. Denn täuschen wir uns nicht: die Mißachtung unserer staatlichen Ordnung und der ihr zugrunde liegenden Regeln durch zahlreiche Bürger dieses Landes haben uns als Partner unzuverlässig erscheinen lassen und haben unsere Verhandlungspositionen geschwächt.

Die, die so emotional, ja bisweilen sogar unfriedlich kriegerisch ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Frieden vertreten, haben bei der Sowjetunion die Hoffnung genährt, ihre Vorrüstung zu bewahren und die Nachrüstung des Westens zu verhindern. Im Ergebnis haben sie einen Beitrag – die sogenannten Friedensbewegungen – ungewollt, zumindest zum großen Teil, dazu geleistet, daß wir nicht weniger, sondern mehr Waffen haben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb auch die schwierige und ungemein wichtige Aufgabe, offensiv die ständige Diskreditierung von Andersdenkenden, die zum Teil einem totalitären Anspruch und überheblicher Selbstgerechtigkeit entspringt, zu bekämpfen. Wir müssen diese Ursachen, die zu immer mehr Unfriedlichkeit im Zusammenleben der Bürger unseres Landes führen, angehen, wenn wir nicht den Frieden im Innern völlig zerstören wollen.

Abschließend möchte ich sagen: Der Warschauer Pakt und insbesondere die Sowjetunion haben in den zurückliegenden zehn bis 15 Jahren ihr militärisches Potential massiv ausgebaut. Henry Kissinger hat dies wie folgt charakterisiert: Die Geschichte der Neuzeit verzeichnet kein Beispiel, in dem es ohne Krieg zu einer ähnlich deutlichen Verschiebung der militärischen Kräftebalance gekommen ist, wie sie gegenwärtig zu beobachten ist. Diese Kräfteverschiebung ist vor dem Hintergrund der aggressiven Zielsetzungen, die bei der Sowjetunion nach wie vor auf den Endsieg des Sozialismus im Weltmaßstab gerichtet sind, eine schwierige und bedeutende Herausforderung, die weniger auf dem militärischen, überhaupt nicht auf dem wirtschaftlichen, vor allem aber auf dem geistigen Gebiet, auf dem Gebiet des Bewußtseins und des Willens, liegt.

Die Kraft des westlichen Bündnisses liegt in seinem Willen zur Verteidigung von gemeinsamen Werten, von Frieden und Freiheit. Wenn es eine Gefahr oder Krise des Bündnisses gibt, dann liegt sie darin, daß die Kampagne der Angst den Freiheitssinn lähmt und aus Kriegsfurcht zur Mentalität der Unterwerfung und Unterwürfigkeit führen könnte.

(Beifall der CDU.)

Verstärkt wird die Gefahr noch dadurch, daß der potentielle Gegner einer Fehleinschätzung unterliegt, weil er allzusehr in militärischen Kategorien denkt. Er könnte die für ihn sichtbaren Unterlassungen bei den Verteidigungsanstrengungen und bestimmte Erscheinungsformen in den öffentlichen Diskussionen in den westlichen Ländern als fehlenden Behauptungswillen interpretieren. Beispiele aus der Geschichte gibt es zur Genüge.

Eine weitere Gefahr, die von der militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes ausgeht, ist das Entstehen eines Gefühls von Unterlegenheit in der westlichen Bevölkerung. Dieses Gefühl hat in den letzten Jahren aus meiner Sicht zugenommen. Es ist eng verbunden mit der Angst vor einem Krieg. Es ist eng verbunden mit der Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen mit Tod. Der Warschauer Pakt schürt diese Angst, weil er weiß, daß sie ihm hilft.

In seinem Buch „Pazifisten gegen den Frieden“ schreibt Wladimir Bukowski: „Doch Angst ist eine lähmende und zersetzende Kraft, lähmend und zersetzend für den Verstand. Manche Leute befürworten in ihrer Angst dann tatsächlich die Abschaffung der Polizei, weil die Verbrecher allzu aggressiv werden.“ An anderer Stelle: „Nur eines haben diese unterschiedlichen Motive gemein, und das ist die Panik, die Bereitschaft, vor der sowjetischen Drohung zu kapitulieren, sogar noch ehe die Kapitulation gefordert wird. Das ist der Grund, weshalb die sowjetische Propaganda so raschen und so gewaltigen Erfolg bei Europas Pazifisten hat buchen können. Man kann sich in der Tat schwerlich eine unverhülltere prosojewjetische Haltung vorstellen als jene der europäischen Friedensbewegung.“ –

Diese Sätze zeigen, daß die Sowjetunion den „Kampf um die Seele Europas“ begonnen hat. Ziel dieser Psychostrategie ist der „Sieg ohne Krieg“. Die Teilerfolge können die Russen hoffen lassen, daß ihre Politik mit der geschickten Kombination von Versprechungen und Einschüchterungen eine Entscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen kann. Dabei wirkt die militärische Überlegenheit als politisches Druckmittel. Da ein Krieg mit der NATO trotz deren eigener Unterlegenheit mit einem Restrisiko behaftet ist, lohnt sich das Warten auf eine sogenannte „friedliche Lösung“.

Wo ist der Ansatz für uns, auch in Zukunft den Frieden in Freiheit zu bewahren? Sicher gibt es diesen Ansatz noch! Die Tatsache, daß bei über 140 Kriegen in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa 38 Jahre der Friede gewahrt werden konnte, ist Anlaß, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

(Beifall der CDU.)

Entscheidend kommt es darauf an, daß wir wieder mehr Behauptungswillen und Realitätssinn entwickeln. Der NATO-Doppelbeschluß ist ein Zeichen für diesen Behauptungswillen. Er signalisiert die Warnung, unsere Freiheit und Unabhängigkeit nicht anzutasten. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall der CDU.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß wir nach dem nächsten Redner in die Mittagspause eintreten. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Gerster.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wilhelm, Ihre Rede war gespickt mit Zitaten. Mit dem Zitieren ist das halt so eine Sache. Ich will zu einem Zitat etwas sagen, zu dem aktuellsten Zitat, das vermutlich nicht im Manuskript stand, sondern Ihnen vor dieser Sitzung oder zu Beginn dieser Sitzung zugereicht wurde. Ich möchte nämlich etwas zu dem Zitat sagen, Helmut Schmidt habe in Singapur, laut einer dpa-Meldung, etwas gesagt, was Sie zitiert haben.

Wir haben uns beim Büro Helmut Schmidt erkundigt, wie das Programm dieser Reise aussieht. Wir haben eben vor wenigen Minuten in Erfahrung gebracht, daß diese Rede, auf die sich das Zitat bzw. auf die sich die Meldung bezieht, noch nicht gehalten worden ist, sondern erst in einer Stunde gehalten wird. Wir haben des weiteren in Erfahrung gebracht, daß das Manuskript dieser Rede keine explizite Aussage zu der heute in Frage stehenden Thematik enthält.

(Beifall der SPD. – Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Vogel?

Abg. Gerster, SPD:

Ja, bitte sehr!

Abg. Dr. Vogel, CDU:

Herr Kollege Gerster, ist Ihnen bekannt, daß es sich bei der dpa-Meldung nicht um das Zitat aus einer Rede von Helmut Schmidt handelt, die er gehalten hat oder halten wird, sondern daß es sich um Antworten auf ihm in Singapur gestellte Fragen handelt? Ist Ihnen das bekannt?

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Dr. Vogel, Helmut Schmidt hat, wie wir weiter erfahren haben, dem Goethe-Institut einen Höflichkeitsbesuch abgestattet, und Sie werden uns schon erlauben, daß wir als Sozialdemokraten die Geduld haben, die Sie nicht aufbringen, seine Parteitagrede in Köln abzuwarten und uns in der Zwischenzeit auf das verlassen, was Helmut Schmidt in den letzten Wochen und Monaten überdeutlich – nachlesbar in der „Zeit“, in der „Time“ vor zwei Wochen – und darüber hinaus gesagt hat.

Er nahm eindeutig für den sogenannten Waldspaziergang Stellung. Wir wissen, daß Nitze, der Unterhändler der Vereinigten Staaten, von Washington zurückgepfiffen worden ist. Er sagte eindeutig, der Konsens im westlichen Bündnis ist durch einseitige Aktivitäten der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren nachhaltig gestört worden. Er sagte des weiteren in der „Time“ vor zwei Wochen in einem Interview explizit folgendes:

Hätten die Vereinigten Staaten die Flexibilität von Anfang an gezeigt, die sie in der letzten Zeit stärker als vorher an den Tag legten, hätten wir heute ein Ergebnis in Genf.

Das stand vor zwei Wochen in der „Time“.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich darf folgendes anfügen: So, wie wir Helmut Schmidt kennen, sind wir sicher, daß er vom politischen Stil her dermaßen weitreichende Aussagen nicht ausgerechnet in Singapur von sich geben wird.

(Erneut Beifall bei der SPD.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben auch heute wieder gehört, was wir in den letzten Monaten öfter hören mußten – zwar nicht immer so zurückhaltend vorgebracht, oft sehr viel plakativer –, daß es offenbar für die Union ein Paket der Argumentation gegen jene gibt, die den bisher für gemeinsam gehaltenen Weg zum Frieden angeblich nicht wollen. Dieses Paket beinhaltet offenbar durchgängig das Nein zur Nachrüstung heute. Das ist der Anlaß unserer heutigen Debatte. Dazu gehört das Nein zur Bundeswehr. Zu diesem Feindbild gehört das Nein zum NATO-Bündnis. Dazu gehört auch – da wird es wieder schwierig – das Nein zum Doppelbeschluß von vornherein. Wenn man das liest und hört, was in den letzten Wochen und Monaten von Regierungsseite in Bonn und von der Union gesagt worden ist, dann ist ganz klar erkennbar, daß diejenigen, die jetzt nein zur Nachrüstung sagen und dies mit dem begründen, was in den

letzten Jahren geschehen ist, sozusagen komplett für eine Gegnerschaft zur westlichen Verteidigungspolitik in Anspruch genommen werden. Wer diese Gleichung, ein Nein zur Nachrüstung heute hieße ein Nein zur Bundeswehr, ein Nein zum Bündnis, ein Nein zum Doppelbeschluß von vornherein auflöst, der erkennt ihren diffamierenden Charakter.

(Beifall bei der SPD.)

Fangen wir mit der Bundeswehr an. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich die Bundeswehr ganz gut kenne, und zwar von innen. Ich kenne eine Reihe von Soldaten aller Dienstgrade, darunter hohe Offiziere und viele vor Ort, die sich den Wehrpflichtigen zu stellen haben, die sogar schon 1979 den NATO-Doppelbeschluß für höchst problematisch gehalten haben. Ich kenne eine Reihe von Soldaten, die das zum Teil militärstrategisch und zum anderen Teil damit begründen, daß eine westliche Verteidigungspolitik in erster Linie auf den Konsens angewiesen ist und dies dann überprüft werden muß, wenn dieser Konsens nicht herstellbar ist.

Kommen wir nun zu dem angeblichen Nein zum Bündnis. Ich will nicht das wiederholen, was der Herr Kollege Scharping gesagt hat und was immer wieder gesagt worden ist. Für uns ist ein unverrückbarer Grundbestandteil unserer politischen Auffassung, daß all das, was wir in Richtung Friedenspolitik und Abrüstung wollen, nur innerhalb des Bündnisses geschehen kann!

Schauen wir uns einmal die anderen Partner des Bündnisses an und fragen uns, ob den Vereinigten Staaten, die nicht ein Partner unter vielen, sondern die westliche Schutzmacht sind, aus westdeutscher Sicht eine Abkehr vom Bündnis vorgeworfen worden ist, als sie etwa ganz eindeutig zu erkennen gegeben haben, daß der Regierungswechsel in Washington eine faktische Aufgabe der Entspannungspolitik mit sich gebracht hat, der einen Vorstoß gegen die Bündnispolitik seit 1967 bedeutet.

(Beifall bei der SPD.)

Haben wir einen Vorwurf gemacht, als die Vereinigten Staaten etwa durch außen- und wirtschaftspolitische Alleingänge gegen ihre europäischen Partner ganz eindeutig gegen Bündnisinteressen verstoßen haben?

(Beifall bei der SPD. – Glocke des Präsidenten.)

Haben wir einen Vorwurf gemacht, als die Vereinigten Staaten in der Verkündung einseitiger strategischer Optionen abweichend von der bis dahin gemeinsam geltenden NATO-Doktrin einseitig den Marsch aus der bis dahin gemeinsam getragenen NATO-Politik vollführt haben?

(Beifall der SPD.)

Ist in diesen wichtigen Fällen jemals den Vereinigten Staaten die Abkehr vom Bündnis vorgeworfen worden?

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Abgeordneter Gerster, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wilhelm?

Abg. Gerster, SPD:

Ja, bitte.

Abg. Wilhelm, CDU:

Herr Kollege Gerster, wie erklären Sie sich angesichts der Charakterisierung der amerikanischen Politik die Tatsache, daß der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Interview in der „Washington Post“ zum Ausdruck gebracht hat, daß er es für richtig halte, daß der alte Präsident Reagan auch der neue Präsident werden solle?

(Reitzel, SPD: Stimmt das auch?)

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Wilhelm, zeigen Sie mir bitte das Interview. Ich kenne es nicht.

(Reitzel, SPD: Man weiß nie, ob das, was er fragt, auch stimmt! – Dr. Volkert, CDU: Das ist doch durch die Presse gegangen!)

– Nein, ich kenne es wirklich nicht. Ich kenne auch nicht den Kontext. Im Unterschied zu Ihnen halte ich Helmut Schmidt für so differenziert, daß er solche plakativen Urteile nicht abgeben wird.

(Beifall der SPD.)

Was soll es denn, wenn wir uns gegenseitig entweder nicht überprüfbare Zitate oder solche von jeweiligen Außenseitern vorhalten? Sie haben vorhin Gesine Schwan zitiert. Gesine Schwan, die Sie zitiert haben, ist eine ehrenwerte Sozialdemokratin, die sich aber, was Inhalt und Stil ihrer Tätigkeit und ihrer Artikel in den letzten Monaten angeht, in der Sozialdemokratie sehr isoliert hat.

(Wilhelm, CDU und Dr. Volkert, CDU: Das ist doch klar!)

Wollen Sie denn im Ernst, daß wir jetzt, wenn wir über Friedenssicherung in Europa sprechen, etwa Ihren Otto von Habsburg zitieren, der Europa-Abgeordneter der CSU ist?

(Beifall bei der SPD.)

Was soll das denn, daß wir uns jeweils unsere Exoten vorhalten? Wir sollten die Politik, die gemeinschaftlich von den jeweiligen Parteien getragen wird, ernst nehmen und uns damit auseinandersetzen.

(Erneut Beifall bei der SPD. – Wilhelm, CDU: Ist Frau Schwan eine Exotin?)

– Herr Kollege Wilhelm, Frau Schwan hat kein politisches Mandat. Sie gehört nicht einmal einem Ortsvereinsvorstand an.

(Wilhelm und Dr. Volkert, CDU: Ist sie eine Exotin?)

– Sie ist nicht von ihrer Geburt an eine Exotin, sondern sie ist eine Deutsche. Sie hat sich aber in der Art ihrer Argumentation sehr weit von der Partei entfernt, und zwar sehr viel weiter, als Sie das von vielen anderen vermuten, die Sie zitieren.

(Beifall bei der SPD. – Keller, CDU: Oder die Partei von ihr?)

Meine Damen und Herren, ich habe eben die Frage gestellt, ob aus westdeutscher Sicht den Vereinigten Staaten jemals dort Abkehr vom Bündnis vorgeworfen worden ist, wo sie sich eindeutig

entweder gegen Bündnisinteressen oder gegen die Interessen einzelner Partner des Bündnisses gewandt haben. Ich will wenige Beispiele nennen. Es geht um ökonomische Sanktionen, wie etwa bei der Erdgasleitung aus der UdSSR. Es geht um die Frage des Weizenembargos, bei der nicht konsultiert worden ist. Es geht um den Olympiaboykott, bei dem ebenfalls – das ist ein ganz wichtiger Vorgang – im Bündnis nicht konsultiert worden ist, und um vieles andere mehr. Es geht aber auch um die Abweichungen von der bis dahin gemeinsam getragenen Bündnispolitik, die uns heute sehr viel mehr beschäftigen müssen, etwa dort, wo sich die Vereinigten Staaten dagegen gewehrt haben, daß die eurostrategischen Waffen bereits frühzeitig in die SALT-Verhandlungen einbezogen werden. Das haben Helmut Schmidt und andere verlangt. Die Vereinigten Staaten haben das nicht gemacht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Ich meine auch den Bereich – ich werde darauf noch kurz eingehen –, bei dem es um ein erkennbares Abgehen von der Betrachtung von Atomwaffen als politischen Waffen, aber hin – wohlgerichtet im Verteidigungsfall – zu einer Kriegsführungsoption geht. Damit müssen wir uns noch ein wenig eingehender beschäftigen.

Haben wir den USA eine Abkehr vom Bündnis vorgeworfen – ich will dazu nur wenig sagen, weil dies im Verlauf der weiteren Debatte noch vertieft wird –, als sie bei den Genfer Verhandlungen in zunehmendem Maße erkennen ließen, daß sie ein Ergebnis gar nicht wollen, daß sie auf Vorschläge, die weit über das, was zu Beginn von der östlichen Seite vorlag, gar nicht eingingen, selbst dann nicht, als das, was auf den Verhandlungstisch gebracht wurde, nur für Propaganda gehalten wurde? Es wurde durch eine starre Verhandlungsführung zunehmend erkennbar, daß hier die Nagelprobe auf die Standfestigkeit in dieser konkreten Frage tatsächlich gemacht werden sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, selbst wenn man den Doppelbeschluß von Anfang an für richtig gehalten hat, kann man aus guten Gründen zu der Auffassung kommen, daß in den letzten vier Jahren Ereignisse von einer Tragweite eingetreten sind, die es erlauben, heute zum Zeitpunkt des Herbst 1983 nein zur Nachrüstung zu sagen.

(Wilhelm, CDU: Das ist doch Ihre Auffassung!)

Herr Wilhelm, auch wenn Sie den Punkt a zitieren und der Kollege Scharping den Punkt b, kommen Sie nicht daran vorbei, daß es in dem Dokument der NATO über die 79er Vereinbarung keinerlei Stationierungsautomatik gibt. Es heißt: Der Bedarf an Waffen wird im Lichte der Verhandlungen geprüft. –

(Beifall bei der SPD.)

Und für die Prüfung von westeuropäischer Seite wird eben in einem ganz starken Maße im Vordergrund stehen müssen, ob die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu dem Ansatz, der zu 79 geführt hat, zunehmend ursprünglich amerikanische Interessen in diesen Verhandlungen wahrgenommen haben und immer weniger tatsächlich Bündnisinteressen, die gleichzeitig europäische Interessen sind. Ich werde dazu etwas sagen.

Meine Damen und Herren, damit wir uns da nicht mißverstehen, niemand hier in diesem Plenarsaal, niemand im Bundestag und weit darüber hinaus leugnet aus sozialdemokratischer Sicht die eklatante Bedrohung Westeuropas durch stationierte Mittelstreckenwaffen des Warschauer Paktes, der UdSSR. Niemand leugnet das. Das ist eine Bedrohung, die wir ernst nehmen müssen, und

(Gerster)

dies ist eine Bedrohung, die wir nicht hinnehmen können. Ich möchte Ihnen als Kronzeugen für diese Linie einen Mann zitieren, den Sie gerne in einem ganz anderen Sinn apostrophieren und mißverstehen wollen, Egon Bahr, der am 15. Juni dieses Jahres im Bundestag explizit gesagt hat – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten – : Die sowjetische Hochrüstung auf diesem Gebiet – atomare Mittelstreckenwaffen – und die potentielle Bedrohung sind nicht akzeptabel. Wenn das bleibt, muß der Westen dagegen etwas tun. Dies ist unbestritten. –

(Zuruf des Abgeordneten Geimer, CDU.)

Meine Damen und Herren, gehen wir auch einmal zu der Frage, ob denn diejenigen, die 1979 Gegner des NATO-Doppelbeschlusses waren, tatsächlich damals Ignoranten der Bedrohung, Traumtänzer, gar Fünfte Kolonne Moskaus oder was auch immer waren. Ich will deutlich sagen – das habe ich versucht darzulegen –, daß man sehr wohl 1979 für den Doppelbeschluß gewesen sein kann und aus der Entwicklung der letzten vier Jahre sehr wohl begründen kann, warum es schwerwiegende Gründe dafür gibt, heute nicht nachzurüsten.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie die Breite der Bewegung, die wir nun tagtäglich miterleben, Hunderttausende, Millionen, die sich mobilisieren, die sich durch keine andere Frage in den letzten Jahrzehnten so haben mobilisieren lassen, wenn Sie die Breite dieser Bewegung überhaupt verstehen wollen – und ich vermute, viele von Ihnen verstehen sie nicht; ich sage das nicht bössartig, sondern aus meinem Eindruck aus vielen Gesprächen der letzten Wochen und Monate –, müssen Sie sich mit den ernstzunehmenden Kritikern auseinandersetzen, die bereits 1979 den NATO-Doppelbeschluß für das falsche Instrument gehalten haben. Ich sage noch einmal: Dies ist noch kein Argument, das heute logisch auf die Situation Herbst 1983 übertragen werden kann. Es gibt viele, die damals dafür waren und heute dagegen sind. Aber wenn man verstehen will, was sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ereignet hat, dann muß man sehen, daß eben nicht nur da und dort vielleicht naive Menschen und da und dort einige wenige, die ferngesteuert sind, eine Bewegung zu beeinflussen versucht haben, sondern daß die Breite der Bewegung nur dadurch verständlich ist, daß die Position des westlichen Bündnisses in dieser entscheidenden Frage zunehmend weniger vermittelbar wurde.

Meine Damen und Herren, dies ist auch kein Streit zwischen Fachleuten und Laien. Dies ist auch kein Streit zwischen Gesinnungsethikern und Verantwortungsethikern. Es gibt durchaus – wenn ich das einmal so nennen darf – systemimmanente Gründe für Leute, die die Bedrohung sehr wohl so sehen, wie sie ist, und die, zum Teil hochkarätige Experten, bereits damals, 1979 gesagt oder später geschrieben zu haben: Dies ist das falsche Instrument. –

Wir müssen uns, auch wenn wir diese Meinung nicht teilen, heute verstärkt mit diesen Argumenten auseinandersetzen. Zunächst zu der Frage: Ist das, was an SS-20-Raketen auf der östlichen Seite in den letzten Jahren gerüstet worden ist, tatsächlich eine völlig neue, nie vorher dagewesene Qualität der Bedrohung? Daß die SS-20-Rüstung eine Steigerung der Bedrohung von erheblichem Umfang in den letzten Jahren ist, wird nicht bestritten.

Nur: Ist das ein völlig neues Faktum, daß landgestützte Mittelstreckenraketen mit Atomsprenköpfen das westliche Europa und hier insbesondere auch die Bundesrepublik Deutschland erreichen können? Ist das ein völlig neues Faktum? Jeder, meine Damen und Herren, der sich mit der Materie auseinandergesetzt hat, weiß, daß es seit rund zwei Jahrzehnten landgestützte Mittelstreckenraketen auf der östlichen Seite gibt, daß die westliche Verteidigungsgemeinschaft aus welchen Gründen und aus welcher Bedrohungsanalyse

auch immer diese Bedrohung hingenommen hat mit dem Hinweis auf Reaktionsmöglichkeiten in ganz anderen Bereichen. Und wer so tut, daß SS 20 als Waffenart etwas völlig Neues, nie vorher dagewesenes ist – es soll nicht die Weiterentwicklung und die zusätzliche Bedrohung bestritten werden –, aber wer so tut, als sei dies nie vorher dagewesen, der betreibt Geschichtsklitterung, meine Damen und Herren. Jeder, der sich ein bißchen näher mit der Sache beschäftigt, wird einen solchen Redner sehr leicht widerlegen können. Dies ist ein Punkt, den wir heute noch ernster nehmen müssen als bereits 1979.

Ich will einen weiteren Punkt anführen. Es wird im Rahmen der flexiblen Reaktion, der Strategie des westlichen Bündnisses, zu Recht davon ausgegangen, daß es verschiedene Ebenen der möglichen Auseinandersetzung in einem Kriegsfall gibt: die konventionelle Ebene, die nuklear-taktische Ebene, die nuklear-strategische Ebene. – Da sind wir uns einig. Und wir sind uns auch einig – nehme ich an –, daß man nicht auf eine Waffenart völlig verzichten kann, ohne sich eines Schutzes zu begeben.

Nun frage ich Sie einmal: Wie kommt es, wenn man die Dokumente der letzten Jahre nachliest, daß das, was auf westlicher Seite nachgerüstet werden soll, einmal den nuklear-taktischen Waffen zugeordnet wird, ein anderes Mal den nuklear-strategischen Waffen, völlig beliebig, je nach Autor, je nach Redner, je nach militärischer Denkschule? Es gibt – ich werde es Ihnen, wenn Sie es nicht glauben, beweisen können – zig Dokumente, bei denen das, was bei uns nachgerüstet werden soll, Pershing, Cruise Missiles, einmal Gefechtsfeldwaffen sind, das nächste Mal sind es strategische Waffen, und, und.

Wir sehen also, diese Auseinandersetzung – ich bitte um Verständnis, daß wir hier im Landtag auch einmal über strategische Fragen sprechen; bei einem solchen Thema ist das nicht vermeidbar – ?

(Dr. Volkert, CDU: Atomwaffen sind immer strategisch!)

diese Auseinandersetzung hat sehr viel damit zu tun, daß man mit einer relativen Beliebigkeit zuordnen kann und daß man deswegen bei seinen Bedrohungsanalysen, bei den Lücken, die man feststellt und auf die man dann reagieren muß, sehr sorgsam vorgehen muß, damit man nicht sehr einfach auch widerlegt werden kann. Im übrigen, im Rahmen dieser Zuordnung: Wir wissen, daß die sogenannten globalstrategischen Systeme und besonders die auf See stationierten, die es ja bereits gibt, Polaris-Raketen auf U-Booten usw., sehr wohl eurostrategisch eingesetzt werden können. Es stimmt einfach nicht, daß wir, was die Reichweite angeht, völlig schutzlos dem ausgeliefert sind, was uns da auf östlicher Seite gegenübersteht.

Ich sage das noch einmal mit dem eindeutigen Hinweis, daß ohne Zweifel die SS-20-Rüstung eine zunehmende Bedrohung ist, die wir nicht hinnehmen können. Aber wir müssen differenzieren, meine Damen und Herren. Wenn wir nicht differenzieren, dann verstehen wir gar nicht, was in den letzten Jahren vorgegangen ist; dann verstehen wir gar nicht, daß es in der Bundesrepublik Deutschland eine wachsende Glaubwürdigkeitslücke zwischen der offiziellen NATO- und Sicherheitspolitik und dem gibt, was die Menschen für richtig und für zumutbar halten.

Ich komme auch noch zu einem Zitat, und zwar diesmal in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, ein Zitat, das in sich zwar stimmt und korrekt zitiert worden ist, das aber dann, wenn man auf die Person des Zitierten eingeht – der Herr Kollege Dr. Vogel ist leider nicht da –, sehr stark relativiert werden muß.

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

(Gerster)

Der Ministerpräsident hat zweimal in seiner Rede – und er hat nicht so viel zitiert wie der Kollege Wilhelm – Carl Friedrich von Weizsäcker zitiert.

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

Und er hat sogar seine Rede mit einem Zitat von Carl Friedrich von Weizsäcker abgeschlossen. Mit anderen Worten: Dies ist also eine Art Kronzeuge für die Politik dieser Landesregierung in dieser entscheidenden Frage.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wissen Sie – ich hoffe, daß man das im Archiv der Staatskanzlei jetzt nachliefert, denn ich habe hier einen Presseauschnitt, den ich mir von der Staatskanzlei erbeten habe, und ich habe ihn bekommen; vielen Dank übrigens für diese Hilfe –, wissen Sie, daß derselbe Carl Friedrich von Weizsäcker bereits 1979 und dann wieder 1981 in einer Eindeutigkeit, die nicht zu überbieten ist, sich gegen diesen NATO-Doppelbeschluß ausgesprochen hat?

(Beifall bei der SPD.)

Ich frage Sie im Ernst: Wie kann der Ministerpräsident seine Rede maßgeblich, sogar mit dem Schlußzitat – diese Rede sollte zum Ziel haben, daß die Nachrüstung heute stattfinden muß, weil das NATO-Politik ist – auf eine Autorität stützen, die sich mehrfach unmißverständlich gegen diesen NATO-Doppelbeschluß ausgesprochen hat? – Im übrigen ist dies auch unsere Argumentation, daß man sich nämlich dann – da gehen die Meinungen sicher auseinander –, wenn die NATO reagieren muß und reagieren zu müssen glaubt, über Alternativen unterhalten muß, wie etwa die Seestationierung von Mittelstreckenwaffen.

Weizsäcker hat sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt, im Jahre 1979, eindeutig für die Seestationierung ausgesprochen. Auch Helmut Schmidt hat sich noch kurz vor der eigentlichen Beschlußfassung im Jahre 1979 in Washington für eine Seestationierung verwandt. Er ist in Washington, wie er mehrfach belegt hat, darauf hingewiesen worden, dies sei technisch nicht möglich, nicht machbar.

Zwischenzeitlich, im Jahre 1981, haben die Vereinigten Staaten, die damals unseren deutschen Bundeskanzler belehrt haben, Seestationierung gehe aus technischen Gründen nicht, ein umfassendes Rüstungsprogramm angekurbelt, das als wesentlichen Inhalt auch seestationierte Mittelstreckenraketen des Typs Cruise Missiles hatte. Ich frage Sie jetzt: Was soll man von solchen Argumenten halten? Meine Damen und Herren, bekommen solche Argumente einen Sinn, wenn man nicht gleichzeitig daran denkt, daß in zunehmendem Maße die Vereinigten Staaten offenbar aus sehr amerikanischen Interessen über die Begrenzbarkeit von Kriegen und von Kriegsschauplätzen nachdenken?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, kann man das, was damals so emphatisch gegen Seestationierung ins Feld geführt worden ist, verstehen, wenn man nicht gleichzeitig versteht, daß offensichtlich auch die amerikanischen Interessen im Bündnis in dieser Frage zu einem bestimmten Zeitpunkt die Oberhand gewonnen haben

(Beifall bei der SPD)

und durchaus begrenzte Konflikte auf deutschem, europäischem Boden einkalkuliert worden sind?

Meine Damen und Herren, die Vereinigten Staaten meinen, uns in einer sehr einseitigen Auslegung des 79er Doppelbeschlusses eine Maßnahme zuzumuten zu müssen, die Nachrüstung von bodenstationierten Mittelstreckenraketen, die sie ihrer eigenen Bevölkerung in einem sehr viel weniger dichtbesiedelten Land, etwa bei den MX-Raketen, nicht trauen zuzumuten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir sind ein Bündnis, und es ist völlig irrig, anzunehmen, daß die nationalen Interessen aufhören, wenn man sich in einem Bündnis befindet. Nur, dann sprechen wir doch deutlich aus, daß wir deutsche Interessen im Bündnis vertreten und die Amerikaner amerikanische Interessen im Bündnis vertreten und daß wir diese in irgendeiner Form zusammenführen müssen. Nur, wenn erkennbar wird, daß in zunehmendem Maße die westliche Vormacht der NATO, wie immer wir sie nennen wollen, stärker amerikanische als Bündnisinteressen vertritt, müssen wir das sagen dürfen, ohne daß man uns eine Entfernung aus dem Bündnis vorwerfen kann.

(Beifall bei der SPD. – Reitzel, SPD: Das ist eine Frage des aufrechten Ganges!)

Wir müssen uns auch im Interesse des inneren Friedens in diesen Wochen und Monaten und in den nächsten Jahren – denn das, was wir an öffentlicher Manifestation haben, wird nicht in wenigen Wochen vorbei sein, zumal dann nicht, wenn stationiert wird, dann erst recht nicht – stärker als bisher und nicht mit Rechthaberei, die uns nicht weiterbringt, der Frage gemeinsam zuwenden, ob die NATO und ob die Mitgliedstaaten der NATO, ob die Bundesrepublik Deutschland sich auf die Dauer eine Strategie leisten können, die in den entscheidenden Punkten offensichtlich von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird.

Ich will das begründen. Nicht erst seit dem Jahre 1979, nicht erst seit dem Jahre 1981 und auch nicht erst seit dem Jahre 1983, sondern vielmehr aus den letzten Jahrzehnten gibt es Umfrageergebnisse von seriösen Instituten, Allensbach, Infratest, Infas. Diese haben immer wieder einen repräsentativen Querschnitt gefragt: Gehen Sie einmal davon aus, wir würden angegriffen, also der Verteidigungsfall. Sind Sie im Falle des Angriffs auf uns, auf die Bundesrepublik Deutschland, auf die NATO dafür, daß die NATO als erste Atomwaffen einsetzt? – Das ist eine Übersetzung einer ganz zentralen Konsequenz der NATO-Strategie seit Beginn der NATO in die Umgangssprache. Die Bevölkerung hat immer wieder mit einer stabilen Mehrheit gesagt: Nein, das wollen wir nicht. –

Meine Damen und Herren, die Militärpolitiker, die Sicherheitspolitiker, die Strategen haben das als ein Phänomen hingegenommen und haben gesagt: Damit kann man leben. Die Menschen denken das zwar, aber im Ernstfall entscheiden wir.

(Wilhelm, CDU: Was ist Ihre Konsequenz?)

Was soll das, wenn wir da die „Flexible response“ in Frage stellen, wenn wir den Ersteinsatz von Atomwaffen in Frage stellen.

Herr Kollege Wilhelm, meine Schlußfolgerung ist die: In dem Maße, wie Menschen diese Konsequenz begreifen – das begreifen mehr als vorher; es interessieren sich mehr dafür als vorher; es werden mehr als vorher davon zu Recht umgetrieben –, wie die Zustimmungsfähigkeit der NATO-Strategie in einem ganz zentralen Punkt in Frage gestellt wird, müssen wir an die Überprüfung dieser Strategie herangehen. Was sollen wir denn unseren Wählern verkaufen, wenn wir sagen: Das interessiert uns gar nicht, ob ihr mit uns oder gegen uns dieser Meinung seid?

(Gerster)

Die NATO macht das, und im Ernstfall entscheiden die, die den Finger am Knopf haben oder die Generale oder der Verteidigungsminister oder der Bundeskanzler, und was die Leute dazu denken, die Hausfrau in Lahnstein und der Pfarrer in Ludwigshafen, das ist mir egal. –

Meine Damen und Herren, in einer so zentralen Frage, nämlich des möglichen Ersteinsatzes von Atomwaffen, kann man nicht darüber hinweggehen, daß über Jahrzehnte hinweg eine Zustimmungsfähigkeit der Bevölkerung offenbar nicht vorhanden war und dies jetzt zunehmend erkennbar zu einem politischen Faktum wird.

Wir müssen uns auch fragen: Welche Glaubwürdigkeit hat eine Strategie als Abschreckungsstrategie dann, wenn die andere Seite, die abgeschreckt werden soll, erkennt, daß diese Strategie ganz offensichtlich von der eigenen Bevölkerung nicht geteilt wird? Welche Glaubwürdigkeit hat sie?

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm, CDU.)

– Nein, Herr Kollege Wilhelm, wir müssen unsere Politik nicht sklavisch an Ergebnissen der Demoskopie ausrichten. Nur, wir müssen dann, wenn die Bevölkerung mehr als Gefühle wiedergibt, darüber nachdenken, ob im Rahmen der technischen und der strategischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte diese Strategie, die einen ersten Einsatz von Atomwaffen einschließt, aufrecht erhalten werden kann. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, ob wir Atomwaffen nicht nur als strategische Abschreckungswaffen betrachten können, inwieweit wir sie bereits als Kriegsführungswaffen einschätzen bzw. inwieweit die Vereinigten Staaten ihre Einstellung dazu in den letzten Jahren geändert haben. Es gibt mehr als nur dumpfe Vermutungen. Es gibt auch nicht nur die wilden Zitate von Weinberger und Reagan, bei denen man sagen kann: Diese sind in vielen Fällen vermutlich innenpolitisch bedingt, und sie haben etwas mit der politischen Kultur dieses Landes zu tun. – Wir müssen Dinge ernst nehmen, die sehr viel weiter gehen wie etwa die bereits erwähnte veränderte Kampfdoktrin des US-Heeres „Airland-battle 2000“, deren Unterschrift eines deutschen Inspektors auf Weisung des bundesdeutschen Verteidigungsministers ausdrücklich zurückgezogen worden ist. Sie war im Entwurf bereits von einem deutschen Inspekteur der Bundeswehr unterschrieben. Diese Unterschrift ist zurückgezogen worden. Warum denn? – Weil diese neue Kampfdoktrin des US-Heeres in einer erschreckenden Weise davon ausgeht, daß auch Kriege mit Nuklearwaffen offensichtlich führbar sind, daß man sie begrenzen kann, sogar explizit davon ausgeht, daß es in einem solchen Krieg nicht nur darum geht, eine Niederlage abzuwenden, sondern zum Sieg zu gelangen. Das Wort „Sieg“ kommt darin vor.

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ich meine, wenn man deutsche Interessen vertritt und das einmal ganz ruhig überdenkt, kann man so etwas nicht mehr in den parteipolitischen Schlagabtausch hineinziehen.

Das ist zutiefst beunruhigend, und hier müssen wir sagen, es muß im Bündnis darüber gesprochen werden, wer die bisherige Bündnispolitik verläßt, wer Abschreckungswaffen, die bis dahin unbestritten Abschreckungswaffen waren, plötzlich zu Kriegsführungswaffen ummünzen will und welche Konsequenzen das dann hat.

(Beifall der SPD.)

Es gibt im übrigen im Rahmen dieser zitierten Airland-battle-Doktrin auch erkennbare Optionen für den kombinierten Einsatz von konventionellen, atomaren und chemischen Waffen, um die sogenannte zweite Welle eines Angreifers in dessen Hinterland zu treffen. Ein kombinierter Einsatz von konventionellen, atomaren

und chemischen Waffen im Hinterland eines Angreifers – auch das ist eine Option, die mit der bisherigen NATO-Strategie, der Vorne-Verteidigung, der atomaren Abschreckung, unvereinbar ist; und wir vertreten deutsche Interessen, wenn wir mit den Amerikanern darüber reden!

(Beifall der SPD.)

Es gibt sehr kluge Militärstrategen; das sind keineswegs alle Scharfmacher; ich kenne sogar sehr wenige, die Scharfmacher sind; im übrigen sind die politischen Strategen oft viel schlimmer als die militärischen Strategen. Ich will einen zitieren, den ich für besonders weitsichtig und klug halte und der das Ergebnis einer Personalentscheidung ist, für die wir vermutlich noch in zehn Jahren dankbar sein werden. Ich meine den Generalinspekteur Altenburg, der seit einiger Zeit in seinem Amt ist und der mit dem, was er bisher gesagt hat, in einer verblüffenden Weise die sicherheitspolitische Debatte befruchtet hat, sehr viel mehr als alle seine Vorgänger. Altenburg hat gesagt – mit Genehmigung des Präsidenten darf ich aus der Süddeutschen Zeitung vom 13. Mai dieses Jahres zitieren – :

(Dr. Volkert, CDU: Denken Sie daran, der hat vor unserer Fraktion gesprochen!)

Konventionelle Schwäche mit Nuklearwaffen auszugleichen,

– also bisherige NATO-Strategie –

ist dabei ein für Altenburg unerträglicher Gedanke.

Und jetzt kommt das Zitat:

„Die Russen beeindruckt nicht, wenn wir sagen: wenn du jetzt nicht aufhörst, mache ich mich tot.“

Meine Damen und Herren, wir sehen hier zweierlei: Wir sehen einmal, daß ein Mann, der auf die derzeitige NATO-Strategie festgelegt ist, darüber hinaus, weiter denkt und weiß, daß man darauf nicht ewig stehenbleiben kann, so wie sie definiert ist. Und indirekt sehen wir auch, daß Altenburg das, was wir aus Amerika in den letzten Jahren hören, sehr eindeutig als das zurechtweist, was es ist, nämlich nicht nur eine Interpretation der problematischen Bestandteile der derzeitigen NATO-Strategie – die habe ich aufzuzeigen versucht – , sondern eben auch eine Abkehr von der NATO-Strategie dort, wo sie von der Abschreckung weggeht zu einer möglichen Kriegführung mit Nuklearwaffen.

Meine Damen und Herren, wir debattieren im Landtag die Frage der Nachrüstung. Man kann darüber streiten, ob der Zeitpunkt richtig ist, die Form richtig ist; das ist auch bereits erwähnt worden. Tatsache ist, daß Rheinland-Pfalz in der Bundesrepublik Deutschland ein Land mit ganz besonders hohen Verteidigungslasten ist. Wenn wir uns einmal eine Standortkarte anschauen – egal, ob nun jeder Standort richtig ist, und egal, ob einem die Quelle solcher Karten sympathisch ist –, aber wenn wir uns die Standortkarte anschauen, die in den meisten Fällen stimmt und richtig ist, dann sehen wir eine verheerende Häufung von Atomwaffen-Standorten in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz. Ich meine also, wir haben guten Grund, unabhängig von dem parteipolitisch motivierten Anlaß, uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

(Wilhelm, CDU: Wieso verheerend?)

Die Dichte von Atomwaffen-Standorten im Vergleich zu anderen Landesteilen unseres Bundesstaates, im Vergleich zu den Bündnispartnern, geschweige denn im Vergleich zu den USA, ist etwas, was die Bevölkerung mit Recht dann in besonderem Maße berühren muß, wenn über die Begrenzbarkeit von Atomkriegen und über

(Gerster)

eine mögliche landgestützte Nachrüstung gesprochen wird. Das sind Themen, die die Bürger unseres Bundeslandes mit Recht noch stärker beunruhigt, als dies für andere Bundesländer gelten mag.

(Beifall der SPD.)

Und ich frage jetzt Sie, meine Damen und Herren von der CDU, und auch die Landesregierung: Wollen Sie wirklich, durch Ihr Mitwirken, Nachrüstung jetzt, in diesem Zeitpunkt, Herbst '83, exekutieren gegen eine wachsende Mehrheit in der Bevölkerung?

(Wilhelm, CDU: Exekutieren?)

Wollen Sie alle, die Zweifel an diesem Weg zu Frieden und Sicherheit haben, ausgrenzen? Wollen Sie das wirklich? Oder wollen Sie mit uns, im westlichen Bündnis und mit der Bundeswehr, darüber nachdenken, wie wir weiterkommen, wie wir die Verteidigungslasten unseres Landes reduzieren, wie wir erkennbare Schwächen und Glaubwürdigkeitslücken der NATO-Strategie aufarbeiten, die Rolle der Atomwaffen überdenken? Wollen Sie mit uns den Palme-Vorschlag favorisieren: einen begrenzten Streifen ohne landgestützte atomare Waffen, um eben dort, wo die beiden Systeme aufeinandertreffen, die Gefahr eines frühen Nuklearkrieges zu reduzieren, ohne die Abschreckung aufzugeben? Wollen Sie mit uns darüber nachdenken, wie wir Sicherheitspartnerschaft möglich machen, um von Aufrüstung und Abschreckung in einer mittelfristigen Perspektive wegkommen zu können?

(Beifall der SPD.)

Und wollen Sie mit uns darüber nachdenken, wie wir hier und heute der Bedrohung – die niemand leugnet – glaubwürdig begegnen?

Meine Damen und Herren, Abschreckung, solange sie nötig ist, ja; aber eine Abschreckung, die in der Konsequenz eine Selbstabschreckung auf die eigene Bevölkerung ist, ist nicht mehr glaubwürdig. Und darüber müssen wir auch in Rheinland-Pfalz sprechen.

(Anhaltender lebhafter Beifall der SPD.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung. Wir treten in die Mittagspause ein und setzen unsere Beratungen um 14 Uhr fort.

Unterbrechung der Sitzung: 12.36 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Meine Damen und Herren, die 10. Plenarsitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz wird fortgesetzt.

Ich berufe zu Beisitzern die Abgeordneten Frau Dr. Baun und Frau Schneider. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Schneider.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des Reservistenvereins Ludwigshafen.

(Beifall im Hause.)

Wir setzen die Aussprache zur Regierungserklärung fort. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Volkert das Wort.

Abg. Dr. Volkert, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat seine heutige Regierungserklärung unter die Überschrift „Frieden nach innen und außen“ und nicht, Herr Gerster, unter die Überschrift „Nachrüstung“ gestellt. Wir wollen hier auch nichts exekutieren, und wir wollen niemanden ausgrenzen. Übrigens ist das ein Wortschatz, den wir nicht pflegen.

(Bojak, SPD: Was, exekutieren?)

Herr Gerster, Sie haben eben selbst erwähnt, daß eine Beunruhigung in breiten Schichten unseres Volkes festzustellen ist. Wer wollte das verhehlen. Es geht hier heute darum, daß wir Argumente miteinander austauschen, damit unsere Bürger in dieser schwierigen Frage die Möglichkeit haben, sich ein eigenes politisches Bild zu machen, denn es ist in einer Demokratie unbedingt notwendig, daß der Bürger ein klares Urteil über die ihm vorgelegten Fakten fällen kann.

Tatsächlich laufen wir Gefahr, im Streit um den richtigen Weg zum äußeren Frieden den inneren Frieden nicht nur zu gefährden, sondern vielleicht sogar zu verspielen. Ob wir es mögen oder nicht, Frieden ist in dieser Welt nicht allein eine Sache des heißen Herzens oder des treuherzigen Gemüts. Vielmehr zeigt uns der vergebliche Friedens-good-will der dreißiger Jahre, daß Frieden nur gesichert werden kann durch kühle Analyse der eigenen und der weltpolitischen Situation, durch nüchternes strategisches Denken, durch eindeutigen Willen und glaubhafte Mittel, den Friedensbrecher in seine Schranken zu verweisen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab viele Stationen, an denen Hitler-Deutschland mit einem Minimum an Opfern hätte gestoppt werden können. Es lohnt sich, die Argumente der damaligen Friedensfreunde, insbesondere in Frankreich und England, nachzulesen. Es ist geradezu gespenstisch.

Wir brauchen einen nationalen Konsens in der Einschätzung der Lage der Bundesrepublik im internationalen Kräftevergleich. Dabei sind wir uns sicher in einer historischen Feststellung einig: Der zweimalige Versuch der zentral-europäischen Macht Deutschland, eine völlig eigenständige, hegemoniale, ja imperiale Weltrolle zu spielen, endete jeweils in einer Katastrophe.

Es gehört zu den historischen Verdiensten Konrad Adenauers, diese, gerade für uns Deutsche, bittere Erkenntnis nicht nur ausgesprochen, sondern den außenpolitischen Weg der Bundesrepublik auch danach ausgerichtet zu haben. Der Eintritt in die verschiedenen westlichen Allianzen, unter anderem auch in die NATO, war nicht nur die folgerichtige, sondern – bei Option für freiheitliche Demokratie – auch die einzig mögliche Politik.

Diese Politik mußte de facto – wenn auch nicht billigend – von der Teilung Deutschlands ausgehen. Letztere ist nämlich – für uns Deutsche ein harter Schlag – weltpolitisch als Ergebnis des von uns verschuldeten Zweiten Weltkrieges nur noch eine Funktion der Teilung Europas und der Welt. Sie ist für uns Deutsche rational nur faßbar und emotional tragbar, wenn wir unsere Außenpolitik unter das Leitwort „Frieden in Freiheit“ als oberste Maxime stellen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Wer als Deutscher, der das unverdiente Glück hat, nach 1945 auf die Butterseite der Weltenteilung zu fallen, seine außenpolitischen

(Dr. Volkert)

Vorstellungen nicht an dieser Maxime unverrückbar festmacht, muß ins Schwimmen geraten. Meine Damen und Herren von der SPD, das hat die SPD leider an allen entscheidenden Wegmarken der Bundesrepublik Deutschland getan, nämlich bei der Debatte um die Wiederbewaffnung, die europäische Einigung, die Teilhabe an der atomaren Bewaffnung und jetzt in der Frage der Um- bzw. Nachrüstung.

Wenn die SPD heute immer wieder in Zweifel zieht – die beiden Vortredner haben das zur Genüge getan –, ob die Amerikaner in Genf die Verhandlungsbereitschaft der UdSSR wirklich ausloten, so ist das eine Wiederholung des nagenden Zweifels, den die SPD bis heute mit sich herumschleppt, ob nämlich 1952 die Bereitschaft der UdSSR, Deutschland die Wiedervereinigung zu gewähren, auch wirklich ausgelotet wurde.

Dieser Zweifel ist für mich der letzte Rest des deutschen Glaubens, eine wirklich eigenständige, ja weltbestimmende Politik betreiben zu können. Ich halte zum Beispiel Herrn Bahr für einen typischen Exponenten eines solchen Glaubens, und ich darf offensichtlich ab heute auch Herrn Gerster dazuzählen. Diese zweite Seele in der deutschen Brust ist zwar verständlich, aber angesichts der Weltlage im höchsten Maße irrational. Es ist die Neuauflage eines spezifisch deutschen Nationalismus – nur dieses Mal von links. Ich darf die Kollegen, die mit uns bei der NATO in Brüssel waren, daran erinnern, daß einige Gesprächspartner durchaus Befürchtungen im Hinblick auf diese Irrationalität und Emotionalität, die in weiten Teilen des Auslandes als typische Schwäche unseres Nationalcharakters angesehen wird, äußerten. Ich meine, es muß den Kollegen von der SPD auch zu denken geben, daß die im europäischen Kontext unter den Sozialisten in ihrer Haltung zum NATO-Doppelbeschluß völlig isoliert stehen. Man muß auch ganz nüchtern anmerken, daß die spezifisch deutsche Friedensbewegung im Ausland sehr stark unter dem Aspekt „Bewegung“ mit allen historischen Belastungen dieses Begriffes und weniger als ein reales Instrument zur tatsächlichen Friedenssicherung angesehen wird. Man glaubt hier nämlich, etwas typisch Deutsches zu erkennen, nämlich einen Bodensatz an Affekten und Illusionen, deutscher Provinzialismus gemischt mit einem vagierenden Internationalismus. Angesichts dieses Umstandes meine ich, daß es notwendig ist, noch einmal die militärischen Fakten in aller Klarheit aufzuzeigen:

1. Zu Beginn der siebziger Jahre wird in SALT I und SALT II das interkontinental-strategische Potential zwischen den USA und der UdSSR festgeschrieben. Zumindest als strategische Größe wurden die französischen und englischen Potentiale gedanklich mit einbezogen. Nuklearwaffen mit geringerer als interkontinentaler Reichweite wurden bei SALT I und SALT II nicht berücksichtigt. Soweit erkennbar, haben sich die Großmächte an diese Vereinbarungen bis zum heutigen Tage gehalten, selbst wenn die Amerikaner SALT II bis heute nicht ratifiziert haben.

2. Noch während der eben genannten Verhandlungen mitten in der Phase der sogenannten Entspannung begann die UdSSR mit dem Auf- und Ausbau eines erheblichen Potentials nuklearer Mittelstreckenraketen. Herr Gerster, ein Zyniker könnte sagen, daß ist das eigentliche Ergebnis der Entspannung. Aus einem breit gefächerten Arsenal ragt vor allem die SS 20 hervor. In ihrer Reichweite geht sie hart an die Grenze der Interkontinentalraketen heran. Herr Gerster, Sie hatten ja eben gesagt: Was ist an dieser Waffe Neues? – Das entscheidend Neue an dieser Waffe ist, daß hier ein nukleares Potential geschaffen wurde, das ganz bewußt die USA nicht bedroht.

(Reitzel, SPD: Das gab es vorher schon. Vorher war es unbewußt!)

Das Ziel dieser Bewaffnung ist offensichtlich die militärische und darauf folgend die politische Abkopplung Europas, aber auch asiatischer und afrikanischer Staaten von den USA.

(Reitzel, SPD: Das ist doch Quatsch.)

3. Französische Experten, ich erinnere an die kleine Karte in der „Frankfurter Allgemeinen“ von gestern, schätzen, daß die zur Zeit bekannten ca. 370 SS-20-Stellungen – wir reden noch immer von 350 SS-20-Stellungen; wovon mindestens 243 mit 729 Sprengköpfen auf Europa gerichtet sind, 62 % der Weltbevölkerung, das sind 2,77 Milliarden Menschen, bedrohen. Die Bevölkerung von 52 Staaten der Erde ist durch SS 20 erpreßbar. Der größte Teil dieser Waffen, meine Damen und Herren von der SPD, wurde nach 1979 während der Genfer Verhandlungen installiert.

4. Dank SALT I und SALT II hat die UdSSR im interkontinental-strategischen Potential mit den USA gleichgezogen. Daneben besitzt sie heute eine monopolartige Überlegenheit bei den Mittelstreckenraketen. Hier ist das militärische Gleichgewicht nachhaltig zugunsten der UdSSR gestört.

Meine Damen und Herren, an diesem Punkt muß doch die ganz nüchterne und konkrete Frage erlaubt sein: Wozu braucht die UdSSR dieses Mittelstreckenmonopol?

Jedenfalls geht ihr Potential weit über das hinaus, was man vielleicht noch unter den Begriff „übersteigertes Verteidigungsbedürfnis“ einordnen könnte. Der deutsche Sonderbotschafter für Abrüstung, Herr Roth, hat gesagt, dieses Potential ist rational nicht begründbar, wenn man von Verteidigung ausgeht. Offensichtlich geht die Sowjetunion von der Überlegung aus, daß die USA nur bei unmittelbarer Betroffenheit auf ihrem Kontinent den selbstmörderischen großen Atomschlag auslöst. Unterhalb dieser Schwelle hat sich die UdSSR deshalb ein Instrument geschaffen, 2,77 Milliarden Menschen durch atomare Bedrohung und Erpressung hegemonial zu beherrschen. Es drängt sich die Frage auf, ist das der Raum für die nächste Stufe der Weltrevolution?

Auf diese Gefahr wies bereits 1977 Bundeskanzler Schmidt als erster hin; man muß es ihm zugute halten.

(Reitzel, SPD: Zitieren Sie das einmal.)

Völlig zu Recht sprach er von „Waffen der Nötigung“.

(Gerster, SPD: Aber nicht von der Weltrevolution.)

Die damalige Bundesregierung schlug vor, zur Lösung der Bedrohungsproblematik zwei einander ergänzende Wege einzuschlagen: Einerseits durch Verhandlungen ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis anzustreben und andererseits das Mittelstreckenpotential der NATO zu modernisieren; der sogenannte Doppelbeschluß.

Er hat zum Inhalt – auch das sollte man hier noch einmal ganz klar sagen –, nach einer Phase konkreter Verhandlungen, wenn damit das Ziel beiderseitigen Waffenabbaues nicht erreicht werde, in Großbritannien, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik ab Ende 1983 über mehrere Jahre verteilt 572 neue Mittelstreckensysteme aufzustellen. Diese Zahl teilt sich auf in 464 bodengestützte Marschflugkörper, die sogenannten Cruise Missiles, mit einer Reichweite von 2500 Kilometern bei sehr langer Flugzeit, und 108 Pershing II mit einer Reichweite von 1800 Kilometer und einer relativ kurzen Flugzeit, wobei die Pershing II die 108 Pershing Ia ersetzen. Die Pershing II und 96 dieser Marschflugkörper sollen in der Bundesrepublik stationiert werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, für jeden neu zu stationierenden Gefechtskopf einen Gefechtskopf der NATO abzuziehen, wobei vorab bereits 1000 Gefechtsköpfe abgezogen worden sind.

(Dr. Volkert)

Die Sowjetunion hat bisher einseitige Abrüstungen und einseitige Verminderungen des amerikanischen nuklearen Potentials in Europa nie honoriert. Ich erinnere: In den sechziger Jahren waren noch in mehreren Ländern Boden-Raketen vom Typ Jupiter und Marschflugkörper vom Typ Mace, außerdem in Spanien strategische Bomber vom Typ 47 stationiert. Sie wurden ohne jede Gegenleistung zurückgezogen. Im Gegenteil! Die Sowjets haben in dieser Zeit ihre Interkontinentalraketen mit Mehrfachgefechtsköpfen ausgestattet, und sie begannen mit der Entwicklung ganz neuer Mittelstreckenraketen vom Typ 4, 5, 20, und wir sind ja mittlerweile schon beim Typ 23.

Lassen Sie mich das ganz klar sagen, daß wir nicht der Auffassung sind, daß die Sowjetunion die SS 20 militärisch zu nutzen gedenkt. Die SS 20 ist vor allem eine politische Waffe. Mit ihr soll Westeuropa einseitig einer Drohung ausgesetzt sein, der wir nichts euro-strategisch Gleichwertiges entgegenstellen können. Das ist ganz unabhängig von der Tatsache, daß sich interkontinental die Großmächte die Waage halten.

Die glaubwürdige Schutzgarantie der USA, ein Signal für die Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern, fußt zur Zeit auf der Bereitschaft der Amerikaner, den Einsatz von Nuklearwaffen zum Schutz Europas selbst dann anzudrohen, wenn er mit dem Risiko der eigenen Zerstörung verbunden ist. Es erscheint allerdings nicht glaubwürdig, daß die USA im Falle eines von der Sowjetunion ausgelösten begrenzten Konflikts in Europa sofort die Weltkatastrophe auslösen.

Das ist es, Herr Gerster, wenn sie Herrn Altenburg richtig verstanden hätten, was er nämlich damit gemeint hat. Das Zitat von Herrn Altenburg ist ja geradezu eine Rechtfertigung für eine strategische Studie, wie Sie sie genannt haben, nämlich „airland-battle 2000“, weil nämlich die ständige Bereitschaft zum Selbstmord, wie Herr Altenburg richtig sagte, auf Dauer unglaublich ist.

(Gerster, SPD: Es geht auch um den Ersteinsatz.)

Mit der Einführung von Mittelstreckenwaffen wollen die Europäer diese Glaubwürdigkeitslücke schließen, um die gleiche Sicherheit gegenüber einer sowjetischen Bedrohung wie die Vereinigten Staaten zu erreichen. Sie wollen eben nicht strategisch zweitklassiger Bereich der NATO nach den USA sein.

Es wird damit das ganze Gebiet der NATO zur Verteidigungseinheit. Das Prinzip der gleichen Sicherheit ist nur durch den Faktor des gleichen Risikos, also auch für die USA, politisch zu verdeutlichen. Nur so kann ein politisch und regional begrenzter Erpressungsversuch abgewehrt werden.

Es wurde heute die Behauptung aufgestellt, die Stationierung dieser Waffen in Europa würde das nukleare Risiko der USA mindern. Daß das nicht der Fall ist, beweist die bekannte Stellungnahme des ZK-Mitglieds und Beraters der sowjetischen Regierung bei seinem Besuch in Bonn, Herrn Georgi Arbatow – ich darf mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitieren –: „Falls diese Raketen“, – er meint die Pershing II – „ich wiederhole: diese amerikanischen Raketen sowjetisches Territorium treffen, wird der Gegenschlag nicht nur gegen jene Länder gerichtet sein, in denen sie abgefeuert wurden, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten selbst, und zwar genauso, als ob die Raketen in Montana gestartet wären.“ Ich meine, das ist eine sehr eindeutige Aussage.

Übrigens ist das Argument, die Bedrohung unseres Landes wäre geringer, wenn wir „atomwaffenfrei“ wären, völlig unsinnig. Weder die Zielgebiete der bereits existenten sowjetischen Mittelstreckenraketen noch die sowjetische Einsatzdoktrin würden sich dadurch ändern. Ziel einer Atomrakete, ich will sagen: theoretisches

Ziel, ist es nicht, eine andere Atomrakete zu vernichten, sondern militärische Aufmarschräume zu zerstören, Truppenansammlungen und Truppenteile vom Hinterland und vom Nachschub abzuschneiden, Infrastruktur zu zerstören. Praktisches Ziel ist es, politischen Druck auszuüben.

Die rüstungskontrollpolitische Zielsetzung des NATO-Doppelbeschlusses mit seiner anvisierten Null-Lösung fordert von der Sowjetunion die Zerstörung ihrer bodengestützten Mittelstreckenraketen um den Preis der Nichteinführung der Pershing II und der bodengestützten Marschflugkörper. Für mich, meine Damen und Herren, ist die Nulloption politisch-psychologisch der sicherste Hinweis darauf, wer den Rüstungswettlauf forciert.

Lassen sie mich noch einmal einige militärische Fakten aufzählen:

1. Die 108 Pershing-II-Raketen sind keine eigentliche Nach-, sondern eine Umrüstung. Die Zahl erklärt sich – ich habe es eben bereits erwähnt – aus der Anzahl der jetzt vorhandenen Pershing-Ia. Die Reichweite von 900 Kilometer wird allerdings praktisch verdoppelt.

2. Heute hat die Sowjetunion 80 % ihrer gegen Europa eingesetzten Kampftruppen jenseits dieser 900-Kilometer-Reichweite. Sie wird bei der größeren Reichweite mit großer Wahrscheinlichkeit gezwungen werden, diese entsprechend zurückzuziehen. Ein eventueller konventioneller Aufmarsch wird dadurch viel früher erkennbar. Die Warnzeit steigt für den Westen und damit seine Chance, politisch zu reagieren.

3. Weder Marschflugkörper noch Pershing II sind Erstschlagwaffen, ein Argument, das ja ständig durch die Diskussion geht. Unter Erstschlagwaffen werden Waffen verstanden, die die gesamte gegnerische Führung mit einem Schlag ausschalten und dem Gegner die Kraft zum Gegenschlag nehmen. Es gibt heute keine Macht der Welt, die dazu in der Lage ist, einen Erstschlag auszuführen, und das ist vielleicht auch gut so. Dazu wären im Raume Europas viel mehr Raketen und vor allen Dingen Raketen mit einer erheblich größeren Reichweite notwendig. Der langsame Marschflugkörper kommt höchstens bis in den Raum Moskau. Die erheblich schnellere Pershing II gelangt nur in den westlichen Teil des europäischen Rußlands.

4. Von dem Begriff „Erstschlagfähigkeit“ ist gedanklich streng zu trennen die Option auf Erst-Einsatz. Hierzu hat der Vorsitzende meiner Fraktion schon das eine oder andere gesagt; ich will es vielleicht noch einmal wiederholen. Die NATO hat sich das Recht auf Erst-Einsatz von Nuklearwaffen ausdrücklich vorbehalten, denn wenn die UdSSR mit ihren weit überlegenen konventionellen Streitkräften angreift, haben wir dem gerade nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Man rechnet damit, daß wir in Westeuropa zusätzlich 90 Divisionen brauchten, um auf konventionellem Gebiet ein Gleichgewicht herstellen zu können. Gerade die Unkalkulierbarkeit dieser Drohung des Erst-Einsatzes nuklearer Waffen dürfte der eigentliche Garant des Friedens in unserer Weltregion sein.

Lassen Sie mich noch an folgendes erinnern: Während wir wegen dieses unannehmbaren Risikos in Westeuropa jetzt eine Zeit von 38 Jahren Frieden haben, wenn auch Atomfrieden, aber Frieden, toben und toben in der übrigen Welt 130 Kriege. Und es gibt strategische Studien, die in diesen Räumen der Welt bis zum Jahre 2000 insgesamt 250 Kriege erwarten.

5. Weil diese Frage in der Diskussion um die Friedenskampagne immer eine Rolle spielt, muß hier folgendes noch einmal klar herausgestellt werden: Die Kosten für die westliche Um- und Nachrüstung im Mittelstreckenbereich gehen voll zu Lasten der Amerikaner. Diese zahlen damit einen hohen Preis für ihre

(Dr. Volkert)

Glaubwürdigkeit, Europa weder militärisch noch politisch von sich abkoppeln zu lassen.

Meine Damen und Herren, wenn man davon ausgeht, daß es der Friedensbewegung nicht nur darum geht, die westliche Um- und Nachrüstung zu verhindern, sondern auch darum, die sowjetische monopolartige Überrüstung im Mittelstreckenbereich allmählich abzubauen, so muß doch jedem Einsichtigen folgendes klar sein: Die Sowjetunion wird in Genf erst zu echten Verhandlungen bereit sein, wenn sie einsieht, daß die westliche Friedensbewegung die westliche Nachrüstung nicht verhindern kann.

Das Folgende will ich genauso klar sagen: Die vollkommene sicherheitspolitische Wende der SPD in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses kann doch der Sowjetunion nur neue Hoffnung geben, ihr monopolartiges Übergewicht ohne Konzessionen beibehalten zu können.

Wenn schon der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Haehser aus Trier, der sicherlich nicht zum linken Flügel der SPD zählt, sagte, die SPD werde ein deutliches Nein zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden sagen, wenn die Genfer Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, dann ist doch die Frage erlaubt, meine Damen und Herren: Warum soll die Sowjetunion in Genf nachgeben, wenn sie eine ganz reelle Chance sieht, daß ihre gesamte Vorrüstung ohne jede Konsequenz von seiten des Westens bleibt? Das ist doch klar.

(Zurufe von der SPD: Das ist der Haehser schuld!
Jetzt haben wir es! – Heiterkeit bei der SPD.)

Ich darf mich vielleicht noch ein wenig mit Herrn Haehser beschäftigen. Wie schnell wurde seine weitere Behauptung, die Aufstellung neuer Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik werde dazu führen, daß auch auf dem Boden der DDR Raketen stationiert würden, durch Verlautbarungen der Sowjetunion ad absurdum geführt. Nukleare Raketen mit Reichweiten zwischen 200 und 1000 Kilometern sind längst in der DDR, in Polen und in der Tschechoslowakei stationiert oder werden in diesen Tagen zugeführt. Das ist auch ein Teil der Bedrohungskulisse, welche die Sowjetunion aufbaut.

Es muß daran erinnert werden, daß es 1979 durchaus Stimmen gab, die die strategisch-politischen Überlegungen anzweifeln, die zum Doppelbeschluß führten. Erstmals und das war ja das Neue an diesem Beschluß, wurde nämlich nicht sofort und angemessen nachgerüstet, sondern die bloße Absicht zur Nachrüstung zum Verhandlungsgegenstand gemacht.

Und, was damals viele befürchteten, meine Damen und Herren, die Sowjetunion hat sich als harter Realist erwiesen. Sie ist offensichtlich nicht bereit, für bloße Absichten reale Rüstungseinschränkungen vorzunehmen.

Deshalb sagen viele Fachleute – wir haben das in Brüssel gehört –: Nie wieder ein Doppelbeschluß. Wenn vor vier Jahren ohne viel Federlesen nachgerüstet worden wäre, wären wir heute längst in aussichtsreichen Verhandlungen mit der Sowjetunion, das ist uns gesagt worden.

(Rothley, SPD: Das war doch technisch gar nicht möglich!)

– Seit dieser Zeit sind doch die meisten SS 20-Raketen erst stationiert worden. Wir wären zu einer realen Rüstungsbegrenzung gekommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das sagen: der Doppelbeschluß ist ein mutiges politisches Experiment gewesen.

Ich will nicht sagen, daß dieses Experiment gescheitert ist, aber es hatte offensichtlich bis zur Stunde keinen Erfolg.

Nun möchte ich noch eine abschließende Bemerkung machen. Herr Gerster hat es so auf die Konsensfähigkeit von Strategien in der breiten Bevölkerung abgestellt. Sehen Sie, wenn Sie es speziell darauf abstellen, Herr Gerster, dann ist das doch geradezu eine Einladung an die Sowjetunion, massiv Einfluß auf die Stimmungslage der Bevölkerung zu nehmen.

Lassen Sie mich noch folgendes sagen: Es ist schon eine bemerkenswerte Leistung des sowjetischen weltweiten Desinformationsapparates, eines Apparates eines aggressiv atheistischen Staates, dem Westen eine Nachrüstungs- bzw. Friedensdebatte aufzuzwingen, die sich nahezu ausschließlich in moralischen und theologischen Dimensionen bewegt. Sicherlich muß Rüstung auch unter moralischen Gesichtspunkten diskutiert werden, und weil wir Europäer das seit Jahrhunderten tun, wurden viele Waffen geächtet, und sie gelten als zutiefst inhuman. Aber ich meine, es ist das Ende jeglicher realistischer Politik, wenn wir von einem Verlust der Sicht der harten politischen und militärischen Fakten ausgehen müssen und in einigen Bereichen sogar eine nahezu krankhafte Lust zur Unterwerfung unter den sowjetischen Willen feststellen müssen. Man soll sich sicherlich mit historischen Parallelen irgendwie zurückhalten. Aber um eine ähnliche Stimmungslage in breiten Schichten der Bevölkerung festzustellen, müssen Sie schon in die Zeit des untergehenden Römischen Reiches zurückgehen. – Vielen Dank.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt noch Mitglieder der SPD Diez und Kommunalpolitiker aus der Verbandsgemeinde Diez.

(Beifall im Hause.)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Rothley.

Abg. Rothley, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wilhelm hat die Hoffnung geäußert, daß sich der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Köln noch anders besinnen wird, als sich dies derzeit abzeichnet. Ich kann den Kollegen Wilhelm trösten, die Sozialdemokratische Partei wird mit großer Mehrheit ein deutliches Nein zu neuen Mittelstreckenwaffen in Europa sprechen, ein Nein ohne jedes versteckte Ja.

(Beifall der SPD.)

Dieses Nein war im übrigen in den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei in Berlin und München als Möglichkeit enthalten. Es hat für die Sozialdemokraten nie eine Automatik der Stationierung gegeben. Die SPD bejaht die Landesverteidigung, sie wird die Freiheit verteidigen. Das Geschwätz von der Lust an der Unterwerfung, das gerade der Herr Kollege Volkert wieder hat verlauten lassen, ist eine Denunziation. Die Sozialdemokratische Partei hat den Willen zur Selbstbehauptung. Die Feindbilder, nämlich Unterwerfungslust, fehlender Selbstbehauptungswillen, nehmen allmählich die Gestalt von Windmühlen an, gegen die Don Quichotte damals unverdrossen angekampft hat.

Wenn wir sagen Frieden hat Priorität, dann meinen wir, daß kein Ziel den Krieg rechtfertigen kann. Wir meinen damit, daß wir die geistige Auseinandersetzung suchen und führen, daß wir aber die Entscheidung über Kommunismus oder Kapitalismus, über Demokratie oder autoritären Staat, der Geschichte überlassen und nicht

(Rothley)

einem Waffengang. In der Zwischenzeit werden wir den Frieden organisieren, und zwar gemeinsam organisieren, weil wir ihn auch nur noch gemeinsam werden erreichen können.

Manches von dem, was heute morgen in der Rede des Kollegen Wilhelm gesagt worden ist, hat in mir die Befürchtung aufkommen lassen, daß hier einer Wiederauflage des Kalten Krieges das Wort geredet wird. Es hat nur noch gefehlt, was inzwischen aus den USA zu hören ist, daß nämlich die Vereinigten Staaten und die Alliierten der Sowjetunion den ökonomischen und technologischen Krieg erklären sollen; das hat gerade noch gefehlt. Diese Politik ist mit den Interessen der europäischen Völker nicht vereinbar.

Wir haben Verträge geschlossen, die die Zusammenarbeit bis zum Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus gewährleisten. Seit 1975 bezieht Osteuropa etwa ein Drittel seiner Einfuhren aus dem Westen, bei Polen war es zeitweise sogar die Hälfte. Die Ausfuhr der Ostländer in den Westen ist geringer. Außen- und Osthandel spielen für die europäischen Staaten eine viel größere Rolle als für die USA. Je Einwohner exportiert die Bundesrepublik dreimal soviel wie die USA und zehnmal soviel nach Osteuropa. Es gibt viele gemeinsame Interessen mit den USA, aber hier gibt es unterschiedliche Interessen.

Wer einer solchen Politik das Wort redet, der muß auch an die Arbeitsplätze denken, die gefährdet sind, wenn man das aufs Spiel setzt. Die Sozialdemokraten wissen, daß derjenige, der den Menschen soziale Chancen nimmt, zugleich ihnen die Freiheit in einem zentralen Punkt beschränkt.

(Beifall der SPD.)

Die Verhandlungen in Genf werden scheitern. Es wird dann zur Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen auch in Rheinland-Pfalz kommen. Damit wird die große Last, die auf diesem Land Rheinland-Pfalz liegt, noch größer werden. Heute hat sich der Kreistag des Donnersbergkreises mit der Situation allein in diesem Landkreis beschäftigt. Der Donnersberg wird derzeit wie ein Maulwurfhügel untergraben. 200 neue Bunker werden dort für Atombomben eingerichtet. Wir haben die Befürchtung, daß neben Bitburg und Wüschheim auch Sembach als Stationierungs-ort für Cruise Missiles in Betracht kommt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in Rheinland-Pfalz für die Cruise Missiles zwei oder gar drei Standorte gibt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es nur Rheinland-Pfalz sein wird, das diese Lasten der Cruise Missiles-Stationierung zu tragen hat.

Es gibt eine große Beunruhigung in der Bevölkerung in dieser Frage. Ich wäre Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr dankbar, wenn Sie hier dem Parlament mitteilen würden, wie Sie denn selbst über die Frage der Bekanntgabe der Stationierungsorte nachdenken und nicht ständig nur darauf verweisen, daß darüber Gespräche geführt werden. Ich glaube, dieses Parlament hat einen Anspruch darauf, zu wissen, was der Ministerpräsident dieses Landes zu dieser Frage tatsächlich denkt.

(Beifall der SPD.)

Der amerikanische Senat hat in dieser Woche mit 47 zu 46 Stimmen unter großem Einsatz des Vizepräsidenten Bush die Zustimmung zur Produktion von Nervengas erteilt, die Mittel freigegeben. Nachdem das Repräsentantenhaus dies abgelehnt hatte und nachdem auch der Billigungsausschuß des Senats dies abgelehnt hatte, muß nun ein Vermittlungsausschuß tätig werden.

Ich appelliere an den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, in dem dieses neue Giftgas stationiert werden wird, dringend, endlich ein Nein zu diesem Giftgas zu sagen und damit

möglicherweise noch die Entscheidung zu beeinflussen. Es kann doch nicht sein, daß das Land, das am meisten davon betroffen wird, zu dieser Frage nicht Stellung nimmt! Es kann doch nicht sein, daß Sie diese schrecklichen Waffen wirklich haben wollen, wie es jetzt im Weißbuch der Bundesregierung steht.

Die Genfer Verhandlungen werden scheitern, weil das Interesse der Amerikaner an der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles größer ist als ihr Interesse am Abbau der SS 20.

(Beifall bei der SPD.)

Andropow hat vorgeschlagen, die Zahl der Sprengköpfe zu reduzieren, und zwar in einem solchen Maße, daß ein Gleichstand mit den französischen und den britischen Systemen erzielt wird. Man würde damit weit hinter das zurückkommen, was 1978 der Fall war. Wären die Raketen 1978 auf diesem Stand geblieben, dann hätte es den NATO-Doppelbeschluß nie gegeben. Wenn man auf dieses Angebot heute nicht eingeht, dann gibt es ganz zwingend nur eine Erklärung, daß man in der Tat an der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles mehr als an dem Abbau der SS 20 interessiert ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich füge aber folgendes hinzu: Die Sowjetunion muß sich in diesem Zusammenhang den Vorwurf gefallen lassen, daß sie an der Stelle – nämlich bei dem Stand von 1978 – nicht aufgehört hat, ein Stand, den sie uns heute als Vorschlag präsentiert.

(Erneut Beifall bei der SPD.)

Es ist notwendig, auf die militärischen Fakten einzugehen, die im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß eine Rolle spielen.

Ich möchte kurz auf die Raketen zu sprechen kommen, von denen bisher sehr wenig die Rede war; es sind die SS 4 und SS 5. Diese atomaren Mittelstreckenraketen stehen seit mehr als 20 Jahren in der Sowjetunion. Sie haben einen Wasserstoffbomben-Sprengkopf von einer Million Explosionskraft herkömmlichen Sprengstoffs. Jeder einzelne Sprengkopf hat das 75fache der Hiroshima-Bombe. Davon stehen etwa 600 seit 20 Jahren. Das ist deswegen wichtig, damit man sich vor Augen hält, wie groß das Maß der zusätzlichen Bedrohung durch die SS 20 ist.

Wenn wir uns dieses zusätzliche Maß an Bedrohung vor Augen führen, dann können wir nicht vergessen, daß es längst schon amerikanische atomare Mittelstreckenraketen gibt, nämlich diejenigen, die seit Anfang der 60er Jahre auf den atomgetriebenen U-Booten stationiert sind. Es sind die Polaris- und Poseidon-Raketen. Fünf dieser U-Boote sind der NATO unterstellt. Sie werden übrigens in Amerika zu den atomaren Mittelstreckenraketen gezählt. Nur in den Berichten der Bundesregierung werden sie im Mittelstreckenbereich nicht aufgeführt. Sie verschwinden sozusagen im offiziellen Bermuda-Dreieck.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Zu diesen fünf der NATO unterstellten atomgetriebenen U-Booten der Amerikaner kommen die U-Boote der Royal Navy mit insgesamt 192 und künftig 512 Sprengköpfen. Es handelt sich dabei um einen Beschluß der Engländer aus dem Jahre 1981, also nach dem Doppelbeschluß, auf 512 Sprengköpfe auszuweiten. Hinzu kommen die französischen U-Boote. Hinzu kommt die Gesamtzahl der amerikanischen U-Boote im Mittelmeer und in der nördlichen Nordsee. Es sind insgesamt 41 Boote. Das alles ist atomares Mittelstreckenpotential, das 20 Jahre lang zum Ausgleich hier in Mitteleuropa geführt hat. Dann muß man sich hier anhören,

(Rothley)

es gebe kein Gegengewicht zu den bereits vorhandenen Mittelstreckenraketen.

Das Maß an Bedrohung ist unter Berücksichtigung all dieser Umstände festzustellen. Es geht in der Tat bei der Frage um das Abwägen der Risiken, die durch die Inkaufnahme der SS-20-Raketen entstehen, gegen die Risiken, die durch die Aufstellung zusätzlicher Raketen in Mitteleuropa entstehen.

Für diejenigen, die geglaubt haben, Gegenmaßnahmen ergreifen zu müssen, hat sich seit 1979 die Grundlage entscheidend geändert. Ich nenne zu dem, was meine Kollegen dazu gesagt haben, noch ein paar Punkte: Die Sozialdemokratische Partei ist davon ausgegangen, daß SALT II ratifiziert wird. Hans Apel hat damals im Oktober 1979 im Pentagon Gespräche mit dem Ziel geführt, erst SALT II ratifizieren zu lassen und dann den NATO-Doppelbeschluß herbeizuführen. Es ist dann umgekehrt gekommen. Die Amerikaner haben gesagt, der Widerstand im amerikanischen Senat kann durch den Doppelbeschluß vielleicht überwunden werden, und dann wird SALT II ratifiziert. SALT II ist nicht ratifiziert worden.

Wir als Sozialdemokraten haben stets gefordert, daß die Verhandlungen über die interkontinentalen Raketen und die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen zusammengeführt werden. Das hat seinen guten sachlichen Grund; denn die Amerikaner haben eher ein Interesse am Erfolg der Verhandlungen über interkontinentale Raketen, weil diese ja ihr Land bedrohen. Sie haben ein geringeres Interesse am Erfolg der Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen, weil diese ihr Land nicht bedrohen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir als Sozialdemokraten haben gesagt, daß die französischen und britischen Waffen berücksichtigt werden müssen. Als was sollen denn die Russen die französischen Raketen oder die britischen Raketen ansehen? Als Champagnerflaschen oder als was dann?

(Basten, CDU: Aber nicht als Schutz zum Beispiel für die Bundesrepublik, für Italien oder für die Niederlande!)

Es geht darum, daß diese Waffen gegen die Sowjetunion eingesetzt werden können. Uns wäre es auch völlig gleichgültig, ob die SS 20 in der Sowjetunion, in der DDR, in Bulgarien oder in der Tschechoslowakei stationiert sind.

Wir als Sozialdemokraten haben auch gesagt: keine Stationierung nur in Deutschland! – Die Pershing II wird nur in Deutschland stationiert. Ich darf noch einmal an das erinnern, was der Kollege Rudolf Scharping heute morgen hier gesagt hat: 1958 wurden erstmals amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa stationiert, 1960 30 Jupiter-Raketen in Italien, 15 in Ostanatolien, 60 Thor-Raketen in Großbritannien.

Damals hat es die Bundesregierung unter Konrad Adenauer abgelehnt, diese Raketen in Deutschland zu stationieren. Der Grund liegt auf der Hand. Nach dem Fiasko des Zweiten Weltkrieges sollte eine tödliche Bedrohung durch neue Mittelstreckenraketen nicht mehr von deutschem Boden ausgehen. Das war der Sinn und der Hintergrund! Ich wäre dankbar, wenn sich die CDU dieses Hintergrundes heute wieder bewußt würde!

(Beifall der SPD.)

1979 hat man sowohl Helmut Schmidt als auch Egon Bahr gesagt – der Herr Kollege Gerster hat darauf hingewiesen –: Es ist technisch nicht möglich, die Cruise Missiles auf See zu bringen. – 1981 hat die amerikanische Regierung gut 4000 see- und luftgestützte Cruise Missiles in Auftrag gegeben. Dann ist doch die Frage legitim: Warum kommen dann noch 464 landgestützte Cruise Missiles hierher auf das Territorium Europas und auf das Territorium des Landes Rheinland-Pfalz?

(Beifall der SPD.)

Die Antwort ist einfach, und ich entnehme sie einer Broschüre der Bundesregierung unter dem Titel „Aspekte der Friedenspolitik“. Dort heißt es:

Die europäischen NATO-Staaten sind sich einig, daß ihre Sicherheit von der Garantie der USA abhängt, Europa auch mit Nuklearwaffen zu verteidigen. Diese Bereitschaft Amerikas bedeutet ein großes Risiko für die Existenz der amerikanischen Nation. Bündnissolidarität verlangt deshalb die Bereitschaft aller Bündnispartner, dieses nukleare Risiko sichtbar gemeinsam zu tragen. Das bedeutet Stationierung von Nuklearwaffen auch auf europäischem Gebiet. Die europäischen NATO-Verbündeten Amerikas haben sich mit dem Beschluß vom 12. 12. 79 dieser Verpflichtung gestellt.

Das heißt doch nichts anderes, als daß das Risiko eines nuklearen Krieges von Amerika nach Europa verlagert werden soll. Und das bedeutet doch die Begrenzbarkeit eines Krieges. Natürlich, nichts anders. Aber 1979 hat es den Wahnsinn eines begrenzbaren und damit führbaren und damit gewinnbaren Atomkrieges noch nicht gegeben. Das gehört auch zu den politischen Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979.

Ich zitiere übrigens noch einmal diese Broschüre der Bundesregierung:

Die europäischen NATO-Staaten sind sich einig, daß ihre Sicherheit von der Garantie der USA abhängt, Europa auch mit Nuklearwaffen zu verteidigen. Bündnissolidarität verlangt deshalb die Bereitschaft aller Bündnispartner, dieses nukleare Risiko sichtbar gemeinsam zu tragen. Das bedeutet Stationierung von Nuklearwaffen auch auf europäischem Gebiet.

Als hätten wir nicht schon längst Nuklearwaffen hier auf unserem Gebiet. Von den 50 000 Atombomben, die es auf der Welt gibt, lagern etwa 6000 auf europäischem Boden, davon 4000 bis 5000 auf deutschem Boden. Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land mit der größten Atombombendichte der ganzen Welt. Man muß sich das bitte deutlich machen. Und deswegen sollte als erste auch von uns die Initiative ausgehen, daß diese Bomben aus Deutschland und aus Europa verschwinden.

Für diejenigen, die 1979 geglaubt haben, daß Gegenmaßnahmen erforderlich sind, um Risiken zu mindern – das war eine denkbare Position –, für diejenigen kann der politische Schluß nach der Entwicklung der letzten Jahre nur Nein sein.

Man kann zu diesem Nein auch aus anderen Gründen kommen. Die Technik kann dazu führen, daß sich Waffen der Kontrolle entziehen. Wir dürfen nicht vergessen - - -

(Basten, CDU: Das gilt auch für die auf der Gegenseite!)

– Natürlich, natürlich!

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zustand des Nichtkrieges in den zurückliegenden dreißig Jahren zu einem hohen Preis erkauf

(Rothley)

worden ist, zu dem Preis nämlich einer ungeheuren waffentechnologischen Entwicklung. Und zu glauben, weil das dreißig Jahre funktioniert hat, wird es auch in den kommenden Jahren funktionieren – das entspricht der Logik eines Mannes, der beobachtet, daß Wasser von 0 bis 95 Grad nicht kocht und daraus den kühnen Schluß zieht: das wird bis 115 Grad auch noch der Fall sein.

Nein, das kann eine Eigenentwicklung nehmen. Ich möchte dies nur an einem Beispiel deutlich machen. Die Pershing II wird in sechs Minuten ihr Zielgebiet in der Sowjetunion erreichen. Eine Reaktion hierauf ist nicht mehr möglich, nicht politisch und nicht militärisch. Der Einsatzbefehl für die Gegenmaßnahmen wird von Computern kommen, der nicht mehr überprüfen kann, ob ein Fehlalarm vorliegt oder nicht. Wir müssen uns vor Augen halten, daß technisches Versagen den Atomkrieg auslösen kann. Niemand kann dieses technische Versagen ausschließen. Und wer es nicht ausschließen kann, der muß nein sagen zu den neuen Waffen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich darf daran erinnern, daß hier in Mainz Anfang Juli dieses Jahres ein Kongreß stattgefunden hat „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung“. Sie haben die Stationierung abgelehnt, da die neuen Waffen – ich zitiere – „die Kriegsgefahr, insbesondere die Gefahr eines ungewollten Krieges, durch menschliches oder technisches Versagen erhöhen“.

Man muß sich auch die Waffentechnik etwas verdeutlichen, um die Gefahr, um die es geht, zu erkennen. Das Problem heute ist nämlich nicht, daß diese Waffen eine möglichst große Explosionskraft haben, sondern das Problem ist, daß sie eine immer geringere Explosionskraft haben können.

(Scharping, SPD: Zielgenauigkeit!)

Sich ganz zerstören, das kann man schon lange und x-fach. Die Bestrebungen der Militärs sind jetzt darauf gerichtet, nicht mehr alles zu zerstören, sondern Punkte zu erreichen, zum Beispiel den Kreml, ohne das Land zu verwüsten, das KGB-Hauptquartier und andere Einrichtungen, Kommandozentralen.

Ich darf in diesem Zusammenhang einen der renommiertesten amerikanischen Waffensystemanalytiker zitieren, der über die Pershing folgendes geschrieben hat:

Die Pershing-Babies sind doch nicht dazu da, einen Entwaffnungsschlag der Sowjets auf Westeuropa mit SS-20 abzuschrecken oder zu vergelten. So etwas macht man nicht mit solchen Präzisionswaffen. Man schlägt nicht mit Einzelsprengköpfen von nur ein bis zehn Kilotonnen Ladung zurück, wenn man gerade 150 Kilotonnen-Brocken ins Genick bekommen hat.

Die Pershing II stellt eine revolutionäre waffentechnische Neuerung dar. Sie ermöglicht die Strategie chirurgischer Einzelschläge. Die Fähigkeit, den Gegner möglichst vernichtend zu treffen, haben beide Mächte in überreichem Maße. Je kleiner die Schläge werden desto geringer die Gefahr, daß der Gegner mit strategischen Vergeltungswaffen zurückschlägt. Und das heißt im Falle der Pershing II, auf die USA zurückschlägt.

Die Stabilität in der Vergangenheit war durch eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit gewährleistet. Wenn eine Weltmacht in der Lage ist, einen großen Teil der Kommandostruktur und der Atomwaffenträger der anderen Weltmacht zu zerschlagen, dann ist diese stabile Situation zerbrochen. Nicht mehr der gesicherte Zweitschlag wird die Militärstrategie bestimmen, sondern es kann eine Destabilisierung in der Weise eintreten, daß man sagt: Nicht-Losschlagen kann gefährlicher sein als Losschlagen. – Und das ist das wirkliche Problem, vor dem wir militärstrategisch stehen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf SALT I zurückkommen. Der Kollege Volkert hat gesagt, diese Verträge seien alle eingehalten worden. Ich möchte aus diesem Vertrag SALT I eine Bestimmung zitieren. Nach Artikel 5 dieses Vertrages verpflichteten sich die USA und die Sowjetunion, keine Antiraketenwaffensysteme oder Bestandteile zu entwickeln, zu erproben oder in Stellung zu bringen, die see-, luft- oder weltraumgestützt sind. In der Zwischenzeit wissen wir, daß Reagan die Vision eines weltraumgestützten Antiraketenwaffensystems hat.

Damit wird der Versuch unternommen, sich unverwundbar zu machen. Ein unverwundbarer Staat ist aber das Ende der Demokratie. Es wäre der Versuch, die Welt zu beherrschen. Und darin liegt eine der Gefahren, die wir haben.

(Zurufe der Abgeordneten Keller und Wilhelm, CDU.)

Ich appelliere an dieser Stelle nicht für eine neue Strategie der Abschreckung. Ich glaube auch nicht, daß die Frage einseitiger Abrüstung das Thema ist. Ich glaube, daß es darum geht, daß wir innehalten müssen, ständig neue Waffen aufzustellen, damit wir nicht Gefangene einer Situation werden, die wir mit heraufbeschworen haben und der wir nicht mehr enttrinnen können. Wer wirklich weniger Waffen will, der muß damit anfangen, wenigstens keine neuen zusätzlich aufzustellen. Si vis pacem, para pacem. – Wenn wir nicht damit anfangen, wer soll denn dann damit anfangen? Ich glaube, daß es keinen anderen Weg zur Sicherung des Friedens gibt.

Im Teststopp-Vertrag vom 5. August 1983 haben sich die Sowjetunion, die USA und Großbritannien in der Präambel darauf verständigt, so schnell wie möglich ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle in Einklang mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen zu errichten, das dem Wettrüsten ein Ende setzt und den Anreiz zur Produktion und zur Erprobung aller Arten von Waffen einschließlich Kernwaffen beseitigen würde. Diese Verpflichtung zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung haben alle drei Parteien im Atomwaffensperrvertrag wiederholt. Diese Verpflichtung ist in SALT I und SALT II aufgenommen. Wir haben immer noch kein Ergebnis erreicht. Wir sind immer noch weit entfernt von einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung. Wir hören jetzt aus Amerika, daß neues Giftgas erst produziert werden muß, um dann über dieses herzustellende Giftgas zu Vereinbarungen und zu Verhandlungen über den Abbau dieser Waffen zu kommen.

Ich glaube, wir müssen neue Wege beschreiten. Es ist meine Überzeugung, daß wir einen Anfang damit machen sollten, damit aufzuhören, stets neue Waffen herbeizubringen. Ich glaube nicht, Herr Kollege Wilhelm, daß diejenigen, die in dieser Weise denken, Spinner sind. Ich glaube, daß die Realisten heute diejenigen sind, die erkennen, daß mit immer mehr Waffen nicht mehr Sicherheit zu gewinnen ist. Es ist meine Überzeugung, daß von den Menschen, die für diese Ziele in diesen Wochen begonnen haben auf die Straße zu gehen, mehr Hoffnung ausgeht als von den Regierenden und daß deshalb diejenigen, die die Verantwortung in unserem Lande tragen, darüber nachdenken sollten, wie sie bei den Menschen in unserem Lande wieder Hoffnung wecken können. Sie werden dies erst dann überzeugend tun können, wenn der Nachweis, daß konkrete Schritte zur Sicherung des Friedens eingeleitet werden, erbracht ist. Ich glaube, daß wir an Reden über den Frieden genug haben; es müssen jetzt Taten für den Frieden folgen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Vogel das Wort.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, lange zu sprechen, aber ich habe das Bedürfnis, die eine oder andere falsche Interpretation nicht im Raum stehen zu lassen und auf die eine oder andere Frage zu antworten.

Herr Scharping hat heute früh von der Geschichtslosigkeit der Union gesprochen. Herr Scharping, ich beantworte diese Feststellung nicht, indem ich etwa einen Vorwurf für historische Irrtümer der SPD Ihrem Vorwurf entgegenstelle, sondern ich beantworte sie mit der Feststellung: Die deutsche Sozialdemokratie hat eine große und lange Geschichte, und sie spielt in der deutschen Geschichte der Jahrzehnte seit dem Ende des letzten Jahrhunderts eine wichtige Rolle. –

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Tatbestand nicht offen auszusprechen. Ich erhebe aber den Anspruch, daß die Christlich-Demokratische Union in Deutschland die einzige politische Neugründung nach 1945 genauso in Anspruch nehmen kann, ein geschichtliches und historisches Verdienst daran zu haben, aus der Geschichte gelernt zu haben und beispielsweise die beiden Konfessionen, soweit sie sich in dieser Partei repräsentiert sehen wollen, politisch geeinigt zu haben.

(Beifall bei der CDU.)

Die Union von heute und ihre führenden Männer und Frauen sind ohne ihre Teilhabe an dieser Geschichte nicht denkbar. Der Bundeskanzler hat völlig zu Recht das Jahr 1932 angesprochen und völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß 1983 nicht 1932 ist, erstens weil es richtig ist und zweitens weil viele das leider nicht mehr wissen und weil man es deswegen eindeutig aussprechen muß.

(Scharping, SPD: Er hat es leider ganz anders gemeint!)

Genau aus diesem Grunde habe ich heute früh auf 1938 verwiesen und genau aus diesem Grunde haben wir alle vor ein paar Monaten der Entscheidungen des Jahres 1932 und des Jahres 1933 hier in diesem Hause gedacht.

Ich weise den Vorwurf der Geschichtslosigkeit der Union zurück. Das ist kein Beitrag der Klärung der Positionen, sondern es ist ein Beitrag des Ansammelns falscher Vorwürfe.

(Beifall bei der CDU.)

Daß in dieser Debatte der Generalsekretär dieser Partei angegriffen werden würde, damit war zu rechnen. Er besitzt die Eigenschaft, Dinge zu sagen, die nicht allen angenehm sind.

(Widerspruch bei der SPD. – Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, damit Sie nicht in Unfrieden geraten: Wir lassen keinen Zweifel daran, dieser Mann hat das volle Vertrauen der Mitglieder seiner Partei. –

(Beifall bei der CDU.)

Was sein Staatsamt betrifft, so müssen wir bitte feststellen: Wer Bundesminister für Familie und Jugend ist, entscheidet nicht ein

Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Landtages, sondern der Bundeskanzler, und der hat es richtig entschieden. –

(Zurufe von der SPD.)

Im übrigen ist der Vorwurf gegen Heiner Geißler genauso fehlgegangen wie die Vorstellung, der Kultusminister dieses Landes, ausgerechnet er, verbreite ein vorwiegend militärisch geprägtes Bild. Meine Damen und Herren, wir haben kontrovers über die Richtlinien in dieser Sache diskutiert. Aber aus der Tatsache, daß wir gerne möchten, daß die friedensstiftende Wirkung der Bundeswehr im Unterricht dargestellt wird, die Konsequenz zu ziehen, der, der das tue, verbreite vorwiegend ein militärisch geprägtes Bild, ist in der Tat nicht ohne Widerspruch zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bin gefragt worden, wann der Brief des Landesvorsitzenden der SPD in Sachen Generalsekretär beantwortet werde. Ich dachte, es wäre mir vor ein paar Wochen schon gelungen, Ihnen zu ersparen, daß darauf eine peinliche Antwort erfolgen muß. Meine Antwort ist ganz einfach und wie ich glaube auch ohne Peinlichkeit: Der Vorsitzende der SPD von Rheinland-Pfalz ist krank, und es gilt, ihm zur Stunde unsere Besserungswünsche, damit er in sein Amt zurückkehren kann, auszusprechen. Ich werde aber nicht während der Zeit seiner Krankheit, in der er sich nicht wehren kann, die Auseinandersetzung mit ihm in einer politischen Angelegenheit suchen, die ich sehr gerne nach der Rückkehr in sein Amt führen werde. Nur geht es nicht, daß wenn ich angreife, er krank ist, und wenn ich nicht angreife, er Briefe schreibt und Sie die Antwort mahnen. Das, meine Damen und Herren, geht nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Der Brief findet selbstverständlich eine Antwort, aber er findet sie dann, wenn mit gleichen Waffen – entschuldigen Sie das Bild – , wenn mit gleichen Bedingungen, nämlich mit beiderseitiger Gesundheit, auch wieder gefochten werden kann. Dann wird dieser Brief beantwortet, aber nicht vorher; denn es ist ja vorher nicht möglich, die Auseinandersetzung zu führen.

Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Gerster hat sich engagiert auf mein Zitat von Carl Friedrich von Weizsäcker bezogen. Ich finde den Gedankengang des Herrn von Weizsäcker in dem Punkt, wo ich ihn zitiert habe, für richtig, und deswegen habe ich ihn zitiert. Ich habe ihn doch damit, Herr Gerster, nicht zum Kronzeugen für den Doppelbeschluß gemacht. Den ganzen Vormittag haben Sie und Ihre Kollegen den Helmut Schmidt zitiert; und auch dieser ist doch kein Kronzeuge für das, was Sie gesagt haben, sondern er ist genau der Kronzeuge fürs Gegenteil von dem, was Ihre Sprecher heute gesagt haben.

(Beifall bei der CDU. – Widerspruch bei der SPD.)

Wo kommen wir denn hin, Herr Kollege Gerster,

(Scharping, SPD: Immer mit der Ruhe!)

wenn wir nicht mehr Gedankengänge zitieren dürfen, sondern wir nur noch Personen gegen Personen stellen?

Im übrigen: Es stand doch eine, wie ich meine, sehr überlegte Gedankenführung hinter diesem Zitat. Es ging da nicht um NATO-Doppelbeschluß oder nicht, sondern es ging um die Art und Weise, um den politischen Weg, wie man diese schwierige, kontroverse Frage angehen soll.

Und ich habe doch gerade als Aufforderung, daß wir wenigstens in der Art und Weise, wie wir uns auseinandersetzen, einen gemein-

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

samen Weg finden, einen Mann zitiert, der in der Frage NATO-Doppelbeschluß Ihrer Überzeugung in der Tat näher steht als meiner. Weil ich das wollte, weil ich gedacht habe, wir würden uns dann in der Übereinstimmung über die Grundsatzfrage um so leichter treffen, mache ich den Versuch noch einmal und wiederhole das Zitat von Carl Friedrich von Weizsäcker – mit Erlaubnis der Präsidentin. Ich weiß nicht, ob man das jetzt immer oder nur als Globalvollmacht zu Beginn erbitten muß; aber ich bin da lernfähig. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich erneut:

Wir verteidigen die Freiheit vor allem, indem wir sie gebrauchen. Freiheit ermöglicht Vernunft. Die Vernunft findet viel zu tun in der heutigen Welt.

Dieser Gedankengang und dieser Beitrag zum politischen Weg der Auseinandersetzung ist, unbeschadet dessen, was Herr von Weizsäcker in anderen Sachen meint oder will oder nicht meint oder nicht will, richtig.

Es war dann von der verheerenden Dichte von Waffen im Lande Rheinland-Pfalz und von der Beunruhigung, die das bei der Bevölkerung auslöse, die Rede. Meine Damen und Herren, die Beunruhigung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Rheinland-Pfalz hat ihren Ursprung in der Bedrohung und nicht in der Stationierung, in der Fähigkeit, diese Bedrohung zu verringern.

(Beifall bei der CDU.)

Deswegen wehre ich mich gegen den Satz, durch meine Mitwirkung würde die Nachrüstung „exekutiert“. Meine Damen und Herren, ich habe in der Sache zu widersprechen; ich habe aber dies auch als ein Beispiel anzusprechen, wie man durch die Sprache der Sache einen schlechten Dienst erweist.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Ich möchte erst den Gedankengang zu Ende führen, Frau Präsidentin; dann ja!

Die Ausführung von auf demokratischer Weise zustande gekommenen Beschlüssen in der Bundesrepublik Deutschland ist kein Exekutieren, sondern ist demokratische Pflicht der Organe, die für die Ausführung der Beschlüsse der Parlamente eingesetzt sind.

(Beifall der CDU.)

Jetzt, bitte, Herr Kollege Gerster!

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gerster das Wort zu einer Zwischenfrage.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Ministerpräsident, geben Sie mir recht, daß im Sinne der klassischen Gewaltenteilung, wie Sie sie eben noch einmal inhaltlich beschrieben haben, dem Parlament die Exekutive gegenübersteht? Die Regierung hier in diesem Land ist der maßgebliche Teil der

Exekutive, und ihr Handeln ist dem Wortsinne nach Exekutieren.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU:
Nein!)

– Das Handeln der Exekutive ist Exekutieren. Wenn Sie daraus etwas anderes herauslesen, dann ist das Ihr Sprachgefühl, aber es ist nicht zu belegen mit dem tatsächlichen Inhalt.

(Helzer, SPD: Sehr richtig! – Erneuter Beifall bei der SPD.)

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Herr Kollege Gerster, wir brauchen uns nicht zu streiten über Legislative und Exekutive; ich denke, da sind wir einer Meinung. Aber ich denke, es ist nicht mein individuelles Sprachgefühl, sondern ein weitverbreitetes Sprachgefühl, daß, wenn man in diesem Zusammenhang und bei diesem Thema mir vorwirft, ich würde einen Beschluß exekutieren - - - entschuldigen Sie, daß ich mich da rechtzeitig zu Wort melde und bitte, andere Worte zu wählen, wenn anderes gemeint ist.

(Beifall der CDU.)

Ich habe in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen, daß es zu Stationierungen, wenn tatsächlich nachgerüstet werden müßte, auch in Rheinland-Pfalz kommen kann. Aber von einer Standorte-Inflation ist keine Rede und kann keine Rede sein, und ich verspüre nicht, daß es diesbezüglich eine große Beunruhigung in der Bevölkerung gibt; ich verspüre nur, daß manche gerne – und dies seit Jahr und Tag – durch die Bekanntgabe immer neuer, nicht zutreffender Standorte und Karten solche Beunruhigung schüren möchten.

(Beifall bei der CDU.)

Und ich möchte, daß dies auch hier in diesem Hause nicht geschieht, weil wir nicht die Aufgabe haben, zu beunruhigen, sondern weil wir die Aufgabe haben, zu informieren.

Wie ich im übrigen, Herr Abgeordneter Rothley, über Standorte denke – also, ich glaube, Sie sind der letzte in diesem Land, der das nicht weiß. Ich habe das seit meinem Amtsantritt immer wieder formuliert. Ich rede ja nicht zum erstenmal mit einem deutschen Verteidigungsminister in dieser Frage. Ich habe im Gespräch mit Herrn Apel, mit Herrn Bundeskanzler Schmidt über Jahre mit Nachdruck eine klare Position vertreten. Ich halte es allerdings auch für meine Pflicht, wenn mir jahrelang der deutsche Bundeskanzler und der deutsche Verteidigungsminister sagen, es könne nicht veröffentlicht werden, daß ich dann in der Tat dies hier auch berichte, wie ich es immer getan habe zu Apels und Schmidts Zeiten. Ich habe neue Ansätze gemacht, als die Herren Wörner und Kohl ins Amt gekommen waren. Ich habe die Verpflichtung, Argumente und Begründungen, die mir von den Zuständigen genannt werden, ernst zu nehmen, aber gleichwohl mein Bemühen darum fortzusetzen, daß Sorgen nicht dadurch erhöht werden, daß Leute sich unnötig Sorgen über Standorte machen, die gar nicht ernsthaft im Gespräch sind.

Und was dafür gilt, Herr Rothley, gilt auch für das Gift. Das wissen Sie doch, daß nicht nur ich, sondern wir alle, alle Parteien im Bundestag, in einer feierlichen, weltweiten Erklärung klar auf die Anwendung von Giftgas verzichtet haben und außerdem immer wieder neue Initiativen gestartet haben, weltweit zu Ächtung und zu Kontrolle von Giftgas zu kommen. Das wissen Sie; es ist das von uns initiiert, von anderen übernommen und immer wieder klar und eindeutig festgestellt worden.

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Es ist allerdings auch festgestellt worden, daß wir unsere Verbündeten nicht bitten können, einen Teil unserer Verteidigung zu übernehmen, und ihnen im Gegenzug Vorschriften machen, wie sie diese Verteidigung wahrzunehmen hätten. Es ist auch unbestritten, daß wir hier im Hause vor ein paar Monaten aus anderem Anlaß eine intensive Diskussion darüber hatten, daß der Einsatz von Gift im Zweiten Weltkrieg dadurch verhindert worden ist, daß gerade in diesem historischen Beispiel Abschreckung tatsächlich Abschreckung bewirkt hat.

Sie haben gesagt, Herr Rothley, daß kein Ziel den Krieg rechtfertige. Das ist fast wörtlich dieselbe Formulierung, die ich heute früh gebraucht habe. Der Einsatz von Waffen, habe ich gesagt, ist kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Von uns wird nie ein Krieg ausgehen. Nur, meine Damen und Herren, Frieden und Freiheit rechtfertigen auch, die Bedrohung, die sich gegen uns richtet, nicht von Jahr zu Jahr tatenlos weiter wachsen zu lassen.

Sie haben gesagt: Wir sollen anfangen. – Wir haben angefangen, denn wir haben vier Jahre lang darauf verzichtet, die Bedrohung durch Verteidigungsmöglichkeiten auszugleichen. Wir haben vier Jahre lang mit angesehen, daß andere in dieser Zeit nicht nur nicht abgerüstet, sondern weiter und zusätzlich aufgerüstet haben. Kein Ziel rechtfertigt den Krieg, aber der Frieden rechtfertigt nicht, auf Freiheit zu verzichten! Weil Frieden ohne Freiheit der Anfang der Friedlosigkeit ist, auch im Jahre 1983.

(Beifall bei der CDU.)

Es wird in der Diskussion mitunter die Befürchtung geäußert, daß dann, wenn der NATO-Doppelbeschuß zur Ausführung kommen müßte, die Gefahr einer neuen Zeit des alten Kalten Krieges bestünde. Meine Damen und Herren, nichts spricht für diese These. Ganz im Gegenteil, alles spricht dafür, daß dank einer aktiven, insbesondere deutschen Ostpolitik das Interesse am Gespräch mit der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in Moskau, sondern auch in Ostberlin und anderswo so ist, daß alles dafür spricht, daß die Beziehungen und die Kontakte sich nicht abkühlen, sondern im Gegenteil gefördert und ausgebaut werden können.

Niemand in Europa will Krieg, niemand in Europa will das Entstehen neuer Spannungen, aber alle Regierungen in Europa, die frei gewählt sind, wollen in der Lage sein, die Freiheit und den Frieden ihrer Länder auch für die Zukunft zu sichern. Das ist die Grundlage unserer Friedenspolitik nach draußen und – was unsere allererste Aufgabe ist – vor allem unsere Aufgabe nach innen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ehe ich das Wort weitergebe, darf ich eingetroffene Gäste auf der Zuschauertribüne begrüßen. Ich heiße Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Hamm sowie Mitglieder des Vereins der Hundefreunde Konz und Umgebung 1960 e. V. willkommen.

(Beifall im Hause.)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Martin das Wort.

Abg. Martin, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich finde, daß die Diskussion, die wir hier heute führen, weniger wichtig unmittelbar wegen der Problematik des Nachrüstungsbeschlusses oder des Brüsseler Doppelbeschlusses ist. Für mich steht

auch gar nicht die Frage der Waffenpotentiale und der Abzählung der gegenseitigen Waffenkräfte im Anfang, sondern für mich waren einige Äußerungen am interessantesten, die gleichsam nebenbei fielen. Wenn ich einige dieser Gedanken aufgreife und vielleicht versuche, sie ein Stückchen weiterzuführen, dann lassen Sie mich mit dem deutlich von mir hervorgehobenen Satz anfangen, daß ich ganz selbstverständlich weder an der Friedensliebe noch an den Friedensbereitschaft irgendeines Mitglieds dieses Parlamentes zweifele und daß ich ebenso ganz selbstverständlich auch von der absoluten Verfassungstreue jedes Mitgliedes dieses Parlamentes überzeugt bin.

Ich sage das ausdrücklich deshalb, weil ich damit der Möglichkeit vorbeugen möchte, daß man Fragen, die ich eventuell zu stellen habe, als einen persönlichen oder als einen Angriff auf das eigene politische Denken mißverstehen könnte. Ich sage das aus einem ganz konkreten Anlaß, Frau Kollegin Dr. Götte. Ich kann es deshalb hier sagen, weil es keinen betrifft, der hier sitzt. Es muß bei uns in der Bundesrepublik Deutschland noch möglich sein, auf die Zusammenhänge von pazifistischem Denken und pazifistischen Strömungen und den Gewalttaten einer Diktatur, die sich durch das Vorhandensein solcher Strömungen zu einer falschen Einschätzung der politischen Lage hat führen lassen, hinzuweisen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, man habe Pazifisten beleidigen wollen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich meine, daß es einfach für unsere Zeit wichtig ist – – –

(Reitzel, SPD: Welches historische Beispiel geben Sie?)

– Das historische Beispiel gebe ich Ihnen, es ist sehr einfach. Es ist eine historisch verbürgte Tatsache, daß die aggressive Politik des Diktators Adolf Hitler nicht zuletzt dadurch immer wieder mit vorangetrieben worden ist, daß er sich aufgrund der von ihm so gesehen innenpolitischen Lage in England und Frankreich zu der irigen Meinung hat verführen lassen, daß diese beiden Demokratien nicht mehr verteidigungsbereit und verteidigungsfähig seien. Das ist eine Tatsache.

(Rothley, SPD: Was hat das mit Pazifismus zu tun?)

– Frau Dr. Götte, SPD: Wo waren denn die Pazifisten zu der Zeit?)

Es ist eine Tatsache, daß damals sowohl in England als auch in Frankreich – – –

(Zuruf von der SPD.)

Es ist doch kein Zweifel an der Tatsache möglich, daß sowohl in England als auch in Frankreich mit dem Beginn der 30er Jahre starke pazifistische Strömungen in beiden Ländern den Aufbau einer Rüstung verhindert haben, die der steigenden Rüstungskraft des Dritten Reiches adäquat gewesen wäre. Daran ist doch schlechterdings nicht zu zweifeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich begehe doch keine Beleidigung pazifistischen Denkens und pazifistischer Haltung, wenn ich auf diese Tatsache ohne jede Wertung hinweise.

(Frau Dr. Götte, SPD: Aber es gab keine Pazifisten in den damaligen Regierungen. Wer denn? Wer waren denn die Pazifisten in der englischen oder französischen Regierung damals? Wer waren sie denn?)

(Martin)

Meine Damen und Herren, es ist von verschiedenen meiner Vorredner mit großem Nachdruck und mit Berechtigung auf den Zusammenhang von Entscheidungen einer Staatsregierung und den in einer Bevölkerung vorhandenen Strömungen in einer Demokratie hingewiesen worden. Genau dieses Verhältnis hat in den eben von mir genannten Ländern in den 30er Jahren bestanden. Das ist doch schlechterdings nicht zu bestreiten.

(Beifall bei der CDU. – Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Martin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Müller?

Abg. Martin, CDU:

Ja, natürlich.

Abg. Müller, SPD:

Sind Sie mit mir der Auffassung, daß Ihre gemachten Ausführungen nicht der nachträglichen Entgleisung einer Äußerung eines hohen Politikers der CDU dienen, und sind Sie mit mir nicht der Auffassung, daß die Verhältnisse des Jahres 1932 und des Jahres 1983 in dieser Weise nicht verglichen werden können?

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Martin, CDU:

Herr Kollege Müller, auf die Frage der Vergleichbarkeit der Jahre 1933 und 1983 oder auf die Nichtvergleichbarkeit der Jahre 1983 und 1933 werde ich noch zu sprechen kommen. Wenn Sie mich aber fragen, wenn Ihre Frage aber zum Inhalt haben sollte, ob ich der Auffassung sei, daß es ganz bestimmte Verhaltensweisen im Leben von Völkern und im Leben von großen Gruppen einer Bevölkerung gibt, die sich politisch unmittelbar außerordentlich wirksam auswirken, dann würde ich sagen: Das gilt für die Zeit vor 50 Jahren, vor 100 Jahren und für die Gegenwart.

Es lag mir völlig fern, irgendwelche Identifizierungen vorzunehmen, und es liegt mir völlig fern, irgendeinen Schuldvorwurf zu erheben. Ich habe nur folgendes festgestellt: Es muß erlaubt sein, auf solche Zusammenhänge hinzuweisen, ohne sich dabei persönlich einem Vorwurf auszusetzen. Meine Damen und Herren, da möchte ich nun wirklich wissen, was an diesem Satz angreifbar ist!

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Martin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rothley?

Abg. Martin, CDU:

Bitte schön.

Abg. Rothley, SPD:

Herr Kollege Martin, sind Sie der Auffassung, daß es solche pazifistischen Strömungen auch in Polen, in der Sowjetunion und

in der Tschechoslowakei gegeben hat? Wenn Sie dieser Auffassung nicht sind, welche Erklärung haben Sie dafür, daß gleichwohl Hitler in diese Länder einmarschiert ist?

Abg. Martin, CDU:

Herr Kollege Rothley, ich glaube, daß es einer ziemlichen Konstruktion bedarf, um die Berechtigung Ihrer Frage herauszustellen.

(Beifall der CDU.)

Herr Kollege Rothley, Sie wollen mir doch nicht unterstellen, ich hätte gesagt, daß pazifistische Bewegungen in der Welt die Ursache der Hitlerschen Aggressionen gewesen seien! Aber ich bitte Sie um alles in der Welt, dergleichen habe ich aber doch überhaupt nicht gesagt!

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich wollte aber zu Beginn, um auf das Thema zurückzukommen, auf eines hinweisen: Für mich waren zum Teil am interessantesten einige Anmerkungen, die gleichsam nebenbei fielen. Der Herr Kollege Wilhelm hat auf einen Brief der Berliner Professorin Frau Schwan hingewiesen, und der Herr Kollege Gerster hat mit einigem Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese Frau nicht für die sicherheitspolitischen und außenpolitischen Vorstellungen der SPD signifikant sei.

(Gerster, SPD: Das ist richtig!)

– Das ist richtig, aber gerade darin liegt für mich die interessante Aussage, denn das, was in dem Schreiben von Frau Schwan und übrigens auch in dem zwei Tage später erschienenen Brief von Professor Jäckel, dem früheren Staatssekretär des Wissenschaftssenators in Berlin, deutlich wurde, ist im Grunde die klassische Sicherheits- und Staatsauffassung, die von der Sozialdemokratie über lange Jahrzehnte hin vertreten worden ist und die in der Tat in den sicherheitspolitischen Vorstellungen auch der anderen beiden Parteien, etwa der Fraktion der F. D. P. und der Unionsparteien, durch viele Jahre der Bundesrepublik hindurch so vertreten worden ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Das schloß Unterschiede in einzelnen Aspekten überhaupt nicht aus. Aber das bitte ich doch zu verstehen, daß es für uns interessant ist, wenn hier mit solcher Vehemenz erklärt wird: Das ist nicht mehr für uns signifikant! –

(Gerster, SPD: Ich habe nicht gesagt „nicht mehr“.)

– Nicht signifikant!

(Gerster, SPD: Das ist eine Außenseiterposition!)

– Ja eben, das ist eine Außenseiterposition. Ich stelle fest, das ist eine Außenseiterposition. Ich stelle fest, das ist für uns doch dann der Hinweis darauf, daß offensichtlich in den entscheidenden sicherheitspolitischen Fragen zwischen Ihren und unseren Vorstellungen eine Differenz klafft, die jedenfalls so in den Jahren zuvor nicht vorhanden war. Und das scheint mir eine doch für die Betrachtung der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland interessante Tatsache zu sein.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir bei der Diskussion über diese Frage einmal mehr auf die Tatsache hinzuweisen haben, daß diese Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland die

(Martin)

Folge einer Entscheidung ist, die von uns gemeinsam getroffen worden ist, nämlich der Entscheidung, daß diese Bundesrepublik Deutschland ein freiheitlicher Staat sein solle, der in Frieden den Bürgern die Ausübung der Bürgerrechte und der Menschenrechte zuzusichern habe. Darin stimmen wir ohne Zweifel völlig vorbehaltlos überein, daß alle Sicherheitspolitik eine Funktion dieser Grundentscheidung zu sein hat. Es gibt keine Sicherheits- und keine Friedenspolitik, die nicht diesen Auftrag hätte; das ist übereinstimmende Überzeugung. Nur, meine Damen und Herren, wenn das richtig ist, dann kann ich natürlich auch Fragen der Sicherheitspolitik nur unter diesem obersten Ziel betrachten. Dann kann ich beispielsweise an keiner Stelle zwischen einer Sicherheitspolitik, die diesen übergeordneten Idealen und Grundlagen unseres Staatsverständnisses dient, und spezifisch deutschen Sicherheitsinteressen unterscheiden. Wenn die Sicherheitspolitik die Funktion unserer Grundentscheidung ist, dann kann ich nicht in besonderer Weise auf besondere deutsche Interessen hinweisen, die womöglich zu anderen Entscheidungen im konkreten Falle führen könnten, als sie sich von der gemeinsam zu tragenden Sicherheitspolitik her ergeben könnten.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang ist es eben von höchster Wichtigkeit, daß man sorgfältig darauf achtet, daß gerade bei der Diskussion sicherheitspolitischer Fragen auch nicht von Ferne der Eindruck entsteht, als ob es deutsche Interessen gleichsam in einer Äquidistanz zu den Vereinigten Staaten und der UdSSR gebe. Weil Sicherheitspolitik die Funktion der freiheitsschützenden Aufgabe unseres Staates ist, ist in jedem Falle die sicherheitspolitische Nähe unseres Staates zu den Vereinigten Staaten gegeben, während sie im Verhältnis zu der anderen großen Weltmacht in dieser Relation jedenfalls nicht vorliegt. Deshalb meine ich, daß wir auch von dem Grundsatz der gemeinsamen Sicherheit nicht im Blick auf beide Blöcke in gleicher Weise reden dürften, sondern wir müssen sehen, daß wir Frieden in Freiheit sichern durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den anderen Mitgliedern der NATO und daß wir den Frieden zu schützen haben auch im Verhältnis zum potentiellen Gegner durch friedenssichernde Maßnahmen, durch vertrauensbildende Maßnahmen, durch Verhandlungen, was immer Sie wollen. Beides sind politische Aufgaben, aber man kann sie nicht gleichsam subsumieren, so als ob das eine nur ein Teil des anderen wäre. Um der gerade auch von Ihnen betonten Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung willen, die nach wie vor notwendig ist, muß auf diese Unterschiedenheit, so glaube ich, mit großem Nachdruck hingewiesen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte weiterhin darauf hinweisen, daß wir, wie ich glaube, gefährlich oft, in der Frage der Sicherheitspolitik sofort bei der Vorstellung eines bewaffneten Konflikts sind.

Lassen Sie mich auch noch einmal deutlich hervorheben, daß seit Entwicklung der atomaren Waffen der Krieg als Ultima ratio völlig auszuschneiden hat.

(Beifall der CDU.)

Ich bin davon überzeugt, das gilt für alle hier im Saale – Sie entschuldigen, wenn ich das so einfach sage –, daß das Austragen bewaffneter Konflikte aus unseren planerischen Vorstellungen, und zwar sowohl im Blick auf Aggression wie im Blick auf Verteidigung, auszuschneiden hat, längst noch nicht genug in unser Denken eingedrungen ist. Die Folge davon ist, daß alle Verteidigungsanstrengungen nicht mehr das Ziel haben, in einem eventuell ausbrechenden Konflikt sich erfolgreich verteidigen zu können, sondern ausschließlich die Aufgabe haben, genau diese Möglichkeit auszuschließen.

Meine Damen und Herren, wenn das so richtig ist – für mich ist die Konzeption der Abschreckung, die das zum Ziel hat, inhaltlich wesentlich –, dann muß man natürlich auch in Teilbereichen notwendig werdende Vorbereitungen unter diesem Gesichtspunkt beurteilen. Das gilt beispielsweise für bestimmte Planüberlegungen der amerikanischen Heeresverwaltung, die vorhin von Herrn Kollegen Gerster genannt wurde.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Abg. Martin, CDU:

Ja, bitte.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Martin, würden Sie etwa die explizite Aussage in dieser Airland-battle-Doktrin, daß es nicht nur um die Abwendung einer Niederlage, sondern auch um die Möglichkeit eines Sieges in einem nuklearen Krieg geht, für vereinbar halten mit dem von Ihnen aufgezeigten Ziel einer reinen Abschreckungsstrategie?

Abg. Martin, CDU:

Herr Gerster, ich muß sagen: Ja. Ich sage dies deshalb, weil das Glaubwürdigmachen dieser Möglichkeit die andere Seite von der absoluten Aussichtslosigkeit eigenen Angriffs nun wirklich restlos zu überzeugen hat.

(Beifall der CDU.)

Ich würde das nicht so sagen, wenn ich das Vorhandensein der beiderseitigen militärischen Kräfte nicht im Zusammenhang der jeweils gegebenen politischen Voraussetzungen betrachtete. Ich kann an keiner Stelle meiner Überlegungen außer acht lassen, daß das NATO-Bündnis expressis verbis, seiner ganzen Tendenz nach, seiner Aufgabe nach, den Angriff für sich selbst ausschließt, so daß also auch alle Planungen unter diesem Gesichtspunkt ihre letzte Rechtfertigung finden.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Martin, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Abg. Martin, CDU:

Ja, bitte.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Martin, wie können Sie denn dann erklären, daß der Verteidigungsminister Manfred Wörner die Unterschrift des Inspektors der Deutschen Bundeswehr, des Heeresinspektors, unter dieser Kampfdoktrin rückgängig gemacht hat, weil dort europäische Interessen nicht im Einklang mit amerikanischen Interessen zur Geltung gekommen sind?

Abg. Martin, CDU:

Die Begründung der Unterschrift kann ich jetzt im Moment nicht nachkontrollieren; ich kann auch nicht nachkontrollieren, ob er das expressis verbis so gesagt hat. Nur, das ist natürlich Ausfluß der

(Martin)

deutschen Lage an der Grenze des Eisernen Vorhangs. Meine Damen und Herren, dadurch, daß die deutsche Verteidigungskonzeption im Rahmen des Bündnisses von Anfang an darauf gedrängt hat, daß wir eine möglichst grenznahe Vorverteidigung haben, muß sie natürlich infolge dieser Konzeption ihren Einspruch einlegen gegen alle Planungen, die zum Zweck haben – das sage ich noch einmal –, dem Gegner die Aussichtslosigkeit eines Angriffs zu demonstrieren, entscheidende Waffen erst nach Verlust erheblichen Geländes durch die NATO einsetzen zu wollen.

Insofern stehen hier nicht unterschiedliche Konzeptionen gegeneinander, sondern aus der Situation der Bundesrepublik Deutschland und aus dem Auftrag der Bundeswehr, eine möglichst grenznahe Verteidigung aufzubauen, ergibt sich, daß selbst planerisch für uns das Preisgeben von Raum nicht möglich ist und nicht Teil einer Abschreckungskonzeption sein kann.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Martin, gestatten Sie eine zweite Zusatzfrage des Abgeordneten Gerster?

Abg. Martin, CDU:

Ja, bitte.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Martin, ich bin jetzt nicht sicher, ob Sie das Preisgeben von Raum als einen Bestandteil der Airland-battle-Doktrin sehen, es ist das Gegenteil der Fall. Ich wiederhole die Frage: Wenn Sie Airland-battle-2000 für voll vereinbar halten mit der atomaren Abschreckungsstrategie, über die bisher Konsens besteht, wie erklären Sie dann, daß Minister Wörner veranlaßt hat, daß die Unterschrift unter dieser Doktrin zurückgezogen wird?

Abg. Martin, CDU:

Sie ist doch deshalb zurückgezogen worden, Herr Kollege Gerster, weil in dieser amerikanischen Konzeption, die als Entwurf vorlag, die Wirkung auf Raum innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und innerhalb der DDR eine entscheidende Rolle spielte – darüber waren wir uns doch vorhin im Gespräch auch durchaus einig – und daß durch diese Konzeption der Grundsatz der militärischen Verteidigung möglichst dicht am Eisernen Vorhang an der heutigen Grenze zum Warschauer Pakt durchaus beeinträchtigt worden wäre.

Meine Damen und Herren, es kommt mir hier wirklich nur auf eines an. Es kommt mir darauf an, deutlich zu machen, daß eine Veränderung der Konzeption bei Teilstreitkräften nicht ein Abrücken von der grundsätzlichen Konzeption der Abschreckung bedeutet, sondern im Gegenteil ihre Glaubwürdigkeit auf einem weiteren Feld unterstreicht und nur unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden kann.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Martin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Götte?

Abg. Martin, CDU:

Ja, von der Abgeordneten Frau Dr. Götte immer.

Abg. Frau Dr. Götte, SPD:

Herr Kollege Martin, wenn Sie davon ausgehen, daß im westlichen Bündnis die Anwendung von Gewalt gegenüber anderen Völkern

aufgrund der gemeinsamen Vereinbarung nicht möglich ist, wie bringen Sie in diesem philosophischen Konzept Grenada, den Einmarsch der USA, unter?

Abg. Martin, CDU:

Das war voraussehen. Ich könnte es mir jetzt sehr leicht machen. Ich könnte sagen, daß ich an keiner Stelle von der ganzen westlichen Welt gesprochen habe, sondern ich habe immer vom Verteidigungsbündnis der NATO gesprochen.

Meine Damen und Herren, ich will mir dies so einfach gar nicht machen. Sie fragen im Grunde – das ist wohl der Inhalt Ihrer Frage –: Ist durch die Landung amerikanischer Truppen im Bund mit den Truppen von fünf weiteren Staaten der Karibik nicht ein Hinweis darauf gegeben, daß Staaten der freien Sphäre auch zur Gewaltanwendung in der Lage sind? Das ist doch, wenn ich recht vermute, der Inhalt der Frage, oder überinterpretiere ich?

(Dr. Götte, SPD: Es ist in etwa richtig!)

– Richtig, gut. Meine Damen und Herren, dazu möchte ich zwei Dinge sagen.

Ich verstehe – offen gestanden – nicht so ganz, daß man auf die Landung der Truppen von sechs Staaten – wenn ich richtig orientiert bin – auf dieser Insel blickt und sagt, das sei Gewaltanwendung.

(Nagel, SPD: Was denn sonst? – Weitere Zurufe von der SPD.)

– Einen Moment; lassen Sie mich doch bitte weiterreden.

(Zuruf von der SPD: Vielleicht Nötigung?)

– Wissen Sie, wenn man seit sechzehn Jahren hier ist, wird man durch solche Zwischenrufe nicht mehr irritiert.

(Beifall bei der CDU.)

Ich verstehe nicht, daß man also auf diese Landung der Truppen dieser sechs Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten blickt.

(Reitzel, SPD: Einschließlich der Vereinigten Staaten!)

– Der Truppen der sechs Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten; das war sprachlich völlig korrekt, Herr Kollege Reitzel.

(Reitzel, SPD: Nein, an die Sprache hatte ich keine Frage, sondern an den Inhalt!)

Ich verstehe nicht, daß man gleichzeitig über die Tatsache, daß diese Truppen auf den erbitterten, geschulten und tatkräftigen Widerstand kubanischer Pioniereinheiten trafen, völlig hinwegsieht.

(Frau Dr. Götte, SPD: Sie rechtfertigen das?)

Es gibt doch ohne Zweifel ein absolut berechtigtes Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten. Im Interesse dieser ihrer Sicherheit hat die Regierung der Vereinigten Staaten mit Zustimmung beider Parteien ihres Landes – wenn ich der Presse glauben kann – es für notwendig gehalten, dort Truppen zu landen.

Ich bin der Auffassung, vor dem endgültigen Urteil über das, was dort passiert, sollte man einmal warten. Bisher hat man jedenfalls nur davon gehört, daß der Generalgouverneur des Staates die amerikanische Hilfe erbeten hat und daß die Bevölkerung der Insel offensichtlich die Landung der Amerikaner durchaus nicht als eine Bedrohung ihrer Freiheit versteht. Ich wollte dies bei der Beurteilung einmal wirklich mit einbeziehen.

(Beifall bei der CDU.)

(Martin)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einige andere Dinge hinweisen, weil sie heute morgen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine wichtige Rolle spielten. Die Demokratie – darin sind wir einig – lebt vom Ringen der Argumente und vom Austausch der Meinungen. Sie wird funktionsunfähig, wenn an die Stelle der Argumente ein Verhalten tritt, das neben dem Argument andere Mittel meint nicht mehr in die Diskussion, sondern in die Auseinandersetzung hineinnehmen zu sollen.

Meine Damen und Herren, es ist mit Recht und immer wieder deutlich hervorgehoben worden, daß derjenige, der Rechtsverletzungen begeht, um seiner Auffassung Nachdruck zu verleihen, mehr tut, als nur einen partiellen Verstoß gegen eine bestehende Vorschrift auf sich zu nehmen. Wer im Streit der politischen Meinungen in einer Demokratie zu anderen Mitteln als zu Mitteln des Arguments greift, stellt grundsätzlich die demokratische Ordnung in Frage.

(Beifall bei der CDU. – Wilhelm, CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren, deshalb muß man, wie ich meine, so sorgfältig aufpassen.

Ich habe verschiedentlich gelesen, daß sehr bekannte Männer in der Bundesrepublik Deutschland erklärt haben, diejenigen, die solche Regelverletzungen, wie man das heute oft nennt, begingen, müßten dann auch bereit sein, die Folgen zu tragen. Manche haben das für sich selbst so erklärt. Dadurch, daß ich erkläre – ich glaube, darin sind wir uns einig –, die Folgen eines unrechtmäßigen Verhaltens tragen zu wollen, wird mein Verhalten nicht rechtmäßig!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU. – Rothley, SPD: Das behauptet so niemand!)

– Meine Damen und Herren, Sie sagen, das behauptet so niemand. Es wird aber so oft rechtfertigend zitiert. Ich habe das jedenfalls in zahllosen Diskussionen erlebt, daß genauso argumentiert wurde. Das halte ich deshalb für gefährlich, weil damit natürlich einem Schwinden des Rechtsbewußtseins Vorschub geleistet wird. Darum muß man hier sehr sorgfältig aufpassen.

Es gibt immer wieder die Äußerung, daß doch eigentlich die Berufung auf die letzte Gewissensnot die Verletzung solcher Regeln legitimiere. Auch das kann natürlich nicht unsere Auffassung sein. Meine Damen und Herren, vielmehr geht es hier darum, deutlich zu machen, daß diese Möglichkeiten bei uns in einer freiheitlichen Demokratie nicht gegeben sind.

Meine Damen und Herren, es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Angst eine Gefahr in einem demokratischen Staat sein kann, und zwar deshalb, weil Menschen durch Angst zu Kurzschlufhandlungen geführt werden können und dadurch dem rationalen Argument nicht mehr zugänglich sind. Wer Angst hat, erkennt weder die Gefahren, die uns drohen können, noch die Möglichkeiten, die sich aus einer Situation ergeben. Deshalb meine ich, daß wir – wo immer wir können – alles daran setzen müssen, der Angst der Menschen auch in unserem Staat entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es war der Herr Kollege Gerster, der dazu aufgefordert hat, die Meinungen derer zu beachten, die sich schon 1979 gegen den Doppelbeschuß ausgesprochen haben, um wesentliche Teile der heutigen Friedensbewegung zu verstehen. Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden. Herr Kollege Gerster, ich geben Ihnen da durchaus Recht. Wesentliche Elemente, die heute in der Friedensbewegung sichtbar werden, waren schon 1979 bei dem einen oder anderen Repräsentanten sichtbar. Sie nehmen mir es nicht übel, wenn ich als einen solchen Repräsentanten Erhard Eppler nenne. Ich bitte, das jetzt nicht als

eine Überzeichnung zu sehen, wenn ich sage, daß genau daran die gesamte Problematik sichtbar wird.

Meine Damen und Herren, Sie dürfen mir glauben, daß ich ganz persönlich die Person Erhard Eppler hochschätze und mich in vielem mit ihm einig weiß. Gerade diese Einigkeit, die mich mit ihm verbindet, ist Ursache der tiefgreifenden Meinungsunterschiede. Bei Erhard Eppler und bei einem großen Teil derer, die ihm nahe stehen – ich meine das nicht nur politisch in einer Tagesfrage, sondern in der Grundhaltung –, spielt folgendes eine Rolle:

Erhard Eppler ist davon durchdrungen, von der Überzeugung, daß die Menschheit in unseren Tagen geradezu den Blick auf eine apokalyptische Möglichkeit, nämlich die völlige Vernichtung des Lebens und der Erde, hat tun müssen durch die Erfindung der Atombombe.

(Bojak, SPD: Derselbe Ansatz – – – !)

– Ja, das hat Ihnen der Herr Gerster eben gesagt, und Sie sagen es auch. Und es stimmt.

Aber jetzt kommt der entscheidende Unterschied, Herr Kollege. Der Unterschied ist folgender. Erhard Eppler sagt: Angesichts dieser apokalyptischen Möglichkeit müssen die Menschen einen Schritt tun, der sie gleichsam in ein neues Zeitalter hineinversetzt.

– Und dieses Zeitalter und dieses Verhalten, das er als Konsequenz dieser Entwicklung fordert, trägt die Kennzeichen eines endzeitlichen Zustandes. Das heißt, weil die bisherigen Möglichkeiten der Bedrohung und der Abwehr von Bedrohung so unendlich gesteigert worden sind, deshalb können wir ihnen nicht mit herkömmlichen Gedanken, mit herkömmlichen Strukturen begegnen, sondern wir müssen das restlos Neue wagen, also zum Beispiel nicht nur den Verzicht auf Nachrüstung, sondern ja weit darüber hinausgehende Schritte, nicht nur im sicherheitspolitischen, sondern auch in anderen Bereichen.

Nun sage ich, an dieser Stelle wird der Unterschied der Meinungen sehr grundsätzlich und greift über das politische Feld im eigentlichen hinaus; denn ich bin der Auffassung, daß gerade diese Eröffnung apokalyptischer Möglichkeiten uns wachrufen sollte, die Gefahren rational zu erkennen und mit den Mitteln, die dem Menschen, der ja durch die Erfindung dieser schrecklichen Waffen nicht zu einem anderen, nicht zu einem grundsätzlich guten geworden ist, sondern der Mensch geblieben ist, der er war,

(Beifall der CDU)

daß ich angesichts dieser Tatsache mit diesen Mitteln der Gefahr gerecht zu werden versuche.

Der Weg aus der Gefahr, meine Damen und Herren, den zum Beispiel Erhard Eppler in seinem Buch beschrieben hat, darf ja nicht lauten, daß ich so tue, als ob die Welt im Verhalten der Menschheit sich grundsätzlich geändert hätte, sondern ich muß unter sorgfältiger Analyse dessen, was heute ist, und unter sorgfältiger Analyse dessen, wozu Menschen fähig und bereit im guten und im bösen sind, nach den Wegen suchen, um eine ständig sich verlängernde Notlösung zu finden. Jeder Versuch, in einem noch so grandiosen moralischen Beschluß zu der neuen Zeit zu kommen, wird uns die Apokalypse nicht ersparen, sondern ich bin davon überzeugt, uns ihr einen Schritt näherbringen.

(Beifall bei der CDU.)

Daraus folgt die andere Interpretation, wie wir sie heute an verschiedenen Stellen gespürt haben.

Meine Damen und Herren, der Kollege Rothley hat gesagt:

Die SPD wird ein Nein ohne jedes Ja sprechen. – Und er hat gesagt, daß wir die Entscheidung über Freiheit und Unfreiheit, über den Sieg zwischen Freiheit und Unfreiheit der Geschichte überlassen sollten. Ich habe Sie, glaube ich, richtig verstanden.

(Martin)

Nur, meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, vor der Geschichte werden wir uns zu verantworten haben, was wir getan haben, um angesichts unserer Möglichkeiten Frieden in Freiheit zu sichern.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich erkenne das gar nicht. Derjenige, der sagt: Ich will ein Nein ohne jedes Ja – , und derjenige, der uns etwa die Frage vorlegt, daß wir heute entscheiden müßten, ob wir bereit seien, die Mittelstreckenraketen hinzunehmen oder ob wir bereit seien, auf die Verständigung usw. zu setzen, der verkehrt doch die Alternativen. Wo steht das geschrieben? Wo lehrt geschichtliche Erfahrung, daß ich in dem großen Entschluß, bestimmte Realitäten zu ignorieren, den Schritt zur Überwindung dieser Realität tun könnte?

(Beifall bei der CDU.)

Darin liegt doch der grundlegende Irrtum. Darum, meine Damen und Herren, reicht unsere Diskussion heute, wie ich finde, weit über den Bereich der nur militärpolitischen, sicherheitspolitischen Fragen hinaus. Wir müssen uns, glaube ich, heute in der Frage entscheiden, ob wir angesichts der Möglichkeiten, die heute gegeben sind, aufgrund der Erfahrung, die wir bei der Aufgabe der Sicherung von Frieden und Freiheit haben sammeln können, das jeweils mögliche tun. Und wenn das richtig ist, meine Damen und Herren, dann kann man nicht sagen: Wir müssen nachverhandeln statt nachrücken. – Wir wollen nachverhandeln. Aber, meine Damen und Herren, aufgrund welcher Voraussetzungen dürfen wir eine Bereitschaft der UdSSR zu ernsthaften Verhandlungen erwarten, wenn die UdSSR zu dem Eindruck kommen muß, daß sie vor Beginn der Verhandlungen erreicht hat, was sie bestenfalls durch die Verhandlungen zu erreichen hoffen kann. Da liegt doch der entscheidende Punkt.

Natürlich kann man sagen: Ich bin für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa. Ich bin für das Einfrieren der atomaren Rüstung. – Nur muß man doch da jeweils dazusagen, was das bedeutet. Ein Einfrieren der atomaren Rüstung im heutigen Stand heißt zunächst einmal: ein Fortbestehen der sowjetischen Überrüstung. Und das heißt, ein Fortbestehen der bisher bestehenden Erpressbarkeit des Westens. Nun wird man sagen: Wo ist denn die Erpressung? Wir haben jetzt fünf Jahre etwas festgestellt, daß eine sowjetische Überrüstung existiert. Wo sind wir denn erpreßt?

Meine Damen und Herren, daß wir heute in der Bundesrepublik Deutschland über Fragen sprechen müssen, die uns allen bisher völlig unbestreitbar klar waren, daß wir über das Gewaltmonopol des Staates sprechen müssen, daß wir heute darüber sprechen müssen: Gibt es außerhalb der repräsentativen Demokratie Möglichkeiten, Meinungen vorzutragen und zu bilden und durchzusetzen? – , daß wir heute fragen: Hat denn ein Staat überhaupt das Recht, die Pflicht – ich meine, nicht zwischen uns, aber in unserem Land – , an Verteidigung zu denken? – , daß es für uns in der Tat Leute gibt, die von einer Äquidistanz der Bundesrepublik zu den beiden Weltmächten sprechen, das alles sind doch Folgen davon, daß wir uns in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern auch, zum Beispiel in den Niederlanden, heute einer Gefährdung ausgesetzt fühlen, die doch weiß Gott nicht von der Rüstung und der Verteidigungsbereitschaft der Staaten des Nordatlantikpaktes ausgeht. Und deshalb, meine ich, geht diese Diskussion weit über das hinaus.

In dem Augenblick, davon bin ich überzeugt, in dem wir in der Bundesrepublik Deutschland dieses Nein ohne jedes Ja sprechen, hat sich diese Bundesrepublik Deutschland in entscheidenden Grundlagen und entscheidenden Grundfragen verändert. Ich meine, daß wir sehr intensiv darüber nachdenken müssen, ob das dem entspricht, was zu leisten und als Möglichkeit für uns alle zu

eröffnen einmal die Väter des Grundgesetzes für uns alle gewollt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich stelle fest, daß die Aussprache zur Regierungserklärung beendet ist.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Tribüne Mitglieder des Landfrauenvereins Zornheim und Finanzanwärtler aus Koblenz.

(Beifall im Hause.)

Wir kommen zur **Fragestunde**. Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kutscheid und Rocker (CDU)**, zum **Kernkraftwerk Cattenom**, auf – Drucksache 10/276 – .

Ich erteile zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage Herrn Staatsminister Holkenbrink das Wort.

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Kutscheid und Rocker vom 28. Oktober 1983 wie folgt:

Zur Frage 1: Das Dekret auf Zuerkennung der Gemeinnützigkeit für das Kernkraftwerk Cattenom wurde aufgrund eines entsprechenden EdF-Antrages vom 28. Juli 1976 am 11. Oktober 1978 erlassen. Der Antrag bezog sich bereits zum damaligen Zeitpunkt auf vier Blöcke, wovon zunächst zwei Blöcke in Angriff genommen wurden.

Nach der Ende 1981 in der Nationalversammlung durchgeführten Energiedebatte und der Zustimmung der in der Standortumgebung berührten Gemeinden faßte der französische Ministerrat am 25. November 1981 den Beschluß, den dritten Block in das Ausbauprogramm aufzunehmen.

Mit Dekret vom 14. Juni 1982 wurde die Errichtungsgenehmigung für den dritten Block ausgesprochen. Die Baugenehmigungen für die Blöcke I bis IV wurden zwischenzeitlich von den örtlich zuständigen Dienststellen erteilt.

Die französische Seite hat in der Folgezeit wiederholt erklärt, daß angesichts der lokalen Wirtschaftslage und des Bedarfs an elektrischer Energie im Raume Lothringen dem Block IV im nächsten Ausbauprogramm trotz Streckung des nationalen Kernenergiegesamtprogramms höchste Priorität zukommen. Demzufolge faßte der französische Ministerrat am 27. Juli 1983 den seit längerem erwarteten Beschluß, die EdF den Block IV 1984 bestellen zu lassen. Das den vierten Block betreffende Errichtungsdekret ist bislang noch nicht erlassen.

Zur Frage 2: Im Mittelpunkt aller Vorbehalte gegen das Kernkraftwerk Cattenom stand seit Bekanntwerden der Planungen die Frage, ob der Sicherheitsstandard der Anlage dem eines deutschen Kernkraftwerks entspreche. Die Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen ist dieser Frage dadurch nachgegangen, daß sie einen eingehenden Vergleich zwischen dem Sicherheitsniveau des Kernkraftwerks Cattenom und des deutschen Kernkraftwerks Philippsburg II vorgenommen hat.

Im Juni 1982 ist die Kommission dabei einvernehmlich zu folgendem Ergebnis gekommen:

„Die Deutsch-Französische Kommission stellte fest, daß beide Seiten identische Schutzziele verfolgen. Auch wenn zum Erreichen dieser Ziele zum Teil unterschiedliche Wege eingeschlagen werden, so ist im Ergebnis doch davon auszugehen, daß für die

(Staatsminister Holkenbrink)

deutsche Grenzbevölkerung ein gleich hohes Maß an Sicherheit wie im Falle eines genehmigungsfähigen deutschen Kernkraftwerks gegeben ist.“

Fragen, die denkbare negative Auswirkungen auf die Mosel betreffen, werden in den „Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und Saar gegen Verunreinigung“ behandelt. Durch die bisherigen Beratungen und Verhandlungen wurden französischerseits verbindliche Zusagen hinsichtlich Temperaturgrenzwerten und Ausgleich von Verdunstungsverlusten bei niedrigen Moselabflüssen gemacht. In der Bundesrepublik Deutschland durchgeführte Vergleichsrechnungen lassen keine negativen Auswirkungen für die Moselunterlieger erkennen, die den auf internationaler Ebene geltenden Vereinbarungen widersprechen würden.

Zur Frage 3: Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr hat über die französische Botschaft überprüft, ob diese Information zutrifft. Nach einem heute morgen eingegangenen Fernschreiben der Botschaft ist eine solche Äußerung von keinem Vertreter der französischen Regierung gemacht worden.

Zur Frage 4: Ja. – Eine entsprechende Vereinbarung zur Übermittlung von Warn- und Alarmpendungen und zur Unterrichtung der Katastrophenschutzleitung des Nachbarlandes hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Französischen Republik am 28. Januar 1981 in der „Vereinbarung über den Informationsaustausch bei Vorkommnissen oder Unfällen, die radiologische Auswirkungen haben können,“ abgeschlossen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat maßgeblich dazu beigetragen, daß das genannte Abkommen eine Informationspflicht auch für Ereignisse enthält, die geeignet sein könnten, die grenznahe Bevölkerung zu beunruhigen, selbst wenn radiologische Auswirkungen auf das Gebiet des anderen Staates nicht eintreten können.

Die für eine solche Unterrichtung notwendigen Meldekriterien und das hierfür erforderliche Verfahren werden in Gesprächen zwischen Rheinland-Pfalz, dem Saarland und dem Präfekten des Departements Lothringen im Detail festzulegen sein und sich an der für das grenznahe zu Baden-Württemberg gelegene Kernkraftwerk Fessenheim getroffenen Regelung orientieren.

Die bei Störfällen von den Behörden zu veranlassenden Maßnahmen werden in der noch zu erstellenden Notfallschutzplanung festzulegen sein.

Soweit die Antwort.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Kutscheid?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja.

Abg. Kutscheid, CDU:

Herr Staatsminister Holkenbrink, die Feststellung, daß negative Folgen auf das Moselwasser nicht zu befürchten sind, beruht auf der Zusage der französischen Regierung, gewisse Wasserrückhaltmaßnahmen durchzuführen. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob mit dem Bau dieser Einrichtungen als begleitende Maßnahmen inzwischen begonnen wurde?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter Kutscheid, sagen, daß sich diese Rückhaltebecken im Bau befinden. Diese Rückhaltebecken sind so angelegt, daß sie nach der Verabredung auch für den vierten Block ausreichen.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Diller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja.

Abg. Diller, SPD:

Herr Staatsminister, in einer Mündlichen Anfrage, die ich am 29. November 1979 im Plenum eingereicht hatte – also vor ziemlich genau vier Jahren –, hatten Sie darauf verwiesen, daß man inzwischen eine Vereinbarung getroffen hätte, den Vergleich der Kernkraftwerke und ihrer Sicherheit bzw. Gefährdung auf die 1300-MW-Klasse auszudehnen. Sie hatten vorhin nicht von einer MW-Klasse gesprochen, sondern die Kernkraftwerke mit Namen genannt. Sind das diese 1300-MW-Klassen?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Dies entspricht dem; denn die vier Blöcke, die in Cattenom nun vorgesehen sind, sind Blöcke zu je 1300.

(Diller, SPD: Das deutsche Vergleichskraftwerk ist auch eines der 1300er?)

– Entspricht dem, ja.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister Holkenbrink, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Diller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Bitte schön!

Abg. Diller, SPD:

Herr Staatsminister, in den Diskussionen spielt immer eine große Rolle, ob Frankreich ausgerechnet nur im Grenzbereich seiner Kernenergie-Objekte forciert. Haben Sie Kenntnis darüber, ob auch im Inneren Frankreichs das Atomenergieprogramm in dem gleichen Umfange weitergeführt wird?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Kollege Diller, ich bin nicht darüber informiert, wie die Franzosen jetzt im nächsten Zug die einzelnen Blöcke oder neue Kernkraftwerke placieren werden. Aber ich kann Ihnen folgendes sagen – und wenn es Sie interessiert, bin ich gerne bereit, Ihnen eine Karte, die wir darüber haben, vorzulegen –, daß sich die Schwerpunkte bisher in Kraft befindlicher Kernkraftwerke an Loire und Rhone befinden und daß gleichfalls solche an der Westküste Frankreichs liegen, wo sie die volle Westdrift in Kauf nehmen. Es ist nicht etwa festzustellen, daß die Kernkraftwerke nur an der Ostgrenze placiert würden; an Loire und Rhone existieren bisher die meisten.

(Staatsminister Holkenbrink)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister Holkenbrink, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Diller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Bitte schön!

Abg. Diller, SPD:

Herr Staatsminister, haben Sie Erkenntnisse darüber, ob außer dem Energieversorgungsunternehmen Badenwerke noch weitere deutsche Energieversorgungsunternehmen sich mittlerweile finanziell bei dem Kernkraftwerk Cattenom beteiligen?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich habe keine solchen Erkenntnisse.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister Holkenbrink, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Grimm?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Bitte schön!

Abg. Grimm, SPD:

Herr Minister, im April 1981 hat die EDF im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für Block III – ich betone III – des AKW Cattenom eine sogenannte Impaktstudie erstellt. Diese Impaktstudie will Auskunft über die möglichen Auswirkungen geben. Ist der Landesregierung der Inhalt dieser Impaktstudie bekannt, wenn ja, wie beurteilt sie diesen Inhalt?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich kann Ihnen dazu nur schriftlich eine Zusatzantwort geben; dazu bin ich gern bereit.

(Grimm, SPD: Vielen Dank! – Ich kann mich darauf verlassen, daß ich die bekomme, ja? – Heiterkeit im Hause.)

– Ja. – Nun, wenn das hier so gesagt wird, ist Ihre nächste Frage eine solche, die ich mir erlaube nicht zu beantworten.

(Erneute Heiterkeit im Hause.)

Abg. Grimm, SPD:

Noch eine Frage zum Meldesystem von Schäden bzw. von Störungen. Sie wissen – das haben damals die Anhörungen, die die Stadt Trier durchgeführt hat, belegt –, daß der Leiter des ABC-Dienstes im Katastrophenschutz der Stadt Trier die Forderung erhoben hat nach Einbeziehung des AKW Cattenom in ein von ihm so bezeichnetes nicht manipulierbares, direktes Fernüberwachungssystem der Bundesrepublik Deutschland oder nach Einsetzung einer rund um die Uhr im AKW tätigen internationalen Sicherheitskommission, die also diesen technischen und organisatorischen Ablauf überprüfen soll, und zwar ständig. Wie beurteilt die Landesregierung diesen Vorschlag?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Wir sind sehr dafür, und ich kann Ihnen sagen, daß ich noch bemüht war, eine Formulierung dafür zu erhalten. Das war bis heute morgen nicht mehr möglich. Ich bin auch da gerne bereit, Ihnen das schriftlich zu geben.

Abg. Grimm, SPD:

Schönen Dank. – Eine weitere Frage hätte ich noch, und zwar zum Wärmelastplan der Mosel. Wird der fortgeschrieben auf der Grundlage des zu erwartenden Ausbaues auf vier Blöcke, und wann ist mit der Fertigstellung dieser Fortschreibung zu rechnen?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Es ist so, Herr Kollege Grimm, daß auch bei den vier Blöcken, wenn sie erstellt werden, der Wärmelastplan der Mosel gesichert ist – auch bei vier Blöcken. Und dies ist nicht eine neue Einsicht, sondern das ist eine Durchrechnung, die in der Vergangenheit von vornherein mitgemacht worden ist, da ja, wie Sie aus meiner Antwort entnommen haben, die Absicht, einen vierten Block zu bauen, nicht neu ist. Deswegen ist das also mituntersucht worden.

(Grimm, SPD: Vielen Dank!)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister Holkenbrink, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Diller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Bitte schön!

Abg. Diller, SPD:

Kann ich also aus Ihrer Antwort entnehmen, daß das, was Sie in der Drucksache 9/2186 angekündigt haben, daß nämlich eine endgültige Wärmebelastungsrechnung für die Mosel vorgelegt wird, mittlerweile geschehen ist?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich beziehe mich auf die Antwort, die ich Herrn Grimm gegeben habe. Wir haben eine solche Berechnung der Wärmebelastung der Mosel.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Eine weitere Frage!

Abg. Diller, SPD:

Herr Minister, Sie haben eben abgehoben auf den Vertrag vom Januar 1981 bezüglich der deutsch-französischen Vereinbarung, sich gegenseitig über Störfälle zu unterrichten. Dieser Vertrag gibt dem jeweiligen Regierungspräsidenten einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Könnten Sie dem Parlament etwas darüber berichten, wie der Trierer Regierungspräsident dieser Aufgabe seit dieser Zeit nachgekommen ist?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Wir haben die Antwort, die ich darauf gegeben habe, mit dem Innenministerium, das dafür zuständig ist, abgestimmt und wissen von dorthin, daß, was die gegenseitige Benachrichtigung angeht, man über das noch hinausgeht, was ursprünglich vorgesehen war.

(Staatsminister Holkenbrink)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Diller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Bitte schön!

Abg. Diller, SPD:

Vor vier Jahren hat sich die französische Regierung in der DFK dahin gehend geäußert, daß sie weitere Auflagen während der Bauzeit, die dann jeweils dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik entsprechen werden, noch berücksichtigen will. Können Sie aufgrund Ihrer Erkenntnisse bestätigen, daß diese Zusage von vor vier Jahren eingehalten worden ist?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Wir haben keinen Anhaltspunkt, daß das, was damals dort dazu gesagt worden ist, heute anders ausgesagt werden müßte oder könnte.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Noch eine weitere Zusatzfrage, bitte!

Abg. Diller, SPD:

Herr Staatsminister, es fällt nicht in Ihr Ressort, aber trotzdem möchte ich die Frage stellen, da die Bundesanstalt für Gewässerkunde jetzt schon nicht unerhebliche Tritium-Mengen im Oberflächenwasser bei Trier und Lehmen festgestellt hat: Wie beurteilen Sie die Situation nach Inbetriebnahme der Kernkraftwerke?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich bin wissenschaftlich nicht ausgebildet, um da eine solide Aussage machen zu können, die im übrigen mit der Frage, die hier gestellt worden ist, nicht zusammenhängt; und wir haben uns daran gewöhnt, nur solide Auskünfte zu geben. Ich muß hier passen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich stelle fest, daß weitere Zusatzfragen nicht vorliegen, und stelle weiterhin fest, daß damit die Anfrage ausreichend beantwortet ist.

(Beifall bei der CDU.)

Ich rufe jetzt den Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1981

dazu:

a) **Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1981**

Antrag der Landesregierung

– Drucksache 9/2539 –

b) **Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1981**

Antrag des Rechnungshofs

– Drucksache 9/2731 –

c) **Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1981**

Unterrichtung durch den Rechnungshof

– Drucksache 9/2850 –

d) **Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1981 (Drucksache 9/2850)**

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 9/2890 –

Außerdem rufe ich die Drucksache 10/260 mit dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses auf.

Zur Berichterstattung für den Haushalts- und Finanzausschuß erteile ich Herrn Abgeordneten Müller das Wort und teile zugleich mit, daß die SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt Redezeitverlängerung für ihren Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Preuss, beantragt hat.

Abg. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sparen will, dem kann das Goethe-Wort helfen: „Man wird nicht reich von dem, was man einnimmt, sondern von dem, was man nicht unnützlich ausgibt.“

Sparsamste Mittelverwendung, wirtschaftlichste Aufgabenerfüllung, das sind Gebote, wenn die Einnahmen der laufenden Rechnung der Landeskasse geringer fließen als die Ausgaben der laufenden Rechnung, Aufgabenerfüllung jedoch notwendig ist und effizient gelöst werden soll.

Um in diesem Sinne zu handeln, dient dem Parlament die Haushaltskontrolle, das Haushaltskontrollrecht, das zugleich neben dem Budgetrecht zu seinen essentiellen Rechten gehört.

Wenn ich vorab einiges kritisch ansprechen muß, dann nicht, weil ich meiner Person als Mitglied der Opposition in diesem Hause gerecht werden will, sondern um dem steuerzahlenden Bürger in diesem Lande in einer Zeit, in der Unzufriedenheit und Kritik am öffentlichen Gemeinwesen sehr ausgeprägt sind, die Gewähr dafür zu geben, daß auf den verantwortungsbewußten Umgang mit öffentlichen Mitteln in diesem Hause hingewirkt wird.

Lassen Sie mich dabei zunächst auf einen Gefahrenpunkt aufmerksam machen. Ich meine, wir sollten bestrebt sein, Vorsicht etwa bei dem Gedanken walten zu lassen, Haushaltskontrolle einseitig und alleinig als Geschäft der Opposition zu sehen. Haushaltskontrolle kann dabei für die regierungstragende Fraktion mitunter sehr viel schwieriger sein als für die Oppositionsfraktion, sowohl von der Sache als auch vom Rollenverständnis her.

Aufgezeigte Verstöße oder gemachte Fehler, die das Parlament kritisiert, bedeuten natürlich immer auch Kritik an der Landesregierung, was sicher Empfindlichkeiten auslösen kann und auslöst. Aber, meine Damen und Herren, Kontrolle schließt schlechterdings auch die Möglichkeit zum Konflikt ein. Das ist nicht auszuschließen, wenn das Parlament seiner verfassungsmäßigen Kontrollfunktion nachkommt.

Die Rechnungsprüfungskommission, die sich in parteipolitischer Gemeinsamkeit um sachliche Arbeit bemüht hat und in der weder die Opposition allein eine Angriffsmöglichkeit auf die Regierung gesehen hat, noch die Mitglieder der Regierungsfraktion ihre Aufgabe als Schutztruppe der Regierung verstanden haben, hat

(Müller)

praktiziert, worum es geht: Haushaltskontrolle muß in der gewaltenteiligen organisierten Demokratie eine Aufgabe des gesamten Parlaments sein, die von beiden Seiten des Hauses getragen wird. Nur damit wird sie Erfolg haben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas anderes als Vorbemerkung klären: Die Rechnungsprüfungskommission mit dem ihr irreführenderweise gegebenen Namen prüft nicht die Landeshaushaltsrechnung, sondern sie erörtert sie in Verbindung mit dem Jahresbericht des Rechnungshofes und der Stellungnahme der Landesregierung zusammen mit den Herren des Rechnungshofes und denen der Landesregierung und erstellt darüber einen Bericht über die nach Erörterung des Prüfungsergebnisses wesentlichen Sachverhalte und über die nach Auffassung der Rechnungsprüfungskommission einzuleitenden Maßnahmen. Dieser Bericht dient als Beschlußempfehlung für den Haushalts- und Finanzausschuß für seinen Bericht an das Parlament, der Ihnen als Beschlußvorlage in der Drucksache 10/260 vorliegt.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise, wie die Beschlußempfehlungen der Rechnungsprüfungskommission im Haushalts- und Finanzausschuß, im Plenum und danach weiterhin behandelt werden, ist sehr unterschiedlich. Damit die getroffenen Feststellungen die Kenntnismängel, die Ersuchen und gegebenenfalls die Mißbilligungen wie ein parlamentarischer Beschluß zwingende Wirkung für die Exekutive entfachen und möglicherweise nicht zu bloßen Reklamationen oder gar zur Drucksachenmakulatur werden, müssen wir dafür sorgen, daß eingeordnet in den Budgetkreislauf sie ein Kernstück parlamentarischer Haushaltskontrolle bilden, gewissermaßen als Kritik und Korrektur des gegenwärtigen für das zukünftige Haushaltsgebaren.

In Gesprächen mit dem Rechnungshof trifft man nicht selten auf Frust und Resignation. Wofür leisten wir unsere Arbeit, wozu geben wir unsere Empfehlungen, wozu sprechen wir unsere Ersuchen aus, wenn wir nur teilweise sehr zögerlich oder überhaupt nicht durchdringen? Diese Fragestellung ist nicht eine einzelne, sondern sie ist in den Jahren meiner Zugehörigkeit zur Rechnungsprüfungskommission wiederholt und verschiedentlich und von verschiedenen gestellt worden.

Meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, dies ist zugleich eine sehr ernste Mahnung an uns selbst. Wir beklagen den Bedeutungsverlust unseres Landtages. Seien wir statt dessen fähig und versetzen wir uns in die Lage, unsere Kompetenzen auszufüllen. Kompetenzen sind doch wie Muskeln, die erschlaffen, wenn sie nicht geübt werden. Daß dies auch wiederum für die Regierungsfraktion, die Minister als Abgeordnete in ihrer Fraktion hat, ungleich schwieriger sein kann als für eine Oppositionspartei, weiß ich sehr wohl. Aber stoßen wir hier nicht an einen neuralgischen Punkt unseres Parlamentsverständnisses und der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative?

Meine Damen und Herren? Finanzkontrolle ist mühsam, zeitraubend, mit geringer Anerkennung verbunden und vielmehr mit dem Konflikt behaftet und erscheint in vermindertem Umfang attraktiv als die Haushaltsverabschiedung, als die in die Zukunft gerichtete Entscheidungsbefugnis. Ich habe den Eindruck, daß hier ein augenfälliges Mißverhältnis besteht.

Haushaltskontrolle als Aufgabe der Rechnungsprüfungskommission und des Haushalts- und Finanzausschusses muß durch das Parlament permanent fortgesetzt und für die Öffentlichkeit wahrnehmbar durchgeführt werden. Die Arbeit des Rechnungshofes läßt sich dann in besonderem Maße auswerten und die Ergebnisse beobachten. Der intensiven Beratung folgt dann die intensive Kontrolle der Empfehlungen. Gegebenenfalls könnte das Parlament sein politisches Schwert gegenüber der Regierung gebrauchen, das der Rechnungshof nicht besitzt.

Mit dem Kontrollvorgang und -ablauf würden somit mehr Gewicht und Bedeutung und möglicherweise auch mehr Macht verbunden sein. Lassen Sie mich diesen Vorschlag machen, auch wenn ich damit rechnen muß, daß ich nicht überall auf Gegenliebe stoße.

Ich möchte noch eine weitere Bemerkung anschließen. Liest man die Einlassungen der Landesregierung auf die Prüfungsbemerkungen des Rechnungshofes, dann lauten sie beispielsweise – ich zitiere –: „Die durch den Rechnungshof festgestellten Mängel sind inzwischen abgestellt“; „Das Ministerium teilt die Auffassung des Rechnungshofes“; „Ein Teil der nicht besetzten Stellen war bereits zur Einsparung vorgesehen“; „Die dem Rechnungshof gemachten Einsparungsvorschläge werden weitgehend befolgt.“ Meine Damen und Herren, aus solchen Erwidern wird deutlich, daß die Verwaltungen einsichtig sind und Beanstandungen abstellen. Der Erfolg der Arbeit des Rechnungshofes ist gesichert.

Aber es wird auch ein Weiteres deutlich, nämlich, daß es erst des Rechnungshofes und seiner Prüfungen bedurft hatte, um die Mängel aufzuzeigen und deren Abstellung zu veranlassen.

Jedes Ministerium ist aber wohl von sich aus verpflichtet, Mängel selbst zu erkennen und abzustellen. Ich kann mich deshalb des tendenziellen Eindrucks nicht erwehren, daß bei einem Gutteil der Feststellungen des Rechnungshofes der jeweils aufsichtsführende politisch verantwortliche Minister schon vorher hätte eingreifen müssen. Es darf von einer ordnungsgemäß geführten Verwaltung erwartet werden, daß sie von sich aus Mängel erkennt und abstellt und nicht auf den Rechnungshof und seine Prüfungen und Feststellungen wartet, um dann erst aktiv zu werden. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Feststellungen des Rechnungshofes Anstoßwirkungen auslösen, damit Verwaltungen selbst untersuchen, wie Aufgaben zukünftig wirtschaftlicher erfüllt werden können.

Um schon jetzt bei den Beratungen für den Doppelhaushalt 1984/85 die Arbeit von Rechnungshof und Rechnungsprüfungskommission nicht zur Prophetie in die Vergangenheit werden zu lassen, kritisieren wir nach vorn, damit wir aus der Kritik lernen und Schlüsse für die Zukunft ziehen und handeln.

Neben den bewährten Maßnahmenprüfungen, die Parlament wie Regierung rechtzeitig auf eventuelle Fehlentscheidungen hinweisen, so daß Fehler noch vor dem eigentlichen Beginn einer Maßnahme korrigiert werden können, liegt für die Haushaltsberatung eine Liste mit etatplanmäßigen Veränderungen und Verbesserungen, wie sie die Erörterung der Rechnungs- und Organisationsprüfung ergeben haben, vor.

Sie erleichtert sowohl die Arbeit eines jeden Haushälters, wie sie ihm auch die Kontrollmöglichkeit für die Einhaltung der von ihm gefaßten Beschlüsse bietet.

Lassen Sie mich nun zum allgemeinen Teil des Beschlusses einige Bemerkungen machen:

Erstmals nach den Jahren 1974 und 1975 schloß das Haushaltsjahr 1981, das heute in Rede steht, wieder mit einem Fehlbetrag von rund 49 Millionen ab, der im Nachtragshaushaltsplan 1983 veranschlagt ist. Die Ausgabenreste wurden im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren weiter verringert und hatten mit 249 Millionen, was noch 2,1 % des Gesamthaushaltsansatzes entspricht, den geringsten Stand seit zehn Jahren erreicht.

Nach Mitteilung des Rechnungshofes entfielen rund vier Fünftel der Ausgabenreste auf sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Sie sind vor allem deshalb nicht abgeflossen, weil die bewilligten Zuwendungen wegen Verzögerung bei den

(Müller)

Baumaßnahmen nicht abgerufen werden konnten. Damit waren Haushaltsmittel in erheblichem Umfang vorzeitig, aber auch unnötig, gebunden worden.

Mit 4,8 Milliarden und einer Erhöhung gegenüber 1980 um 5,9 % beanspruchten die Personalausgaben des Landes inzwischen 71,4 % der Steuereinnahmen des Landes. Die Haushaltssteigerung betrug dagegen nach der Haushaltsrechnung nur 5,5 %. Dieser fortgesetzte Anstieg der Personalkosten gibt zu ernststen Überlegungen Anlaß.

Ebenso bedenklich muß die Schuldenentwicklung des Landes stimmen. Mit einem Schuldenneuzugang von 1483 Millionen beliefen sich die Schulden des Landes auf 11 200 Millionen DM. Die Kreditfinanzierungsquote stieg von 11,2 % im Jahre 1980 auf 12,7 % im Jahre 1981. Die Zins-Steuer-Quote, das Verhältnis der Steuereinnahmen zu den gezahlten Zinsen, erreichte mit 9,63 % den bisher höchsten Satz, und dies bei einer ansteigenden Entwicklung in den nächsten Jahren.

Meine Damen und Herren, im Jahre 1981 überstiegen die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen um 217 Millionen. Zur Schuldentilgung, zur Finanzierung von Investitionen oder Vermögenserhaltung standen keine laufenden Mittel zur Verfügung. Die Investitionsausgaben waren rückläufig. Sie verringerten sich um 2 % von 2118 Millionen im Vorjahr auf 2076 Millionen. Die Investitionsquote sank auf den bisher niedrigsten Wert von 18,4 %.

Lassen Sie mich auch auf die bedrohliche Nähe von Nettokreditaufnahmen und Investitionsausgaben im Jahre 1981 hinweisen. Mit nur noch 183 Millionen DM war die Schuldenaufnahme niedriger als die Investitionsausgaben, deren Höhe nach Artikel 117 der Landesverfassung und nach § 18 der Landeshaushaltsordnung die Obergrenze der Schuldenaufnahme darstellt.

Meine Damen und Herren, diese Daten sollen veranschaulichen, welche Anforderungen an die Haushalts- und Wirtschaftsführung zu stellen sind. Die Belastungsfähigkeit des Haushalts ist außerordentlich eingengt. Um Handlungsspielraum zu gewinnen, wird vor allem der durch Organisationsprüfungen aufgezeigte Abbau vermeidbaren und überflüssigen Verwaltungsaufwandes gesehen werden müssen, zugunsten der Stärkung der Investitionskraft und zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Nach der Darstellung des allgemeinen Teils meines Berichts gehe ich davon aus, Ihre Zustimmung zu finden, wenn ich Sie weitgehend auf die Ihnen vorliegende schriftliche Beschlußempfehlung verweise und eine notwendige Erläuterung und Ergänzung kurzhalte und mich mit dem Mut, aber auch der damit verbundenen Gefahr zur Lücke auf wenige Textziffern beschränke.

Fachkundigerweise hat der Rechnungshof seit Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und neben den Maßnahmenprüfungen in der Organisations-, System- und Verfahrensprüfung einen Schwerpunkt gesetzt, der sich als außerordentlich effektiv erwiesen hat bzw. in der Langzeitwirkung effektiv sein wird, sofern die Feststellungen ernsthaft aufgegriffen und den Ersuchen des Parlaments — an seinem entschiedenen Nachdruck liegt viel — gefolgt wird.

Der Rechnungshof hat eine umfassende Querschnittsprüfung bei den drei Bezirksregierungen des Landes durchgeführt und Einsparungen bei den Personalkosten von über 5 Millionen DM jährlich nachgewiesen, die kurz- und mittelfristig einzusparen sind, worüber weitgehend Einvernehmen zwischen Rechnungshof und dem Ministerium des Innern und für Sport besteht.

Neben der Einsparung von Stellen geht es dabei um eine durchgängige sachgerechte Dienstpostenbewertung aller Beamten-

stellen. Es muß betont werden, daß durch diese Maßnahmen niemand seinen Arbeitsplatz verliert, aufgrund der kw- und ku-Vermerke.

Weil wir sparen müssen, muß gezielt gespart werden. Das gilt nicht nur für die Bezirksregierungen, sondern überall dort, wo vorhandenes Personal nicht, nicht mehr oder nur in geringem Umfang benötigt wird, ohne daß ich damit den Abbau bzw. die Einschränkung der staatlichen Aufgaben einzuläuten habe, noch die Leistungskraft der Verwaltung zu schmälern ist.

Sparen an der richtigen Stelle ist gerechter und sachlich gerechtfertigter als die groben globalen Einsparungsmöglichkeiten. Wir brauchen dringend gestalterischen Handlungsspielraum.

Sowohl in der Rechnungsprüfungskommission als auch im Haushalts- und Finanzausschuß wurden die 24 Fälle gerügt, wo Beamte — überwiegend des höheren Dienstes — über Jahre zu den Bezirksregierungen abgeordnet wurden und Daueraufgaben wahrgenommen haben. Neben der rechtlichen Unzulässigkeit nach dem Beamtengesetz ist das Etatrecht des Landtags in eklatanter Weise verletzt worden.

Auf völliges Unverständnis stieß bei den Beratungen die Feststellung des Rechnungshofs, daß die Arbeitszeit von Bediensteten teilweise nicht ordnungsgemäß erbracht wurde. Von dem bereits vorliegenden ersten Entwurf über eine landeseinheitliche Regelung der Arbeitszeit wird eine Abstellung dieses Mangels erwartet.

Von der Wichtigkeit her habe ich wohl auch auf die Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Hier kann und darf es einfach nicht angehen, daß Gemeinden, die bestimmungswidrig Möglichkeiten zur Verbesserung aus eigener Kraft nicht nutzen, dann zu Lasten der übrigen Gemeinden, die sich in ihrer Haushalts- und Wirtschaftsführung ordnungsgemäß verhalten, aus Mitteln des Ausgleichsstockes unterstützt werden. Der Innenminister wird ersucht, seine Aufsichtsbehörden in der Beurteilung unausgeglichener Haushalte zu stringenterem und einheitlicherem Verwaltungshandeln anzuhalten.

Die Entnahmen aus dem Investitionsstock für zentrale Wahrnehmungen von Aufgaben erscheinen ebenfalls teilweise fraglich. Für eine eindeutige Abgrenzung ist zu sorgen, damit der Ausgleichsstock nicht in Anspruch genommen wird für Verwendungszwecke, die nicht abgedeckt sind, wie beispielsweise der Kauf eines Kraftfahrzeuges für das Landesrechenzentrum beweist.

Unnötiger Verwaltungsaufwand entstand durch das Mißverhältnis der Höhe der Anträge und der möglichen Bewilligungen aus dem Investitionsstock, bedingt durch eine zu hohe Zahl der unterschiedlichen Verwendungszwecke. Wenn 684 Anträge mit einem Investitionsvolumen von 80 Millionen DM abgelehnt werden mußten, dann kann die Folgerung nur lauten, die Antragsflut zu begrenzen durch Einschränkung oder temporäre Begrenzung der Verwendungszwecke oder durch Festlegung der Schwerpunkte der Förderung.

Das zweite Ärgernis, das kritisch beleuchtet werden muß, sind die hier vorhandenen Ausgabenreste, auf die ich schon bei meinen allgemeinen Bemerkungen hingewiesen habe. Ende 1981 betragen sie rund 54 Millionen DM; von dem Haushaltsansatz 1981 flossen nur 29 % ab, 71 % des Ansatzes sind in die Ausgabenreste eingegangen. Deshalb ergab sich aus der Diskussion, Kreisverwaltungen und Bezirksregierung müssen in der Sache wie in den Angaben, die die Zuwendungsempfänger machen, ihrer Prüfungspflicht strenger genügen, und der Ausschuß richtete die ausdrückliche Forderung an den Innenminister, daß dieser Pflicht nachgekommen wird.

Wenn wir uns um Investitionen bemühen, damit die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, dann wird durch solches Handeln, wie es von

(Müller)

einem Teil der Gemeinden praktiziert wurde, in unverantwortlicher Weise die wirtschaftspolitische Zielsetzung unterlaufen. Zu Hoffnungen gibt die Verringerung der Ausgabenreste in 1982 auf 31 Millionen DM Anlaß.

Wegen des beachtlichen Investitionsvolumens will ich zu den Feststellungen, die die Förderung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen betreffen, noch Ausführungen machen. Das Ziel der Abwasserbeseitigung liegt in der Verbesserung der Gewässergüte. Aber gerade diese Zielsetzung ist in einer nicht unerheblichen Anzahl von Kläranlagen nicht erreicht worden. Einerseits handelt es sich um zu große Einzugsgebiete, andererseits um eine zu optimistische Wachstumsentwicklungsannahme, die dazu führten, daß die Kläranlagen noch zum Teil nach zehn Jahren erst zu 20 bis 40 % ausgelastet sind.

Nicht nur zu hohe Inanspruchnahme öffentlicher Finanzzuwendungen ist in diesem Zusammenhang zu beklagen, sondern wegen der zu geringen Zahl angeschlossener Einleiter führt dies zu höheren Beiträgen und Gebühren, die zu Lasten der Angeschlossenen gehen.

Bei unterschiedlicher Auslastung klären dann diese Kläranlagen das Schmutzwasser nicht hinreichend, und der Reinigungseffekt bewegt sich gegen Null, mit der Folge einer erhöhten Abwasserabgabe. Dabei will ich gern konstatieren, daß der Finanzrahmen nicht in der alleinigen Zuständigkeit des Landwirtschaftsministers liegt, der oft zum Baubeginn von Abwasseranlagen gedrängt worden ist und sein wird. Doch wies der Ausschuß mit Nachdruck auf die politische Verantwortlichkeit des Landwirtschaftsministers hin. Bei der Bewilligung der Mittel muß das Landwirtschaftsministerium die Prüfung der Vorhaben besorgen oder besorgen lassen. Nicht die vielleicht politisch wirkungsvolle Zahl begonnener Vorhaben zählt beim Gewässerschutz, nein, allein die erreichte Güte durch die alsbaldige Funktionsfähigkeit einer Gesamtanlage von Flächenkanalisation, Verbindungssammlern und Kläranlagen ist wichtig.

Die angekündigten Änderungen der Finanzrichtlinien als Folge der Rechnungsprüfung, so darf ich erwarten, enthalten dann sicher auch eindeutige Kriterien zur Einstufung abwasserintensiver Betriebe, damit die ordnungsgemäße Ermittlung der nicht förderungsfähigen Kosten sichergestellt ist.

(Präsident Martin übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die verfaßte Studentenschaft, wie sie das Hochschulgesetz vorsieht, eröffnet den Asten eine Finanzierungsmöglichkeit durch kostenfreien Einzug von Zwangsbeiträgen von Studenten, die 1981 zwischen 10,00 DM und 15,65 DM je Student und Semester lagen. Grundlage hierzu sind die entsprechenden Satzungen, Haushaltspläne und Jahresabschlüsse sind von den Asten zu erstellen und den Präsidenten der Hochschulen zur Genehmigung vorzulegen. Doch gerade an der Aufsichtspflicht der Hochschulpräsidenten bei der Kontrolle der vorzulegenden Prüfungsunterlagen hat es in der Vergangenheit gehapert, wenngleich sie um diese Aufgaben nicht zu beneiden, aber doch dazu verpflichtet sind. Daß gerade durch den Druck des Kultusministeriums die Präsidenten die Dinge, soweit sie noch möglich waren, in Ordnung gebracht haben, zeigt aber auch, wie übrigens die Genehmigung der Beitragssatzungen durch das Kultusministerium, daß sich das Kultusministerium nach Feststellungen des Ausschusses nicht aus der Verantwortung ziehen kann, sondern von seinem übergeordneten Kontrollrecht Gebrauch zu machen hat.

Sicher zeigt dieser Fall, wie Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie Probleme nicht in den Griff bekommen. Aber, meine Damen und Herren, Freiheit in Forschung und Lehre läßt sich nicht auf Freiheit in der Haushaltsführung der Studentenschaft übertragen.

Ich darf zum Abschluß feststellen, daß, wie jedes Jahr, die Rechnungsprüfungskommission die Rechnung des Rechnungshofs stichprobenweise geprüft hat. Beanstandungen haben sich dabei nicht ergeben.

Im Namen des Haushalts- und Finanzausschusses empfehle ich, der einstimmig gefaßten Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses beizutreten. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu den gesetzten Terminen über das Veranlaßte zu berichten.

Ich beantrage, nach § 114 der Landeshaushaltsordnung der Landesregierung Entlastung für das Haushaltsjahr 1981 und dem Präsidenten des Rechnungshofes nach § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für die Rechnung des Rechnungshofes für das Haushaltsjahr 1981 zu erteilen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Martin:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den ausführlichen Bericht und eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Professor Dr. Preuss.

Abg. Prof. Dr. Preuss, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Jahresbericht des Rechnungshofes über das Haushaltsjahr 1981 sowie zum Bericht und zur Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses an das Plenum mit einigen Vorbemerkungen einleiten.

Wir führen heute keine Debatte über die Finanzpolitik der Landesregierung – dies werden wir eingehend am 1. Dezember bei der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes 1984/85 tun –, sondern wir haben heute darüber zu debattieren, wie die Landesregierung mit den von den Bürgern erarbeiteten Steuern und dem vom Parlament bewilligten Finanzmitteln umgeht. Wir werden insbesondere die Ausgabenpolitik der Landesregierung in den Bereichen der Landesverwaltung kritisch zu durchleuchten haben, in denen gegen den Grundsatz einer sparsamen und zugleich wirtschaftlichen Haushaltsführung verstoßen wird.

Zur wirksamen Ausübung seiner ihm von der Verfassung aufgetragenen Kontrollfunktionen über die Regierung ist das Parlament im Bereich der Finanzkontrolle auf die Hilfe und Unterstützung des unabhängigen Rechnungshofes angewiesen. Der Landtag erwartet daher vom Rechnungshof einen objektiven und ungeschminkten Bericht über die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und darüber hinaus auch Aussagen und Anregungen, wie die festgestellten Mängel beseitigt werden können und die Arbeit der Landesbehörden zum Wohle der Bürger effektiver gestaltet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beiden Forderungen wird der vorliegende Bericht des Rechnungshofes gerecht. Ich möchte daher vor diesem Hohen Hause dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes und seinen Mitarbeitern im Namen der SPD-Fraktion für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aussprechen.

(Beifall der SPD.)

Sehr geehrter Herr Präsident Schreiner. Ich habe in diesem Jahr zum erstenmal an den Beratungen der Rechnungsprüfungskommission teilgenommen. Mich persönlich hat die Art und Weise

(Prof. Dr. Preuss)

beeindruckt, in der Sie mit Ihrer langjährigen und enormen Verwaltungserfahrung die Arbeit in der Rechnungsprüfungskommission unterstützt und dazu beigetragen haben, daß offene Fragen zu einzelnen untersuchten Gegenständen oder Bereichen geklärt oder, besser gesagt, in ihrem Hintergrund aufgeklärt werden konnten, was nicht zuletzt zu einer einmütigen Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses an das Plenum in Form der Drucksache 10/260 geführt hat.

Ich möchte Ihnen persönlich hierfür meinen Respekt bezeugen und mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Ich möchte außerdem allen Kollegen der Rechnungsprüfungskommission für die faire und wesentlich auf die Sache bezogene Zusammenarbeit danken. Die Kriterien, mit denen die Haushaltsführung der Landesregierung zu messen und zu bewerten ist, sind zwischen den Mitgliedern der Opposition und der Mehrheitsfraktion in der Rechnungsprüfungskommission unstrittig. Ich betrachte dies als Selbstverständlichkeit, denn die Regierung zu kontrollieren ist die Aufgabe aller Fraktionen dieses Hohen Hauses. Ich begrüße dies aber insbesondere im Rückblick auf Ihr Verhalten, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, daß Sie vor einem Jahr bei der Beratung des Rechnungshofsberichts 1980 im Haushalts- und Finanzausschuß und hier vor dem Plenum an den Tag gelegt haben, als Sie nämlich nicht bereit waren, trotz eines Votums Ihrer Mitglieder in der Rechnungsprüfungskommission, dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und seinem Minister zum Thema „Verkauf landwirtschaftlicher Domänen“ eine Mißbilligung und herbe Kritik an der Haushaltsführung auszusprechen.

Nun möchte ich eine allgemeine Bemerkung zur Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht des Rechnungshofs machen. Die Zahl der Vorwürfe und Feststellungen im Rechnungshofsbericht gegenüber der Landesverwaltung sind beachtlich. Fehler, Mängel und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung, unwirtschaftlicher Einsatz von Haushaltsmitteln, zuviel Personal und zu hohe Einstufungen in der Gehaltsskala und vieles mehr. Fürwahr, das Sündenregister ist lang und breitgefächert. Wie in den vergangenen Jahren stimmt die Landesregierung in sehr vielen Fällen den Feststellungen und Änderungsvorschlägen des Rechnungshofs zu, häufig mit der lapidaren Bemerkung, die notwendigen Maßnahmen sind eingeleitet oder in Zukunft wird entsprechend verfahren werden.

Sie bleibt in ihrer Stellungnahme sehr oft dem Parlament eine Erklärung schuldig, warum sie einen heute aufgrund der Feststellungen des Rechnungshofs als richtig erkannten Weg nicht schon früher gegangen ist, und warum es immer erst eines Anstoßes von seiten des Rechnungshofs bedarf, um Mißstände und Unzulänglichkeiten im Verwaltungsablauf und Haushaltsvollzug abzustellen.

Meine sehr verehrten Herren auf der Regierungsbank, es geht doch hier um die Steuergroschen der Bürger, die hierfür hart arbeiten müssen. Sie haben Anspruch und ein Recht darauf, zu verlangen, daß der Staat mit ihrem Geld sparsam umgeht, daß die Regierung, das heißt in unserem Finanzbereich die Landesregierung, selbst vorbeugend die richtigen Maßnahmen zur Erfüllung dieses Anspruchs ergreift und nicht erst die Vorschläge und Ermahnungen des Rechnungshofs abwartet. Ich möchte Ihnen hierfür nur zwei typische Beispiele von vielen nennen, allerdings, wie Sie gleich sehen werden, mit sehr unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen und Bewertungen.

1. Zum Thema Bezirksregierung: Der Rechnungshof hat im Rahmen einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung bei den Bezirksregierungen unter anderem festgestellt, daß von 769 überprüften Stellen – die Gesamtzahl der Bediensteten bei den Bezirksregierungen beträgt 1750 – 111 Stellen einzusparen sind.

Von diesen einzusparenden Stellen sind 89 Stellen besetzt und 22 Stellen unbesetzt. Insgesamt ist dies eine Einsparung umgerechnet von 5 Millionen DM jährlich im Bereich der Personalausgaben dieser Mittelinanz.

In der Stellungnahme der Landesregierung lesen wir, daß die Regierung 75 % der Einsparungsforderung des Rechnungshofs anerkennt. Wir lesen aber nichts darüber, warum die Landesregierung nicht schon vorher diesen Personalüberhang bei den Bezirksregierungen erkannt hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß vor zwei Jahren bei der Beratung des Doppelhaushalts 1982/83 die SPD-Fraktion unter anderem beantragt hatte, bei den Bezirksregierungen weitere Personaleinsparungen vorzunehmen, da durch Aufgabenübertragung, z. B. auf den Kommunalbereich – Schülerbeförderung, Förderungsmaßnahmen im Jugendhilfebereich – und auch mögliche Vereinfachungen im Verwaltungsablauf durch Beseitigung bürokratischer Hemmnisse ein geringerer Personalbedarf erkennbar war.

Die CDU-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit in diesem Hause, hat jedoch – wie bei fast allen unseren Änderungsvorschlägen im Rahmen der Haushaltsberatungen – selbstherrlich auch diesen bereits ein Jahr später vom Rechnungshof in der Notwendigkeit bestätigten Antrag abgeschmettert und ist wohl nach dem Motto verfahren, daß nur die Regierungsfraktion den Schlüssel zu richtigen und notwendigen finanzpolitischen Entscheidungen in der Hand halten kann.

Hier liegt ein besonders gravierender Fall finanzpolitischen Fehlverhaltens vor, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, daß einerseits der Anteil der Personalkosten an den Ausgaben des Landes beängstigend hoch ist mit der zwangsweisen Folge, daß zuwenig Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen, andererseits in anderen Aufgabenbereichen der Landesverwaltung wie zum Beispiel im Umweltschutz, beim Gewerbeaufsichtsamt, in der Lebensmittel- oder Weinkontrolle und anderen Bereichen, infolge gestiegener Aufgaben die Personaldecke viel zu dünn ist.

Da im öffentlichen Dienst aus rechtlichen Gründen eine Personaleinsparung nicht auf dem Wege der Entlassung Bediensteter vorgenommen werden kann – ich betone auch, nicht vorgenommen werden soll – und eine Personalvermehrung in anderen Aufgabenbereichen nur durch Stellenumschichtung erfolgen kann, erfordern wirksame Ausgabenminderungen im Personalbereich einen längeren Zeitraum. Um einen unwirtschaftlichen Einsatz von Personal – hier zuviel und dort zuwenig – und damit unrationelle und ineffektive Verwaltung zu vermeiden, hätte die Landesregierung zu einem früheren Zeitpunkt die richtigen Weichenstellungen im Bereich der Bezirksregierungen treffen müssen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum nächsten Beispiel.

2. Zum Thema Hubschrauberstaffel der Polizei: Unter anderem wurde vom Rechnungshof beanstandet, daß im Rahmen von Streifenflügen auf Anordnung des Innenministeriums Flüge mit Privatpersonen zum Beispiel von Presse, Rundfunk und einer Filmgesellschaft, durchgeführt wurden. Da einige dieser Flüge nicht ausschließlich polizeilichen Zwecken dienten, handelte es sich um Sonderflüge, die nach den einschlägigen Richtlinien des Landes kostenpflichtig sind. Entgelte wurden aber nicht erhoben oder erst verspätet nach Prüfung durch den Rechnungshof. Bei diesem Beispiel geht es nicht um große Summen, wengleich der Stundensatz für einen Flug mit maximal 2000 DM in Rechnung zu stellen ist.

(Prof. Dr. Preuss)

Ich möchte der Öffentlichkeit nur einmal das Verfahren am Beispiel der Filmgesellschaft skizzieren und zuvor betonen, daß im Sinne einer korrekten und der Aufklärung dienlichen Berichterstattung von polizeilichen Einsätzen ein Interesse an der Mitnahme von Privatpersonen durchaus bestehen kann und auch von uns bejaht wird, wenn es den vorgenannten Zielen dient. Wir legen aber Wert darauf, daß vom Staat getrennte Institutionen – dies trifft auch für Presse und Rundfunk zu – in Erfüllung ihrer Aufgaben die dem Land entstehenden Unkosten erstatten.

Der letzte Flug mit der Filmgesellschaft fand am 6. November 1981 statt. Erst nach der Prüfung durch den Rechnungshof wurden die Unkosten in Höhe von 8000 DM am 5. März 1982 festgesetzt – man höre und staune – und der Gesellschaft erst Anfang 1983 in Rechnung gestellt. Der Kommentar der Landesregierung hierzu lautet, Herr Präsident, gestatten Sie bitte, daß ich zitiere: „Die sogenannten Sonderflüge werden aufgrund der Beanstandungen des Rechnungshofs auch im Rahmen von Streifenflügen im Zweifelsfall als kostenpflichtige Sonderflüge betrachtet und berechnet.“ Kurz und knapp ist diese Erklärung der Landesregierung, aber daraus ist letztendlich nichts zu ersehen. Ich gestehe freimütig ein und füge hinzu, Gott sei Dank, daß dieses Beispiel von fehlerhafter Verwaltungsentscheidung nicht nur exotisch in seinem Beispiel anmutet, sondern in dieser krassen Form Seltenheit besitzt. Dennoch sprechen wir die Erwartung aus, daß in Zukunft im Interesse der Bürger, die pünktlich ihre Steuern zu zahlen haben, auch auf anderen Gebieten sich so etwas nicht wiederholen darf.

Ich möchte an dieser Stelle, ehe ich mich speziell mit einigen Textziffern des Rechnungshofsberichts befasse, noch einmal wiederholen, was ich schon im vergangenen Jahr zum Bericht 1980 gesagt habe. Der Rechnungshof darf unter keinen Umständen mit seinen Feststellungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen in eine Rolle gedrängt werden, die der Landesregierung haushaltspolitische unbequeme Entscheidungen abnimmt.

Wir fordern daher insbesondere den Herrn Finanzminister auf, in Zukunft beim Vollzug des Haushalts noch schärfer als in der Vergangenheit geschehen, auf die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu achten und vorbeugend die hierzu notwendigen Maßnahmen zu treffen, auch wenn sie unpopulär und schwer durchsetzbar sind, und nicht erst im nachhinein zu reagieren, wenn die Prüfungsfeststellung des Rechnungshofs sie dazu zwingt.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, es kann nicht Sinn und Zweck der heutigen Aussprache sein, alle kritischen Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungshofs noch einmal einzeln zu bewerten. Dies haben wir ausführlich bei den zurückliegenden Beratungen in der Rechnungsprüfungskommission und im Haushalts- und Finanzausschuß getan. Die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses liegen Ihnen vor und bedürfen aus meiner Sicht keines weiteren Kommentars.

Deshalb beschränke ich mich auf einige Feststellungen des Rechnungshofes, die aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion für die künftige Finanzpolitik in diesem Bundesland besonders bedeutungsvoll sind oder die aus grundsätzlichen haushaltspolitischen Erwägungen der Öffentlichkeit ohne eine Stellungnahme der SPD-Landtagsfraktion nicht vorenthalten bleiben sollen.

Zuerst aber einige Ausführungen zum Haushaltsvollzug und zur Haushaltslage. Die Haushaltslage im Jahr 1981 hat sich gegenüber

dem Jahr 1980, wie zu erwarten war, weiter verschlechtert. Sie war durch folgende Fakten gekennzeichnet:

1. Die laufenden Ausgaben überstiegen die laufenden Einnahmen um 217 Millionen DM.
2. Zur Schuldentilgung und zur Finanzierung von Investitionen standen keine laufenden Mittel mehr zur Verfügung.
3. Die Investitionsausgaben waren wie in anderen Bundesländern rückläufig. Die Investitionsquote ging von 19,8 % um 1,4 % auf 18,4 % zurück und wird nach der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 1986 auf 14,9 % fallen. 1981 hatten nur die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und das Saarland eine höhere Investitionsquote als Rheinland-Pfalz.
4. Die Schulden des Landes betragen am Ende des Jahres 1981 11,2 Milliarden DM und lagen um 1,5 Millionen DM höher als am Ende des Jahres 1980. Rheinland-Pfalz nimmt in der Skala der Verschuldung der einzelnen Bundesländer Platz 7 ein, bezogen jeweils auf Schulden pro Einwohner des Landes. Eine geringere Verschuldung wiesen lediglich die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern auf.
5. Die Zinsausgaben haben einen Betrag von über 700 Millionen DM erreicht und beanspruchen fast 10 % der Steuereinnahmen und der allgemeinen Finanzaufweisungen.
6. Die Personalausgaben stiegen stärker an als die Steuereinnahmen und die allgemeinen Finanzaufweisungen, das heißt die Bundesergänzungszuweisungen und die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. 65 % dieser Einnahmen werden von den Personalausgaben beansprucht; in 1980 waren dies 61,6 %. Die Ursachen hierfür liegen im Rückgang der Steuereinnahmen und in einer Zunahme der besetzten Stellen um 1,2 % sowie in den linearen Besoldungserhöhungen begründet.

Meine Damen und Herren, hier ist ein Limit erreicht, das zu überschreiten dem Land nahezu jeden finanziellen Spielraum nehmen würde. Ich darf an die in dem Doppelhaushalt 1982/83 beschlossene Stelleneinsparung um 1,5 % erinnern, die von allen Fraktionen dieses Hohen Hauses mitgetragen wurde. Sehr geehrter Herr Finanzminister, am Jahresende wird sich zeigen, inwieweit die Einsparungsaufgabe des Haushaltsgesetzes 1982/83 erfüllt und ob der Anstieg der Personalausgaben – gemessen an den Einnahmen des Landes – gebremst werden konnte. Bis zum Stichtag 30. September 1983 waren Sie im Vollzug des Doppelhaushaltes in diesem Punkt noch nicht sehr erfolgreich. Ich möchte aber auf dieses Thema nicht weiter eingehen, weil wir am 1. Dezember bei der Lesung des nächsten Doppelhaushaltes sicherlich Gelegenheit haben, ausführlich über diesen Punkt sprechen zu können.

7. Einhergehend mit der Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote und der Steigerung der Zins-Steuer-Quote sowie – wie bereits erwähnt – einer Senkung der Investitionsquote gegenüber dem Haushaltsjahr 1980 hat sich der Gestaltungsrahmen des Landeshaushaltes weiter eingengt. Die Vorbelastungen des Haushaltes durch Schulden machen die Finanzierung weiterer und volkswirtschaftlich notwendiger Investitionen durch Kredite immer problematischer. Die Nettokreditaufnahme – sie ist um 21 % höher als im Jahr 1980 – liegt nur noch mit 183 Millionen unter den Investitionsausgaben des Landes, gekürzt um die Investitionszuweisungen des Bundes.

Meine Damen und Herren, die dramatische Entwicklung unserer Finanzen im Lande Rheinland-Pfalz können Sie daran erkennen, daß dieser Betrag im Jahr 1980 noch bei 480 Millionen DM lag. Wir sehen, daß wir uns unaufhaltsam der nach Artikel 117 der Landesverfassung und der nach § 18 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bezogenen Obergrenze der Schuldenaufnahme nähern.

(Prof. Dr. Preuss)

Diese Grenze werden wir bereits am Ende des Jahres 1983 nach der Vorgabe des Nachtragshaushaltsplanes erreichen.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Ich möchte ein Fazit ziehen: Das Land Rheinland-Pfalz ist nach wie vor ein finanzschwaches Land und auf den Länderfinanzausgleich sowie auf die Bundesergänzungszuweisungen angewiesen. Geberländer sind nur noch Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg.

Der Vollzug des Haushalts 1982 und der bisherige Ablauf des Haushaltsjahres 1983 lassen eine weitere Verschlechterung der Landesfinanzen gegenüber dem Jahr 1981 erkennen. Hieraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, wird Aufgabe des Parlaments bei den kommenden Beratungen des Doppelhaushalts 1984/85 sein. Die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden, wenn der Staat auf Dauer nicht den Spielraum zur Gestaltung von Politik verlieren will, was zu unüberschaubaren Folgen in Gesellschaft und Wirtschaft führen würde.

Meine Damen und Herren, im Haushaltsvollzug 1981 sind die Bemühungen des Herrn Finanzministers bei der Zurückführung der Haushaltsüberschreitungen, bei den über- und überplanmäßigen Ausgaben sowie bei den Ausgabenresten erfolgreich gewesen. Hierfür danken wir Ihnen, Herr Finanzminister. Aber nicht ohne Kritik können wir hinnehmen, daß von den Ausgabenresten rund vier Fünftel auf Investitionszuweisungen an Dritte entfielen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Bemerkungen zu den Zuweisungen aus dem Investitionsstock machen. Im Haushaltsjahr 1981 betragen die Mittel des Investitionsstocks 49 Millionen DM. Das war schon eine beträchtliche Kürzung, wenn man einmal die Summe von 63,2 Millionen DM im Jahr 1980 betrachtet. In beiden Jahren waren die Ausgabenreste höher als die veranschlagten Mittel. 54 Millionen DM Ausgabenreste bei dem Investitionsstock, 49 Millionen nur waren der Haushaltsansatz. Im Jahre 1980 betragen die Ausgabenreste 69 Millionen DM, der entsprechende Ansatz lag bei 63,2 Millionen DM. Allein 35 Millionen DM an Bewilligungen lagen am Jahresende 1981 als Ausgabenreste vor, das heißt, noch nicht einmal ein Drittel der vom Parlament bewilligten Haushaltsmittel waren bis zum Jahresende von den Zuschüssen aus dem Investitionsstock abgeflossen. Meine Damen und Herren, diese Zahlen belegen eindeutig, daß ein Großteil der geförderten Maßnahmen bei der Bewilligung der Mittel noch nicht baureif war.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Diese Ausgabenpolitik in Zeiten schwacher Konjunktur – diese hatten wir bereits im Jahr 1981 – ist als unverantwortlich zu bezeichnen. Im zweiten Nachtragshaushalt 1981 wurden notwendige Einsparungen größtenteils zu Lasten der Investitionen vorgenommen. Nun wurden außerdem noch zusätzlich Mittel in Höhe von 35 Millionen DM vorzeitig und über einen längeren Zeitraum unwirksam gebunden und damit der Wirtschaft, die diese Mittel im Jahre 1981 dringend gebraucht hätte, entzogen. Durch diese Art der Bewilligung nicht baureifer Maßnahmen wurden solche Gemeinden benachteiligt, die baureife Pläne hatten, aber wegen fehlender Mittel, da diese gebunden waren, nicht berücksichtigt werden konnten. Dieses Verhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung und auch von der Mehrheitsfraktion, ist weder kommunalfreundlich noch wurde es den Erfordernissen der schwierigen konjunkturellen Lage am Arbeitsmarkt des Jahres 1981 gerecht.

Die Zuweisungen aus dem Investitionsstock müssen darüber hinaus vereinfacht werden. Im Jahr 1981 betrug das Antragsvolumen mehr als das Zweieinhalbfache des Haushaltsansatzes, was einen erheb-

lichen Aufwand an Verwaltungsarbeiten verursachte. Ein Abbau der Bürokratie ist zwingend geboten, wenn die schon knappen Investitionsmittel des Staates durch unnötige Verwaltungsausgaben nicht noch weiter verkürzt werden sollen. Für diese verfehlte Richtlinienpolitik in Rheinland-Pfalz haben Sie, meine verehrten Damen und Herren von der Landesregierung und der CDU-Fraktion, nach mehr als 35 Jahren Regierungszeit allein die Verantwortung zu tragen! Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie inzwischen lernfähig waren und versucht haben, die Konsequenzen zu ziehen und künftig vereinfachte Richtlinien zur Anwendung zu bringen.

Da ich mich soeben mit Mitteln des Finanzausgleichs befaßt habe, möchte ich noch eine Bemerkung zum Ausgleichsstock machen. Wenn das Land zur zentralen Wahrnehmung von Aufgaben für die Kommunen im Jahr 1981 unter anderem Beträge in Höhe von 2,1 Millionen DM aus dem Ausgleichsstock für ADV-Maßnahmen entnommen hat, das heißt zur Erstellung von Software, so ist das vermutlich durch das Finanzausgleichsgesetz abgedeckt.

Nicht abgedeckt ist dagegen der Ankauf eines Kraftfahrzeuges für das Landesrechenzentrum aus Mitteln des Ausgleichsstockes. Hier liegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, eindeutig ein Verstoß gegen das Finanzausgleichsgesetz vor.

Herr Finanzminister, die Kommunen haben im Doppelhaushalt 1982/1983 schon genug Federn lassen müssen, indem weitere sogenannte systemfremde Leistungen, das heißt, Ausgaben des Landes, in den Finanzausgleich einbezogen wurden, was zu einer teilweisen Entlastung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen geführt hat. Bitte verhindern Sie in Zukunft, daß Landesbehörden widerrechtlich Mittel aus dem Ausgleichsstock entnehmen für Anschaffungen oder Maßnahmen, die eindeutig aus dem Landeshaushalt zu finanzieren sind.

In dem vom Rechnungshof aufgestellten Katalog der Unzulänglichkeiten und Fehler sind zwei Feststellungen über Vorgänge enthalten, die eindeutig das Etatrecht des Landtags verletzen und somit die verfassungsmäßige Trennung der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt tangieren.

Erstens: Im Zusammenhang mit der Konzessionsverlängerung für eine Spielbankgesellschaft wurden nicht unerhebliche finanzielle Leistungen, nämlich in Höhe von 6 Millionen DM, an eine dem Land zu damaliger Zeit zu hundert Prozent gehörenden Staatsbad-Gesellschaft übertragen. Dieser Transfer von Mitteln wurde ohne Wissen und ohne Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers vorgenommen.

Zweitens: Personalverstärkung durch Abordnung und zweckwidrige Stellenbesetzung bei den Bezirksregierungen. – Die vom Rechnungshof beanstandeten Abordnungen betreffen Lebenszeitbeamte des höheren Dienstes, die Daueraufgaben bei den Bezirksregierungen, zum Teil als Referatsleiter, wahrnehmen, ohne daß Stellen hierfür im Haushaltsplan der Bezirksregierung ausgewiesen sind, was wiederum das Etatrecht des Landtags verletzt.

Meine Damen, meine Herren, die SPD-Fraktion nimmt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus diese beiden Verstöße sehr ernst, und wir sprechen unmißverständlich die Erwartung an die Regierung aus, in Zukunft aus gegenseitigem Respekt vor der jeweils anderen Gewalt strenger auf die Rechte des Haushaltsgesetzgebers zu achten.

Ich komme noch einmal auf die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung der Bezirksregierung zurück, deren Ergebnis fürwahr ein schlechtes Zeugnis für die Landesregierung darstellt. Neben der nicht unerheblichen Einsparungsaufgabe im Personalbereich gibt es weitere Feststellungen und Forderungen des Rechnungshofs in der Personalwirtschaft dieser Mittelinstanzen

(Prof. Dr. Preuss)

infolge nicht ausreichender Berücksichtigung einzelner besoldungs-, beamten- und haushaltsrechtlicher Vorschriften sowie Mängel bei der Arbeitszeiterfassung und Verstöße gegen Arbeitszeitvorschriften. Letzteres hat bereits im vorjährigen Bericht des Rechnungshofes eine Rolle gespielt und ist zwischenzeitlich von der Landesregierung abgestellt worden.

Ein Überhang an Stellen besteht ebenfalls bei den Straßenbau- dienstellen des Landes. Trotz der notwendig werdenden Umsetzung von Stellen infolge Schwerpunktverlagerung im Straßenbau aus dem Bereich der Straßenneubauämter auf die Straßenbauämter und das Autobahnamt, übersteigt die Zahl der Bediensteten den tatsächlichen Bedarf um 214 Stellen. Auf diesen Sachverhalt hat die SPD-Landtagsfraktion in einem Entschließungsantrag – Drucksache 9/2026 – zum Haushaltsgesetz 1982/1983 hingewiesen und darin die Landesregierung damals aufgefordert, zu prüfen, ob mittelfristig im Bereich der Straßenverwaltung und auch der Kulturverwaltung Stellen durch allmählichen Rückgang der Aufgaben gestrichen und zur Verstärkung des Personals in anderen Bereichen, zum Beispiel des Umweltschutzes, der Gewerbeaufsicht und der Lebensmittelkontrolle, umgesetzt werden können. Die Regierungsfraktion hat diesen Antrag mit ihrer Mehrheit von vornherein als unpraktikabel abgelehnt. Jetzt beweist der Rechnungshofbericht die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema „Planung und Ausführung von Hochbaumaßnahmen und Hochschulbauten“ ist fast ein Dauerbrenner in den letzten Rechnungshofberichten. Die in Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung zur Kostenbegrenzung im Hochbau und gegen zu aufwendige Planung, die wir unterstützen, werden hoffentlich in Zukunft dazu führen, daß die Beanstandungen in diesem Bereich abnehmen.

Von besonderer Bedeutung ist der Komplex „Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen“. Die gravierenden Feststellungen des Rechnungshofes lauten: Viele Kläranlagen sind unzureichend ausgelastet, in einigen Fällen zu weniger als 20 %; Anlagen sind auf Grund zu großzügiger Planung überdimensioniert; erhebliche Verzögerung des Anschlusses von Ortsgemeinden wegen fehlender Verbindungssammler; beträchtliche Haushaltsmittel wurden dadurch vorzeitig gebunden und unwirtschaftlich verwendet, andere dringende Maßnahmen im Bereich der Abwasserbeseitigung mußten deshalb zurückstehen. – Hier gibt es Folgewirkungen, meine verehrten Damen und Herren, die direkt auf die Bürger unseres Landes über die Gebührenhöhe einwirken.

Die Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen hat in den zurückliegenden Haushalten für die SPD-Fraktion stets eine besondere Rolle gespielt. Die Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofes sind in mehrfacher Hinsicht interessant und stützen im wesentlichen die Auffassung meiner Fraktion, daß die Politik der Landesregierung in diesem Bereich – ich sage, zum Teil, nicht ausschließlich – als verfehlt angesehen werden muß.

(Beifall der SPD.)

Die verstärkte Förderung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in den zurückliegenden Jahren war notwendig und wird es auch noch in den folgenden Jahren sein. Der Investitionsstau in diesem Bereich ist zu groß. –

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im wasserwirtschaftlichen Bereich hat sich in den ländlichen Raum verlagert mit all seinen Problemen, die eine Flächenkanalisation, die geringe Besiedlungsdichte und die langen Wegestrecken für Verbindungssammler mitbringen.

Die Anmerkungen des Rechnungshofes bestätigen die Notwendigkeit, in Zukunft bei der Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen neue und effizientere Wege der finanziellen Förderung zu

beschreiten, zum Beispiel unter anderem auch in Form der von uns schon früher vorgeschlagenen Finanzierung durch Zinszuschüsse und bei der Planung neuer Maßnahmen, insbesondere im ländlichen Raum, dem Bau kleinerer, weniger kostenaufwendiger Anlagen den Vorzug zu geben, dort, wo es, an den örtlichen Gegebenheiten orientiert, abwassertechnisch möglich ist.

Damit in Zukunft überdimensionierte Anlagen und Fehlplanungen zum Schaden der Bürger vermieden werden, soll bei der Planung und Durchführung neuer Maßnahmen eine begleitende Kontrolle durch den Rechnungshof stattfinden, wie dies bereits heute bei den Hochschulbauten praktiziert wird.

Die SPD-Landtagsfraktion findet sich auch durch den Rechnungshofbericht darin bestätigt, daß der Stau bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen nicht auf Grund fehlenden Personals bei der Abwicklung der Förderungsanträge zustande gekommen ist – der Rechnungshof stellt nämlich genau das Gegenteil fest; denn auch bei den Wasserwirtschaftsämtern ist ein Personalüberhang gegeben –, sondern dieser Stau ist durch die fehlenden Finanzmittel zustande gekommen. Es können schließlich nicht mehr Anträge bedient werden, als finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch zwei Punkte ansprechen. Die öffentlichen Finanzhilfen nach dem Privatschulgesetz müssen in Zukunft durch vereinfachte und unmißverständliche Abrechnungsverfahren geregelt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Die Mittelzuweisung und auch die notwendige Kontrolle der Verwendung müssen zeitnah vorgenommen werden und nicht mit einer solchen zeitlichen Verzögerung, wie wir dies in den letzten Jahren beobachtet haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verwendung staatlicher Mittel für Personal- und sächliche Ausgaben muß auch in den privaten Institutionen, die vom Land maßgebend gefördert werden, nach den strengen Richtlinien des staatlichen Bereichs erfolgen.

Wir halten es auch schlechthin auf Dauer nicht für tragbar, daß zum Beispiel Bedienstete in kirchlichen Institutionen, wie die Lehrer, nach einem besseren Tarifbetrag bezahlt werden, als die Lehrer in den staatlichen Schulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an die Träger der Privatschulen, die nach dem Privatschulgesetz öffentliche Finanzmittel erhalten, möchte ich im Namen der SPD-Fraktion einen Appell richten, die Maßnahmen des Staates und des Parlamentes zum Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit zu unterstützen. Das bedeutet für diese Schulträger, den Spitzen- und Restbedarf in einzelnen Fächern nicht durch die Beschäftigung pensionierter staatlicher Lehrkräfte zu decken, sondern auf arbeitslose Lehrer zurückzugreifen, sofern die Qualifikation vorhanden ist und das Angebot zur Verfügung steht.

(Beifall der SPD.)

Zum Abschluß möchte ich noch eine Bemerkung zu den Studentenschaften in unserem Land machen. Der Rechnungshof hat bei einigen Studentenschaften an den Hochschulen unseres Landes Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Haushalts- und Wirtschaftsführung festgestellt und in diesem Zusammenhang gerügt, daß die Aufsichtsorgane, das heißt in diesem Fall die Präsidenten der Hochschulen und das Kultusministerium, zum Teil ihrer Aufsichtspflicht nicht voll nachgekommen sind. Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zur Institution der verfaßten Studentenschaft.

Sie bejaht die Selbstverwaltung in den studentischen Gremien. Sie erwartet und fordert aber von den Studentenschaften, daß die von

(Prof. Dr. Preuss)

den Studenten bei der Immatrikulation zu zahlenden Beiträge für die studentische Selbstverwaltung unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften nach dem Gebot einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung verwaltet und auch ausgegeben werden.

(Vereinzelt Beifall im Hause.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorgelegte Bericht des Rechnungshofs zur Jahresrechnung 1981 zeigt auch diesmal wieder, daß mit öffentlichen Geldern, das heißt mit Geldern der Steuerzahler, in unserem Land in einigen Bereichen nicht nach den unbestrittenen Kriterien einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung umgegangen worden ist. Leider gilt im öffentlichen Dienst zu wenig das Prinzip der persönlichen Verantwortung und Haftung, aus dem Sanktionen bei Fehlverhalten abgeleitet werden könnten. Zwar werden solche Ziele wie Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Gemeinwohl theoretisch immer den Entscheidungen zugrunde gelegt, in der Praxis aber häufig nur mangelhaft durchgesetzt, wie es uns der Prüfungsbericht wieder vor Augen geführt hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal die Frage der Haftung und der Verantwortung am Beispiel des Hallenbades in Rengsdorf in den Raum stellen. Wer kommt eigentlich für den Schaden auf, der dem Steuerzahler entstanden ist, wenn eine Gemeinde, wie in den vergangenen Tagen geschehen, ein Hallenbad, das mit erheblichen Mitteln des Landes in Millionenhöhe gefördert wurde, an ein privates Unternehmen verschenken muß, weil die Folgekosten für dieses zu teure Bauwerk und die zu hohen Betriebskosten von der betreffenden Gemeinde nicht mehr aufgebracht werden konnten? Ich stelle diese Frage in den Raum. Wir werden sicherlich bei Gelegenheit um auch darüber Gedanken machen müssen, wie eine effizientere Planung, auch im kommunalen Bereich, dazu führen kann, daß auch dort die Mittel sparsamer und sinnvoller eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die kritischen, konstruktiven Feststellungen des Rechnungshofs sind für das Parlament hilfreich und werden auch für die kommenden Haushaltsberatungen dringend notwendig sein. Viele der haushaltspolitischen Forderungen der SPD-Landtagsfraktion aus der Vergangenheit sind im nachhinein durch die Forderungen und Feststellungen des Rechnungshofs bestätigt worden. Dies sollte eigentlich, meine Damen und Herren von der Landesregierung und von der CDU-Fraktion, Anlaß sein, in Zukunft auch Anregungen und Forderungen der Opposition in diesem Bereich stärker zur Kenntnis zu nehmen als Sie in der Vergangenheit bereit waren, dies zu tun.

Abschließend möchte ich noch dem Präsidenten des Rechnungshofs, seinen Mitarbeitern, allen Kollegen in der Rechnungsprüfungskommission und allen Mitarbeitern in den Ministerien, die am Vollzug des Haushaltes beteiligt waren, danken. Wir werden der Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofs zustimmen.

Wir werden der Entlastung der Landesregierung zustimmen. Ich möchte hierzu aber klarstellen: Unsere Zustimmung zur Entlastung der Landesregierung bedeutet keine Billigung der Haushaltspolitik dieser Landesregierung. Über die Haushaltspolitik der Landesregierung werden wir am 1. Dezember 1983 bei der ersten Lesung des nächsten Doppelhaushalts zu diskutieren haben. Hier geht es heute lediglich um die Rechnungsführung.

Die Entlastung bedeutet heute für uns, daß die Ausgaben im Rahmen des beschlossenen Haushaltsplanes 1981 ordnungsgemäß belegt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst Mitglieder der CDU-Frauenvereinigung aus Bad Kreuznach auf der Tribüne herzlich begrüßen.

(Beifall im Hause.)

Ich möchte noch nachtragen, daß die Fraktion der SPD zu diesem Tagesordnungspunkt 3 Redezeitverlängerung beantragt hatte. Sie wurde, wie wir gemerkt haben, auch in Anspruch genommen.

Meine Damen und Herren, ich erteile Herrn Abgeordneten Hoppe das Wort.

Abg. Hoppe, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir als Dritter schwer, nicht schon Gesagtes zu wiederholen. Aber trotzdem meine ich, auch von unserer Fraktion aus zu einigen wesentlichen Feststellungen des Rechnungshofs zur Haushaltslage und ihrer Entwicklung hier einige Feststellungen ansprechen zu müssen.

Ich will die Zahlen nicht wiederholen, die meine Vorredner angeführt haben. Klar ist, da teilen wir die Auffassung uneingeschränkt: Die Entwicklung der Personalausgaben, aber auch der Verschuldung und des Schuldendienstes sind bereits im Jahre 1981 besorgniserregend und haben den finanziellen Spielraum unseres Landes ganz entscheidend eingeengt. Aber, damit das auch klar wird, Herr Kollege Professor Dr. Preuss, deshalb will ich auch einmal über die Landesgrenzen blicken. Sie haben das fairerweise eben auch in einigen Punkten getan und haben Vergleiche angestellt. Der Vergleich der Verschuldung unseres Landes mit den übrigen Bundesländern und dem Bund ergab am 31. Dezember 1981 mit 3 033 DM pro Einwohner den siebten Platz unter den elf Ländern. Wir lagen damit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes betrug zu dieser gleichen Zeit 4 183 DM.

Ich will das, meine Damen und Herren von der Opposition, nur sagen, nicht um zu beschönigen oder unsere Situation in das bessere Licht zu rücken, sondern um einfach deutlich zu machen, daß in anderen Ländern und im Bund auch nur mit Wasser gekocht worden ist. Das muß man einmal feststellen.

Meine Damen und Herren, mit dem Fehlbetrag der laufenden Rechnung standen wie in fünf weiteren Ländern keine laufenden Mittel zur Finanzierung von Tilgungsverpflichtungen und Investitionsausgaben zur Verfügung. Auch dieser Vergleich spricht für sich.

Die Investitionsausgaben waren rückläufig. Wir hatten eine Quote von nur 18,4 %. Dies waren 1,4 % weniger als im Vorjahr. Aber der normale Rückgang im Durchschnitt aller Länder betrug 1981 5,3 %, in Rheinland-Pfalz 2 %. Auch dieser Vergleich muß hier erwähnt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aus all dem, was hier an Besorgnis geäußert wurde, für unsere Fraktion die Konsequenzen ziehen.

1. Der mit dem Doppelhaushalt 1982/1983 eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung muß konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU.)

2. Die Verschuldung muß schrittweise durch Begrenzung der Ausgaben verringert werden, um den Haushalt von Schulden-

(Hoppe)

diensthilfen zu entlasten und neuen finanziellen Spielraum zu gewinnen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

3. Die konsumtiven Ausgaben müssen verringert, die investiven beschäftigungsfördernd verstärkt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Der begonnene Stellenabbau muß auch im kommenden Doppelhaushalt fortgesetzt werden, und zwar parallel mit der Aufgabenübertragung und der Privatisierung bisheriger Landesleistungen.

Herr Kollege Professor Dr. Preuss, Sie haben ähnliches ausgeführt. Wir können das nur unterstreichen. Hier besteht Übereinstimmung, aber bitte, spitzen Sie heute nicht nur den Mund, sondern pfeifen Sie auch dann, wenn es darauf ankommt, demnächst einen Haushalt zu verabschieden und alle diese Grundsätze umzusetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bitte Sie herzlich darum, das dann auch konsequent zu tun.

Herr Kollege Professor Dr. Preuss hat gesagt, wir hätten nicht immer die Forderungen der SPD angenommen – sicher. Hätten wir in der Vergangenheit die Forderungen übernommen, hätten wir heute eine höhere Verschuldung als sie derzeit besteht. Das ist eindeutig nachzuweisen.

(Widerspruch bei der SPD.)

– Das kann man im einzelnen nachweisen. Ich will das jetzt nicht vertiefen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu einigen Einzelfeststellungen. Wir sind dem Rechnungshof dankbar, daß er in zunehmendem Maße neben der Prüfung der Einnahmen und Ausgaben Organisations- und Maßnahmenprüfungen durchführt und damit uns, dem Parlament, Wege aufzeigt, um den gegenwärtigen haushalts- und finanzpolitischen Erfordernissen gerecht zu werden.

Es wurden die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei den Bezirksregierungen, bei den Straßenbauämtern erwähnt. Ich muß hier die Zahlen und die Ergebnisse nicht wiederholen.

Aber, Herr Kollege Dr. Preuss, der starke Rückgang des Bauvolumens, beispielsweise im Fernstraßenbau um 40 % gegenüber den Vorjahren – 1975 hatte ein Bediensteter noch rund 300 000 DM reale Bauausgaben zu bearbeiten; diese Summe sank 1981 auf 200 000 DM –, dieser starke Rückgang mußte natürlich zwangsläufig zu einer Personalreduzierung bei den Neubaudienststellen führen. Nach Abzug des Mehrbedarfs für die Straßenbauämter und das Autobahnamt sind 133 Kräfte unentbehrlich. Wir erkennen an, daß ein ständiger Planungsvorrat von zwei Jahren vorhanden sein muß. Die geforderten KW-Vermerke sollen dies berücksichtigen. Zudem wünschen wir hier eine stärkere Privatisierung der Straßenplanungen durch Einschaltung privater Planungsbüros.

Meine Damen und Herren, die Textziffern 9 und 10 befassen sich mit den Zuweisungen aus dem Ausgleichs- und Investitionsstock. Die verschlechterte kommunale Haushaltslage einerseits, aber auch die Nichtausschöpfung der eigenen Möglichkeiten – so der Rechnungshof und die Aufsichtsbehörden – andererseits haben zu der Zahl von 255 Gemeinden und Gemeindeverbänden mit unausgeglichenem Haushalt geführt. Sie sind im Vergleich mit den Vorjahren deutlich in Zahl und Fehlbetrag niedriger, aber mit steigender Tendenz für die Jahre 1982 und 1983.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle auch einige Bemerkungen zu dem, was der Rechnungshof zu der Haushalts- und

Wirtschaftsführung unserer Gemeinden und Gemeindeverbände festgestellt hat.

Auch bei den Kommunen – so sagt der Rechnungshof – hat die Einnahmeentwicklung mit der Ausgabensteigerung in diesem Jahr – 1981 – nicht Schritt gehalten. Insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer waren verringert. Die Zahl der Gemeinden mit Defizit stieg im Jahre 1982 auf 330 an.

Die Schulden der Gemeinden erhöhten sich von 1975 bis 1981 um 20 %, die des Landes in der gleichen Zeit um 120 %. Auch das ein Datum, das man sich merken muß.

Die gesamtwirtschaftlich bedeutsame kommunale Investitionstätigkeit habe sich weiter vermindert. Die notwendige Investitionstätigkeit lasse sich nur wiedergewinnen, wenn schmerzhaft Eingriffe bei den konsumtiven Ausgaben vorgenommen würden. Wünschenswerte, aber nicht unabsehbare Leistungen müßten abgebaut und Großzügigkeiten vor allem in der Personalwirtschaft der Kommunen eingestellt werden. Es wurde festgestellt, daß 17 % der geprüften Stellen einzusparen seien. Der Personalbestand einer verbandsfreien Stadt läge um 50 % höher als der errechnete Bedarf.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur bei den Ausgaben, auch bei den Einnahmen seien Verbesserungen möglich: bei den Gebühren und den Beiträgen. Für den Rechnungshof – so dieser weiter – entstehe der Eindruck, daß es oft bei den Willenserklärungen zum Sparen bleibe, die Entscheidungen aber oft hinausgezögert und auf die Kommunalaufsicht abgewälzt würden.

Der Druck der leeren Kassen reiche nicht mehr aus, auf den Willen der Selbstverwaltung zur Selbstbeschränkung zu vertrauen. Es müsse durch Beratung und die Einwirkungsmöglichkeiten der Staatsaufsicht dafür gesorgt werden, daß die gefährdeten gemeindlichen Haushalte den Weg zur wirksamen Konsolidierung wiederfinden.

Meine Damen und Herren, aus einer Auflistung über das vollbeschäftigte Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände in 1982 ist ablesbar, daß die meisten kreisfreien Städte unseres Landes doppelt soviel Personal haben wie Landkreise, Verbandsgemeinden, große kreisangehörige Städte, verbandsfreie und Ortsgemeinden zusammengekommen. Hier begrüßen wir es, daß der Rechnungshof, wie bei den Verbandsgemeinden und den Landkreisen bereits durchgeführt, auch den kreisfreien und den großen kreisangehörigen Städten in Zukunft Vorgaben für ihre Personalausstattung machen will.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Das sind Aussagen und Forderungen des Rechnungshofes, an die wir uns bei der anstehenden Haushaltsberatung erinnern sollten. Wir meinen, wenn das Land den Weg der konsequenten Haushaltskonsolidierung geht – gehen muß –, muß dies auch von den Kommunen verlangt werden. Die berühmte Schicksalsgemeinschaft ist auch hier keine Einbahnstraße.

Noch einige Anmerkungen zum Investitionsstock. Auch hier ist es sicher notwendig und richtig, wie meine Vorredner sagten, daß wir künftig eine zutreffendere Ermittlung der Bau- und Folgekosten benötigen, daß nur nachgewiesen baureife Maßnahmen gefördert werden, daß die Förderzwecke begrenzt und bestimmte Bagatellgrenzen der Förderung eingehalten werden, damit die hohen Ausgabereise abgebaut und nicht Haushaltsmittel über Gebühr lange unwirksam gebunden werden. Herr Kollege Preuss, da sind wir sicherlich einer Auffassung, daß man hier alles ansetzen muß, um das Ziel zu erreichen.

Zu den Textziffern 13 und 14 – Planung und Ausführung von Hochbaumaßnahmen und Hochschulbauten – darf ich auf die intensiven Bemühungen meiner Fraktion mit dem Ziel „billiger

(Hoppe)

und einfacher bauen“ hinweisen. Eine bedarfsgerechte Bemessung der Raumprogramme und eine wirtschaftliche und sparsame Ausführung sind dafür unabdingbare Voraussetzungen. Das gilt auch für die bereits angesprochene kapazitätsgerechte Planung und Ausführung von Abwasserbeseitigungsanlagen. Beim Bau von Kläranlagen sollten künftig kleinere Anlagen unter Beachtung der geforderten Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit bevorzugt werden.

Wir schließen uns auch dem Appell meiner Vorredner in Richtung Privatschulen an. Hier sollte alles getan werden, daß die Weiterbeschäftigung pensionierter Lehrer beendet wird und dafür junge beschäftigungslose Lehrer eingestellt werden.

Das gilt dann auch für die verfaßte Studentenschaft – als letzten Punkt, den ich ansprechen möchte. Sie haben treuhänderisch anvertraute Mittel, Zwangsabgaben der Studenten, zu verwalten. Deshalb müssen wir fordern, daß diese Mittel sparsam, wirtschaftlich und in einer geordneten Haushaltsführung für die besonderen studentischen Belange eingesetzt werden. Die Finanzierung allgemein politischer Aktivitäten ist unserer Meinung nach unzulässig; denn die verfaßte Studentenschaft hat kein allgemein politisches Mandat.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir danken dem Präsidenten des Rechnungshofes, Ihnen, Herr Schreiner, und Ihren Mitarbeitern für den Jahresbericht 1981, der wieder in vielen Bereichen der Landesverwaltung fündig geworden ist.

Nun, Herr Kollege Dr. Preuss, wenn das eintreten sollte, was Sie vorhin hier proklamiert haben – und wir unterstreichen das zum Teil –, dann wäre der Rechnungshof in diesem Lande überflüssig; das ist ganz sicher.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Denn, das wissen wir, Verwaltungen haben Ihre Eigengesetzlichkeit und entwickeln sich, und es sind natürlich auch nur Menschen, die dort ihre Arbeit tun. Das ist die eigentliche Ursache für die Notwendigkeit des Rechnungshofes früher und heute, hier und im Lande Hessen und in Baden-Württemberg. Ich glaube, damit ist eigentlich alles gesagt. Damit wollen wir gar nichts beschönigen; aber man muß dann auch die Relation richtig sehen. Wir betrachten den Rechnungshof als Partner des Parlaments, meine Damen und Herren, in der Wahrnehmung unserer Kontrolle über die Landesregierung, wie die Einnahmen aus den Steuern unserer Bürger verwendet werden.

Herr Präsident Schreiner, die CDU-Fraktion wird versuchen, die vom Rechnungshof vorgeschlagenen Haushaltsverbesserungen – Sie haben uns eine Auflistung gegeben – bei der Beratung der Haushaltspläne für die Jahre 1984 und 1985 zu realisieren. Wir schlagen Ihre Ersuchen und Forderungen nicht in den Wind. Wir meinen, darin liegt der beste Dank und ein Beweis unseres Respekts und unserer Anerkennung.

(Beifall bei der CDU.)

Vielen Dank auch an die Kollegen der Rechnungsprüfungskommission für die gute Zusammenarbeit, besonders an den Vorsitzenden für seine faire Verhandlungsführung.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zu, was die Entlastung der Landesregierung für das Jahr 1981 betrifft. – Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 10/260 – und damit der Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1981 sowie der Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1981 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen! – Ich stelle einstimmige Annahme der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses fest.

Damit ist der Landesregierung und dem Präsidenten des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1981 Entlastung erteilt.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

**Staatsorchester Rheinische Philharmonie
Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 10/197 –

Wer begründet den Antrag? – Zur Begründung erteile ich das Wort der Abgeordneten Frau Goß.

Abg. Frau Goß, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlaß für unseren Antrag, das Staatsorchester Rheinische Philharmonie betreffend, waren nicht nur die aktuellen Meldungen, Presseberichte, Briefe und Gespräche der jüngsten Zeit, sondern auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren, die sehr wesentlich zu der jetzigen Situation des Orchesters beigetragen hat. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um Gerechtigkeit. Es geht

1. um Gerechtigkeit gegenüber den Einwohnern im Norden des Landes, die einen Anspruch darauf haben, in gleicher Weise musikalisch versorgt zu werden wie der Süden und
2. um Gerechtigkeit gegenüber dem Orchester in Koblenz, das bisher in jedem Etat sehr viel schlechter behandelt wurde als die Pfälzische Philharmonie.

(Beifall der SPD.)

Warum dies so ist, wird, wie ich hoffe, Herr Minister Gölter sehr plausibel für jedermann erklären können. Das dies so ist, möchte ich Ihnen anhand einiger Fakten und Zahlen hier beweisen.

Die Rheinische Philharmonie wurde schon im Jahre 1945 als Orchester von Radio Koblenz mit damals 88 Mitgliedern gegründet. Sie wirkte bis 1973 als Sinfonieorchester mit zahlreichen Konzerten im In- und Ausland, war aber immer auch gleichzeitig Theaterorchester, wie dies auch bei vielen anderen renommierten Orchestern der Fall ist; die Rheinische Philharmonie ist hier durchaus keine Ausnahme.

Am 1. Juli 1973 wurde die Rheinische Philharmonie als Staatsorchester in die Trägerschaft des Landes übernommen. Etwa ein halbes Jahr später erfolgte dann auch die Übernahme der Pfälzischen Philharmonie. Bei der Übernahme der beiden Orchester war noch davon die Rede, daß dies zwei gleichberechtigte Orchester seien. Damals hatte auch noch niemand Grund, an diesen Worten zu zweifeln. Inzwischen allerdings sind Zweifel daran nicht nur berechtigt, sondern geboten und eigentlich durch die Entwicklung bewiesen. Bei der Übernahme durch das Land waren beide Orchester mit ihren Planstellen fast gleich; die Rheinische Philharmonie hatte damals 69 klingende Stimmen und die Pfälzische Philharmonie 72. Heute hat die Rheinische Philharmonie 75 klingende Stimmen, die Pfälzische Philharmonie 94. Sie ist also inzwischen zu einem Orchester der Gruppe A mit entsprechend höherer Besoldung der Musiker avanciert.

(Frau Goß)

Dies ist in mehrfacher Hinsicht gegenüber der Rheinischen Philharmonie ungerecht, denn abgesehen von der geringeren Anzahl der Musiker kann man natürlich mit höherer Besoldung auch bessere Musiker bekommen, und die Rheinische Philharmonie hat große Schwierigkeiten, gute Musiker, wenn sie sie dann einmal bekommen hat, auch zu halten.

Nun wird von der Landesregierung immer wieder darauf hingewiesen, daß die Rheinische Philharmonie eine andere Aufgabenstellung als die Pfälzische Philharmonie habe, und sie leitet daraus offenbar die Notwendigkeit ab, die Pfälzische Philharmonie mehr zu fördern. Es gibt aber nach meinem Dafürhalten keine plausible Begründung für diese bessere Förderung der Pfälzer, denn was hat es denn tatsächlich mit der angeblich anderen Aufgabenstellung auf sich.

(Beifall der SPD.)

Beide Orchester wurden als Sinfonieorchester übernommen, und noch im Jahre 1975 scheint der Landesregierung durchaus klar gewesen zu sein, daß beide auch gleichberechtigt sind, denn damals erhielt die Rheinische Philharmonie drei klingende Stimmen mit der Begründung, daß dies für den stufenweisen Ausbau des Klangkörpers zu einem großen Sinfonieorchester sei.

(Beifall der SPD.)

Es handelt sich um zwei Sinfonieorchester. Ausweislich der Programme für 1983 und 1984 hat die Pfälzische Philharmonie 76 Konzerte vorgesehen, die Rheinische Philharmonie 58. Das sind zwar 18 Konzerte weniger als die Pfälzer, aber die Rheinische Philharmonie leistet außerdem zwischen 190 und 210 Diensten für das Theater in Koblenz.

Zur Erläuterung: Ein Dienst ist entweder die Begleitung bei einer Theateraufführung oder eine Probe. Es sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, daß die Rheinische Philharmonie durch eben diese Dienste am Theater ungefähr 40 % der Kosten für das Land wieder einspielt, wogegen die Pfälzische Philharmonie noch nicht ganz 10 % der Kosten wieder einspielt.

(Zurufe der SPD: Hört, hört!)

Die Rheinische Philharmonie führt außerdem zwei Kinderkonzerte und sechs Werkstattkonzerte in Schulen durch, die, wie Sie sicher auch wissen, Herr Minister, sehr beliebt und auch sehr wichtig sind, denn die Kinder sind das Publikum von morgen.

Zu erwähnen ist dann auch noch, daß die Rheinische Philharmonie mit ihren Konzerten große Teile des ländlichen Bereiches mit abdeckt. Sie spielt nämlich im Gegensatz zur Pfälzischen Philharmonie auch in der Provinz, also in kleineren Städten. Ich möchte nur einige davon aufzählen: Bad Neuenahr, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Rennerod, Bitburg, Neuwied, Mayen, Bingen, Lahnstein, Andernach und noch einige mehr.

(Beifall der SPD.)

Dies ist nicht so ganz unwichtig in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, denn die Teilnahme an den Kulturgütern soll bekanntlich gemäß Artikel 40 der Landesverfassung allen Menschen ermöglicht werden. Diese gewiß bemerkenswerte Leistung der Rheinischen Philharmonie wird von der Landesregierung in der Weise honoriert, daß man sie schlechter stellt, weil sie eben angeblich eine andere Aufgabenstellung habe. Nun geht die Landesregierung davon aus, daß die Rheinische Philharmonie vorwiegend als Theaterorchester wirkt, daß im Orchestergraben des Koblenzer Stadttheaters aber nur 50 Musiker Platz haben, und sie meint deshalb wohl, daß eine größere Anzahl der Musiker nicht immer ausreichend beschäftigt sei. Hier muß allerdings zunächst einmal der Hinweis erlaubt sein, daß auch die Pfälzische Philhar-

monie öfter in Städten spielt, wo eben nur 50 oder 60 Musiker auf der Bühne Platz haben. Auch dort wären gelegentlich Musiker unterbeschäftigt, wenn diese Rechnung so einfach wäre. Sie ist es nicht, weder in der Pfalz noch in Koblenz.

(Beifall der SPD.)

Die Musiker sollen laut Tarifvertrag pro Woche maximal acht Dienste erbringen; der Dienstplan der Musiker der Rheinischen Philharmonie enthält aber sehr häufig zwölf Dienste pro Woche. Einzelne Gruppen, wie zum Beispiel die Streicher, liegen fast immer über dieser Höchstzahl. Der Rechnungshof sagt in seinem Bericht: „Ein Orchester ist dann ausgelastet, wenn es 80 % der Höchstdienstzahl im Jahr geleistet hat.“ Die Koblenzer liegen immer über dieser Marge. Wenn Sie zudem bedenken, daß ein Musiker ständig üben muß, für jedes Konzert mindestens zwei bis drei Proben nötig sind, dann muß wohl jedermann klar sein, daß bei der Rheinischen Philharmonie keiner dasitzt und Daumen dreht; dies ist auch sicher bei der Pfälzischen Philharmonie nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich will keinen Irrtum aufkommen lassen. Mein Eintritt für das Orchester der Rheinischen Philharmonie richtet sich nicht gegen die Pfälzer, ich bin sehr dafür.

(Beifall der SPD und bei der CDU.)

– Klatschen Sie ruhig, das ist ehrlichen Herzens gesagt. Ich bin sehr dafür, daß man dieses Orchester gut ausstattet, denn es hat sicher auch im Süden des Landes gegen große Konkurrenz aus Baden-Württemberg anzuspielden. Es soll gut ausgestattet sein.

(Beifall der SPD.)

Ich bin dagegen, daß das andere Staatsorchester deshalb ungerechtfertigterweise benachteiligt wird.

(Beifall der SPD.)

Ich denke, es ist an der Zeit, diese Benachteiligungen nun endlich zu beenden. Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Ungereimtheiten anführen, um die Ungleichbehandlung der beiden Orchester zu dokumentieren.

Im Etat für 1983 sind für die Notenbeschaffung und Unterhaltung bei der Pfälzischen Philharmonie 6 300 DM eingesetzt, für die Rheinische Philharmonie 2 000 DM, also knapp ein Drittel. Für Werbung erhält die Pfalz 26 000 DM, Koblenz erhält 4 000 DM. Für sonstige Konzertkosten, das sind zum Beispiel Vermittlungsgebühren für Agenturen, erhält die Pfalz 25 000 DM und Koblenz 3 000 DM.

(Fink, SPD: Das ist ja nicht zu fassen!)

Vollends unverständlich werden nun wahrhaftig die Beträge für die Instandsetzung der Privatinstrumente der Musiker. Hierfür erhält die Pfalz 42 000 DM und Koblenz 22 000 DM. Das sind nun – teilt man diese Beträge durch die Anzahl der Instrumente – in der Pfalz pro Instrument 446 DM und in Koblenz 293 DM. Da erhebt sich doch nun wirklich die Frage, ob die Reparaturen in der Pfalz soviel teurer sind, oder ob vielleicht die Streicher der Pfälzischen Philharmonie alle Stradivaris haben, die besonderer Pflege bedürfen; das kann sein. Vielleicht ist der Minister in der Lage, dies nachher zu erklären.

Trotz dieser Ungleichbehandlung hat sich die Rheinische Philharmonie bemüht, ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden. Damit komme ich nun zu den aktuellen Ereignissen; es geht um die Verlängerung des Vertrages mit dem derzeitigen Dirigenten. Bis vor zwei Jahren hatte das Orchester verschiedene Dirigenten, mit denen es mehr oder weniger passabel zurecht kam. Vor zwei Jahren hatte man mit Herrn Generalmusikdirektor Lockart, der einmal am Theater in Aachen war, einen Vertrag zunächst für zwei Jahre

(Frau Goß)

geschlossen. Dies hat sich als außergewöhnlicher Glücksfall für das Orchester erwiesen, denn es hat seither einen künstlerischen Aufschwung genommen, den wirklich keiner für möglich gehalten hätte.

(Beifall der SPD.)

Jeder Musiker des Orchesters, mit dem man spricht, äußert sich begeistert von der Zusammenarbeit mit dem neuen Dirigenten, der sowohl menschlich wie künstlerisch zwar alles fordert, aber auch bereit ist, selbst alles zu geben.

Herr Lockart wurde in seinem Vertrag verpflichtet, die künstlerischen Leistungen des Orchesters mit seinen ganzen Kräften zu fördern und das Leistungsniveau auf einen Stand zu bringen, der der Bedeutung der Rheinischen Philharmonie als Staatsorchester Rechnung trägt. So lautet die Verpflichtung. Nun hat Herr Lockart seinerseits bei Vertragsabschluß Forderungen zur weiteren Entwicklung des Orchesters erhoben; denn um die Leistungen erbringen zu können, die von ihm gefordert werden, braucht er natürlich einen entsprechenden Klangkörper. Er hatte deshalb erwartet, daß das Orchester nach der Gruppe B mit Fußnote angehoben wird und die entsprechenden Planstellen, die dafür nötig sind, auch erhält.

Herr Lockart ist der Meinung, daß ihm dies zugesagt worden sei. Ich habe eigentlich keinen Grund, daran zu zweifeln, daß er dies ehrlichen Herzens glaubt, obwohl mir die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage mitteilte, daß man keine Zusagen gemacht habe. Nun gut.

Möglicherweise konnte Herr Lockart bei den Verhandlungen als Schotte den juristischen Formulierungen seiner Gesprächspartner nicht so ganz folgen. Das passiert ja sogar manchen Leuten, die sehr gut Deutsch sprechen können.

Herr Lockart macht die Vertragsverlängerung davon abhängig, daß die nach seiner Meinung gegebenen Zusagen eingehalten werden. Er ist natürlich verhandlungsbereit, denn er möchte nach wie vor gerne weiter mit der Rheinischen Philharmonie zusammenarbeiten; das hat er mehrmals betont, und er hat auch heute, Herr Minister, ein weiteres Angebot unterbreitet.

Meine Damen und Herren, um Ihnen klarzumachen, weshalb ich mich so für den Verbleib dieses Dirigenten bei der Rheinischen Philharmonie einsetze, muß ich doch einiges erläutern. Es wird immer wieder behauptet, daß es eine Menge guter Dirigenten gebe. Bei diesbezüglichen Ausschreibungen melden sich auch mitunter mehr als einhundert Bewerber. Bei näherem Hinschauen muß man leider feststellen, daß von diesen Bewerbern nur ein sehr verschwindender Teil tatsächlich die entsprechende Qualifikation mitbringt. Es mag nun in der Tat etliche gute Dirigenten geben, aber es gibt sehr wenige gute Orchestererzieher; eben ein solcher ist Herr Lockart. Er hat dies in den vergangenen zwei Jahren in Koblenz wahrhaftig bewiesen. Von diesen guten Orchestererziehern gibt es wiederum nur sehr wenige, die auch gute Theaterdirigenten sind, und auch dies ist Herr Lockart.

Herr Minister, Sie sollten einmal mit den Sängerinnen und Sängern des Koblenzer Stadttheaters reden, sie werden Ihnen das wirklich sehr gern bestätigen.

(Beifall der SPD.)

Was die Musiker der Rheinischen Philharmonie anlangt, muß ich sagen, daß diese wie die Löwen um ihren Dirigenten kämpfen. Sie haben sich schon mehrmals in ihrer Verzweiflung an die Öffentlichkeit gewandt. Sie haben den Herrn Ministerpräsidenten um Hilfe gebeten, und sie haben erst kürzlich wieder in einer Abstimmung ein einstimmiges Votum für Herrn Lockart abgege-

ben. Man kann diesem Orchester nicht mit Gewalt einen anderen Dirigenten aufzwingen, ohne daß Schaden für das Ganze entsteht.

(Beifall der SPD.)

Ich meine, daß es doch nicht so schwer sein kann, einen Kompromiß zu finden. Die Anhebung des Orchesters nach Gruppe B mit Fußnote ist nicht mehr Gegenstand der Verhandlungen. Herr Lockart hat dies auch schon gesagt. Es wäre auch denkbar, dem Orchester eine geringere Anzahl von Planstellen zu geben und zusätzlich Praktikantenstellen vorzusehen, wie sie bei der Pfälzischen Philharmonie seit Jahren auch zusätzlich im Etat ausgewiesen sind.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Das Staatsorchester Rheinische Philharmonie hat jedenfalls die Hoffnung noch nicht aufgegeben, und ich auch nicht. Deshalb, Herr Minister Gölder, fordere ich Sie namens meiner Fraktion auf, mit Herrn Lockart mit dem Ziel der Verlängerung seines Vertrages zu verhandeln. Dem dafür notwendigen Haushaltsansatz werden wir zustimmen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der CDU, dieses Anliegen ebenfalls zu unterstützen. – Dankeschön.

(Rocker, CDU: Das ist doch nicht Sache des Parlaments!)

Präsident Martin:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Gölder, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal zu den grundsätzlichen Seiten des Antrags der SPD äußern.

(Beifall der CDU.)

Ich verkenne nicht, daß es in der Frage der Vertragsverlängerung von Herrn Lockart – ich werde dazu auch nachher noch kurz etwas sagen – Turbulenzen gegeben hat. Ich möchte von mir aus doch ein wenig grundsätzlich die Frage stellen, ob es in jedem Falle angemessen ist, dies im Detail im rheinland-pfälzischen Landtag zu diskutieren.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, die Rheinische Philharmonie in Koblenz wurde im Herbst 1945 gegründet. Zehn Jahre später wurde der zunächst relativ lose Zusammenschluß ihrer Musiker in die Rechtsform eines eingetragenen Vereins überführt. Es ist bereits von Frau Kollegin Goß darauf hingewiesen worden, daß man zunächst zumeist für den Koblenzer Sender – ein Sender, den die französische Besatzungsmacht für den nördlichen Teil ihrer Zone errichtet hatte – gespielt hat. Nachdem dann aber in Baden-Baden ein großes Sinfonieorchester und in Kaiserslautern ein Unterhaltungsorchester gegründet und der Landessender nach Mainz verlegt worden war, verschlechterte sich die Beschäftigungslage der Rheinischen Philharmonie, bis das Koblenzer Theater wieder Opern und Operetten auf seinen Spielplan setzte, deren Bespielung dann die Rheinische Philharmonie übernahm.

Die Stadt Koblenz sah sich jedoch nicht in der Lage, das Orchester, das vor der Währungsreform zeitweise über 80 Musiker beschäftigte, ganz oder auch nur einen Teil davon als Theaterorchester voll in die städtische Trägerschaft zu integrieren. Die Stadt Koblenz hat von Anfang an – dies ist bis heute so – nur die im Theater abgeleisteten Dienste entgolten. Es entspricht übrigens nicht der Situation in anderen rheinland-pfälzischen Städten, die hier zum

(Staatsminister Dr. Göhler)

Teil erheblich größere Belastungen tragen müssen. Ich denke, Sie wissen das, Frau Kollegin Goß. So mußte das Orchester versuchen, fehlende Mittel durch vermehrte Konzerttätigkeit innerhalb und vor allem außerhalb von Koblenz hereinzubringen.

Viele Musiker wanderten ab, weil ihre Bezüge oft nicht in voller Höhe ausgezahlt werden konnten. Bereits lange vor der Verstaatlichung – schon während der 50er und 60er Jahre – wurde die personelle und künstlerische Weiterentwicklung des Orchesters vor allem durch das Land getragen. Kontinuierlich angehobene Landeszuschüsse führten schließlich dazu, daß die Rheinische Philharmonie ihre Musiker, die damals nach Tarifgruppe D besoldet wurden, am 1. Juli 1970 nach Tarifgruppe B bezahlen konnten, wobei Tarifgruppe C übersprungen wurde.

Zu diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, hatte das Städtische Orchester Mainz der Städtischen Bühnen Mainz lediglich 56 Musiker, Tarifgruppe C, unter Vertrag, Kaiserslautern 48, Tarifgruppe D, und Trier sogar nur 36 in der damals noch vorhandenen Tarifgruppe E.

Die erhöhten Landeszuweisungen kamen allen Orchestern in Rheinland-Pfalz zugute, und so konnten 1978 die kommunalen Orchester vergrößert und ihre Musiker besser besoldet werden.

Zurück zur Rheinischen Philharmonie; sie wurde am 1. Juli 1973 mit damals 69 Musikern und dem dazugehörigen Verwaltungspersonal vom Land übernommen. Ein Jahr zuvor hatte der Geschäftsführer des Orchesters in einem Schreiben an den damaligen Kultusminister Dr. Vogel es als Ziel und Wunsch seiner Musiker bezeichnet, durch eine Stellenvermehrung auf 75 Positionen zu einem funktionstüchtigen Symphonieorchester zu kommen, damit – ich zitiere – „die gewünschte Konzerttätigkeit im Lande maximal ausgebaut“ werden könne. Meine Damen und Herren, dies ist in der Zwischenzeit auch geschehen. Das Orchester kann im Augenblick 75 Musiker im Sinne von 75 Planstellen einsetzen. Daß von Fall zu Fall bei besonderem Bedarf auch zusätzlich Musiker verpflichtet werden können, versteht sich hier wie bei jedem anderen Orchester von selbst. Im Entwurf des Haushalts für 1984/85 ist eine weitere Planstelle vorgesehen. „Die gewünschte Konzerttätigkeit im Lande“ ist damit garantiert, personell wie spieltechnisch.

Jetzt möchte ich eine ganz kurze Bemerkung zu der Pfälzischen Philharmonie machen; sie wurde im Jahre 1974 mit damals 74 Planstellen in die alleinige Trägerschaft des Landes übernommen. Dieser Übernahme war ein Kabinettsbeschluß vorausgegangen, wonach das ehemalige Pfälzorchester im Falle einer Verstaatlichung zu einem sogenannten A-Orchester ausgebaut werden sollte. Eine entsprechende Einstufung in die Tarifgruppe A war bezüglich der Rheinischen Philharmonie niemals vorgesehen; sie konnte auch aufgrund der ganz anderen Aufgabenstellung des Orchesters und der damit weitgehend vorgegebenen Personalstärke nicht vorgesehen werden.

Ich will mich hier nicht zu breit äußern, möchte aber jetzt ein paar Bemerkungen zu der Frage Konzertorchester, Theaterorchester, Orchester mit kombinierter Tätigkeit machen. Meine Damen und Herren, von Anfang an war die Rheinische Philharmonie ein Orchester mit kombinierter Aufgabenfunktion, spielte im Theater und gab Konzerte. Die Pfälzische Philharmonie ist seit ihrer Gründung im Jahre 1919 immer ein reines Konzertorchester gewesen; sie mußte es schon deshalb sein, weil das einzige Theater in der Pfalz, das Pfälztheater in Kaiserslautern, im Gegensatz zu dem Koblenzer Theater und der Stadt Koblenz seit eh und je ein eigenes Orchester beschäftigte. Meine Damen und Herren, ich möchte doch auch den Koblenzer Kollegen, die zum Teil ein wenig begeistert geklatscht haben, in Erinnerung rufen – ich möchte das Thema vor allen Dingen öffentlich nicht zu sehr vertiefen; es gibt in

Koblenz viele, die daran ein Interesse haben – , daß sich die Stadt Koblenz von Anfang an anders verhalten hat als andere rheinland-pfälzische Städte; das hat ja auch alles finanzielle Hintergründe, und das schneidet das Land nicht schlecht ab, Frau Kollegin Goß. Ich wäre dankbar, wenn so etwas gelegentlich auch einmal öffentlich gesagt würde. Ich wiederhole es sehr oft, und ich finde es dann manchmal noch nicht einmal in der Rhein-Zeitung.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, der Umstand, daß im Vertrag über die Verstaatlichung der Rheinischen Philharmonie wie auch in den Erläuterungen zum Haushaltsplan 1975 der Terminus „Symphonieorchester“ gebraucht wird, ist unerheblich und ändert nichts an der Aufgabenstellung des Orchesters. Es gibt, und dies wurde mir gerade wieder durch den Geschäftsführer der Deutschen Orchester-vereinigung, Herrn Dr. Rolf Dünwald, bestätigt, keinen juristischen Unterschied zwischen Symphonieorchester, Orchestern mit mehrfacher Funktion und reinen Theaterorchestern. Man kennt lediglich den übergeordneten Begriff „Kulturorchester“, d. h. Orchester, die – ich zitiere – „regelmäßig Operndienst versehen oder ernst zu wertende Musik spielen“. Bezeichnungen wie „Philharmoniker“, „Symphoniker“, „Philharmonie“ usw. sollen, müssen aber nicht lediglich den Schwerpunkt der Arbeit angeben. Die weitaus meisten Orchester in der Bundesrepublik Deutschland sind schon aus praktischen Gründen Orchester mit kombinierter Tätigkeit. So verstehen sich beispielsweise das Orchester der Beethovenhalle in Bonn, das Philharmonische Staatsorchester in Bremen, das Philharmonische Orchester Hamburg, das Gürzenich-Orchester in Köln, in der Tat renommierte Adressen, als Symphonieorchester, spielen aber ausnahmslos mehr im Theater als auf dem Konzertpodium. Meine Damen und Herren, selbst die renommierten Wiener Philharmoniker sind im Grunde das Orchester der Wiener Staatsoper. Mehr als 30 Konzerte pro Spielzeit geben sie selten.

Das weitverbreitete Vorurteil, Konzertorchester, ausschließliche Konzertorchester wären etwas Elitäres, etwas Vornehmeres als andere Orchester, ist im Hinblick sowohl auf die praktische Verwertbarkeit als auch auf die Breite der von Mehrzweckorchestern zu bewältigenden Literatur absurd.

Meine Damen und Herren, auch das in diesem Zusammenhang immer wieder herbeigeredete Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes existiert nicht. Die Rheinische Philharmonie kann alle Konzertwünsche der Städte des Nordens erfüllen, ohne die Bespielung des Koblenzer Theaters zu gefährden oder ihre Musiker über Gebühr zu strapazieren. Das Orchester findet darüber hinaus noch Zeit für Gastspiele im Süden des Landes Rheinland-Pfalz. Ich würde mir, am Rande gesagt, wünschen, daß die Pfälzische Philharmonie so oft im Nordteil, auch in der Region Koblenz, auftritt wie die Rheinische Philharmonie im Süden.

(Beifall bei der CDU.)

Darüber hinaus spielen sie in anderen Bundesländern und sogar im Ausland. Das Land wird durch das Bereitstellen zusätzlicher Mittel während der nächsten beiden Jahre dem Orchester auch Konzertreisen nach Spanien und in die USA ermöglichen. Dies war nicht ganz einfach, das darf ich sagen. Ich habe mich darum sehr bemüht, und ich bedanke mich auch beim Kollegen Finanzminister, daß diese zusätzlichen Mittel mit Blick auch auf die Chance des Orchesters, mit Blick auf eine sinnvolle Nutzung der Umbauphase in Koblenz zur Verfügung gestellt und damit die Reisen ermöglicht werden konnten.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Partnerschaft mit der Stadt Koblenz, die sich aus der Bespielung des dortigen Theaters durch die Rheinische Philharmonie ergibt und die sich auch in finanzieller Hinsicht für die Stadt Koblenz gewiß nicht ungünstig

(Staatsminister Dr. Gölder)

ausnimmt, auf keinen Fall durch eine andere Gewichtung der Aufgaben des Orchesters gefährden. Und ich denke oder ich hoffe, die Stadt Koblenz weiß zu würdigen, daß es in der gesamten Bundesrepublik Deutschland keine Stadt von vergleichbarer Größe gibt, die sich eines Orchesters mit 75 Musikern bedienen kann, zumal nur zwei Drittel dieses Orchesters, wenn man sehr großzügig ist – in Wirklichkeit ist es noch weniger –, im Graben des Theaters Platz finden können und, meine Damen und Herren, zumal die Rheinische Philharmonie in der Rhein-Mosel-Halle zu kaum mehr als zehn Konzerten pro Spielzeit verpflichtet wird. Ich glaube, wenn ich das recht im Kopf habe, sind es im Schnitt doch erheblich weniger. Dies ist ein entscheidender Aspekt.

Bei der heutigen Marktlage auf dem Konzertsektor wäre es, und das sage ich jetzt in allem Ernst und mit allem Nachdruck, völlig illusorisch, wenn Rheinland-Pfalz zwei große Symphonieorchester beschäftigen wollte, selbst dann, wenn dies finanzierbar wäre. Meine Damen und Herren, es gibt bekanntlich eine ganze Reihe von Bundesländern, die sich mehrere A-Orchester leisten, aber es handelt sich dabei durchweg um Mehrzweck-Orchester, die schwerpunktmäßig im Theater eingesetzt werden und darüber hinaus eine gewisse Anzahl von Konzerten spielen. Aber kein Bundesland und kein Stadtstaat ist bisher das Risiko der Trägerschaft zweier reiner Konzertorchester eingegangen, kein Bundesland und kein Stadtstaat! Die Gründe sind leicht ersichtlich. Einmal hatten die meisten Länder traditionsreiche Theater weiterzuführen, zum anderen sind reine Symphonieorchester mit Ausnahme der wenigen Spitzenorchester, die für 100 000 DM Abendgage und mehr spielen und permanent im Mediengeschäft drin sind, ganz einfach schwieriger zu beschäftigen als Orchester, die primär für ein Theater arbeiten.

Meine Damen und Herren, bei uns können, anders als in England oder in Amerika, weil es dort vergleichbare tarifvertragliche Regelungen nicht gibt, reine Konzertorchester lediglich mit 100 bis maximal 125 Konzerten belastet werden. Zwei große Symphonieorchester, die zusammen über 200 Konzerte spielen müßten, wären für Rheinland-Pfalz einfach illusorisch, nicht sinnvoll, weil wir nur wenige Großstädte haben und Mainz, Kaiserslautern oder Trier ihre eigenen Orchester auch in konzertanter Funktion sehen möchten.

Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite verschlechtert sich die Marktlage in der Bundesrepublik Deutschland von Monat zu Monat, weil auch potentielle Abnehmerstädte im Inland immer größere Finanzsorgen haben, weil die Währungssituation in Frankreich, Italien und Spanien, aber auch in anderen europäischen Ländern außerordentlich labil ist und dort während der letzten Jahre eine Reihe neuer Orchester gegründet wurde, die ihrerseits auf den westdeutschen Markt drängen, weil die Dumpingpreise der Orchester der Ostblockstaaten – renommierteste Orchester aus den Ostblockstaaten, ich sage es etwas salopp, sind aus Devisengründen im Grunde für einen Apfel und ein Ei zu haben – immer mehr bundesdeutsche Orchester aus dem Feld schlagen und nicht zuletzt deshalb, weil die zum Teil hoch qualifizierten Rundfunksinfonieorchester für die öffentlichen Orchester eine immer stärkere Konkurrenz werden und die von den Kosten her außerordentlich teuren Rundfunksinfonieorchester bei öffentlichen Konzerten weit unter dem Kostengesichtspunkt auftreten. Sie können in der Bundesrepublik Deutschland heute Sinfonieorchester zu einem Preis verpflichten, der weit unter dem liegt, was diese Orchester von ihrer Kostenstruktur verlangen müßten. Meine Damen und Herren, Sie bekommen heute ein renommiertes Rundfunksinfonieorchester in der Bundesrepublik Deutschland zu einem günstigeren Preis als die Tageskosten der Rheinischen Philharmonie, eines der mittleren Orchester in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich sage das in der Nüchternheit ganz deutlich und sehr ruhig. Es ist völlig unrealistisch – ich könnte dies nicht verantworten und dem Parlament auch nie empfehlen, sondern würde öffentlich widersprechen –, den Status und damit die Aufgabenstellung der Rheinischen Philharmonie zu verändern. Mit rund 160 Musiktheateraufführungen und rund 50 bis 55 Konzerten pro Jahr – das sind Werte, die selbstverständlich nach oben oder unten variieren können – leistet das Orchester – das ist von mir immer wieder anerkannt worden – wertvolle und unverzichtbare Kulturarbeit.

Ich nenne auch das Projekt Schule/Orchester und betone mit Nachdruck, daß mir an einer Fortsetzung und Vertiefung dieser vielschichtigen Arbeit ebenso wie an einer weiteren künstlerischen Profilierung der Rheinischen Philharmonie gelegen ist.

Meine Damen und Herren, vor dem geschilderten Hintergrund der Marktlage vermag ich nur nicht einzusehen, daß der Preis dafür eine drastische Erhöhung der Planstellenzahl des Orchesters sein muß, zumal die Musiker der Rheinischen Philharmonie – dies ist sicher bei anderen Orchestern in Deutschland nicht wesentlich anders, wie ich das gerne einräume – bei ihrer dienstlichen Inanspruchnahme keineswegs überbelastet sind.

Meine Damen und Herren, da werden gelegentlich Zahlen genannt, leider auch von Ihnen, Frau Kollegin Goß, und in die öffentliche Diskussion eingebracht, die überhaupt nicht haltbar sind. Sie haben die durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Dienste angesprochen. Wir haben den Plan, den uns das Orchester gegeben hat, für das Jahr 1982/83 genau durchgerechnet. Sie sagten, daß im Tarifvertrag höchstens acht pro Woche vorgesehen sind. Meine Damen und Herren, wer sich im künstlerischen Bereich ein bißchen auskennt, weiß, daß solche Höchstgrenzen in aller Regel nicht erfüllt werden. Ich will am Rand darauf hinweisen, daß der Tarifvertrag eine durchgehende Arbeitsperiode von drei Stunden ermöglicht. Wer sich in der Orchesterlandschaft in Deutschland ein bißchen auskennt – mittlerweile kenne ich mich ein bißchen aus –, weiß, daß es in Deutschland keine Orchester gibt, in denen Dirigenten in der Regel drei Stunden an einem Stück, wie es tarifvertraglich möglich wäre, durcharbeiten. Die durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Dienste der verschiedenen Instrumentengruppen der Rheinischen Philharmonie liegen bei 5,69. Der Höchstwert liegt bei den Klarinetten mit 6,97 und der tiefste Wert bei den Harfen mit 4,87. Es ist schon ein bißchen – ich drücke mich ganz vorsichtig aus – leicht übertrieben, wenn hier von Tarifverträgen von höchstens acht gesprochen wird und Sie dann so gewissermaßen – ich sage es etwas ironisch – das unmenschliche Verhalten des Landes oder des Kultusministers anprangern und sagen, sie müßten im Durchschnitt pro Woche zwölf Orchesterdienste leisten. Es sind 5,69 anerkannte Dienste!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Gesichtspunkt vortragen. Geht man davon aus, daß die in den Konzertsälen Europas und Nordamerikas angebotene Konzertschlagerliteratur knapp 1 200 Stücke umfaßt, so kann ein B-Orchester in der Größenordnung der Rheinischen Philharmonie von den rund 1 200 gängigen Stücken – das ist durchaus sehr breit gefaßt, wobei das gesamte späte 19. Jahrhundert und das frühe 20. Jahrhundert einschließlich Mahler und Bruckner mitgezählt ist – davon über 90 % ohne fremde Aushilfe partiturgerecht ausführen. Auch rund 90 % der Musiktheaterliteratur, und zwar weit mehr als sich im Koblenzer Theater aufgrund der beschränkten räumlichen Gegebenheiten szenisch realisieren läßt, können von einem B-Orchester ohne Fremdverstärkung gespielt werden. Wenn man, wofür ich sehr bin, beispielsweise auch in Mainz Mahler-Aufführungen macht – auch das Mainzer Orchester, das 66 Planstellen hat, macht gelegentlich große Sinfoniaufführungen – und dafür an diesem Tag 80 oder 85 Musiker braucht, dann holt man sich Leute aus Koblenz oder aus

(Staatsminister Dr. Gölder)

Trier. Auch das Koblenzer Orchester ist dann, wenn Herr Lockart Mahler spielen will, wie das auch geschehen ist, darauf angewiesen, zeitlich befristete Kräfte zu holen.

Meine Damen und Herren, wir können nicht für wenige Abende im Jahr – es sind ganz wenige Abende im Jahr; ich kenne den Spielplan sehr detailliert – eine Politik betreiben, die zwangsläufig auf ein zweites A-Orchester hinausläuft. Ich sage, ein zweites A-Orchester kann sich Rheinland-Pfalz nicht leisten! Es findet auf dem Markt auch nicht genügend Resonanz. Es wird in den nächsten Jahren für die vorhandenen A-Orchester schwierig genug. Meine Damen und Herren, wer A-Orchester einseitig in den Vordergrund stellt, der provoziert ganz andere Fragen, die ich nicht provozieren will.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zur Zukunftsperspektive und zur Frage des Chefdirigenten und des Intendanten machen. Ich unterstreiche noch einmal, daß ich vor dem Hintergrund der geschilderten Ausgangssituation alles tun werde, die künstlerische Fortentwicklung des Staatsorchesters Rheinische Philharmonie in den kommenden Jahren zu sichern. Voraussetzung für die künstlerische Profilierung eines Orchesters ist ein kompetenter und auch orchesterpädagogisch begabter Dirigent ebenso wie ein verantwortungsbewußter Geschäftsführer und der gute Wille der Orchestermusiker. James Lockhart, der die Rheinische Philharmonie seit 1981 leitet, hat in Koblenz vorzügliche Arbeit geleistet. Ich habe deshalb von Anfang an versucht, den zum 31. August 1984 auslaufenden Vertrag mit Lockhart um zwei oder drei Jahre zu verlängern. Herr Lockhart ist sich im übrigen seit langem darüber im klaren, daß wir die Vertragsverhandlungen nicht erst zum Auslauf der dreijährigen Vertragszeit führen würden. Der Vertrag sieht ausdrücklich vor, daß Verhandlungen zum Ende des zweiten Vertragsjahres aufgenommen werden können, also im Sommer 1983. Im Interesse der Sicherung des künstlerischen Weges des Orchesters halte ich Klarheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung – auch in der personellen Ausgestaltung – für unverzichtbar.

Jetzt hat es um die Verhandlungen mit Herrn Lockhart einigen Wirbel gegeben. Ich hätte dazu sehr viel zu sagen, was in weiten Teilen – das will ich gern einräumen – nicht mit dem Namen von Herrn Lockhart, aber mit anderen Namen verbunden ist. Ich will diese Landtagssitzung damit nicht belasten, zumal es der Sache nicht dienlich ist und dem Grunde nach meines Erachtens auch nicht hierhergehört. Herr Lockhart hat mir heute morgen in einem Telefongespräch mitgeteilt, daß er bereit ist, seine Arbeit in Koblenz fortzusetzen. Herr Lockhart hat mir zugesichert, daß er den Vertrag am Wochenende unterzeichnen wird. Im übrigen verspreche ich mir von der Verpflichtung eines neuen Orchesterintendanten eine merkbare Beruhigung der Atmosphäre. Für die im nächsten Jahr vakant werdende Stelle liegt die grundsätzliche Zusage des Geschäftsführers eines namhaften Sinfonieorchesters vor.

Meine Damen und Herren, ich habe bezüglich der grundsätzlichen Perspektive versucht, klar zu sagen, welche Möglichkeiten gegeben sind und wie ich die Sache sehe.

Da mag es das eine oder andere an Flexibilität geben. Aber grundsätzlich, glaube ich, muß man die Sache so beurteilen. Und ich hoffe auch, daß insgesamt doch wieder Beruhigung eintritt im Interesse des Orchesters und seiner künstlerischen Arbeit. Ich hoffe, daß es bei den Zusagen, die mir heute telefonisch gegeben worden sind, bleibt und daß ich vielleicht auch mir gegenüber – das hat mich nämlich viel Zeit gekostet, und das hat man ja vielleicht auch nicht so gern – in der kommenden Woche feststellen kann, daß dieses Thema vielleicht doch, wie ich hoffe –

ich muß es annehmen; ich nehme es gerne an –, zu einem einvernehmlichen Abschluß gekommen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Martin:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Koggel.

Abg. Koggel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist das gute Recht der Opposition, Anträge zu stellen, so wie es die Kollegin Goß eben getan hat, indem sie eine Reihe von Stellen zusätzlich gefordert hat, wie ich das verstanden habe, vergleichbar mit der Pfälzischen Philharmonie.

Sie hat auch zum Ausdruck gebracht, daß sie die Haushaltsansätze mittragen will. Ich meine aber, daß sie einen ganz entscheidenden Punkt nicht genannt hat, nämlich den, wie diese Kosten finanziert werden sollen. Ich meine, es wäre symptomatisch, daß gleichzeitig am heutigen Tag Ihr Abgeordneter Müller bei der Entlastung für den Haushaltsplan 1981 die Neuverschuldung beklagt.

Ich darf einen zweiten Punkt aufgreifen. Herr Lockhart ist ein guter Dirigent. Das ist ohne Zweifel. Er hat die Rheinische Philharmonie zu Ansehen gebracht. Es ist allerdings nicht hinzunehmen, daß der Dirigent versucht, die Orchesterkonzeption festzulegen. Ich hätte mir auch gewünscht, daß das Thema hier nicht im Detail zur Sprache kommt im Hinblick auf die Rücksichtnahme auf Herrn Lockhart selbst, was seine Vertragsverhandlung betrifft.

(Beifall der CDU.)

Ich darf noch einen Satz korrigieren. Daß die Rheinische Philharmonie 40 % der Kosten einspielt, das kann so nicht stehen bleiben. Die Stadt Koblenz beteiligt sich mit 1,7 Millionen DM für den Teil, in dem das Orchester als Theaterorchester spielt. Das sind 32 %. Und 8 % sind dann die Einnahmen aus den Konzerten. Das ergibt also, wie gesagt, diese 40 %.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Opposition bedarf insofern der Präzisierung, daß im Etat des Jahres 1975 vom stufenweisen Ausbau des Klangkörpers zu einem großen Sinfonieorchester gesprochen wird. Nun, wer sich die Besetzung des Orchesters seit der Übernahme als Staatsorchester im Jahre 1973 ansieht, kann unschwer die positive Entwicklung des Orchesters erkennen, sowohl die positive Entwicklung bei der Besetzung als auch die damit einhergehende qualitative Verbesserung des Klangkörpers. Am 1. Juli 1973, dem Tag der Übernahme als Staatsorchester, verfügte das Orchester über 69 Musiker. Diese Zahl wurde in den Folgejahren, wie vorgesehen, stufenweise erhöht: 1975 auf 72 Musiker, 1980 auf 73 Musiker und 1982 auf 75 Musiker. – Dies muß anerkannt werden, um so mehr, als zur gleichen Zeit in anderen Bereichen aufgrund der Finanzsituation bereits Stellen eingespart werden mußten.

In den letzten Monaten ist über die Besetzung in Verbindung mit dem Dirigenten viel – ich meine persönlich, zu viel – geschrieben und gesagt worden.

(Beifall bei der CDU.)

Die Qualität eines Orchesters hängt nicht nur von der Zahl der Musiker ab. Ich erinnere daran, daß beispielsweise die Stuttgarter Philharmonie über 71 Musiker und die Nordwestdeutsche Philharmonie über 72 Musiker verfügen und ebenso für eine hervorragende musikalische Leistung bekannt sind.

Die finanzielle Ausstattung des Orchesters stand nie in Frage. Bereits vor der Übernahme als Staatsorchester wurden schon

(Koggel)

Landeszuwendungen in Höhe von über 50 % zur Stabilisierung des Orchesters gewährt, als andere Orchester Landeszuwendungen in Höhe von 30 % zur Deckung des Defizits erhielten.

Wir haben eben vom Herrn Kultusminister gehört, daß der Haushaltsentwurf 1984/1985 der Landesregierung eine weitere Planstelle vorsieht. Dadurch erfährt das Orchester eine weitere Verbesserung. Wir wollen nicht außer acht lassen, daß die Rheinische Philharmonie nach wie vor zu etwa zwei Drittel als Theaterorchester und zu etwa einem Drittel als Konzertorchester spielt, im Gegensatz zur Pfälzischen Philharmonie als reinem Konzertorchester.

Wir haben gehört, daß der Vertrag mit dem Dirigenten mit einer Laufzeit bis zum 31. August 1984 datiert und die Landesregierung eine Reihe von Gesprächen geführt hat. Wir haben eben auch gehört, daß der Abschluß bald bevorsteht.

Unabhängig von dem Ausgang dieser Gespräche darf ich hier für die CDU-Fraktion erklären: Wir sagen auch weiterhin ja zur Rheinischen Philharmonie mit eigener Intendanz. Wir werden dies in den kommenden Haushaltsberatungen zum Ausdruck bringen.
– Vielen Dank!

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. In dem Antrag der Fraktion der SPD ist gefordert, daß die Landesregierung dem Landtag berichten solle. Ich nehme an, Sie stimmen mit mir überein, daß dem Antrag Genüge gesehen ist. Damit ist der Antrag als erledigt zu betrachten.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Maßnahmen zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 10/205 –

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Helzer.

Abg. Helzer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im heutigen Pressespiegel findet sich eine Meldung der Rhein-Zeitung vom heutigen Tag unter der Überschrift: „100 000 Pädagogen fehlen – Nur der Staat kann arbeitslosen Lehrern helfen – Wenig Chancen“.

Wie kann man dann, wenn hier eine Schlagzeile lautet: „100 000 Pädagogen fehlen“ jetzt einen Antrag zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit begründen? Dieser Widerspruch, der scheinbare Widerspruch, sollte jedoch aufgehoben werden, wenn es darum geht, das Problem der Arbeitslosigkeit junger Lehrer etwas näher zu untersuchen.

Ich möchte vorweg bemerken, daß die Beschlüsse des Bundesrates von der vergangenen oder vorvergangenen Woche bezüglich einer Änderung beamtenrechtlicher Bestimmungen auch in bezug auf die Arbeitslosigkeit allgemein, nicht nur der Lehrer, sondern aller Beamten, von der SPD-Fraktion begrüßt werden. Es handelt sich hierbei um die Möglichkeit der Beurlaubung ohne Dienstbezüge, wenn ein Beamter 20 Jahre im Dienst gewesen und 55 Jahre alt ist, zweitens um die Teilzeitbeschäftigung bis zu zehn Jahren – es erhebt sich die Frage, Herr Minister, ob unser Gesetz zur Teilzeitarbeit das vorsieht oder ob da eine Änderung notwendig

werden wird; dies sei nur am Rande gesagt – und die Erweiterung der Beurlaubung aus familiären Gründen, statt sechs Jahren jetzt bis zu neun Jahren. Diese Regelungen, wie betont, sollen für alle Beamten und Richter gelten, nicht nur für Lehrer.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat den Bericht kommentiert und darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung der beurlaubten Beamten, in der Zeit ihres Urlaubs keine Nebentätigkeiten auszuüben oder ausüben zu sollen, nicht kontrolliert werden könne. Ich halte solche Zweifel für berechtigt, wie auch unser Gesetz zu § 80 a Landesbeamtengesetz diese Verpflichtung enthält.

Auch da stellt sich die Frage, wieweit so etwas kontrolliert und beobachtet wird.

Meine Damen und Herren, diese drei Maßnahmen, die der Bundesrat angeregt oder beschlossen hat, reichen uns nicht. Wir erwarten einen weitergehenden Beitrag des Landes in dieser Frage und einen Bericht dazu bis zum 20. Dezember dieses Jahres.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung wird in unserer Drucksache 10/205 aufgefordert, wünschenswerte Maßnahmen unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten darzustellen und auch zu bewerten.

Was veranlaßt uns zu diesem Antrag? – Seit einigen Jahren hat sich auch in unserem Land die Einstellungssituation für Lehrer grundlegend gewandelt. Aus dem Lehrermangel wurde ein Stellenmangel. Bei den bisherigen Debatten um Lehrbedarfsplanung wurde stets darauf verwiesen, daß der Staat nicht alle ausgebildeten Lehrer einstellen könne, weil einmal der langfristige Bedarf nicht mehr bestehe und zum anderen der finanzielle Rahmen eine auf die nächsten Jahre gerichtete Stellenausweitung nicht erlaube.

(Unruhe im Hause. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Abg. Helzer, SPD:

Danke schön, Herr Präsident. –

Es kann sich also jetzt hier nur darum handeln, die Minderung der Zahl der arbeitslosen Lehrer herbeizuführen. Der Staat hat ein Ausbildungsmonopol und auch faktisch ein Anstellungsmonopol bei den Lehrern. Aus diesen beiden Monopolen ergibt sich die Verpflichtung des Staates, sich in anderer Weise zu verhalten als bei anderen Berufsgattungen.

Ich will einmal die drastische Verringerung der Einstellungsmöglichkeiten im letzten Jahr kurz darstellen. Im Sommer dieses Jahres gab es in Rheinland-Pfalz 3 300 Bewerber für ein Lehramt. Es erfolgten 470 Einstellungen, davon 200 aus $\frac{3}{4}$ -BAT-Stellen, solche, die aufgrund eines Beschlusses des Landtags in volle Planstellen übernommen wurden. 270 der Eingestellten waren Außenbewerber. Demnach hatte jeder Zwölfte der 3 300 Bewerber eine Chance. Von 3 300 Bewerbern sind 270 als Außenbewerber eingestellt worden. Dabei hatten wir in diesem Jahr noch eine relativ günstige Lage, weil der § 80 a des Landesbeamtengesetzes einen freiwilligen Arbeitsverzicht mit sich gebracht hat. Er hat gewissermaßen 265 Lehrerstellen gebracht, davon allein 181 Stellen bei Grund- und Hauptschulen. Ich nenne diese Tatsache, daß in Fortsetzung einer Entwicklung, die sich schon ein Jahr vorher abzeichnete, eine so große Zahl von Lehrern aufgrund eines freiwilligen Arbeitsverzichts eingestellt werden konnte, einen

(Helzer)

echten Solidaritätsbeitrag, dem wir auch unsere Anerkennung zollen sollten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Jeder weiß, daß die Lehrerarbeitslosigkeit ein Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit ist. Wenn aber der Staat, wie ich eben sagte, neben dem Ausbildungs- auch das Anstellungsmonopol besitzt und die Chancen der jungen Leute so schlecht sind, wie ich dies dargelegt habe, ist es notwendig, über Möglichkeiten der Abhilfe stärker und intensiver nachzudenken als das bisher immer wieder gerade auch während der Haushaltsberatungen geschah.

Dabei denken wir nicht, um das vorher klarzustellen, Herr Kollege Hoppe, an die Schaffung zusätzlicher Stellen und an das Anwachsen der Personalausgaben. Unsere Vorstellungen, unsere Vorschläge, lassen sich in drei Kategorien aufteilen:

1. Völlig kostenneutrale Lösungen,
1. Lösungen, bei denen Haushaltsmittel zur Schaffung zusätzlicher Stellen umgewidmet werden und
3. Lösungen, die auf den ersten Blick eine zusätzliche finanzielle Belastung des Kultushaushaltes zur Folge haben, aber darauf hinauslaufen, den Stellenabbau zu verlangsamen. –

Ich möchte das etwas näher erläutern. Zunächst zu Punkt 7 aus unserem Katalog: Auf Antrag der SPD hat Rheinland-Pfalz die im Gesetz über die Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom Dezember 1981 geschaffene Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung von Lehrern nicht nur auf halben, sondern auch auf $\frac{3}{4}$ -Stellen zugelassen. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, daß die vorhin genannte hohe Zahl von Einstellungen infolge freiwilligen Verzichts erreicht wurde. Das Land sollte jetzt einen weiteren Schritt tun und überall dort, wo die dienstlichen Umstände es erlauben – ich betone dies –, den freiwilligen Verzicht auf eine, einige oder auch mehrere Unterrichtsstunden, und zwar zwischen dem vollen und dem halben Regelstundenmaß, zulassen. Das Gesetz erlaubt diese Möglichkeit. Andere Länder beabsichtigen dies auch. Wir erhoffen uns dadurch eine Erweiterung der Teilzeitarbeit. Wir erhoffen uns Arbeitsmöglichkeiten für junge Lehrer, die jetzt arbeitslos sind. Mit aller Deutlichkeit möchte ich darauf hinweisen, daß die Möglichkeit der Teilzeitarbeit in einigen Schularten – ich nenne die berufsbildenden Schulen und auch Gymnasien – noch nicht voll genutzt werden. Da ist weitere Werbung und Aufklärung notwendig und erforderlich.

Zu Punkt 6: Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder dafür eingesetzt, den nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht an den Schulen bis auf ein unabhängiges Maß zu kürzen und die bezahlte Mehrarbeit, die zu Zeiten der Lehrermangels eingeführt wurde, zu streichen. Zuletzt wurde unser Antrag bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 1982/1983 und auch noch einmal beim Nachtragshaushalt abgelehnt. Im Haushaltsvollzug 1982 hat aber die Landesregierung genau das getan, was wir forderten. Sie haben den nebenamtlich/nebenberuflichen Unterricht gekürzt und die bezahlte Mehrarbeit – bei den Berufsschulen waren es immerhin 1 Million DM – zurückgenommen. Das Geld steht jetzt nicht mehr für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Entscheidungen zur Verfügung. Der Titel 427 31, der mehrfach von mir bei den Haushaltsberatungen der letzten Jahre angesprochen worden ist, ist ein gewisses Finanzpolster geworden. Es sollte aber auch dafür genutzt werden, ebenso wie die Restmittel bei der skandalösen bezahlten Mehrarbeit für Lehrer, um weitere Arbeitsmöglichkeiten für arbeitslose Lehrer in den Schulen zu schaffen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Kultushaushalt ist besonders stark mit Personalkosten belastet. Wir wissen das alle. Starker Personalabbau in den Schulkapiteln ist eingetreten. Staatsminister Dr. Gölter hat im Haushalts- und Finanzausschuß

mitgeteilt, daß 237,5 freigewordene Stellen bei Grund- und Hauptschulen in diesem Jahr nicht wieder besetzt worden sind. Das ist ein Beitrag zum Abbau von Stellen, der von einem Kapitel schon geleistet worden ist. Wir fordern: Der Stellenabbau darf sich im Interesse des Lehrerarbeitsmarktes und im Interesse der Schule nicht so rasant vollziehen; denn der ausfallende Unterricht in unseren Schulen, vielleicht kommt nachher noch einmal die Rede darauf, ist immer noch sehr groß.

Dem dienen die unter Punkt 1 bis 4 genannten Maßnahmen unseres Antrages ebenso. Die unproblematischste dürfte die Wiedereinführung der alten Regelung der Altersermäßigung der Lehrer sein, die Herr Dr. Vogel als Kultusminister im Jahre 1974 mannhaft verteidigte, aber später doch aufgab.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die physische und psychische Belastung gerade der älteren Lehrerinnen und Lehrer durch das geänderte Verhalten von Jugendlichen und Kindern stark angewachsen ist. Die Herstellung des alten Zustandes wäre also durchaus geboten. Der ausfallende Unterricht würde nicht überall an den Schulen aufgefangen werden können. Anders wäre es schon mit dem Wegfall des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendare in allen Schularten. Ich nenne einmal Zahlen aus der letzten Statistik. 4 745 wöchentliche Unterrichtsstunden werden von Referendaren im Rahmen ihrer planmäßigen Arbeit geleistet. Referendare sollen eigenverantwortlich unterrichten, aber es muß nicht sein, daß ihre Stunden auf das volle Deputat angerechnet werden. Das soll sich außerhalb des Rahmens vollziehen. Schulen, an denen Referendare tätig sind, sind in vielfältiger Weise mehrfach belastet, und sie hätten Möglichkeiten, dann andere Defizite auszugleichen, wenn der bedarfsdeckende Unterricht der Referendare abgeschafft würde.

Wenn man die Zahl, die ich nannte, umrechnet, kommt man auf 180, 190 Stellen. Das ist schon eine Größe, die wir echt als eine Möglichkeit sehen – der größte Teil ergibt sich bei Grund- und Hauptschulen –, eine Änderung herbeizuführen. Wir sprechen uns für einen Abbau dieser planmäßigen Unterrichtsverpflichtung und die Abdeckung des entsprechenden Unterrichts durch jetzt noch arbeitslose oder auch unterbeschäftigte Lehrer aus.

Hierzu gehört auch die Beseitigung der Ungleichheit zwischen den Schularten bei der Anrechnungsstunden-Pauschale. Ich will die Fakten nennen: im Gymnasium auf jeden Lehrer eine Stunde, in der Realschule auf jeden Lehrer eine halbe Stunde, in der Hauptschule auf jeden Lehrer eine Drittelstunde. Diese Ungerechtigkeit besteht nach wie vor, Herr Kollege Hoppe. Es gab einen Antrag Ihrer Fraktion vor ein paar Jahren, den wir auch gemeinsam getragen haben, der in dem Punkt nicht erfüllt worden ist. Man muß noch einmal darauf hinweisen, wie auch die Lehrerverbände VBE und GEW dies in den letzten Tagen getan haben.

In diesen Zusammenhang gehört auch die vorgeschlagene Senkung des Regelstundenmaßes der Hauptschullehrer. Wir sollten uns dabei an den hessischen Regelungen, die dort in Arbeit sind, orientieren, die Vereinbarungen von Celle hin oder her. Das Regelstundenmaß in Hessen der an Gesamtschulen eingesetzten Grund- und Hauptschullehrer wird zuerst um eine Wochenstunde gesenkt. Hier könnte Rheinland-Pfalz ohne weiteres direkt folgen; das ist eine ganz geringe Zahl von Leuten, die an Gesamtschulen arbeiten.

Darüber hinaus ist für uns denkbar, nach Altersgruppen gestuft, zeitlich versetzt, über mehrere Jahre verteilt, die Pflichtstundenzahl der Hauptschullehrer um eine Wochenstunde auf 27 zu senken. Das wäre eine zwar minimale, aber sichtbare Einstiegsmöglichkeit in die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer und gleichzeitig ein Beitrag zur Minderung der Arbeitslosigkeit von jungen Pädagogen.

(Helzer)

Herr Kollege Hoppe, ich möchte Sie wegen Ihrer Rede heute nachmittag einmal besonders ansprechen. Sie haben einige Grundsätze genannt, die Rheinland-Pfalz aus seiner Verschuldung und zu einer Sanierung seines Haushalts führen sollen. Dazu gehört bei Ihnen auch der weitere Personalabbau. Ich möchte es noch einmal ganz klar sagen: Die pauschale Aussage hilft beim Etat 09 so nicht weiter. Es können sicherlich Stellen abgebaut werden, aber nur in einem Umfang, der die Maßnahmen, die hier unter 1 bis 4 bei uns genannt sind, nicht behindern.

Da steht noch ein weiterer Punkt in unserem Katalog. Es geht um die Einbeziehung genehmigter Nebentätigkeiten an außerschulischen pädagogischen Einrichtungen ins Hauptamt. Herr Minister Gölter hat mir mitgeteilt, daß über tausend Lehrer insgesamt 3 200 Stunden pro Woche an Volkshochschulen, Musikschulen, in der Lehrerfortbildung, bei Industrie- und Handelskammern usw. unterrichten. Die mitgeteilte Zahl umfaßt beileibe nicht alle Fälle. Es gibt mit Sicherheit eine sehr hohe Dunkelziffer, Herr Minister. Ich schätze, daß die angegebene Zahl vielleicht 30 % der Fälle umfaßt.

Wir wissen, daß diese Lehrer nicht ohne weiteres durch junge arbeitslose Lehrer ersetzt werden können; sie haben nämlich Berufserfahrung und Erfahrung in der Erwachsenenbildung. Was hindert uns aber, meine Damen und Herren, solche Stunden an außerschulischen pädagogischen Einrichtungen in das Stundendepotat des Hauptamtes einzubeziehen, die im Hauptamt freien Stunden zu neuen Stellen zu bündeln? Der Herr Minister sagt: Haushaltsrecht. Wir möchten das näher geprüft haben. Wir verkennen nicht, daß die hauptamtliche Lehrerstunde teurer ist als die nebenamtliche. Wir wissen auch, daß die Volkshochschulen einer Lösung in unserem Sinne nur bei finanziellem Ausgleich zustimmen werden. Dennoch: Uns leuchtet nicht ein, daß gutbezahlte Beamte Nebenarbeit verrichten in einer Zeit, in der die Quoten der Arbeitslosen so hoch sind.

(Beifall bei der SPD.)

Da gilt übrigens nicht nur für Lehrer, sondern für alle Beamten. Die Nebenarbeit ist im Haushalts- und Finanzausschuß ein nicht zu Ende bearbeitetes Thema. Der Landtag täte gut daran, sich mit dem Nebentätigkeitsrecht ebenso zu befassen, wie die Münchener und Stuttgarter Kollegen es getan haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD.)

Die SPD bittet – in Erweiterung des Katalogs in Drucksache 10/205 – auch um Darstellung all dessen, was auf Bundesebene in die Wege geleitet wurde oder wird. Überlegungen zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften sollten allerdings nur insoweit weiter verfolgt werden, als sie sozial zumutbar sind und als durch die damit erzielten Einsparungen in entsprechendem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst eröffnet werden.

Ich komme zum Schluß. Die rheinland-pfälzische Teilzeitarbeitsregelung ist in dieser Beziehung vorbildlich, weil keine Unterrichtsstunde, auf die jemand verzichtet hat, ausfällt, sondern der Einstellung junger Leute dient. Der gemeinsame Antrag vom Sommer 1982 – Herr Kollege Kutscheid, da spreche ich Sie besonders an – hat dies ermöglicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelter Beifall bei der CDU.)

Da haben wir gemeinsam etwas Gutes gemacht. Lassen Sie uns jetzt, ausgehend vom erbetenen Bericht der Landesregierung, gemeinsam nach Wegen suchen, die Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz zu mindern; beseitigen können wir sie leider nicht. – Danke schön.

(Beifall der SPD.)

Präsident Martin:

Ich danke für die Begründung des Antrags. Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Gölter, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorbehaltlich Ihrer Zustimmung will ich bemüht sein, den von der SPD-Fraktion geforderten Bericht bereits jetzt, im Rahmen der Aussprache, zu erteilen.

Das große Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist eines der bedrückendsten politischen und gesellschaftlichen Probleme unserer Tage. Und dazu gehört – dies ist in diesem Haus schon oft zum Ausdruck gekommen – auch die große Zahl qualifizierter Lehramtsbewerber, deren Einstellungswünschen in den Schuldienst keine ausreichenden Beschäftigungsangebote gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren, ich denke, in diesem Punkt gibt es Übereinstimmung – das ist ja auch in dem Beitrag des Kollegen Helzer deutlich geworden –: Bezüglich des Problems der Lehrerarbeitslosigkeit gibt es keine Patentrezepte. In dem Antrag der Fraktion der SPD wird übrigens bezeichnenderweise mit keinem Wort auf die Konsequenzen eingegangen, die sich aus den vorgeschlagenen Maßnahmen für den Haushalt ergeben. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn wir allen arbeitslosen Lehrern Beschäftigungsmöglichkeiten vermitteln könnten; hierüber gibt es keine Diskussion. Ebenso selbstverständlich ist es, daß ich als Kultusminister von den Problemen der arbeitslosen Lehrer besonders betroffen bin, auch durch den in diesem Zusammenhang immer wieder entstehenden persönlichen Kontakt.

Wir dürfen aber nicht einem Wunschdenken den Vorzug geben vor einer nüchternen Betrachtung der Fakten. Es ist unmöglich, einerseits die Defizite der öffentlichen Hand abzubauen zu wollen und gleichzeitig die Planstellen im öffentlichen Dienst zu vermehren, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Die Einstellung von nur 15 Lehrkräften würde bereits fast 1 Million DM an zusätzlichen Haushaltsmitteln pro Jahr erfordern.

(Kutscheid, CDU: So ist es!)

Und die Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst, die von der Landesregierung nicht als geeignetes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit angesehen wird, wirft die Frage auf, ob der Staat dann nicht nur Verpflichtungen gegenüber den Lehrern, sondern beispielsweise gegenüber Volkswirten, Juristen, Soziologen und Psychologen eingehen muß.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU.)

Die Opposition, meine Damen und Herren, kann nicht einerseits eine Reduzierung des staatlichen Personals fordern – ich erinnere an die Aussagen der SPD-Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß von vor 14 Tagen – andererseits im Einzelfall einer Ausweitung das Wort reden dann, wenn es – ich sage es ohne Schärfe – bei einem Teil der Öffentlichkeit, der Betroffenen, gut ankommt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Bundesländer durch den damaligen Kultusminister Dr. Vogel bereits Anfang der siebziger Jahre vor dem drohenden Überangebot an Lehrern und dem damit verbundenen Risiko der Lehrerarbeitslosigkeit gewarnt. Wer Mitte der siebziger Jahre ein Lehrerstudium begonnen hat, mußte um die sehr eingeschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten angesichts rückläufiger Schülerzahlen und eines geringen allgemeinen Lehrerberarfs wissen. Dennoch haben viele vor der Wirklichkeit die Augen verschlossen.

(Staatsminister Dr. Göltzer)

Rheinland-Pfalz hat sich aber nicht damit begnügt, lediglich auf die jetzt eingetretenen Probleme hinzuweisen und vor der Aufnahme des Lehrstudiums zu warnen. Die Landesregierung hat darüber hinaus Pionierarbeit geleistet, um die entstandenen Probleme im Rahmen des Möglichen zu verringern. Ohne eine bundeseinheitliche Regelung abzuwarten, erlaubte die Landesregierung beamteten Lehrern bereits 1977/78 als erstes Bundesland, sich für eine begrenzte Zeit beurlauben zu lassen und eine halbe Angestelltenstelle zu übernehmen. Die frei gewordene andere halbe Stelle konnte mit sonst arbeitslos gebliebenen Lehrern, den sogenannten Copiloten, besetzt werden.

Erstmals im Haushalt 1978/1979 wurden $\frac{3}{4}$ -BAT-Stellen zum Abschluß von zeitlich befristeten BAT-Verträgen ausgewiesen. So konnten bei noch hohen Schülerzahlen zusätzliche Lehrer eingestellt und damit pädagogische Verbesserungen erreicht und gleichzeitig Lehramtsbewerber versorgt werden. Als Konsequenz der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte wurden inzwischen die $\frac{3}{4}$ -BAT- und die befristeten Copilotenverträge in unbefristete Verträge abgeändert. Ferner wurde aus arbeitsmarktpolitischen Gründen im § 80 a des Landesbeamtengesetzes die neue Möglichkeit geschaffen, von einer Vollzeitbeschäftigung auf eine Teilzeitbeschäftigung im Rahmen des Beamtenverhältnisses überzugehen. Und um die Beschäftigungsmöglichkeiten flexibel zu handhaben, bieten der § 80 a des Landesbeamtengesetzes die Möglichkeit der Wahl zwischen einer halben und einer Dreiviertel-Teilzeitbeschäftigung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich hat die Landesregierung, insbesondere der Kultusminister, alle öffentlich diskutierten Möglichkeiten zur Schaffung von Beschäftigung überprüft.

Der Grundgedanke, die knapper gewordene Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, ist zweifelsohne richtig. Ich kann den ganzen hier zur Debatte stehenden Komplex nicht in aller Ausführlichkeit vortragen und bewerten, ich möchte daher nur ganz wenige Bemerkungen machen. Dem Grundgedanken, die gleiche Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, stehen jedoch bei der Verwirklichung in erheblichem Umfang auch rechtliche Kriterien gegenüber.

Beispielsweise ist vorgeschlagen worden, Dienstanfänger grundsätzlich nur auf $\frac{2}{3}$ - oder $\frac{3}{4}$ -Stellen zu beschäftigen. Dem steht der Gedanke gegenüber, daß das Beamtenrecht von einem vollen Einsatz der Arbeitskraft eines Beamten ausgeht. Mit diesem in den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums begründeten Berufsbild und dem damit verbundenen Alimentationsprinzip ist ein von vornherein nur auf eine Teilleistung gerichtetes Beamtenverhältnis nicht zu vereinbaren.

Anders hingegen sind Maßnahmen der Teilzeitbeschäftigung zu beurteilen, die im Rahmen bereits bestehender Beschäftigungsverhältnisse vorgenommen werden. Sie beruhen auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit und stoßen schon deshalb nicht auf die zuvor genannten grundsätzlichen beamtenrechtlichen Bedenken.

Auch dem häufig erörterten Vorschlag der Kürzung der Regelstundenmaße stehen gravierende Bedenken gegenüber, denen ich mich persönlich in vollem Umfang anschließe. So ist zum Beispiel zu fragen, ob in eine solche Maßnahme alle bereits im Dienst befindlichen Lehrer einbezogen werden könnten. Ich schließe mich der juristischen Argumentation an, daß es sich in einem solchen Fall um erzwungene Teilzeitarbeit handeln würde, so daß ein solches Vorgehen nur in Hinsicht neu abgeschlossener Dienstverhältnisse ins Auge gefaßt werden könnte. In jedem Fall könnte nur einem Bruchteil der jetzt vorhandenen Bewerber bei einer kostenneutralen Kürzung des Regelstundenmaßes um eine Stunde Arbeitsplätze geboten werden. Bei einer Kürzung des Regelstundenmaßes für Grund- und Hauptschullehrer um eine Wochenstunde – eine von

28 – würden bei hundert Grund- und Hauptschullehrern bei kostenneutraler Betrachtung 3,2 Stellen frei.

Unter Berücksichtigung dieser grundsätzlichen Überlegungen hat die Landesregierung schließlich – ähnlich wie im Jahre 1977 – eine neue Initiative im Bundesrat ergriffen, um die Einstellung zusätzlicher Lehrer zu erleichtern.

In seiner Sitzung vom 28. Oktober 1983 hat der Bundesrat beschlossen, einen entsprechenden Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen, der die Zielsetzung hat, vorübergehend bis zum 31. Dezember 1992 die Möglichkeit zu schaffen, erstens Teilzeitbeschäftigung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unter Heraufsetzung ihrer Höchstdauer auf zehn Jahre auf alle Beamten und Richter zu erweitern und zweitens eine Beurlaubung ohne Dienstbezüge für Beamte und Richter, die mindestens 20 Jahre vollzeitbeschäftigt gewesen sind und das 55. Lebensjahr vollendet haben, bis zum Ruhestand sowie bis zur Dauer von sechs Jahre für alle Beamten ohne bestimmte Dienstzeit- und Lebenszeitvoraussetzungen einzuführen.

Außerdem soll unbefristet die Höchstdauer der Beurlaubung ohne Dienstbezüge für Beamte und Richter aus familienpolitischen Gründen auf neun Jahre heraufgesetzt werden. Gleichzeitig hat die Mehrheit des Bundesrates eine Entschließung zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bei Beamten angenommen.

Um zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für sonst arbeitslose Lehramtsbewerber zu schaffen, habe ich mich schließlich im Februar 1983 persönlich in einem Schreiben an alle Lehrkräfte der Schulen in Rheinland-Pfalz mit dem Appell gewandt, zu prüfen, ob sie auf eine Teilzeitbeschäftigung übergehen können, da ich diesen Gedanken für außerordentlich wichtig und hilfreich halte. Meine Damen und Herren, wir haben uns in dieser Frage intensiv bemüht. Ich möchte am Rande feststellen, daß der Antrag im Bundesrat vom Lande Rheinland-Pfalz ausgegangen ist und daß durch die intensiven Beratungen vor allem im Finanzausschuß des Bundesrates letztlich ein gemeinsames Konzept in allen wesentlichen Fragen von allen Bundesländern getragen werden konnte.

(Zuruf des Abgeordneten Helzer, SPD.)

– Außer in der Frage der Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze hat auch das Land Bayern alle Punkte mitgetragen. Ich halte das für einen Erfolg. Wir haben uns darüber gefreut. Ich glaube, daß nur am Rande hier darauf hingewiesen werden sollte, daß die Sache von uns ausgegangen ist. Mittlerweile habe ich manche Stellungnahme von Kollegen gelesen, bei denen sich wirklich die Frage stellte, ob wir es oder nicht die anderen waren.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis unserer jahrelangen Bemühungen ist, daß zum 1. August 1983 allein durch den Übergang von einer vollen Beschäftigung im Schuldienst auf eine Teilzeitbeschäftigung insgesamt 265 neue Lehrkräfte eingestellt werden konnten. Damit stehen jetzt ziemlich genau 14,5 % aller hauptamtlich/hauptberuflich beschäftigten Lehrer in Rheinland-Pfalz in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis. 14,5 % ist der höchste Prozentsatz aller Bundesländer und sicher eine Zahl – meine Damen und Herren, das ist schon oft gesagt worden, die unter pädagogischen Gesichtspunkten bezüglich der einzelnen Schule auch ihre Nachteile hat.

Ich will nur am Rande außerhalb dieses Berichtes darauf hinweisen, daß wir Schulen haben – in vielen Fällen naturgemäß Schulen mit einem hohen Anteil an Lehrerinnen, vor allen Dingen Grundschulen –, in denen bereits mehr als die Hälfte der Lehrkräfte teilzeitbeschäftigt sind, was natürlich für die Schulleitung und das Kollegium in Fragen der Klassenleitung und der sogenannten Langzeitfächer eine Fülle von Problemen mit sich bringt. Aber man

(Staatsminister Dr. Göltzer)

muß sich entscheiden und kann nicht immer alle Gesichtspunkte auf einen übereinstimmenden Nenner bringen. Gelegentlich muß man sich dafür entscheiden, bestimmte Dinge und Nachteile in Kauf zu nehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im zweiten Teil meiner Ausführungen zu den von der SPD-Landtagsfraktion als wünschenswert dargestellten Maßnahmen im einzelnen Stellung nehmen:

Zu 1.:

Die Landesregierung sieht sich in der Frage der Lehrerarbeitszeit nach wie vor an das Stillhalteabkommen gebunden, das durch die Zeller Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz im November 1979 nochmals bekräftigt wurde. Eine Senkung des Regelstundenmaßes ist mit Rücksicht auf die Auswirkungen auf den Haushalt aus der Sicht der Landesregierung zur Zeit nicht möglich.

Rheinland-Pfalz hat im Grund- und Hauptschulbereich heute bereits unter den Flächenstaaten die beste Lehrerversorgung in der Bundesrepublik. Diese ausgezeichnete Lehrerversorgung hat verbunden mit dem Rückgang der Schülerzahlen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer ermöglicht, die sich im Grund- und Hauptschulbereich besonders deutlich ausgewirkt hat.

In allen Klassenstufen der Grundschule ist die Klassenmeßzahl von 27 plus 10 % bereits verwirklicht. Keine Grundschulklasse in Rheinland-Pfalz hat heute somit mehr als 30 Schüler. Im laufenden Schuljahr wurde die Klassenmeßzahl erstmals auch bei den 5. Klassen der Hauptschulen eingeführt. Wie positiv sich diese Reduzierung der Klassenmaßzahl auswirkt, zeigt die Feststellung, daß trotz zurückgegangener Schülerzahlen in den Hauptschulen landesweit 30 Klassen mehr gebildet werden konnten als im Schuljahr 1982/83.

Ähnliche schrittweise vorgenommene Verbesserungen sind auch bei den Realschulen und Gymnasien zu verzeichnen. Sie sollen in den kommenden Jahren entsprechend fortgeschrieben werden.

Zu 2.:

Auch hinsichtlich der Altersermäßigung bei den Unterrichtsverpflichtungen der über 50 Jahre alten Lehrer sieht sich die Landesregierung an die bereits genannten Celler Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz gebunden. Änderungen sind zur Zeit mit Rücksicht auf die Situation des Haushalts und aus grundsätzlichen Erwägungen des Stillhalteabkommens heraus nicht möglich. Daß dies für alle Zeiten gilt, habe ich damit natürlich nicht sagen wollen.

Zu 3.:

Nach den Bestimmungen der geltenden Landesverordnungen über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehramter an Schulen ist der selbständig von den Lehramtsanwärtern/Referendaren zu erteilende Unterricht ein wesentlicher Ausbildungsbestandteil. Infolge der im Jahre 1976 vorgenommenen Einrichtungen der staatlichen Studienseminare für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen wurde die früher im Grund- und Hauptschulbereich übliche Unterrichtsverpflichtung von 23 Wochenstunden auf 7 Wochenstunden reduziert. Eine weitergehende Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der Lehramtsanwärter an Grund- und Hauptschulen würde zu keiner Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen, da die tatsächliche Schüler-Lehrer-Relation im Grund- und Hauptschulbereich bereits jetzt günstiger ist als die nach den Richtwerten der Bund-Länder-Kommission festgelegte und für die Gestaltung des Haushalts maßgebliche Schüler-Lehrer-Relation.

In den übrigen Schularten kann nach den Bestimmungen der entsprechenden Landesverordnungen der Leiter der jeweiligen

Ausbildungsschule im Einvernehmen mit dem zuständigen Seminarleiter den Lehramtsanwärter/Referendar im zweiten Ausbildungsabschnitt mit der selbständigen Erteilung von Unterricht beauftragen. Dabei haben Ausbildungsgesichtspunkte Vorrang vor der eventuellen Notwendigkeit, Unterrichtsbedarf an der Ausbildungsschule zu decken. Ein völliger Wegfall dieses bedarfsdeckenden Unterrichts der Lehramtsanwärter/Referendare hätte ebenfalls haushaltswirksame Konsequenzen, die in der gegenwärtigen Lage nicht vertretbar sind.

Zu 4.:

Mit der Verwaltungsvorschrift vom 25. Juni 1982 über die Regelstundenmaße, Stundenanrechnungen und -ermäßigungen für Lehrer an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz – manche von Ihnen erinnern sich sicher an dieses sehr schöne Thema – ist die Landesregierung dem Auftrag des Rechnungshofs und des Landtags nachgekommen, die bisher unterschiedlichen Bestimmungen über die Entlastung wegen der Wahrnehmung der Schulleitungsaufgaben und die Maßstäbe für die Berechnung der Höchstzahl funktionaler Entlastungsstunden – Anrechnungspauschale – zu harmonisieren und die bislang vorhandenen selbständigen schulbezogenen Anrechnungstatbestände in die Anrechnungspauschale zu integrieren.

Infolge der Harmonisierung haben die Grund- und Hauptschulen über die im Jahre 1981/82 dort erstmals gewährte Ein-Drittel-Anrechnungspauschale sowie die gleichzeitige Verbesserung der Anrechnung für Schulleitungsaufgaben hinaus eine zusätzliche Aufstockung der Anrechnungskontingente für Schulleitungsaufgaben erfahren.

Zu 5.:

Die Einbeziehung genehmigter Nebentätigkeiten an außerschulischen pädagogischen Einrichtungen wäre nach den Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes im Weg einer vorübergehenden Abordnung, die auch mit einem Teil der Arbeitskraft erfolgen kann, möglich. Dies ist jedoch aus folgenden Gründen nicht sinnvoll:

1. Nach den Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes ist im Falle der Abordnung der Dienstherr, zu dem ein Beamter abgeordnet ist, zur Zahlung der Dienstbezüge verpflichtet. Durch die Abordnung entstünden daher für die außerschulischen pädagogischen Einrichtungen, die im Antrag der Fraktion der SPD genannt sind, erheblich höhere Kosten, als dies gegenwärtig für die Vergütung der Nebentätigkeiten der Fall ist. Diese zusätzliche Kostenbelastung würde die Haushalte der jeweiligen Träger der außerschulischen pädagogischen Einrichtungen beträchtlich belasten, so daß eine Beeinträchtigung ihrer Bildungsangebote zu befürchten wäre.

(Helzer, SPD: Das Land müßte das erstatten!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Helzer, wir können natürlich rein theoretisch 2 000 Lehrer an alle Volkshochschulen und private Volkshochschulen mit der Hälfte ihrer Stundenzahl abordnen, und das Land würde die Kosten erstatten. Sie müssen sich aber einmal vorstellen, welche gigantischen Dimensionen diesbezüglich an Haushaltsbelastungen zusammenkämen. Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen innerhalb der Landesregierung, die wir jetzt gerade hinter uns haben und bei denen auch um kleine Beträge gerungen worden ist, sind dies Perspektiven, die ich in der Tat für völlig unrealistisch halte.

2. Die Einbeziehung genehmigter Nebentätigkeiten an außerschulischen pädagogischen Einrichtungen in das Hauptamt würde gegen den Grundsatz der Haushaltsklarheit verstoßen. Konsequenterweise müßten die Träger der jeweiligen Einrichtungen in ihren

(Staatsminister Dr. Gölter)

Haushalten entsprechende Stellen ausweisen. Hierauf kann die Landesregierung nicht unmittelbar Einfluß nehmen.

Zu 6.:

In seiner Entschließung vom 29. Januar 1982 über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die entgeltliche Nebentätigkeit von Landesbeamten und die Mehrarbeitsvergütung zu beschränken.

Im Bericht der Landesregierung vom 21. Oktober 1982 wurde hierzu – den Schulbereich betreffend – ausgeführt, daß Kürzungen der Haushaltsansätze für Mehrarbeit in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Umfang vorgenommen wurden. Während die Haushaltsansätze 1981 noch einen Betrag von rund 3,4 Millionen DM auswiesen, wurden sie 1982 auf rund 3,0 Millionen DM und 1983 auf rund 2,7 Millionen DM gekürzt. Noch deutlicher als an den Soll-Zahlen sind die Kürzungen an den Ist-Ausgaben aufzuzeigen. Im Grund- und Hauptschulbereich ist die Mehrarbeitsvergütung schon seit dem Doppelhaushalt 1978/79 völlig weggefallen.

(Helzer, SPD: Das ist nie gewesen! Das war nie gegeben!)

– Dann bin ich falsch unterrichtet, das würde ich bedauern.

Im Sonderschulbereich wurden die Ausgaben von rund 95 000 DM im Jahre 1979 auf rund 4 800 DM im Jahre 1982 reduziert. An Realschulen ist eine Reduzierung von rund 160 000 DM im Jahre 1979 auf rund 104 000 DM im Jahre 1982 und voraussichtlich 68 000 DM im Jahre 1983 zu verzeichnen. Entsprechendes gilt für die Gymnasien, an denen 1979 rund 948 000 DM für Mehrarbeit verausgabt wurden, während es 1982 nur noch rund 627 000 DM waren, die im Jahre 1983 voraussichtlich nochmals auf rund 436 000 DM zurückgehen. Bei den berufsbildenden Schulen verringerten sich die Ist-Ausgaben von rund 1,1 Millionen DM im Jahre 1979 auf etwa 0,8 Millionen DM im Jahre 1982.

Diese Entwicklung soll sich nach den Vorstellungen der Landesregierung auch im kommenden Doppelhaushalt verstärkt fortsetzen. 1984/85 sollen Haushaltsansätze für Mehrarbeitsvergütungen im Bereich der Sonderschulen sowie Realschulen entfallen und wesentliche Kürzungen bei den Gymnasien und berufsbildenden Schulen erfolgen.

Desgleichen hat die Landesregierung in allen Schulbereichen den Auftrag erfüllt, nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht kontinuierlich abzubauen. Ich will Sie nicht mit zuviel Zahlen behelligen. Beispielhaft seien aber die Haushaltsansätze für die Grund- und Hauptschulen genannt, die von rund 5 Millionen DM im Jahre 1979 auf rund 3,4 Millionen DM 1982 reduziert wurden. Bei den Gymnasien wurde eine Verringerung von rund 11,3 Millionen DM im Jahre 1979 auf rund 8 Millionen DM im Jahre 1982 vorgenommen. Entsprechendes gilt für den Bereich der berufsbildenden Schulen, in dem die Notwendigkeit der Erteilung nebenamtlichen/nebenberuflichen Unterrichts nach wie vor besonders groß ist. Während 1979 noch rund 12,8 Millionen DM ausgewiesen wurden, beläuft sich der entsprechende Haushaltsansatz 1982 nur auf rund 7 Millionen DM.

Im Haushaltsjahr 1983 werden die Ist-Ausgaben für den nebenamtlichen/nebenberuflichen Unterricht in allen Schulbereichen noch einmal deutlich unter den vorgesehenen Haushaltsansätzen liegen.

Grundsätzlich ist in der Frage der Verringerung des Umfangs von nebenamtlichem und nebenberuflichem Unterricht zu bedenken, daß es sich bei den so eingesetzten Lehrkräften zu einem erheblichen Teil um solche handelt, die wegen ihres besonderen Sachverständnisses und ihrer besonderen Erfahrungen nicht durch hauptamt-

liche Lehrkräfte ersetzt werden können, wie dies beispielsweise bei der Erteilung fachpraktischen Unterrichts an Berufsschulen durch Handwerksmeister der Fall ist. Im übrigen werden Unterrichtsaufträge in der Regel an Dritte nur dann erteilt, wenn der Unterrichtsbedarf in bestimmten Fächern an den einzelnen Schulen so gering ist, daß der Einsatz hauptamtlicher Kräfte – auch als Teilzeitkräfte – nicht wirtschaftlich wäre. Ein Abbau dieser Art der Unterrichtserteilung durch Einstellung zusätzlicher hauptamtlicher Kräfte hätte also unwirtschaftliche Aufwendungen zur Folge; vielfach verbliebe darüber hinaus auch noch ein Unterrichtsdefizit.

Zu 7.:

Über die bestehenden Möglichkeiten hinaus ist es durchaus denkbar, Möglichkeiten der Teilzeitarbeit einzurichten, die zwischen dem halben, dem dreiviertel und dem vollen Regelstundenmaß liegen. Ob durch eine solche flexible Handhabung der Unterrichtsverpflichtungen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, ist jedoch sehr ungewiß; ich bezweifle es. Es ist durchaus vorstellbar, daß sich Lehrkräfte, die derzeit nach dem vollen Regelstundenmaß Unterricht erteilen, zu einer Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung in einem geringeren als dem bisher möglichen Maß bereit finden, es ist aber ebenso denkbar, daß die sich daraus ergebenden Vorteile dadurch aufgewogen werden, daß andere zu einer Teilzeitbeschäftigung bereite Lehrkräfte eine höhere Unterrichtsverpflichtung ins Auge fassen als die jetzt mögliche. Frühere Befragungen zum Interesse der Lehrkräfte an einer Teilzeitarbeit haben ergeben, daß die Lehrkräfte in einem sehr viel geringerem Ausmaß tatsächlich die Möglichkeit der Teilzeitarbeit angenommen haben, als dies aufgrund von Umfrageergebnissen zu erwarten war.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Helzer?

Dr. Gölter, Kultusminister:

Ja.

Abg. Helzer, SPD:

Herr Minister, ist Ihnen bei Ihren Ausführungen klar, daß mit genau derselben Argumentation, wie Sie sie brachten, Ihr Haus lange Zeit die $\frac{3}{4}$ -Möglichkeit abgelehnt hat, die wir von Anfang an gefordert haben? Wäre es unter diesen Umständen nicht doch noch einmal zu überlegen, ob man mit einer solchen flexiblen Handhabung dieses Instruments zu weiteren Arbeitsmöglichkeiten käme?

Dr. Gölter, Kultusminister:

Herr Kollege Helzer, Sie wissen, daß ich nach einer längeren Diskussion – die frühere Position des Kultusministeriums ist mir bekannt – die Einführung des $\frac{3}{4}$ -Deputats meinerseits vorgenommen habe, was im nachhinein auch ein Erfolg war. Ich bezweifle allerdings, daß eine flexible Unterrichtsverpflichtung, die von 28 bis 14 Stunden heruntergeht und beispielsweise im Bereich der Grund- und Hauptschule jede dann denkbare Stundenzahl beinhaltet, insgesamt zu einer Vermehrung führt. Ich weise darauf hin, daß darüber hinaus – damit kehre ich zum Text meines Berichtes zurück, es ist ein Teil der Antwort, die ich Ihnen zu geben habe – würde eine flexible Handhabung der Unterrichtsverpflichtungen zwischen dem vollen und dem halben Regelstundenmaß – ich bleibe bei dieser Auffassung, obwohl Sie das bestreiten – einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich

(Staatsminister Dr. Gölder)

bringen, der möglicherweise in keinem vertretbaren Verhältnis zu den gegebenenfalls entstehenden Vorteilen stünde.

Beträchtliche Probleme wären überdies dann zu erwarten, wenn die aus der Teilzeitarbeit in ein volles Beschäftigungsverhältnis vermehrt zurückkehrenden Lehrkräfte auf eine volle Stelle übernommen werden müßten. Auch das muß diesbezüglich bedacht werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt hatte bereits das letzte Mal auf der Tagesordnung gestanden und mußte dann aus Zeitgründen abgesetzt werden. Ich habe mir erlaubt, trotz der fortgeschrittenen Tageszeit diesen Bericht in dieser Breite vorzutragen. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen recht herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Martin:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hoppe das Wort.

Abg. Hoppe, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Helzer, mit Ihrem Antrag – so will ich einmal etwas salopp formulieren – begrüßen wir eine Ansammlung guter alter Bekannter, um dann gleich die Einschränkung zu machen, deren Verwirklichung jeder für sich, jeder Punkt für sich und alle zusammen, ganz erhebliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt hat. Die SPD geht bei ihrem Antrag von der falschen Grundvorstellung aus, daß Platz geschaffen werden müsse und könne, um mehr Lehrer beschäftigen zu können, und das soll natürlich nach ihrer Forderung auch noch kostenneutral gestaltet werden.

Meine Damen und Herren, dieses Parlament hat vor Jahresfrist bei der Entlastung der Landesregierung genau das Gegenteil beschlossen, und das einstimmig. Danach hat die Haushaltskonsolidierung und Rückführung der Verschuldung bei den Personalkosten durch Stellenabbau anzusetzen. Zu diesem allgemeinen Ziel bekennen wir uns alle; das wurde vorhin in der vorhergegangenen Debatte auch wieder deutlich. Wenn wir das aber ernst meinen, dann muß es auch im konkreten Einzelfall gelten. Der SPD-Antrag, so meinen wir, steht im Widerspruch zu dieser Gesamtkonzeption; denn die Senkung des Regelstundenmaßes für Grund- und Hauptschullehrer um eine Stunde, auch stufenweise eingeführt – Herr Kollege Helzer, Ihr Punkt 1 –, bedeutet langfristig ein Mehr von 483 Stellen, umgerechnet 25 Millionen DM jährlich, und das im Schnitt 40 Jahre lang!

Die Realisierung der Punkte 2 bis 5 führt unweigerlich, wenn man das heutige Unterrichtsangebot nicht schmälern will, und das will keiner, zu mehr Lehrerstellen, und das bei weiter sinkenden Schülerzahlen, die sich gegenüber heute im nächsten Jahrzehnt um fast 25 % verringern werden: von 640 000 im Schuljahr 1982/83 auf 490 000 im Schuljahr 1992/93.

Herr Kollege Helzer, die Einbeziehung genehmigter Nebentätigkeit – Volkshochschulen, Musikschulen und anderes – in das Hauptamt, dies Ihr Punkt 5, stößt bei uns auf erhebliche Bedenken, weil, wie eben schon vom Herrn Minister deutlich gemacht wurde, nach dem Landesbeamtengesetz nur eine vorübergehende Abordnung möglich ist. Wir schlagen vor, einmal zu überprüfen – dies anstelle des Vorschlags der SPD, Herr Minister – ob nicht Beamten mit großer oder entsprechender Nebentätigkeit eine Teilzeitbeschäftigung offeriert werden kann, so daß das Hauptamt in Teilzeit durch nebenamtliche Tätigkeit ergänzt

werden kann. Vielleicht ist das der viel praktikablere und kostengünstigere Weg; man müßte das einmal überlegen.

(Helzer, SPD: Das ist gesetzeswidrig, Herr Kollege. Wer Teilzeitarbeit macht, der darf keine Nebentätigkeit ausüben!)

– Das ist so klar nicht; so klar ist das nicht.

(Helzer, SPD: Doch, das ist völlig klar!)

– Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, aber nicht aus anderen Gründen.

(Helzer, SPD: Das ist klar!)

– Gut, wenn hier Bedenken bestehen, können wir dies ja vertiefen. Ich denke jedenfalls, man muß auch über diesen Vorschlag noch einmal reden können.

(Helzer, SPD: Dann müssen wir das Gesetz ändern!)

Zu Punkt 6: Die im Doppelhaushalt begonnene Kürzung der Ausgaben für Mehrarbeit und nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit wird von uns im kommenden Doppelhaushalt konsequent fortgesetzt und auf wenige Bereiche beschränkt, beispielsweise auf den fachpraktischen Unterricht an den berufsbildenden Schulen, auf das Erteilen des Religionsunterrichts.

Meine Damen und Herren, diese Mittel stehen für die Schaffung neuer Planstellen nicht zur Verfügung, und das, Herr Kollege Helzer, ist der Trugschluß der SPD, dem Sie vorhin erlegen sind. Die von der SPD wohlgemeinten Vorschläge führen zu dem sicher nicht gewollten Zustand, daß Einstellung in den nächsten Jahren auch nur in bescheidenem Maße nicht mehr vorgenommen werden können.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit, so wurde eben bereits ausgeführt, ist sicher eines der großen Probleme unserer Zeit; sie ist besonders bedrückend für unsere beschäftigungslose junge Generation. Dies gilt insbesondere für die große Zahl von qualifizierten Lehramtsbewerbern, aber auch für viele andere, die ihre Ausbildung für den Eintritt in den Staatsdienst absolviert haben, für Juristen, Pädagogen, Sozialpädagogen, Psychologen, Vermesser, Forstwirtschaftler; die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Insoweit ist daher die Lehrerarbeitslosigkeit nur Teil der akademischen und schließlich Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Für uns macht es keinen Sinn, ja, es würde die Verhältnisse weiter verschlechtern, wenn man die Arbeitslosigkeit durch eine Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst abbauen wollte, wenn man die Arbeitslosigkeit sozusagen verbeamten wollte, meine Damen und Herren. Wenn gerade in der vorangegangenen Debatte über die Entlastung der Landesregierung die hohe Verschuldung, Herr Kollege Dr. Preuss, die hohen Zinsleistungen einerseits und die ständig gesunkene Investitionsquote andererseits beklagt worden sind, dann ergibt sich daraus konsequenterweise, daß der mit dem Doppelhaushalt 1982/83 vorgeschlagene Weg der Personalkostenverringerung ebenso konsequent fortgesetzt werden muß. Das geht aber nur über eine Stelleneinsparung und nicht über eine Personalvermehrung. Nur so ist das Ziel der Haushaltskonsolidierung und der wirtschaftlichen Belebung zu erreichen, beides unabdingbare Voraussetzungen für die Rückführung der Arbeitslosigkeit in allen Bereichen. Auch dann bleibt es unumgänglich, daß sich eine große Zahl von Lehrern und Akademikern allgemein beruflich umorientieren muß, weil die Aufnahmekapazität des öffentlichen Dienstes wegen des jungen Personalkörpers wesentlich weniger Beschäftigungsmöglichkeiten als zu früheren Zeiten bietet.

(Hoppe)

Auf die sehr frühe Warnung der Landesregierung vor einem Lehrerstudium Mitte der 70er Jahre und auch auf ihre Anstrengungen, für die wachsende Zahl von Lehramtsbewerbern mehr Beschäftigungsangebote zu machen, dies durch Kopiloten, $\frac{3}{4}$ -Bat-Verträge, hat Herr Minister Dr. Gölter bereits hingewiesen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion sieht in der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung die einzige Möglichkeit, etwas mehr Luft für mehr Lehramtsbewerber sowie für mehr Möglichkeiten im öffentlichen Dienst zu schaffen, um die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich mindern zu helfen. Wir begrüßen es deshalb, daß neben den beiden beschlossenen Möglichkeiten des § 80 a des Landesbeamtengesetzes, $\frac{1}{2}$ - bzw. $\frac{3}{4}$ -Teilzeitbeschäftigung aus familien- und arbeitsmarktpolitischen Gründen anzubieten, die Landesregierung eine neue Initiative im Bundesrat eingeleitet hat, die eine Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen verlängern und aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zusätzlich eröffnen soll. Das gilt auch für den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz von Stuttgart, Beamten ab dem 55. Lebensjahr und mit mindestens 20 Dienstjahren eine Beurlaubung anzubieten. Wir unterstützen auch eine vorzeitige Zuruhesetzung ab dem 58. Lebensjahr, das aber auf Antrag des jeweiligen Beamten und bei entsprechender Minderung seiner Versorgungsleistungen. Herr Kollege Helzer, dies sind Maßnahmen, die sicher alle mehr bringen als eine verbesserte Altersversorgung.

Meine Damen und Herren, der Erfolg der genannten Maßnahmen steht und fällt mit der Solidarität derer, die in einem Arbeitsverhältnis sind, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, und ein mehrfaches Familieneinkommen verbrauchen können, mit Solidarität mit denen, die draußen vor der Tür stehen. Unser Appell richtet sich an die sogenannten – in Anführungsstrichen, um es doppelt abzusichern – Etablierten, von den Möglichkeiten einer Teilzeitarbeit noch stärker Gebrauch zu machen und so einen Solidaritätsbeitrag zugunsten der jungen Generation zu leisten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir betrachten mit dem Bericht des Ministers diesen Antrag der SPD als erledigt, aber wir sind gerne bereit, ihn als Materialüberweisung für die Haushaltsberatung zu akzeptieren. – Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Götte.

Abg. Frau Dr. Götte, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute gelernt, daß es Staatsaufgaben gibt, bei denen die Frage nach den Kosten kein Thema ist, und Staatsaufgaben, bei denen die Frage nach den Kosten sehr wohl im Zentrum der Überlegungen steht.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU:
Welche?)

Heute morgen haben weder der Ministerpräsident noch die Herren Wilhelm, Volkert oder Martin auch nur ein einziges Wort darüber verloren, welche zusätzlichen Kosten mit der zusätzlichen Nachrüstung auf uns zukommen, oder gar darüber, wer denn diese Kosten aufbringen muß, wer denn dafür bezahlen muß.

(Hoppe, CDU: Wo steht denn das im Haushalt des Landes?)

– Das habe ich erwartet, daß Sie darauf hinweisen, daß uns das gar nichts angehen würde, weil es Bundesangelegenheiten und Bundesausgaben sind.

(Hoppe, CDU: Nicht einmal das! Es sind NATO-Ausgaben!)

Sie waren es doch, die uns immer wieder klargemacht haben, wie sehr Bundesausgaben und Bundesverschuldung und Landeshaushalt miteinander zusammenhängen. Ich glaube, daß ich Ihnen, Herr Hoppe, das nicht zu erklären brauche.

(Hoppe, CDU: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Wir sind enttäuscht, daß der Kultusminister so schnell über unsere Anträge hinweggegangen ist.

(Wilhelm, CDU: Keine Nachrüstung, mehr Lehrer!)

Erster Punkt unseres Antrages, Senkung des Regelstundenmaßes der Hauptschullehrer: Nicht möglich! Sagt der Kultusminister!

Ich verweise auf das Nachbarland Hessen, wo es durchaus möglich ist.

(Keller, CDU: Das war vor der Wahl!)

Ich stelle hier fest, daß wir sehr enttäuscht sind, daß auch dieser erneute Versuch der SPD-Fraktion, mehr Gerechtigkeit zwischen den Lehrern herzustellen, wiederum gescheitert ist. Wir werden nicht nachlassen, an diesem Punkt weiter zu bohren.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist doch eine Tatsache, daß wir ein Dreiklassensystem von Lehrern haben. Die Hauptschullehrer dürfen kürzer studieren, haben mehr Unterrichtsstunden zu halten, bekommen weniger Geld und haben zweifellos die schwierigeren Kinder vor sich, als beispielsweise ein Gymnasiallehrer, der länger studieren darf, weniger Unterrichtsstunden halten muß und mehr Geld bekommt, und sich zum Teil die Kinder, die er unterrichten will, aussuchen kann. Wenn er mit einem Kind gar nicht mehr klarkommt, kann er es norfalls an die Realschule oder an die Hauptschule abschieben.

(Heck, CDU: Das ist mir völlig neu!)

Beim zweiten Punkt: Zur Zeit nicht möglich! –

Dritter Punkt: Abgelehnt! –

Vierter Punkt: Abgelehnt! –

Fünfter Punkt: Möglich, aber nicht sinnvoll! –

Sechster Punkt: Wird vom Kultusminister für erledigt erklärt. –

Siebter Punkt: Denkbar, aber zuviel Verwaltungsaufwand! –

Das ist die enttäuschende Antwort der Landesregierung auf ein ehrliches Bemühen der SPD-Fraktion, hier Lösungen für eine schwierige Situation der arbeitslosen Lehrer, aber auch der Schulen, zu finden.

Ich meine aber, daß wir uns wenigstens in dem Punkt einigen müßten, daß die Landesregierung dafür Sorge zu tragen hat, daß der Unterricht an unseren Schulen so stattfindet, wie es die Stundentafeln und die Lehrpläne vorsehen.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD.)

Wenn wir uns wenigstens in diesem Punkt einig wären und bei den zukünftigen Haushaltsberatungen die nötigen Konsequenzen dar-

(Frau Dr. Götte)

aus ziehen würden, dann wäre auch das schon ein großer Schritt zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Der Unterrichtsausfall an unseren Schulen ist immer noch viel zu hoch. Er wäre noch viel höher, wenn nicht die Landesregierung auf einen statistischen Trick gekommen wäre, wie man den Unterrichtsausfall ein bißchen kleiner halten kann. Es darf an den Schulen nämlich nur das als Unterrichtsausfall gemeldet werden, was wegen nicht vorhandenen oder nicht eingestellten Lehrern ausfällt.

Es darf aber nicht das als Unterrichtsausfall angegeben werden, was wegen Erkrankung oder wegen anderweitigen dienstlichen Einsatzes des Lehrers ausfällt. So hat man natürlich die Stundenzahl senken können. Das ändert aber nichts daran, daß in der Praxis der Unterrichtsausfall immer noch sehr hoch ist.

(Heck, CDU: Das läßt sich nicht vermeiden.)

Sie brauchen nur mit Elternbeiräten oder mit Eltern überhaupt zu reden, dann wird Ihnen das deutlich gesagt. Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Zahlen. Selbst unter dieser geschönten Berechnung sieht der Unterrichtsausfall so aus:

Realschule Boppard:	5,5 %
Realschule Dahn:	5,3 %
Katzenelnbogen:	6,9 %
Neuerburg:	7,8 %
Adenau:	7,6 %
Andernach:	7,3 %
Bad Ems:	11,3 %
Bad Kreuznach:	7,1 %
Germersheim:	7,5 %
Grünstadt:	7,9 %

– Inzwischen bin ich schon bei den Gymnasien –

(Keller, CDU: Sind das Zahlen vom Statistischen Landesamt?)

Ludwigshafen:	8,1 %
---------------	-------

– ich könnte die Zahlen beliebig fortsetzen –

Neustadt:	10,4 %
Trier:	7,1 %
Zweibrücken:	6,3 %

und so weiter.

Daß es in Wirklichkeit noch sehr viel schlimmer aussieht, zeigt beispielsweise der Brief, den wir heute morgen vom benachbarten Gymnasium hier am Kurfürstlichen Schloß erhalten haben. Da hat sich ein Vater darüber beschwert, daß er für die Klasse 7 d in den letzten 14 Tagen, die er beliebig herausgegriffen hat – er schreibt ausdrücklich, daß er auch eine andere Zeit hätte nehmen können –, 43,3 % Unterrichtsausfall errechnet hat. Diese Zahl wird ausdrücklich vom Rektor bestätigt.

(Zurufe von der CDU.)

Ich erinnere an den Unterrichtsausfall in den berufsbildenden Schulen, der durchschnittlich 14,9 % beträgt; bei den berufsbildenden Schulen im Teilzeitbereich sogar immer noch 22,7 %.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns bei den zusätzlichen Haushaltsberatungen wenigstens darauf einigen könnten, daß wir diesen Unterrichtsausfall so nicht hinnehmen können und daß wir unsere Schulen wenigstens so ausstatten müssen, daß der Unterricht, der laut Stundentafeln und laut Lehrplan zu halten ist, auch gegeben werden kann, dann kämen wir schon ein ganzes Stück weiter, und es wäre auch die Lehrerarbeitslosigkeit gemindert.

Die jetzige Situation sähe ja noch sehr viel schlimmer aus, wenn die Landesregierung zur Abdeckung des vorgesehenen Unterrichts nicht allerlei billige Hilfs- und Fachkräfte zusätzlich heranziehen würde.

Über die Referendare hat mein Kollege Helzer schon gesprochen. In dem Brief, den ich erwähnt habe, steht der Satz: Hinzu kommt, daß der Unterricht in den Fächern Geschichte und Mathematik von zwei Referendaren erteilt wird, was kaum dazu angetan ist, vorhandene Wissenslücken in einem wünschenswerten Umfang zu schließen.

Herr Kultusminister, hier geht es also nicht um die sieben Stunden, die die Referendare halten sollen, sondern es geht darum, daß Referendare eingesetzt werden, um einen ganzen Lehrer zu ersetzen und den vollen Unterricht allein und in eigener Verantwortung durchzuziehen. Das ist nicht im Sinne der Sache, denn die Referendare sollen ja unter Anleitung und mit Unterstützung der Kollegen das Unterrichten erst erlernen.

Ein weiterer Punkt, der peinlich ist für die Landesregierung, ein Mittel, um den Unterricht halbwegs durchzuziehen, sind die 13-Stunden-Verträge. Ich meine damit die „1/2 minus 1“-Stellen und nehme nur die heraus, bei denen die Vertragsinhaber ihren Lebensunterhalt aus diesem Beschäftigungsverhältnis bestreiten; das sind nämlich die Stellen, die entfristet werden mußten, weil es das Gericht so verlangt hat. Diese 13-Stunden-Verträge – das ist denen von Ihnen, die nicht im Kulturpolitischen Ausschuß sitzen, vielleicht gar nicht so bekannt, sonst hätten Sie es längst abgeschafft, so hoffe ich zu Ihren Gunsten – sehen so aus, daß ein Lehrer, der eine Stunde weniger als eine halbe Stelle unterrichtet, dafür rund 1 000 DM weniger Lohn bekommt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Er hat kaum eine Absicherung. Er hat keine Vergütung der Vorbereitungszeit. Er hat keine Arbeitslosenversicherung – keine Arbeitslosenversicherung in einem Sozialstaat! Er hat keine Beihilfe im Krankheitsfall, und er hat kein 13. Monatsgehalt. Das sind Billigkräfte, die der Staat heranzieht. Die Leute, die darauf angewiesen sind, dieses Angebot anzunehmen, haben keine Alternative. Das Land Rheinland-Pfalz spart enorme Summen auf Kosten dieser Lehrer, um den ganz regulären Unterricht abzudecken. Ich meine, daß das eine Situation ist, die wir so nicht stehenlassen können. Das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch unsozial.

(Beifall bei der SPD.)

Der Kultusminister wurde wiederholt darauf hingewiesen – nicht nur von uns, von der SPD, sondern auch von der GEW und dem VBE –, daß er diese Ausbeuterverträge doch abschaffen solle. Der Kultusminister hat darauf schlicht in einem Brief an den VBE geantwortet, daß die Verbesserung der sozialen Lage dieser Lehrer insofern indiskutabel sei, als das ja zur Folge hätte, daß, wenn man sie auf halbe BAT-Stellen setzen würde, entsprechend weniger Leute eingestellt werden könnten.

So kann es nicht gehen. Wir meinen, daß der Staat auf jeden Fall die Verpflichtung haben muß, den Unterricht, der gefordert ist, zu erteilen, und zwar zu dem Preis, der nun einmal für die Arbeit eines Lehrers vorgesehen ist. Wir werden deshalb in den zukünftigen Haushaltsberatungen auch nicht mehr so global zustimmen, daß wir sagen, es müßten überall gleichmäßig Stellen gestrichen werden, sondern wir werden differenzierter vorgehen. Wir werden es ablehnen, daß im Haushalt 09 weiterhin Stellen gestrichen werden, die bereits drinstehen, daß also weiterer Stellenabbau dort betrieben wird.

(Keller, CDU: Wo denn sonst?)

(Frau Dr. Götte)

zur Einsparung des Landeshaushalts,

(Keller, CDU: Wollen Sie in den Gefängnissen abbauen?)

denn nach den Berechnungen des Ministeriums selbst brauchen wir die vorhandenen Stellen dringend.

(Keller, CDU: Bei der Polizei oder den Gerichten?)

Nach den Berechnungen der Landesregierung über den Lehrerbefehl im Jahre 1985 brauchen wir bei den Gymnasien nur zwei Lehrerfälle, wie das bei den Finanzexperten so heißt, also nur zwei volle Stellen weniger, als wir in diesem Schuljahr haben. Bei den Realschulen müssen nicht nur alle 3 115 Lehrerfälle erhalten bleiben, sondern es werden noch 41 zusätzliche Vollzeitstellen gebraucht – alles Berechnungen der Landesregierung –, und bei den berufsbildenden Schulen kann ebenfalls keine Stelle wegfallen, sondern es werden noch 831 volle Stellen gebraucht, wenn der Unterricht wirklich in dem Maße erteilt wird, wie es die Landesregierung selbst vorgesehen hat.

So ist die Lage. Ich meine, daß wir uns das rechtzeitig vor Augen führen müßten.

Daß die Schule, wenn wir ihr die Lehrer geben, die nach den Berechnungen des Kultusministeriums notwendig sind, deswegen noch lange keine Luxusschule wird, zeigen die neuesten Zahlen über die Klassengröße, die wir heute morgen bekommen haben. An den Realschulen sind 50 % der vorhandenen Klassen noch mit mehr als 30 Kindern besetzt. An den Gymnasien in Rheinland-Pfalz sind 55 % der vorhandenen Klassen mit mehr als 30 Kindern besetzt. Ich meine, daß wir allen Grund hätten, die Situation der Schulen im Auge zu behalten.

(Beifall der SPD.)

Präsident Martin:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wittkowsky.

Abg. Wittkowsky, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Götte, es ist überhaupt keine Frage, daß die Lehrerarbeitslosigkeit ein sehr ernstes und ein sich noch weiter verschärfendes Problem darstellt. Es ist daher verständlich, daß ein solcher Antrag hier eingebracht wird und daß wir nach seiner Begründung jetzt hier darüber diskutieren. Aber es ist nicht verständlich, wenn – vor allem auch angesichts dessen, was der Herr Kultusminister schon ausgeführt hat – der Eindruck erweckt wird, als sei gegenüber diesem Problem in der Vergangenheit seitens der Landesregierung nichts oder zumindest viel zu wenig getan worden.

Was Sie hier an Vorschlägen unterbreiten, Frau Kollegin Dr. Götte, ist in einem hohen Maße kostenwirksam; Sie haben das selbst eingestanden. Der Herr Kollege Helzer hat vorhin mit Recht davon gesprochen, daß die Lehrerarbeitslosigkeit nur ein Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit darstellt und daß es also erforderlich ist, dieses Problem in den politischen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Dieser politische Gesamtzusammenhang weist aber auch für unser Land und seine Haushaltssituation eindeutig aus, daß es notwendig ist, im konsumtiven Bereich der Personalkosten dringend Einsparungen vorzunehmen, damit dort, wo es wichtig wird, für Arbeitsplätze auf Dauer zu sorgen, nämlich im investiven Bereich, entsprechende Mittel zur Verfügung stehen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Dr. Götte, SPD.)

– Frau Kollegin, man kann nicht einen Bereich aus der Gesamtsituation herausgreifen, ein bewegtes Plädoyer über all die Mängel und die Notwendigkeit hier halten und dann so tun, als gäbe es diesen Gesamtzusammenhang der finanziellen Notlage öffentlicher Kassen und auch unseres Landeshaushaltes nicht.

Ich möchte noch ein paar Worte dazu sagen, was vom Land Rheinland-Pfalz angesichts dieses Problems schon in der Vergangenheit unternommen worden ist und was, wie wir meinen, auch in Zukunft weiterhin verstärkt getan werden sollte. Es ist schon auf die begrüßenswerte Bundesratsinitiative unserer Landesregierung zur Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, auf die Gesamthöchstdauer für Beurlaubungen, auf arbeitsmarktpolitische Teilzeitbeschäftigungen, auf die Geltungsdauer der Regelungen über Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigungen von Beamten aus arbeitsmarktpolitischen Gründen und auch auf die Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung im Hinblick auf die Mehrkostenregelung, auf die es ankommt, hingewiesen worden.

Aber bereits vor dieser Bundesratsinitiative hat das Land Rheinland-Pfalz mit einem Bündel von Maßnahmen versucht, das Problem einzudämmen. Ich will nur einmal die Stichworte nennen, ohne Ausführungen dazu zu machen. Hier gibt es folgende Maßnahmen:

1. Maßnahmen zur Information und Beratung. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie früh bereits in diesem Lande vor dem Lehrerstudium gewarnt worden ist. Aber diese Maßnahmen zur Information und Beratung sind verstärkt worden. Sie laufen auch jetzt sowohl im Schülerbereich als auch im Hochschulbereich auf vollen Touren.
2. Maßnahmen der Kapazitätsbeschränkung und Umorientierung während der ersten Phase der Lehrerausbildung.
3. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für ausgebildete Lehrer.
4. Entlastungsmaßnahmen bei Einstellung in den Vorbereitungsdienst und in den Schuldienst.
5. Die angesprochenen Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Beurlaubung, vorgezogener Ruhestand.
6. Schaffung und Erhaltung von Beschäftigungsmöglichkeiten durch Verbesserung der pädagogischen Struktur.

(Zuruf des Abgeordneten Helzer, SPD.)

– Herr Kollege Helzer, aber da ist schon in diesem Zusammenhang nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dieses Landes eine Menge geschehen, was nicht vergessen werden darf.

Ich möchte zu den Maßnahmen der Kapazitätsbeschränkung und Umorientierung während der ersten Phase der Lehrerausbildung auf ein paar Stichworte hinweisen. In Rheinland-Pfalz wurden folgende Maßnahmen zur Reduktion der Ausbildungskapazität für das Lehramtsstudium vorgenommen:

Schließung der Abteilung Worms der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz zum 1. Januar 1979.

Umwidmung von Planstellen der Lehramtsstudiengänge zugunsten nicht lehramtsbezogener Studiengänge.

Nichtberücksichtigung der Lehramtsausbildung bei dem weiteren Ausbau der Universitäten Trier und Kaiserslautern und beim Überlastprogramm für den Hochschulbereich des Landes Rheinland-Pfalz.

Einstellung der Sonderschullehrerausbildung an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz zum Wintersemester 1982/83 zugunsten einer zur Einführung vorgesehenen postgraduierten Ausbildung.

(Wittkowsky)

Einstellung der Realschullehrerausbildung an der Universität Mainz unter reduzierter Eröffnung an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz.

Umwidmung von Planstellen der Lehramtsstudiengänge zugunsten der Einrichtung von nicht lehramtsbezogenen Studiengängen und dergleichen.

Hier ist also mit Bedacht und nach einem notwendigen Konzept dafür gesorgt worden, daß es zu der erforderlichen Einschränkung der Ausbildungskapazitäten hat kommen können.

Ich will abschließend mit Stichworten das zusammenfassen, was wir angesichts der Situation von Lehrerarbeitslosigkeit auch für die Zukunft als dringend erforderlich erachten. Nicht in Frage kommen kann – ich will das noch einmal betonen, was mein Kollege Karl Hoppe bereits gesagt hat –, daß eine Lösung des Problems über die weitere Vermehrung von Planstellen möglich ist.

(Frau Dr. Götte, SPD: Aber auch nicht über einen Abbau. – Zuruf des Abgeordneten Helzer, SPD.)

Wir müssen mit Lösungsvorschlägen zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst im Rahmen der gegenwärtig verfügbaren Haushaltsmittel fortfahren.

Es muß versucht werden,

über mehr Teilzeitbeschäftigungen eine Linderung des Problems herbeizuführen,

über Beurlaubungen diese Möglichkeiten auszuweiten und

Möglichkeiten zur früheren Ruhestandsversetzung zu schaffen.

Auch die Lehrerausbildung sollte dem veränderten Bedarf an Lehrern Rechnung tragen, insbesondere durch die eben bereits erwähnte

Reduzierung von Studienplätzen und Verlagerung in andere Studiengänge,

Ländervereinbarungen zur überregionalen Abstimmung in der Lehrerausbildung.

Gleichzeitig müssen, wie wir meinen, die Voraussetzungen dafür geschaffen bzw. erweitert werden, daß sich angehende Lehrer nicht von vornherein auf eine Berufschance im öffentlichen Dienst festlegen, und zwar insbesondere durch

Entwicklung von polyvalenten Studiengängen,

Entwicklung von Aufbau- und Ergänzungsstudiengängen,

verstärkte Zwischenprüfungen.

Die angehenden Lehrer müssen durch verstärkte Beratungsdienste und Information – auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – für Berufsfelder außerhalb des öffentlichen Dienstes gleichfalls interessiert und gegebenenfalls auch qualifiziert werden.

Das sind die einzigen Lösungsmöglichkeiten, die wir in der derzeitigen Situation, die einen politischen Gesamtzusammenhang hat, angesichts der finanziellen Lage für möglich und für notwendig erachten zur Linderung des sich in der Tat verschärfenden Problems der Lehrerarbeitslosigkeit. – Danke schön!

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß der im Antrag der Fraktion der SPD geforderte Bericht erstattet worden ist. Der Antrag der Fraktion der SPD ist damit erledigt. Er wird, da er inhaltlich, wie aus allen Debattenbeiträgen ja hervorgegangen ist, wesentlich finanzpolitische Auswirkungen hätte, dem Haushalts- und Finanzausschuß als Material überwiesen. Dem Kulturpolitischen Ausschuß steht es natürlich jederzeit frei, diese hier im Antrag angesprochenen Fragen auf dem Wege des Selbstaufgriffs wieder zur Diskussion zu stellen. Dürfen wir so verfahren, meine Damen und Herren? –

(Zurufe: Ja!)

Darüber besteht Einvernehmen. Dann ist der Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, es besteht Übereinstimmung, daß wir mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 die Sitzung für den heutigen Tag beenden. Morgen beginnen wir mit der Fragestunde und anschließend mit dem Punkt 8 der Tagesordnung, das Demonstrationsrecht betreffend. Die Sitzung findet morgen, um 9.30 Uhr, hier in Mainz statt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimkehr.

Ende der Sitzung: 19.52 Uhr.

Anlage

Mündliche Anfrage

der Abg. Kutscheid und Rocker (CDU) – Kernkraftwerk Cattenom

In den vergangenen Tagen wurde – u. a. durch Veröffentlichungen im Trierischen Volksfreund (Nr. 246 vom 22./23. Oktober 1983) – bekannt, daß die französische Regierung die Genehmigung zum Bau des vierten Blocks des Kernkraftwerkes Cattenom erteilt hat.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist bekannt, warum die Entscheidung für diesen vierten Block des Kernkraftwerkes Cattenom trotz Streckung des französischen Kernenergieprogrammes so kurzfristig erfolgte?
2. Wie ist sichergestellt, daß negative Auswirkungen für den deutschen Grenzraum, z. B. auch für die Mosel, ausgeschlossen sind?
3. Trifft die Aussage eines Vertreters der französischen Regierung in einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht in Straßburg aus dem Jahre 1982 zu, daß die Sicherheitsvorschriften für die Errichtung von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland schärfer seien als in Frankreich?
4. Ist sichergestellt, daß die zuständigen Katastrophenschutzbehörden im deutschen Grenzraum in Störfällen unverzüglich informiert werden und auf entsprechende Maßnahmen hin vorbereitet sind?